Mittwoch, 8. Juni 1983 - D ***
Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen
Belgien 26,00 bfr, Dänemark 6,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 80 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 80,00 Din, Luxemburg 26,00 lfr

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 131 - 23.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Axel Springer Verlag AG, Postf.10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 80 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,60 sfr, Spanien 110 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts

„DDR" bereitet Bevölkerung auf neue Belastungen vor

SED: Zusammenhang zwischen Lebensstandard und „Leistungssteigerung"

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Die „DDR"-Führung scheint die Bevölkerung in Mitteldeutschland auf neue wirtschaftliche und soziale Belastungen vorzubereiten. Die theoretische Zeitschrift der Einheitspartei SED „Einheit" weist in ihrer jüngsten Ausgabe demonstrativ auf den engen Zusammenhang zwischen Lebensstandard und „neuer Leistungssteigerung" hin. Selbst der bisherige Lebensstandard in der „DDR" sei nur durch weitere Kraftanstrengungen zu halten. Gegen die zunehmenden Belastungen regt sich unter den Arbeitnehmern aber bereits Widerspruch.

Eine Einstimmung der „DDR"-Bevölkerung auf weitere Belastungen geschieht vor der beginnenden Welle von Rationalisierungen, Umsetzungen und vor dem radikalen Übergang zum 24stündigen Drei-Schicht-System bei „rollender Woche" ohne Garantie für freie Samstage oder Sonntage. Die Autoren des Beitrags in der „Einheit" sind prominente Mitarbeiter der „Akademie der Wissenschaften der DDR". Sie unterstreichen mit drastischen Beispielen die enorme Belastung der Ostberliner Finanzen durch künstliche Preise und hochsubventionierte Mieten, Verkehrstarife und Eintrittspreise.

Während 1971 – dem Jahr, in dem Erich Honecker einen steigenden Lebensstandard als „Hauptaufgabe" verkündete – noch 8,5 Milliarden Mark reichten, um den Grundbedarf der Bevölkerung erschwinglich zu halten, mußten 1975 schon 11,2 Milliarden „DDR"-Mark ausgegeben werden. „1982 mußten 21,4 Milliarden Mark eingesetzt werden. In diesem Jahr werden sogar 21,7 Milliarden Mark erforderlich sein", heißt es in dem Artikel. Die SED-Verfasser weisen auf weitere belastende Momente für die Wirtschaft hin: der Geburtenzuwachs seit Mitte der siebziger Jahre koste ebenso Geld wie der Anstieg der Zahl der über 75jährigen in den achtziger Jahren.

In diesem Jahr gibt Ost-Berlin allein 11,4 Milliarden Mark für den „zuverlässigen Schutz der sozialistischen Errungenschaften" aus, wie Finanzminister Ernst Höfner im Dezember 1982 in der Volkskammer vortrug. Dies entspricht den Ausgaben der „DDR" für das gesamte Gesundheits- und Sozialwesen. 1981 waren für das Militär nur 10,14 Milliarden Mark ausgegeben worden. Auch 1983 steigen die Ausgaben für die Volksarmee, Zivilschutz und den Staatssicherheitsdienst prozentual stärker als das Nationaleinkommen.

Über die nochmals steigenden Anforderungen an die ohnedies strapazierten „DDR"-Arbeiter ließ vor wenigen Tagen der SED-Chef für Ost-Berlin, Konrad Neumann, niemanden im unklaren: „In der Plandiskussion 1984 sind hohe Ansprüche an die Leistungs- und Effektivitätsentwicklung zu stellen", sagte er vor „Bestarbeitern". Im kommenden Jahr müsse eine „erhebliche Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung des Produktionsverbrauchs gewährleistet werden".

Die Ostberliner Zeitschrift „Für Dich" meldete, viele Frauen weigerten sich, Schichtarbeit zu leisten, die jedoch wegen der „teuren Produktionsanlagen" notwendig sei. Die „Sächsische Zeitung" in Dresden druckte die Zuschrift eines Arbeiters ab, mit Dreischichtbetrieb und Wochenend-Verzicht werde „der Bogen überspannt". Selbst Spitzenlöhne und Extra-Urlaub verfangen offenbar nicht im gewünschten Maß.

Bei einer Rohstoff-Importquote von 60 Prozent für die eigene Wirtschaft und verzehnfachten Dollar-Kreditschulden im Ausland seit Honeckers Amtsantritt (1971: 1,4 Mrd. Dollar/1982: 14 Mrd. Dollar) steht Ost-Berlin vor den schwierigsten Jahren der „DDR".

TAGESSCHAU

POLITIK

„DDR" hält bei Schwefeldioxid Abgase-Rekord

dpa, Lindau

Die „DDR" bläst von allen europäischen Staaten im Verhältnis zu ihrer Fläche am meisten Schwefeldioxid in die Luft. Bei den Stickoxiden halten dagegen die Niederlande den Rekord. Wie Professor Jürgen Schmölling vom Umweltbundesamt dazu gestern auf dem internationalen Kolloquium „Saure Niederschläge" in Lindau erklärte, komme es zu hohen Stickoxid-Emissionen in den Niederlanden, da dort die meiste Energie aus Gas gewonnen werde. In der Bundesrepublik Deutschland, die bei der Stickoxid-Abgabe immerhin an dritter Stelle stehe, stamme die Hälfte der Gase aus dem Autoverkehr. Neben Schwefeldioxid gelten die Stickoxide als Hauptverursacher des „Sauren Regens". Schmölling wies darauf hin, daß bei der heutigen Rechtslage mit einem weiteren Anstieg der Stickoxid-Emissionen zu rechnen sei. Bei der Schwefeldioxid-Abgabe könne sich die Bundesrepublik im Vergleich zu anderen Ländern sehen lassen: Sie stehe erst an siebter Stelle, wobei die Schwefeldioxid-Emissionen in den vergangenen Jahren leicht abgenommen hätten. Der Schwefelgehalt in Dieselöl und leichtem Heizöl sei begrenzt worden.

Bund vergibt mehr Aufträge nach Berlin

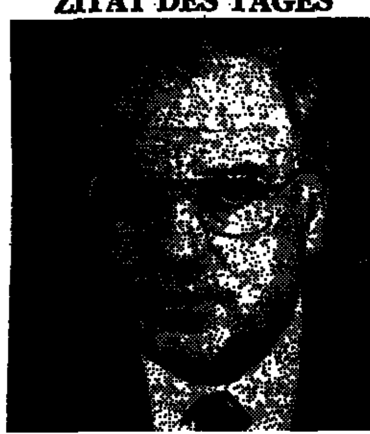
Mk. Bonn

Die Bundesunternehmen ordern verstärkt in Berlin. Nach Angaben des Bonner Finanzministeriums haben die Industrieunternehmen, an denen der Bund beteiligt ist, ihre Berlin-Aufträge im vergangenen Jahr um 154 Millionen Mark oder 32 Prozent auf 643 Millionen Mark gesteigert. Seit 1974 sind die Berlin-Aufträge von 221 Millionen Mark um 192 Prozent erhöht worden. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg, der diese Entwicklung begrüßt hat, sieht darin nicht nur das Ergebnis einer wachsenden Leistungskraft der Berliner Wirtschaft, sondern auch einen Ausdruck wachsenden Verantwortungsbewußtseins der Unternehmensführungen für Berlin. Zu der außerordentlichen Zunahme der Aufträge haben nicht nur die kontinuierlichen Steigerungen der Hauptauftraggeber VW und VEBA beigetragen, sondern auch Einflüsse aus dem Kraftwerksbereich.

In einem Schreiben an den Regierenden Bürgermeister von Berlin wies der Bundesfinanzminister darauf hin, daß diese investitionsprogrammbedingten Sondereinflüsse der Berliner Wirtschaft gerade in einem konjunkturell schwierigen Jahr zugute gekommen sind.



ZITAT DES TAGES



„Ich war immer für ein Zweiertreffen Reagan/Andropow und bin heute mehr denn je dafür. Aber hier geht es nicht nur um ein Kennenlernen, sondern um sehr wichtige Probleme zwischen Ost und West. Und deshalb muß ein solches Treffen sorgfältig vorbereitet werden."

Bundeskanzler Helmut Kohl in der „Bild"-Zeitung
FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

Kohl: Bericht zur Lage

AP, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird noch in diesem Monat dem Bundestag seinen ersten „Bericht zur Lage der Nation" erstatten. Dies teilte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger gestern den Abgeordneten der Unionsparteien mit. Damit steht fest, daß sich der Bundestag in der vorletzten Juni-Woche mit einer deutschlandpolitischen Debatte in die parlamentarische Sommerpause verabschiedet.

Polizeibeamte bestraft

AFP, Paris

Mit Disziplinarmaßnahmen will die französische Regierung gegen weitere Polizeibeamte vorgehen, deren Verhaltensweise bei einer Polizeidemonstration am vergangenen Freitag als „aufrührerisch" bezeichnet worden war. In erster Linie sollen sich die Strafen gegen den Ordnungsdienst der Demonstranten sowie gegen Mitglieder der Polizeigewerkschaft richten, die nach der Ermordung von zwei Polizeibeamten zu der Demonstration aufgerufen hatten. Seite 5

„UdSSR verleumdet"

rtr, Moskau

Wegen „antisowjetischer Verleumdung" ist der 32jährige Alexander Schatrawka in der westsibirischen Stadt Wonjegan zu drei Jahren Haft verurteilt worden. Schatrawka war im Juli 1982 bei einer Unterschriftensammlung für eine Resolution verhaftet worden, in der die USA und die Sowjetunion zur Vernichtung ihrer Atomwaffen sowie zu besseren Beziehungen aufgefordert wurden. Schatrawka hatte enge Kontakte zu einer unabhängigen Friedensgruppe in Moskau.

Lebenslang für SS-Mann

AP, Berlin

Zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe ist der ehemalige SS-Obersturmbannführer Heinz Barth gestern in Ost-Berlin verurteilt worden. Dem 62jährigen wurden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen. Zu den Hauptanklagepunkten zählte Barths Beteiligung am Verbrechen in dem französischen Ort Oradour, wo am 10. Juli 1944 insgesamt 642 Männer, Frauen und Kinder durch eine Einheit der Waffen-SS umgebracht wurden. Barth hatte auch seine Beteiligung an der Erschießung von 92 Personen in der Tschechoslowakei gestanden.

WIRTSCHAFT

Zins-Optimismus

dpa/VWD, Bonn

Ungeachtet der gegenwärtigen „Irritationen am Kapitalmarkt" gibt es nach Ansicht des Verbandes der deutschen Hypothekenbanken durchaus Anlaß zu Optimismus bei den Zinserwartungen. Wie der Verband gestern in Bonn dazu erklärte, sprächen die wirtschaftlichen Grundbedingungen nach wie vor für niedrige Zinsen. Für eine weitere Erhöhung gebe es auf mittlere und längere Sicht kaum Gründe. Zinssenkungen größeren Ausmaßes sollten aber nicht erwartet werden.

ÖTV wirbt an der Basis

AP, Stuttgart

Die Führung der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) wirbt derzeit für die Zustimmung der eigenen Basis zu dem Einigungsvorschlag der Schlichtungskommission, um im Tarifkonflikt des öffentlichen Dienstes Urabstimmung und Streik doch noch zu vermeiden. Am Samstag muß die große Tarifkommission abermals über das Schlichtungspaket entscheiden, das sie am Mittwoch vergangener Woche mit 57 zu 47 Stimmen zunächst abgelehnt hatte. Ihre Zustimmung haben bereits die Gewerkschaft der Polizei sowie die nicht dem DGB angehörende Tarifgemeinschaft der Angestellten signalisiert.

Aktien deutlich fester

DW. Frankfurt

Der Aktienmarkt war bei Kursgewinnen in unterschiedlicher Höhe deutlich fester. Auch der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 135,0 (133,5). Dollarmittelkurs 2,5635 (2,5653) Mark. Goldpreis pro Feinunze 400,25 (405,75) Dollar.

WETTER

Gegen Abend Gewitter

DW. Essen

Im gesamten Bundesgebiet zunächst sonnig mit Temperaturen zwischen 27 und 32 Grad. Gegen Abend aufkommende Bewölkung mit zum Teil kräftigen Gewittern. In der Nacht Temperaturen um 15 Grad. Tagsüber schwacher, am Abend böiger Südwind.

DER KOMMENTAR

Droh-Appell

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die SED wirbt in ihrem Theorie-Organ „Einheit" wieder, wissenschaftlich verbrämt, für mehr Wachstum. Zunächst bedeutet das ein Eingeständnis, daß die „DDR" in einer Krise steckt. Es muß an die Menschen appelliert werden, mehr zu leisten; dabei wird nicht mehr mit Aussichten auf eine rosigere Zukunft gelockt; vielmehr wird mit Einschränkungen im Sozialbereich gedroht.

Die zahlreichen Aufrufe von SED-Chef Erich Honecker haben also nicht gefruchtet. Er hatte auf dem X. Parteitag der SED vor zwei Jahren beschwörend darauf hingewiesen: „Ein stabiles ökonomisches Wachstum ist für den Sozialismus unverzichtbar; denn die Bedürfnisse der Menschen, die Erfordernisse unserer sozialistischen Gesellschaft entwickeln sich weiter, und es kann nur verteilt werden, was vorher produziert wurde."

Trotz der enormen Schwierigkeiten, mit denen die „DDR" fertig werden muß, fehlt eine überzeugende Wachstumsstrategie. Andere Probleme haben Vorrang, und sie erdrücken alles. So muß mehr exportiert werden, um die Verschuldung gegenüber dem Westen und gegenüber der Sowjetunion unter Kontrolle zu halten. Für die reduzierten Öllieferungen verlangt Moskau einen steigenden Tribut. Und: Ost-Berlin wird für Polen zur Kasse gebeten.

Was ins Ausland geht, fehlt im Inneren. Mit weniger Investitionen läßt sich die Arbeitsproduktivität ebensowenig steigern wie durch schwächere Konsumreize, ein noch schmaleres Warenangebot. In solchen Situationen bleibt nur der mehr oder weniger verdeckte Appell oder die Drohung.

Planwirtschaften erreichen ihre selbstgesteckten Ziele in der Regel nicht; sie sind den Marktwirtschaften unterlegen. Aber die Systemfrage wird in der „DDR" nicht gestellt. Zwar wird auch in der Bundesrepublik an das soziale Netz herangegangen. Aber die Bürger wußten es am 6. März und sie haben sich entschieden. Demgegenüber ist in dem siebenseitigen Artikel in der „Einheit", der den Begriff der sozialen Sicherheit ungewöhnlich weit faßt, von Freiheit nicht die Rede.

Ruf nach Gipfel wird in USA lauter

Vorsitzender des Außenpolitischen Senatsausschusses, Percy: Dringlichkeit geboten

TH. KIELINGER, Washington

Dem allgemeinen Ruf nach einem Gipfeltreffen zwischen den beiden Supermächten hat sich jetzt auch Charles Percy, der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses im US-Senat, angeschlossen. Percy gehört zu Reagans eigener Partei, den Republikanern, die im Senat eine knappe Mehrheit besitzt.

Nach einem Treffen mit dem Präsidenten meinte der Senator vor der Presse, nicht viele Amerikaner kennten überhaupt den sowjetischen Führer Andropow, und es sei „gefährlich in der heutigen Welt, wenn die beiden führenden Figuren, die diese Macht im Nuklearzeitalter besitzen, sich nicht zu einer Begegnung zusammenfinden".

Percy schien die Verantwortung für diesen Zustand auf beide Seiten zu verteilen, als er hinzufügte: „Die beiden Männer sollten sich so früh wie möglich treffen. Ich habe nicht den Eindruck, daß sie mit jener Dringlichkeit daran arbeiten, die unter den obwaltenden Umständen geboten ist."

Der Politiker widersprach indirekt den Bedingungen, die das Weiße Haus bisher immer an das Zustandekommen eines Gipfeltreffens zwischen Andropow und Reagan geknüpft hat – darunter vor allem, daß ein konkretes Resultat bei dem Gespräch herauskommen müsse. Eine bloße „Kennenlernen-Begegnung" (Reagan) lehnt das Weiße Haus ab. Dazu Percy:

„Andropow läßt uns durch Averell Harriman, der ihn in der letzten Woche besuchte, wissen, daß er bessere Beziehungen mit den USA wünsche. Also sollten wir das erforschen. Wie? Nun, der einzige Weg ist, es direkt mit Andropow zu besprechen, und der Mann, der das tun sollte, ist der Präsident der Vereinigten Staaten."

Percy hat für den 15. Juni und danach eine Reihe von Anhörungen vor seinem Ausschuß anberaumt, um den Zustand der sowjetisch-amerikanischen Beziehungen auf systematische Weise durchleuchten zu lassen. Mitglieder der Administration, so unter anderem Außenminister Shultz, und Experten von außerhalb der Regierung sollen erschöpfend zu dem Thema befragt werden. Mit Sicherheit werden dabei Percy und andere ihren Ruf nach einem Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und Generalsekretär Andropow wiederholen.

Das Weiße Haus reagierte auf die Auslassungen des Senators zunächst mit einer Standard-Antwort: Wenn die Sowjets verbesserte Beziehungen wünschen, sagte Pressesprecher Speakes, „so werden sie in den USA einen bereitwilligen Partner finden". Aber Speakes schränkte ein, die Sowjets müßten „Konzessionen in Bereichen machen, die den USA besondere Sorgen verursachen".

Diese „Bereiche" sind zur Zeit: Afghanistan, Polen, Zentralamerika, Syrien. Hinzu kommt der gesamte Komplex der Abrüstungsverhandlungen. Ein sowjetisches Signal, daß man die festgefahrenen Gespräche loszueisen wünsche, wäre ebenfalls in amerikanischen Augen ein Indiz, daß sich ein Gipfeltreffen mit Andropow lohnen könnte. Ohnehin glaubt man im Weißen Haus, daß Präsident Reagans Position für ein solches Treffen durch die jüngste MX-Entscheidung und die Sicherheitserklärung auf dem Gipfel von Williamsburg beträchtlich gestärkt worden ist.

Kreml wirbt mit Kekkonen-Plan um Sympathien

F. H. NEUMANN/DW. Moskau

Der sowjetische Parteichef Juri Andropow hat den Staatsbesuch des finnischen Präsidenten Mauno Koivisto genutzt, um in Westeuropa für die militärstrategischen Zielsetzungen des Kreml zu werben.

So signalisierte Andropow Konzessionsbereitschaft für die bereits vor zwei Jahrzehnten vom damaligen finnischen Staatspräsidenten Kekkonen vorgeschlagene atomwaffenfreie Zone in Nordeuropa. Die Sowjetunion wolle deren Schaffung erleichtern, obwohl es „die Idee nicht gerade sympathisch" finde. Der auffällige Nebensatz sollte wohl andeuten, daß es dem Kreml schwerfällt, Teile des eigenen Territoriums in die atomwaffenfreie Zone einzubeziehen. Gleichwohl sei Moskau bereit, diese Frage zu prüfen. Ähnlich vage fielen auch Andropows Äußerungen über eine von Atomwaffen freie Ostsee aus: Über diese Frage könnte die Sowjetunion mit den interessierten Seiten diskutieren, sagte er. In der Ostsee sind sowjetische U-Boote mit Kernwaffen stationiert.

Die massive Konzentration sowjetischer militärischer Machtmittel bei Murmansk, die das Projekt eines atomwaffenfreien Nordeuropas erheblich beeinträchtigen könnte, erwähnte Andropow nicht. Er wiederholte nur seine Versicherung, Moskau werde den Status dieser Zone respektieren. Dies soll bedeuten, daß die Staaten innerhalb einer solchen Zone nicht von sowjetischen Atomwaffen heimgesucht werden sollen.

Bei der NATO hieß es dazu, eine solche atomwaffenfreie Zone sei wegen der großen Reichweite sowjetischer Raketen wirkungslos.

Seite 2: Fangnetze in der Ostsee

China gibt der Leichtindustrie künftig Vorrang

AP/rtr, Peking

Die übermäßige und unkoordinierte Expansion der Schwerindustrie Chinas hat Vizepremier Yao Yilin, der Chef der staatlichen Planungskommission, gestern vor dem Nationalen Volkskongreß kritisiert. Yao sagte, der Wirtschaftsplan für 1983 sehe vor, das Gewicht von der Schwer- auf die Leicht- und Konsumgüterindustrie zu verlagern. Damit geht Peking offenbar vom stalinistischen Dogma des absoluten Vorrangs der Schwerindustrie ab, das in den ersten 30 Jahren das Denken in der Volksrepublik bestimmte.

Der Vizepremier teilte mit, das Produktionsvolumen der Schwerindustrie sei von 1981 bis 1982 um neun Prozent statt wie geplant um ein Prozent gestiegen, während die Leichtindustrie mit 5,7 Prozent hinter dem Ziel von sieben Prozent zurückblieb. 1983 solle die Produktion der Leichtindustrie um 4,1 Prozent, die der Schwerindustrie nur um 3,9 Prozent zunehmen.

Fehlinvestitionen, so Yao, hätten das Gleichgewicht der Wirtschaft Chinas gefährdet und die schon stark belasteten Bereiche Energie und Verkehrswesen überstrapaziert. Die Betriebe hätten die Anweisung der Zentrale ignoriert, ihre Investitionen scharf zu begrenzen. Deshalb habe die Schwerindustrie wesentlich mehr produziert, als im Plan vorgesehen war.

Finanzminister Wang Bingqian verlangte angesichts der „niedrigen wirtschaftlichen Effizienz" eine strengere zentrale Ausgabenkontrolle. 1982 habe China zum viertenmal hintereinander ein Haushaltsdefizit gehabt, was auch 1983 zu erwarten sei.

Seite 2: Taten setzen Daten

CSU berät über Haltung zur CDU

Unsicherheit über Sinn der Satzungsänderung der Schwesterpartei

PETER SCHMALZ, München

In der CSU ist die Diskussion noch nicht abgeschlossen, wie die Satzungsänderung der CDU und der damit geschaffenen Möglichkeit, in Bayern einen CDU-Landesverband zu gründen, pariert werden soll.

Nach Angaben von CSU-Generalsekretär Otto Wiesheu wird sich damit der CSU-Vorstand auf seiner nächsten Sitzung am kommenden Montag befassen. Ob die CSU bei ihrem Parteitag Mitte Juli ebenfalls eine Satzungsänderung beschließen wird, wolle Wiesheu nicht ausschließen. „Dazu läßt sich noch gar nichts sagen", meinte er vor Journalisten im Münchner Presseclub.

In der CSU hält man eine Ausdehnung über Bayern hinaus allerdings auch ohne Satzungsänderung für möglich. Der entsprechende Passus lautet, die „Partei führt den Namen ‚Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.' (CSU)", der schon 1976 nach dem Kreuther Trennungsbeschluß nicht als organisatorische Begrenzung auf Bayern ausgelegt wurde.

Die spürbare Unsicherheit der CSU-Führung, welchen Sinn die Satzungsänderung der CDU haben soll und wie die richtige Antwort darauf lauten muß, wird durch zwei Umstände genährt. Die CDU hat sich nicht nur mit dem neuen Paragraphen 20 die Möglichkeit gegeben, für die Europawahl im kommenden Jahr eine Bundesliste ohne organisatorische Ausdehnung nach Bayern aufzustellen, sie hat auch den Paragraphen 16 redigiert: Wo bisher die einzelnen CDU-Landesverbände aufgezählt waren, steht jetzt nur noch allgemein, „die Landesverbände sind die Organisationen der CDU in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland".

In der CSU wird dieser Satz so ausgelegt, daß damit auch Bayern gemeint sein müsse. Dies aber trifft einen empfindlichen Punkt. In der Münchner CSU-Zentrale wird der konkrete Verdacht gegen die CDU-Führung geäußert, sie plane seit längerem, die CSU in der CDU aufgehen zu lassen und somit eine Union aus einer Partei zu schaffen. Als Motor dieser Überlegung wird CDU-Generalsekretär Heiner Geißler angesehen. Diesen Bestrebungen erteilt CSU-Generalsekretär Wiesheu eine klare Absage: „Ein Landesverband der CDU wollen und werden wir nicht werden."

Abermals forderte Wiesheu die CDU auf, gegenüber der CSU endlich Klarheit über den Sinn der Satzungsänderung zu schaffen. Als Drohmittel gegenüber der CSU sei der Beschluß ungeeignet, nachdem Geißler selbst ein gemeinsames Auftreten der C-Parteien als schädlich bezeichnet hatte, meint Wiesheu. Als Strategie-Angebot würde es von der CSU nicht abgelehnt, da es den CSU-Gedanken von 1976 aufgreift. Wiesheu: „Darüber müßte man reden."

Die Zustimmung der bayerischen Schwesterpartei fände die CDU allerdings, sollte sie nur eine bundesweite Europaliste ohne organisatorische Ausdehnung wünschen. „Das würde den Wahlkampf interessanter machen", meinte Wiesheu.

Widerstand in Afghanistan verstärkt Druck auf Kabul

Wollen Mudjahedin Genfer Gespräche torpedieren?

dpa/DW. Neu-Delhi

Im Vorfeld der nächsten Genfer Runde der „indirekten Gespräche" zur Lösung des Afghanistan-Problems haben die Widerstandskämpfer in Afghanistan ihren militärischen Druck verstärkt. Von den unterschiedlichsten Gruppen des afghanischen Widerstandes war betont worden, daß sie keine politische Lösung des Afghanistan-Problems ohne ihre Beteiligung dulden würden.

Sie erklärten auch, daß der bewaffnete Kampf gegen die Sowjets und das Regime in Kabul die einzige Möglichkeit sei, das Problem zu lösen. Von westlichen Beobachtern wird vermutet, daß die militärischen Aktivitäten der „Mudschaheddin" die Verhandlungen torpedieren sollen.

Westliche Diplomaten in Neu-Delhi berichteten gestern, die Widerstandskämpfer hätten in Kabul und anderen Teilen Afghanistans eine Offensive gegen die afghanischen Regierungs- und sowjetischen Besatzungstruppen gestartet. Die indirekten Gespräche vornehmlich zwischen Afghanistan und Pakistan sollen am 16. Juni unter UNO-Vermittlung in Genf wiederaufgenommen werden. Eine erste Runde fand dort bereits im April statt.

Besonders intensive militärische Aktivitäten werden aus den Provinzen Ghazni, Nangahar und Paktia gemeldet. In Ghazni haben die Freischärler offenbar die Oberhand gewonnen. Wie berichtet wird, hätten diese in den vergangenen Tagen mehrere sowjetisch-afghanische Konvois erfolgreich angegriffen. Unweit der Stadt Ghazni hätten die Widerstandskämpfer einen sowjetischen Hubschrau[...] abgeschossen. Außerdem h[...] die Mudschaheddin in der v[...] genen Woche auch die Flu[...] von Herat im Westen Afgh[...] und Mazar-i-Sharif im No[...] Raketen angegriffen.

In der Grenzprovinz Pak[...] dem afghanischen Wider[...] lungen, die afghanische [...] pe des sogenannten „38. [...] dos" schwer zu treffen. [...] ein Bataillon des „38." so[...] lauf einer dreitägigen [...] „ausgelöscht" worden s[...] der Elitesoldaten seien z[...] derstandskämpfern übe[...] oder hätten sich ergeben

Es gärt unter Litauens Katholiken

Massenprotest gegen Priester-Verurteilung vor dem Papstbesuch im Nachbarland Polen

C. G. STRÖHM/DW. Wien

Wenige Tage vor der zweiten Polen-Reise des Papstes ist es im benachbarten Litauen zu neuen heftigen Konflikten zwischen den sowjetischen Behörden und der katholischen Kirche gekommen. Mehr als 36 000 Katholiken aus 72 Pfarreien des überwiegend katholischen Landes haben in Resolutionen und Protestschreiben an Parteichef Jurij Andropow ihre Solidarität mit dem kürzlich durch ein sowjetisches Gericht verurteilten Priester Alfonsas Svarinskas bekundet.

Svarinskas war eines der Gründungsmitglieder des „Katholischen Komitees für die Verteidigung der Rechte der Gläubigen" in der Sowjetrepublik Litauen. Er war Anfang Mai wegen angeblicher „staatsfeindlicher und verfassungsfeindlicher Tätigkeit" zu sieben Jahren Gefängnis und drei Jahren Verbannung verurteilt worden. 104 Priester aus Pfarrer Svarinskas Heimatdiözese Tesiai haben Parteichef Andropow aufgefordert, Svarinskas freizulassen und die Verfolgung der Gläubigen in Litauen einzustellen.

Die Priester betonen in ihrem Schreiben, Svarinskas habe keinerlei verfassungsfeindliche Aktivitäten unternommen. Die Gründung des „Katholischen Komitees" sei kein Verbrechen, sondern ein „großzügiger und humaner Akt".

Bedenkt man, daß von den 3,2 Millionen Einwohnern, von denen nur etwa 80 Prozent Litauer sind, 36 000 Menschen Petitionen zur Freilassung von Pfarrer Svarinskas unterschrieben haben – das heißt jeder 70. Litauer, Kinder und Greise eingeschlossen –, so ahnt man etwas von dem Ausmaß der Empörung, die das Urteil hervorgerufen hat. Zweifellos hat man mit derartigen Reaktionen gerechnet. War doch während und nach der Verhaftung des Pfarrers in der Stadt Vidukle ein riesiges Polizeiaufgebot zusammengezogen worden, um etwa ausbrechende Unruhen zu unterdrücken.

Anfang April konnten Bischöfe aus Litauen erstmals in sowjetischer Zeit dem Papst in Rom Bericht über die Lage ihrer Kirche abstatten. Bei dieser Gelegenheit soll eine Einladung an Johannes Paul II. zu einem Besuch in Litauen ausgesprochen worden sein. Das könne eigentlich „nur ein Akt der Höflichkeit" gewesen sein, meinte man dazu vorsichtig im Priester-Seminar von Kaunas. Aussicht auf einen solchen Besuch bestehe doch nicht. „Wir haben von der Einladung über Radio Vatikan gehört", sagten Regierungsfunktionäre in Wilnius spitz. „So etwas müßte mit unseren staatlichen Stellen abgestimmt werden. Offiziell wissen wir nichts."

Heute in der WELT

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fangnetz in der Ostsee

Von Reiner Gatermann

Mit Zuckerbrot und Peitsche pflegt der Kreml seine Beziehungen zu Schweden. Einerseits läßt er seine U-Boote, höchstwahrscheinlich mit Kernwaffen an Bord, ungeniert vor der schwedischen Küste kreuzen, tut die in Stockholm gesammelten Beweise als Münchhausen-Phantasien ab und greift durch Attacken auf eine Partei und eine Person aktiv in die innenpolitische Auseinandersetzung in Schweden ein. Andererseits lockt nun Parteichef Jurij Andropow mit der Möglichkeit, aus der Ostsee ein kernwaffenfreies Meer zu machen, was nicht gerade fern von gewissen Vorstellungen des schwedischen Regierungschefs Palme ist.

Solche Offerten aus dem Land, das nicht nur als einziges Atomwaffen in Nordeuropa stationiert hat, sondern zudem dort auch noch über die größte an einer Stelle gesammelte nukleare Vernichtungskraft der Welt verfügt – auf der Halbinsel Kola –, sind nun freilich nicht neu, sie kamen in der Vergangenheit sowohl von Breschnew als auch von Admiral Tjerbow. Allerdings nennt Andropow die Ostsee erstmals explicit. Das Thema Kola bleibt dagegen weiterhin tabu.

Olof Palmes erste Reaktion war vorsichtig positiv. Man müsse den Text erst studieren. Einen Gedanken wird er dabei nicht völlig ignorieren können: Bedient sich die Sowjetunion hier nicht einer ziemlich erpresserischen Verhandlungstaktik? Sie hat doch bereits feierlich versichert, Kernwaffen nicht gegen ein Land einzusetzen, das selbst über keine verfügt. Und zum anderen steht die praktizierte Mißachtung der schwedischen Neutralität und die indirekt bereits ausgesprochene Drohung *im Raum, wann immer man* es für richtig hält, die schwedischen Territorialgrenzen zu verletzen.

Zudem: Wenn schon von der Ostsee die Rede ist – außer Schweden liegt Dänemark an der Ostsee, Norwegen nicht; wohl aber ein anderes westliches Land, gegen das Moskau alle Mittel der Abrüstungspropaganda einsetzt. Der Vorschlag ist vielschichtig, und es ist gut, daß Olof Palme nicht allein mit Moskau am Verhandlungstisch sitzt. Da nämlich sind die Norweger als wachsame Beobachter und Partner dabei, auch ohne eigenen Ostseestrand, und sie sind wichtiger denn je.

Knapp in Portugal

Von Rolf Görtz

Das war die letzte Chance: Wenn sich nicht an diesem Wochenende Sozialisten und Sozialdemokraten Portugals in letzter Minute zu einer Koalition zusammengefunden hätten – die parlamentarische Demokratie hätte ihren schwersten Schlag erlitten.

Es war Mario Soares, der künftige Ministerpräsident, der 1976 auf der Straße den roten Militärs und der von *Moskau gesteuerten KP die Macht entrissen hatte.* Er erhielt dafür das erste Mandat zur Regierungsumbildung – und scheiterte. Am Parlament und am Staatspräsidenten General Eanes.

In der Folgezeit gab es durchschnittlich jedes Jahr eine neue Regierung in Lissabon. Ein Wunder, daß die Bevölkerung dennoch immer wieder brav an die Wahlurne trat – und vernünftig wählte. Zuletzt am 25. April die Koalition der Sozialisten, die längst Sozialdemokraten geworden sind, und der Sozialdemokraten, deren politisches Credo eigentlich Liberalismus heißt. Wenn sich beide Parteien nach dem Eklat vom Mittwoch vergangener Woche jetzt nicht zusammengerauft hätten – Mario Soares hatte das Sozialpaket der Vereinbarungen auf Druck der Gewerkschaften verändert, woraufhin PSD-Chef Mota Pinto auf Druck des Industrieverbandes seine Teilnahme an der Koalition aufgekündigt hatte – dann wären unweigerlich Neuwahlen fällig gewesen. Und weitere sechs Monate wirtschaftlicher Agonie.

Der Sieger dieser Wahlen hätte Ramalho Eanes geheißen, der General, der zur Zeit das größte Image als der „bescheidene Schiedsrichter" im Lande besitzt. Eine Eanistenpartei, nicht unähnlich der de Gaulles in Frankreich. Allerdings mit einem erheblichen Linksdrall. Denn es waren Kommunisten und Sozialisten – allerdings ohne Soares –, die seine Wahl als Präsident gesteuert haben. Ihnen gesellten sich inzwischen immer mehr Konservative zu, sogar Anhänger des verstorbenen Diktators Salazar – insgesamt also eine Bewegung, die dem Peronismus der Dritten Welt ähnlicher gewesen wäre als dem Gaullismus der Mitte Europas.

Taten setzen Daten

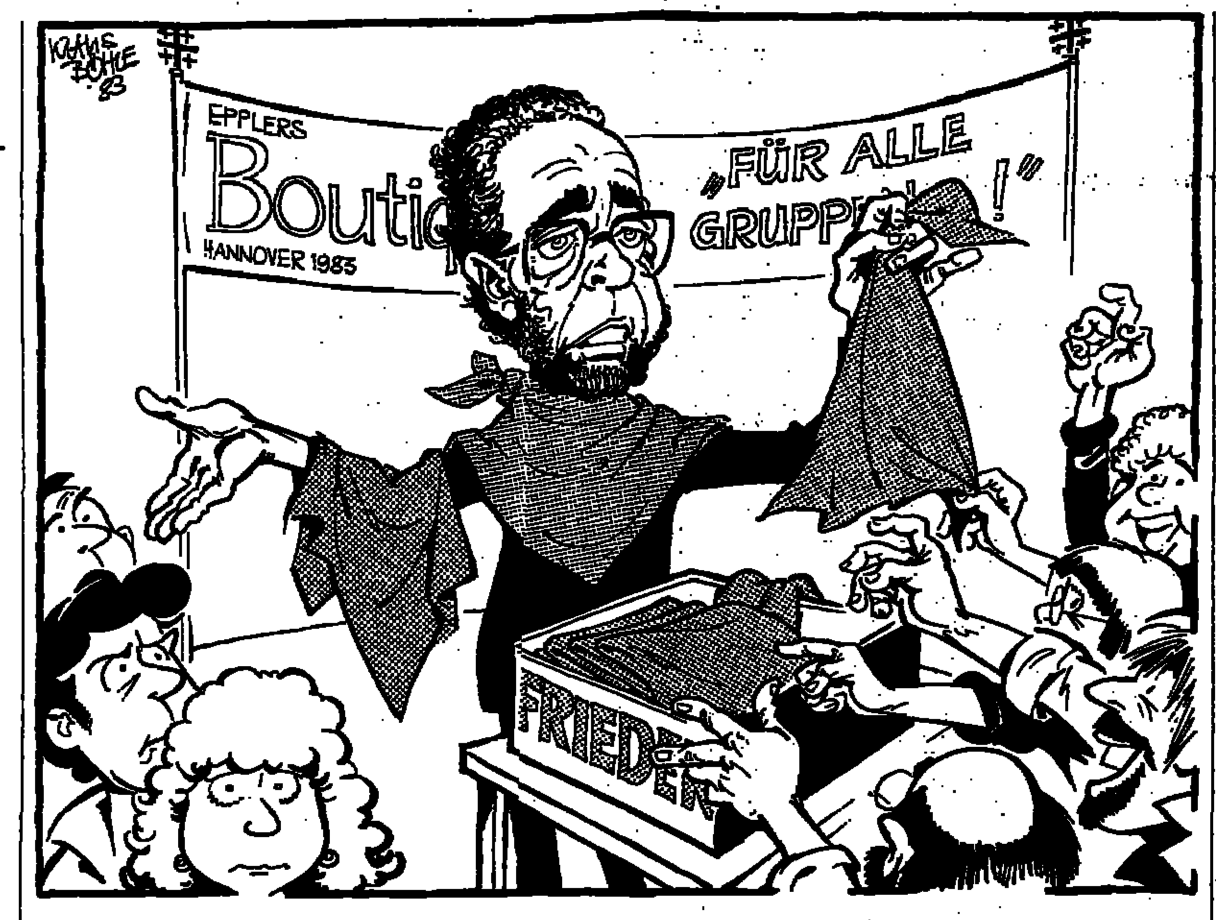
Von Johnny Erling

Nicht Worte, sondern Taten zählen – dies hat Chinas Ministerpräsident Zhao Ziyang auf dem Volkskongreß in Peking der Sowjetunion vorgehalten. Er hat nur wiederholt, was die Chinesen schon selt Breschnews Taschkenter Rede 1982 beharrlich auf die Lockungen Moskaus entgegnen.

Die Bilanz sieht auch nach Andropows Amtsantritt trübe aus. Die hundert Tage sind vorbei. Weder in Afghanistan noch in Kambodscha, noch in der Frage des Truppenabzugs an den Grenzen hat die UdSSR das geringste Entgegenkommen gezeigt. Eher umgekehrt. Da werden Tausende von Chinesen aus der Mongolei vertrieben, sicher nicht ohne Billigung der großen „Schutzmacht". Da spielt Moskau mit der Absicht, auf dem asiatischen Schauplatz SS 20 zu stationieren. Die wirkliche Bedrohung hat nicht abgenommen, ist das Fazit von Zhao Ziyang.

Als es im letzten Jahr freundliche Worte zwischen Moskau und Peking gab, fielen böse Worte gegen die USA. Peking fühlte sich verletzt, in der Taiwan-Frage, beim Textilabkommen oder beim Asylfall Hu Na. Aber die Taten der USA zeigten auch eine andere Seite. Beim *Technologie-Transfer geht Reagan auf China zu*, eine ganze Reihe von Abkommen sind unter Dach und Fach; China hat Aufnahme in allen internationalen Organisationen gefunden; und die Weltbank, obwohl nicht amerikanisch, aber nach westlichen Grundsätzen über die Bonität eines Landes entscheidend, hat China eines Kredits von sechs Milliarden D-Mark für würdig befunden.

Und auf dem Gipfel in Williamsburg schließlich haben sich die Sieben geeinigt, China weiter unter die Arme zu greifen. So hat Zhao Ziyang, wenn auch distanziert, doch viel Freundliches über die USA durchklingen lassen. Denn die Bilanz der westlichen Taten wiegt schwerer als die der schönen sowjetischen Worte.



„Nehmen Sie Lila – das hebt!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Vom Text zu Textilien?

Von Armin Boyens

Können hundert Strategen eine Großveranstaltung von hunderttausend Menschen manipulieren? Man mag das bezweifeln. Nicht bezweifeln kann man, daß diese Absicht besteht. Hundert Vertreter von sogenannten christlichen Friedensgruppen aus dem Bundesgebiet haben Anfang des Jahres erklärt, sie wollten „den ganzen Kirchentag in eine Dauerdemonstration der Friedensbewegung verwandeln". Diese „Gesamtkampagne" soll mit Hilfe „eines gemeinsamen Emblems", das auf Tücher in violetter Farbe aufgedruckt wird, durchgeführt werden. Das Emblem besteht aus einer Kirche, aus deren Tür heraus eine Hand dem Mann mit der Bombe den Eintritt verwehrt.

Diese Strategie zielt auf die Optik der Fernsehkameras. Die Dauerdemonstrierer sagen offen, es sei ihr Ziel, „daß bis zum Ende des Kirchentages eine deutliche Mehrheit der Kirchentagsbesucher mit den Tüchern ausgestattet ist. Ganz besonders wichtig wäre es, dies dann auf der Abschlußkundgebung des Kirchentages am Sonntagvormittag auch deutlich werden zu lassen."

Die Leitung des Deutschen Evangelischen Kirchentages lehnt diesen Versuch einer Minderheit, eine Mehrheit zu manipulieren, ab. Sie ist ferner entschlossen, die Meinungsfreiheit aller Teilnehmer zu schützen, auch derjenigen, die ohne Tücher ihre Meinung sagen möchten. Deswegen braucht man sich also keine Sorgen zu machen. Sorge macht etwas anderes: Daß dieser Manipulationsversuch darauf hinauslaufen könnte, freie Aussprache durch die stereotype Wiederholung von Schlagworten abzublocken. Der Marsch vom Text in die Textilien wirft darum einige Fragen auf.

Der Kirchentag hat eine Tradition, die man kennen muß. Sie geht zurück auf die Deutschen Evangelischen Wochen, wie sie die Bekennende Kirche in der Zeit des Dritten Reiches veranstaltete. Die erste Evangelische Woche fand auch in Hannover statt, damals vom 26. bis zum 30. August 1935. Und sie war ein unübersehbares Zeichen des Widerstandes gegen die totale politische Überfremdung des gesamten Lebens aller deutschen Menschen. Die Teilnehmer damals wußten diesen Raum der Freiheit zu schätzen, hatten sie es doch erlebt, wie im Jahre 1933 die sogenannten Deutschen Christen mit den Symbolen ihrer politischen Überzeugung auch in die Gottesdienste der Kirche eingezogen waren. Damals waren diese Symbole *Hakenkreuzfahnen* und Braunhemden, und die Hitlerjugend trug schwarze Dreieckstücher. Heute sind es violette Tücher. Sind sie etwas anderes als Zeichen einer politischen Überzeugung? Sie werden als „Fahnen" bezeichnet, die man aus Kirchen und Gemeindehäusern heraushängen soll. Ist dies der Beginn einer neuen Beflaggung aus politischen Gründen?

Die Strategen der violetten Tücher sagen, Violett sei in der kirchlichen Tradition die Farbe der Buße. Das ist richtig. Aber seit wann beginnt die Buße bei den anderen? Die Reformation Martin Luthers beginnt mit dem Aufruf zur Buße. Die erste seiner 95 Thesen lautet: „Als unser Herr Jesus Christus sagte: Tut Buße (Matth. 4,17), da wollte er, daß das ganze Leben der Gläubigen Buße ist." Wenn aber Buße zur Politshow wird, zum Mittel im politischen Tageskampf, dann muß man sich doch fragen, ob Buße hier nicht mißbraucht wird.

Aber nehmen wir einmal an, der Stil des Wedelns und Winkens mit Tüchern, wie er auf Festivals der FDJ im anderen Teil Deutschlands in Rot üblich ist, würde sich in Violett auf dem Kirchentag in Hannover fortsetzen – was ergibt sich daraus? Soll man annehmen, daß von nun an Wahrheitsfragen in der Kirche plebiszitär entschieden werden? Geschieht Auslegung der Heiligen Schrift mittels Stimmkarten?

„Textiles Gestalten" vergißt, daß geistliches Ringen niemals durch weltliche Macht, Demonstrationen oder Druck von oben oder unten entschieden werden kann, sondern allein durch geistliche Waffen. Welches diese sind? Luther hat sie genannt: „Solche Hast und Gewalt verrät einen Mangel an Vertrauen auf Gott. Sieh, wieviel er durch mich hat wirken wollen, aber mit keiner Gewalt. Ich hab allein Gottes Wort getrieben, gepredigt und geschrieben, sonst hab ich nichts getan ... ich hab das Wort lassen handeln." Man kann es auch anders sagen: Textilien entzweien, aber der Text der Heiligen Schrift, das Wort Gottes, verbindet.

GAST-KOMMENTAR



Dr. theol. Armin Boyens, Dekan am Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr, ist Verfasser des zweibändigen Werkes „Kirchenkampf und Ökumene" FOTO: DIE WELT

IM GESPRÄCH W. Brüggemann

Kandidat gegen Biedenkopf

Von Wilm Herlyn

Gegenkandidaturen sind Wettstreit – aber auch Ausdruck der Unzufriedenheit mit der Führung. So auch im zweitstärksten CDU-Landesverband, Westfalen-Lippe, von Professor Kurt Biedenkopf seit 1977 geführt. Nein, sagen seine Kritiker, nicht geführt, sondern für sich „instrumentalisiert"; der Professor habe den „innerparteilichen Frieden gestört" und es nicht für notwendig erachtet, ein Vertrauensverhältnis zum gesamten Vorstand herzustellen.

„Kooperation" und „integrative Führung" – mit dieser Gegenaussage tritt nun Professor Wolfgang Brüggemann vor den Parteitag am 2. Juli in Hagen. Er kennt die Klippe: „Ein Wissenschaftler muß zu kompromißlosen Aussagen bereit sein. Ein Politiker muß diese in die Realität umsetzen können." Ist es das, woran Biedenkopf bislang scheiterte?

Brüggemann kommt, wie man zu sagen pflegt, aus der Basisarbeit: Kein Seiteneinsteiger, sondern seit 1946 in der CDU. Die politischen Ämter und Ehren sind erkämpft und erarbeitet. Sieben Jahre lang führte er die Fraktion in Bochum, vier Jahre war er dort Bürgermeister. „Da habe ich mir einen Traum erfüllt." Denn der Großvater Karl Schmidt, sein Vorbild, hatte diesen Posten einst in der damals noch nicht in Bochum aufgegangenen Gemeinde Weitmar.

Der „schwarze Schmidt" wurde der Zentrums-Politiker gerufen. Enkel Brüggemann versteht sich als Protagonist des katholischen Fundamentalismus mit starken Wurzeln in der Soziallehre. Er gehört zu den ganz wenigen, die nicht aus dem westfälischen Dickicht heraus gegen den Vorsitzenden Biedenkopf rumorten. Brüggemann machte nie einen Hehl aus seiner Gegnerschaft – nicht aus Animosität von Wissenschaftler zu



In den Fußstapfen des Großvaters: Professor Brüggemann FOTO: DPA

Wissenschaftler, sondern überzeugt davon, daß der einsame Weg des selbsternannten Chef-Denkers der Partei eher schade.

Der gebürtige Bochumer Brüggemann (1926) studierte in Münster Geschichte, Philosophie, Theologie und Germanistik, wurde Gymnasiallehrer, 1965 ordentlicher Professor mit Lehraufträgen in Hamm und Dortmund, seit 1966 bildungspolitischer Sprecher der Düsseldorfer CDU-Landtagsfraktion.

Nach dem Debakel bei der Landtagswahl 1980 dachte er daran, das Mandat zurückzugeben, ließ sich aber dann doch als Koordinator für bildungspolitische Fragen in die Pflicht nehmen, auch wenn er sich wieder mehr Zeit für die Wissenschaft ließ. Nach einem Wahlsieg will er mit dem Vorstand sofort die neue Marschroute überdenken. Denn Kommunal- und Europa-Wahlen stehen vor der Tür, 1985 die entscheidende Landtagswahl. Als Hobby-Gärtner weiß er, daß im Herbst gesät werden muß, wenn man im nächsten Jahr ernten will.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

The Washington Post

Die Zeitung meint zur Politik der PLO:

Im Augenblick beginnen die sogenannten Freunde der Palästinenser gewöhnlich damit, sich darüber zu beschweren, wie unfair es ist, die Palästinenser dazu aufzufordern, sich mit den Israelis an einen Tisch zu setzen, wie schwierig, wie lächerlich es sei etc. Die Palästinenser sollten damit anfangen, sich zu fragen, wer ihre wahren Freunde sind. Sie hätten 1947 von den Vereinten Nationen mit israelischer Billigung einen Staat haben können, aber ihre spätere Führung und ihre arabischen Brüder hatten es für sie abgelehnt. Für einige repräsentative Gruppen der Palästinenser ist es höchste Zeit, das Schicksal ihres Volkes aus den Händen der Israelis und befreundeter Araber zu nehmen, die mit ihm spielen, und Israel zu Friedensverhandlungen herauszufordern.

THE TIMES

Zum politischen Widerstand in Estland schreibt die Londoner Zeitung

Untergrundzeitschriften ... schildern die Tätigkeit der geheimen demokratischen Bewegungen, die sich ein Referendum unter *UNO-Aufsicht zum Ziel gesetzt* haben, in dem das von der Mehrheit der Bevölkerung gewünschte politische System bestimmt werden soll. Sie berichten über große Demonstrationen in Reval, Dorpat (Tartu), Pernau und anderen Städten: Von den Demonstranten wurde die verbotene Flagge des unabhängigen Estlands geschwenkt und antirussische Parolen gerufen. Diese Information wird gestützt von Berichten in den offiziellen Medien über „schwere Verletzungen der öffentlichen Ordnung" und *von Meldungen über Festnahmen* und Inhaftierungen von vielen politischen Gegnern des Regimes ... Vielleicht ist es trotz all der besser publizierten Probleme in der Welt Zeit, sich wieder an die Esten zu erinnern.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Zeitung kommentiert den unausweichlichen Anstieg des Dollarkurses:

Bereits seit mehreren Jahren herrscht Anarchie im internationalen Währungssystem. Die jetzige Krise geht aber zweifelsohne als eine der längsten in die Geschichte ein. Manche Börsenfachleute erwarten einen spürbaren Rückgang des Dollars auf keinen Fall vor November 1984, den nächsten Präsidentenwahlen, da Reagan bis dahin seine Politik nicht mehr ändern wird. Andere Fachleute, vor allem in der französischen Regierung, hoffen auf ein Nachgeben in dieser Politik vom kommenden Herbst an, um zu verhindern, daß der amerikanische Aufschwung von den hohen Zinsen erstickt wird. Auf jeden Fall bleibt der Dollar noch monatelang stark.

WESTFALEN-BLATT

Zum Münchner „Bürgertelefon gegen Schwarzarbeit" meint die Bielefelder Zeitung:

Die Verwaltung dort bläst zum Sammeln – zum Sammeln von *Bürgerinformationen über schwarze* Schafe, sozusagen. Frei nach der Telefon-Devise: Weißt du was über Schwarzarbeiter – ruf doch mal an! Nur: Was sich da auf den ersten Blick vielleicht bestechend ausnehmen mag – soll dies im Ernst der Weg sein, ein jahrzehntealtes Übel an der Wurzel zu packen? Abhilfe per Denunziation? Das ist nicht einmal eine Notlösung. Schwarzarbeit darf sich nicht mehr lohnen. Dafür sollte die neue Bonner Regierung schnellstmöglich die Voraussetzungen schaffen: mit wirtschaftspolitischen Instrumenten.

Illusionen um Verhandlungslösung in El Salvador verfliegen

Aber der Widerstand gegen Reagans Mittelamerika-Politik bleibt stark / Von Manfred Neuber

Präsident Reagan steht in Mittelamerika vor dem Risiko, in eine immer stärkere Verstrickung zu geraten, wenn die äußere Einmischung in diesem Krisenherd nicht durch eine militärische Quarantäne unterbunden wird. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten aber trägt keine Ausweitung des amerikanischen Engagements. Acht Jahre nach dem Fall von Saigon wirkt das Vietnam-Trauma noch lähmend auf den Selbstbehauptungswillen dieser Großmacht.

Diese Stimmung schlägt sich im US-Kongreß bei der Opposition gegen die Mittelamerika-Politik nieder, die Reagan zur Eindämmung der revolutionären Gefahr für notwendig hält. Bei der Anforderung von Militärhilfe für bedrohte Länder werden ihm finanzielle Fesseln angelegt.

Daß divergierende Meinungen über den richtigen Kurs auf dem offenen Markt ausgetragen wurden, hemmte das Durchsetzungsvermögen des Präsidenten zusätzlich. Nicht nur in Nuancen wichen die Beurteilungen der Lage und die Schlußfolgerungen, die daraus zu ziehen sind, im Außenministerium und im Pentagon voneinander ab.

Mit personellen Veränderungen an der Spitze der Lateinamerika-Abteilung im State Department und auf Botschafter-Posten in der kritischen Region sorgte Reagan in diesen Tagen für eine kohärente Linie. Sein Sicherheitsberater, William Clark, die CIA und das Verteidigungsministerium siegten an der „Heimatfront".

Nach ihren Erkenntnissen ist der kommunistischen Guerrilla mit dem gegenwärtigen Ausmaß der amerikanischen Unterstützung für die bedrohten Regierungen in Mittelamerika nicht beizukommen. Müssen deshalb mehr US-Berater nach El Salvador entsandt, die Zusammenarbeit mit Honduras verstärkt und die amerikanische Militärhilfe für Guatemala wiederaufgenommen werden?

Das offizielle Washington vermag solche Erwägungen im Augenblick nicht zu bestätigen. Man verweist auf die Versicherung des Präsidenten, der Konflikt im Hinterhof der USA solle nicht „amerikanisiert" werden. Doch dies bezog sich in erster Linie auf eine mögliche Entsendung *amerikanischer* Kampftruppen.

Verteidigungsminister Caspar Weinberger brachte das in der Kuba-Krise 1962 bewährte Konzept einer Blockade ins Spiel, als er für die Bewilligung ausreichender Mittel plädierte, mit denen die drei mittelamerikanischen Republiken in die Lage versetzt werden sollten, den östlichen Waffen-Nachschub für die Rebellen abzuschneiden.

Weil Weinberger es zugleich für „völlig undenkbar" hält, daß diese Aufgabe jene Länder auf sich allein gestellt bewältigen können, dürfte in den Planspielen des Pentagon eine Luft- und Seeblockade Nicaraguas, das als Drehscheibe für den Waffen-Umschlag aus Kuba und der Sowjetunion dient, die logische Konsequenz sein. Auf diese Weise vermieden die Amerikaner direkten „Feindkontakt".

Die Verfechter des Kurses, der subversiven Bedrohung in Mittelamerika militärisch Paroli zu bieten, haben jetzt in Washington jedenfalls die *Oberhand. Illusionen* über eine Verhandlungslösung etwa für El Salvador können auch die „Tauben" nicht mehr haben, denn die Rebellen schlagen das Angebot zur Teilnahme an den Wahlen aus, wohl aus der Einsicht, wie gering ihr Rückhalt im Volk ist.

Gutgemeinte, aber naive Vorschläge zur Befriedung dieser Region, wie die Aufforderung des spanischen Ministerpräsidenten Felipe Gonzáles zum Abzug sämtlicher Militärberater, müssen letztlich den Guerrilleros den Rücken stärken – so hätten sie leichteres Spiel im Kampf bis zum Umsturz.

Dazu dies: Kubas Außenminister Isidoro Malmierca stellt den Abzug der (4000 bis 6000) kubanischen Berater aus Nicaragua in Aussicht, „wenn die USA ihre aus El Salvador und Honduras zurückziehen". Sagt's und bestreitet im selben Atemzug, daß unter den Kubanern auch Militärexperten seien. Ein Musterbeispiel marxistischer Dialektik.

Und Nicaraguas Comandantes *Daniel Ortega* und Sergio Ramirez wollen ihre Unterstützung der Guerrilla in El Salvador einstellen, wenn die USA ihre Hilfe für die antisandinistischen Freiheitskämpfer unterließen. Dabei behauptet Managua steif und fest, keinen Finger für die Aufständischen in den Nachbarstaaten zu rühren. Und die USA haben klargestellt, daß sie die Antisandinisten allein zur Ablenkung der *Anstrengungen Nicaraguas* gegen El Salvador unterstützen.

So hat es die Contadora-Gruppe (Kolumbien, Mexiko, Panama, Venezuela) schwer, Ansätze für eine Vermittlung zu finden. Präsident Reagans neuer Sonderbotschafter für Mittelamerika, Richard Stone, absolviert wohl reine Pflichtübungen, wenn er jetzt mehrere Hauptstädte des Krisengebietes besucht. Die militärische Dimension überlagert längst die Aussicht auf eine Verhandlungslösung.



Es war ein schmutziger Wahlkampf

Von FRITZ WIRTH

Im Hyde-Park marschierten 500 fußkranke britische Arbeitslose auf. Sie waren von Glasgow nach London gezogen, ein Kreuzzug und eine Kolonne des Protestes gegen die Regierung. Als sie am 23. April aufgebrochen waren, war die Wahl noch ein fernes Ereignis. Als sie nun sechs Wochen später in London eintrafen, sollten sie die Symbol- und Schlüsselfiguren dieses Wahlkampfes werden, „eine lebende Anklage gegen die Sozial- und Wirtschaftspolitik der Frau Thatcher". Eine Viertelmillion Menschen, so war es geplant, sollten sich ihnen anschließen, zum letzten Massen-Aufschrei des Protestes vor der Wahl.

Am Ende kamen 20 000. Es regnete. Sie sangen die Labour-Hymne von der „Fahne, die blutigrot ist", sie bellten ihren Schlachtruf, den sie auf ihrem Marsch durch 130 Städte getragen hatten: „Maggie out". Nun, da sie am Ende ihrer Reise waren, spürten sie, daß ihre Schreie irgendwie ohne Echo verhallt waren. Sie schauten in Gesichter des Mitleids, doch ein Blick auf die gähnend leeren Flächen des Hyde-Parks, der britischen Exerzierwiese des Protestes, überzeugte sie, daß dies ein Marsch ins Leere geworden war.

Michael Foot stand auf dem Dach eines Busses. „Ich bin wie ihr in den letzten Wochen durch dieses Land gezogen; und ich habe den gleichen Zorn gespürt, der euch auf den Marsch gebracht hat", sagte er, „und ich habe den Wunsch vernommen, diese Gefühle in politische Aktionen zu übersetzen."

Es war eine bedrückende Szene. Drei Wochen lang ist dieser Mann durch das Land gegangen mit der einen immer wiederkehrenden Botschaft: „Jobs, Jobs, Jobs." Und nun stand er vor der Bilanz dieses Kreuzzuges. Wenn es die Serien deprimierender Meinungsumfragen nicht schon signalisiert hätten, so wäre es an diesem Nachmittag, vier Tage vor der Wahl, Gewißheit geworden: Seine Mobilmachung gegen die Politik Frau Thatchers war gescheitert.

Dieser Wahlkampf war das letzte politische Gefecht des Michael Foot. Seine bevorstehende Ablösung als Parteichef Labours wird kein Aufbäumen und Kampf mehr sein, sondern nur noch Vollzug. Ihm jetzt schon Nachrufe zu widmen mag unziemlich sein. Mitgefühl jedoch hat er verdient. Dieser 69jährige Mann hat bis an den Rand physischer Erschöpfung eine Rolle in einem Schauspiel ohne Programm und ohne Regisseur spielen müssen, politisches Laienspiel.

Sie haben ihn nach Edinburgh geschickt und nach Manchester, nach Portsmouth und nach Coventry. Und überall das gleiche Bild, die gleiche einfallslose Dekoration, die gleiche Botschaft. Ein hinter einem Wald von Mikrofonen versteckter weißhaariger Mann vor tiefrotem Hintergrund, der nörgelnd, schimpfend, stammelnd verlas, was man ihm vorgeschrieben hatte. Und so ließen sie ihn ablichten, so kam er Abend für Abend drei Wochen lang den britischen Wählern übers Fernsehen ins Haus.

Dieser Mann kann, wenn man ihn Michael Foot sein läßt, ein Volkstribun sein. Er ist ein Mann der freien, dynamischen Rede. Doch sie gingen hin und programmierten ihn für diese Wahl. Und so zwangen sie ihn, seine Reden zu verlesen. Sie fesselten einen rhetorischen Gulliver und fanden schließlich eine Karikatur namens „Worzel Grummidge" vor, eine politische Vogelscheuche, als die ihn bisher nur seine politischen Gegner verunzierten.

Wenn also einst Schuldige gesucht werden am verunglückten Wahlkampf dieser Partei, es sind jene, die diesen Mann vermarktet und politisch abgebaut haben. Sie fielen ihm schon nach der ersten Woche mit einem ausdrücklichen Vertrauensvotum in den Rücken, als bedürfe er bereits nach vier Wahltagen dieser Krücken. Sie ließen ihn in der Verteidigungspolitik gegen den Widerspruch eines Denis Healey und James Callaghan auflaufen, und am Ende wurde bei den allmorgendlichen Pressekonferenzen seine Abmusterung als Parteichef bereits optisch sichtbar. Er wurde vom Zentrum an den Rand versetzt.

Die „Bully Boys" der Partei, Denis Healey und Roy Hattersley, übernahmen die Regie. Und aus dem morgendlichen Dialog mit der Presse wurde eine politische Moritaten-Schau. Hier wurde mit Zeigestock und Bildern die Schauergeschichte von der herzlosen Eisernen Lady erzählt oder ganz robust Falkland-Ekel von Denis Healey provoziert. Diese Partei hat in den letzten drei Wochen nichts ausgelassen, sich selbst zu disqualifizieren.

Zur gleichen Zeit, da die Kolonne der Arbeitslosen in den Hyde-Park einzog, veranstalteten die Torys in der Wembley-Arena ein Jugendfest. Sie hatten Stars aus dem Schaugeschäft und dem Sport geholt. Man war fröhlich, ausgelassen und unwiderstehlich optimistisch.

Dennoch war diese Veranstaltung kaum weniger bedrückend als jenes Ereignis im Hyde-Park. Die frühe Euphorie wirkte schmerzhaft, die billigen Späße der Komiker deplaziert, die Tory Party und Frau Thatcher verkauften sich unter Wert und unter Niveau. Der Name Michael Foot wurde zu billigen Wortspielen über die „Maul- und Klauenseuche" mißbraucht, und am Ende schließlich ließ man den notorischsten und ordinärsten Exzentriker im Lande namens Kenneth Everett auftreten und ins Mikrofon brüllen: „Laßt uns die Russen bombardieren". Man hatte vergessen, wo der Spaß aufhört. Am Ende fragte Margaret Thatcher: „Könnte Labour eine solche Veranstaltung wie diese auf die Beine bringen?" „Nein!" schrie das junge Fußvolk. Es hatte wohl recht.

Peinliche Mißtöne einer Kampagne, wie dieses Land sie seit Jahrzehnten nicht erlebt hat. In diesen letzten drei Wochen versuchten drei gegnerische Parteien und eine eindrucksvolle Phalanx von gestandenen Politikern von David Steel über Roy Jenkins, David Owen bis Michael Foot diese Frau vom hohen Sockel zu heben, sie zu verteufeln und mit Brechstangen ihr Selbstbewußtsein auszuhebeln. Es mißlang. Sie schrie zurück, wenn es laut wurde; und sie schwieg, wenn das Geschrei ihrer Gegner zur Pöbelei wurde.

Sie hat diesen Wahlkampf für ihre Partei allein geführt. Sie wollte es, denn sie allein hat die Politik formuliert und praktiziert, die in dieser Wahl auf dem Prüfstand steht. Das einzige große Thema dieser Wahl hieß „Thatcherismus". Sie nahm dieses Stichwort, das ihre Gegner wie ein Schimpfwort benutzten, auf und münzte es um in politisches Edelmetall. Sie konnte in dieser Wahl keine großen Erfolgsbilanzen, sondern vor allem nur Visionen und ihre eigene unbeugsame Entschlossenheit anbieten, diese Visionen zu verwirklichen. Sie ringt dem britischen Wähler in dieser Wahl ein Glaubensbekenntnis zum „Thatcherismus" ab. Nicht ihre Politik, das Image war die Botschaft dieser Frau in diesem Wahlkampf.

Die kritischste Stunde dieser Kampagne hatte sie im Fernsehen. In einem Interview mit Sir Robin Day, dem gefürchtetsten Verhörbeamten der BBC, der scharf, aber niemals unfair mit seinen Opfern zu Gericht sitzt, brach für einige Augenblicke jenes Image durch, das ihre Wahlkampfmanager seit drei Wochen so intensiv abzuschminken versuchen: die eisige Kühle einer strengen Schuldirektrice.

Sie tat es in Notwehr, denn härter ist seit Jahren von diesem Mann, dem einst der britische Verteidigungsminister John Nott vor offener Kamera davonlief, noch kein britischer Premierminister in die Mangel genommen worden. Am Ende entschuldigte sich Sir Robin Day bei ihr sogar für diese Tortur. Sie antwortete lächelnd: „Kein Problem, ich kann mit Ihnen fertig werden." Und es gab kaum einen Zuschauer, der ihm das nicht glaubte. Es sind diese Selbstsicherheit und diese kühle, eiserne Disziplin, die diese Frau für ihre Gegner so unheimlich machen.

Es war ein böser und oft schmutziger Wahlkampf. Richard Attenborough, der Produzent des Gandhi-Films, der in dieser Wahl seinen preisgekrönten Film und die sozial-liberale Allianz vermarktete, behauptete kühn: „Wenn Gandhi noch lebte, er würde seine Stimme der sozial-liberalen Allianz geben." Wahrscheinlicher ist: Er würde für die Rückkehr zur altehrwürdigen Tugend der Fairneß in der britischen Politik kämpfen.

Es war ein Wahlkampf, der Gräben und Gräber aufgerissen hat. Gestern glaubte Labour-Schattenminister Neil Kinnock, einen Schlußpunkt unter dieses unsaubere Gefecht setzen zu müssen mit der Bemerkung, daß britische Soldaten auf den Falklands sterben mußten, damit Frau Thatcher ihren Mut unter Beweis stellen konnte. Die Bemerkung klingt böser, als sie gemeint war. Dennoch: sie demonstriert das Ausmaß der ohnmächtigen Hilflosigkeit der Opposition im Umgang mit dieser Frau.

Nein, „it was not cricket", es war nicht die feine, faire englische Art, die in diesem Wahlkampf zur Schau gestellt wurde. Diese Nation ist auseinanderdividiert worden. Immerhin: Die Helden der letzten drei Wochen treten am Donnerstag ab. Der Zufall will es, daß am selben Tage neue Helden die Szene betreten. It's cricket again. Der Kampf um den Weltcup beginnt. Der Alltag wird wieder britisch.



ZEICHNUNG: REINHOLD W. TIMM



Die neue Landeszentralbank in Hamburg gilt als eines der sichersten Bankgebäude



Täglich werden alte Geldscheine im Wert von bis zu drei Millionen Mark unbrauchbar gemacht.

FOTOS: CHRISTA KUJATH

Im Hamburger „Fort Knox" haben Räuber keine Chance

Von HERBERT SCHÜTTE

Die Herren pflegen mit Scheinen zu bezahlen, die so brandneu sind, daß sie zuweilen Verdacht erregen. Als Landeszentralbank-Präsident Hans Hermsdorf zum dritten Mal auf der Fahrt in sein Hamburger Büro am gleichen Kiosk anhielt, um eine Stange Zigaretten mit einem knisternden neuen 100-Mark-Schein zu bezahlen, alarmierte der Verkäufer die Polizei. Die beruhigte den argwöhnischen Zigarrenmann: „Die Scheine sind in Ordnung, der Herr macht sein Geld selbst."

Natürlich drucken die Landeszentralbanken die Noten nicht selbst – das kostbare Papier, das im letzten Jahr allein 144 Millionen Mark Herstellungskosten erforderte – stammt aus den Druckereien, die im Auftrag der Bundesbank arbeiten. Doch es liegt – in Säcken verpackt – hoch aufgeschichtet in den Tresoren der Landeszentralbanken. Hermsdorfs Nachfolger Wilhelm Nölling, der in der wohl sichersten Bank-„Festung" an der Hamburger Ost-West-Straße residiert, hat in seinem Tresor Scheine im Werte von mehreren Milliarden Mark liegen. Die Landeszentralbank in einer der großen Handels-, Industrie- und Banken-Metropolen der Bundesrepublik wurde erst im Winter 1981/82 bezogen, das jüngste Domizil, das die „Bank der Banken" in der Bundesrepublik errichtet hat, verfügt damit über den neuesten Stand der Sicherheits-Technik. „Daß man hier ernsthaft etwas rauben könnte, ist für mich nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen", sagt Nölling angesichts einer totalen Sicherheits-Überwachung.

Der moderne Nibelungen-Hort liegt etwa zwölf Meter unter Straßenniveau in einem Tresor, der alle Darstellungen aus Kriminalfilmen als unzureichend entlarvt. Der Tresor ist praktisch ein gesonderter Bunker innerhalb der „Festung" Landeszentralbank, ein dreistöckiger Panzerraum, in dem ein Fahrstuhl den einzigen Zugang bildet. Der Tresor ist 1300 Quadratmeter groß – das entspricht der Fläche von zwei Mietshäusern mit zusammen 16 Wohnungen à 80 Quadratmetern.

Die „Schatzinsel" – denn hier, knapp 200 Meter von der Elbe entfernt, schwimmt der Baukörper im Grundwasser – hat das Flair einer Lagerhalle; Gabelstapler mit einer Tragkraft bis zu 1,5 Tonnen rangieren mit Münzen-Kisten, auf denen ein schlichter Aufkleber vermeldet, daß hier 150 000 Mark in fünf-Mark-Stücken verpackt worden sind. Den 23-Kilo-Sack mit 100-Mark-Scheinen kann man dagegen bei einiger Kondition auf der Schulter transportieren – das eng gepreßte Gebinde ist immerhin seine zwei Millionen Mark wert. Insgesamt werden in dem Hamburger „Fort Knox" pro Jahr gut 20 Milliarden Mark bewegt – in einem Tresor, dessen 80 Zentimeter dicke Tür auch von den beiden „Schlüsselführern" nachts nicht geöffnet werden könnte. Die Sicherheitsblockade schaltet damit auch die Erpreßbarkeit durch eine Geiselnahme weitgehend aus.

18 Fernsehkameras lassen an der Außenfront des Gebäudes und im Tresor keinen Winkel unbeobachtet, jeder Gegenstand, der an die Augen der optischen Überwachung näher als 2,50 Meter herankommt, löst Alarm aus. Die uniformierten Herren in der Zentrale mit der Neun-Millimeter-„Heckler-und-Koch" trainieren jeden Tag auf dem bankeigenen Schießstand neben dem Tresorraum.

Rund 150 Millionen Mark hat der Bau unweit des Hamburger Michels gekostet, der Anteil für Sicherheitsvorkehrungen dürfte bei mindestens zehn Prozent der Bausumme liegen. Doch wie sieht es bei dieser modernsten Abwehrtechnik drinnen im Hause aus – beim Personal, bei den Mitarbeitern, die jeden Tag drei Millionen Mark unbrauchbar machen? Die alten Scheine – der Zehn-Mark-Schein ist nach nur 1,3 Jahren, der Hunderter nach 3,5 Jahren, ein Tausender nach 6,5 Jahren abgenutzt (die Münzen halten hingegen im Durchschnitt 30 Jahre) – müssen von Bankangestellten vernichtet werden, die jeden Tag Millionen in die Hand nehmen.

In einem Großraum, der nur durch eine Sicherheitsschleuse betreten werden kann, stehen drei „Banknotenentwertungsmaschinen". Riesige Löcher, die sich durch die gepreßten Scheine bohren und deren papierene „Schlacken" hinterher zur Verbrennung nach Frankfurt geschickt werden, um auch die letzte Möglichkeit eines nachträglichen Noten-Make-ups durch Fälscher zu vermeiden.

Die Mitarbeiter, die hinter Glaskästen mit Hilfe von Maschinen zählen und sortieren, werden nicht nur durch eine zweite, „maschinengestützte" Zählung überwacht, sie überwachen sich auch gegenseitig. Und sie stehen unter ständiger Beobachtung durch eine Aufsicht. Natürlich schweigt man in der Vorstandsetage über das Wie dieser Kontrolle, nur soviel ist sicher: Die privaten Verhältnisse der Mitarbeiter, deren Aufgabe in der Vernichtung von Millionen besteht, bleiben nicht unbeachtet.

Es gibt Tage, da werden in den Räumen der Hamburger Landeszentralbank 300 bis 350 Millionen Mark gezählt und gezahlt: wenn die Großkunden – die 20 bis 30 Banken und Sparkassen dieser Umsatzkategorie – Gehälter oder Weihnachtsgeld auszahlen. Trotz Sicherheitsschleusen – nach dem Prinzip, daß die zweite Stahltür sich erst öffnen läßt, wenn die erste geschlossen ist – und trotz persönlicher Legitimation der Bank-Boten, die in Panzerfahrzeugen vorfahren, ist ein Teil der zivilen Mitarbeiter der Landeszentralbank in diesem Großraum bewaffnet. Doch außer auf dem Schießstand wurde in dieser Zitadelle des Geldes noch kein Schuß abgegeben. „Unsere Festung", sinniert Landeszentralbankchef Wilhelm Nölling, „ist so sicher, wie man sich das überhaupt nur vorstellen kann." Die Begebenheit mit der Putzfrau, die eines Tages zu einem der Ersten Direktoren kam, um sich den Tresorschlüssel aushändigen zu lassen, weil sie dort saubermachen wolle und auf die verwunderte Frage, warum sie früher noch nie einen Schlüssel erbeten hätte, die Antwort gab: „weil mir gestern meine Haarnadel abgebrochen ist", ist denn auch nur eine erfundene Anekdote. Doch sie wird in den Bankräumen häufig erzählt. Vielleicht, weil man sich in der Betonburg so sicher fühlt.

Wenn es überhaupt eine Gefahr gibt, dann beginnt sie draußen, jenseits des Festungsgrabens, auf der Straße. Aber auch hier bestehen ausgeklügelte Sicherheitsvorkehrungen der Polizei.

„Wehrdienst hat mit Militarismus nichts zu tun“

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Es kommt wieder Bewegung in die Auseinandersetzung der Bundesländer über das Thema „Friedenssicherung“ in den Schulen: Wenige Tage, bevor die unionsregierten Bundesländer in einer Pressekonferenz ihre Empfehlung vorstellen, vertrat jetzt öffentlich der Beirat für Fragen der Inneren Führung beim Bundesminister der Verteidigung seine Auffassung. Sein Vorsitzender, der Bonner Politologe Hans Adolf Jacobsen, hält es für wichtig, daß die heranwachsenden Jugendlichen in der Schule befähigt werden, sich über eine so entscheidende Frage der Politik wie die staatliche Aufgabe der Verteidigung ein genaues und fundiertes Urteil zu bilden.

Die Empfehlung des Beirats, dem Vertreter von Verbänden, Gewerkschaften, der Kirchen und anderen Interessengruppen angehören, verweist einleitend darauf, daß im Grundgesetz die Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik grundlegend vorgezeichnet seien. Denn es verpflichte den Staat, „dem Frieden der Welt zu dienen“; es verbiete Angriffskriege, bejahe aber die bewaffnete Verteidigung zur Sicherung des Friedens. Das Grundgesetz ordne die Streitkräfte als Bestandteil des Rechtsstaates ein.

Die Ansicht, daß Bundeswehr und Wehrpflicht notwendig seien, habe „nichts mit Militarismus und Indoktrination zu tun“. Professor Jacobsen widersprach entschieden der Unterstellung, der Beirat plädiere für einen „Wehrkunde-Unterricht“ in den Schulen. Der Beirat wendet sich gegen eine Art Unterricht reiner Erläuterung. Dieser soll vielmehr auf Problemstellungen aufmerksam machen. Dazu gehöre auch eine kritische Auseinandersetzung mit Ergebnissen der Friedensforschung und alternativen Verteidigungskonzeptionen. Der Beirat verlangt, die Lehrer und alle Stellen, die die Schulen mit Material versorgen, wie die Schulbuch-Autoren, -Verlage, die staatlichen Zentralen für politische Bildung und den Schulfunk, auf diese Aufgabe vorzubereiten.

Bei Andropow will der Kanzler nicht den Dolmetsch spielen

Der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion Klein zu Kohls Moskau-Besuch

MANFRED SCHELL, Bonn

Der für Anfang Juli vorgesehene Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau „darf nicht zu einem Stellvertreter-Dialog über die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa reduziert werden“. Vielmehr müsse dabei das „gesamte Spektrum“ der Beziehungen – Sicherheitsfragen, Wirtschaftsbeziehungen, Menschenrechte – behandelt werden. Mit diesen Aussagen beschrieb der außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Abgeordnete Hans Klein (München), die Interessenlage Bonns.

Bei den Mittelstreckenraketen seien die USA und Moskau die Verhandlungspartner, und beide Großmächte verfügten über „direkte“ Kontaktmöglichkeiten. Deshalb habe Kohl aus gutem Grund signalisiert, daß er sich weder als Dolmetscher noch als Vermittler verstehe, betonte Klein, der als CSU-Bundestagsabgeordneter seit Beginn der Legislaturperiode für die Gesamtfraktion in außenpolitischen Fragen Stellung nimmt. Man könne sich vorstellen, daß Kohl in Moskau für ein Gipfeltreffen zwischen dem amerikanischen Präsidenten Reagan und dem sowjetischen Parteichef Andropow plädieren werde. Beide hätten sich zwar „reserviert, aber *immerhin* doch interessiert“ für eine solche Begegnungsmöglichkeit gezeigt.

Deutschland als Ganzes

Ohne Zweifel habe die Sowjetunion der Friedensbewegung bei uns, die mit dieser Bezeichnung ungenau beschrieben sei, „vielfältige, *hauptsächlich propagandistische* Unterstützung zuteil werden lassen“. Dennoch sei Moskau heute klar, und Bundeskanzler Kohl werde dies an Ort und Stelle bestätigen, daß im Falle gescheiterter Verhandlungen in Genf „in der Bundesrepublik Deutschland neue amerikanische Mittelstreckenraketen stationiert werden“.

Wenn Moskau in dieser Situation als „Antwort“ die Stationierung neuer SS-20-Raketen in Mitgliedsländern des Warschauer Paktes ankündige, dann werde es die Verpflichtung der deutschen Seite sein, darzulegen, daß die amerikanischen Raketen „eine Antwort sind auf die sowjetische Vorrüstung“. In diesem Zusammenhang verwies Klein auf die Aussage des Kanzlers in der Regierungserklärung, in der er einerseits Verständnis für das „historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis“ der Sowjetunion gezeigt, aber auch hinzugefügt habe: „Nichts rechtfertigt die Überrüstung der Sowjetunion, die die Sicherheit der Nachbarn bedroht und politischer Erpressung dient“.

Klein vertrat die Auffassung, auch Andropow, „der ebenfalls neu in diesem Amt ist“, werde an einem „vernünftigen Verlauf“ der Begegnung mit dem deutschen Bundeskanzler gelegen sein. „Dennoch ist von sowjetischer Seite die bekannte Mischung aus Drohung und Lockerung zu erwarten.“ Letzteres werde vor allem hinsichtlich von Angeboten zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit gelten, „wobei uns aber klar ist, daß diese Angebote weitgehend nur Bereiche betreffen, in denen die Sowjetunion fast ausschließlich eigene Bedürfnisse zu befriedigen sucht“. Zum Beispiel gelte dies für die Überwindung ihres eigenen Energieengpasses durch die Einbeziehung von Erdgas- oder Braunkohlereserven.

Bei allem Willen zur Kooperation müsse aber klarbleiben, daß „sie nicht zum politischen Schaden des anderen Partners instrumentalisiert werden kann“. Dies gelte vor allem auch für die Kreditgewährung, insbesondere „aber für den militärisch relevanten Technologietransfer“. Keinesfalls dürfe sich die westliche Seite für „kurzfristige wirtschaftliche Vorteile mittel- und langfristig militärische Nachteile einhandeln“, betonte Klein.

Drohung und Lockerung?

Ein Problemkreis, der in Moskau auch besprochen werden sollte, seien die Menschenrechte und die *menschlichen Erleichterungen, die* nicht das gleiche seien. Bei den Menschenrechten handele es sich um international verbriefte Rechte, auf die die Menschen Anspruch hätten. Menschliche Erleichterungen seien das müsse man nüchtern sehen, in solchen Systemen leider „jederzeit revozierende Zugeständnisse“. Kein: „Was uns drückt ist die Frage der Ausreisen von Deutschen aus der Sowjetunion, die in den letzten Monaten auf fast Null zurückgegangen sind.“

Die deutsche Frage, so sagte Klein, werde ein herausgehobenes Thema bei dem Kanzlerbesuch sein. Der Kanzler führe kein Gespräch mit einem ausländischen Staatsmann, *in dem er „nicht den* wichtigsten Punkt der deutschen Politik, die Teilung des Vaterlandes, anspricht“. Dies werde Kohl auch gegenüber der Sowjetunion, die in vielfältiger, auch völkerrechtlicher Hinsicht Verantwortung für Deutschland als Ganzes trage, darstellen, und zwar in der im Harmel-Bericht beschriebenen Zielsetzung. Danach sei endgültiges und stabiles Europa nicht möglich ohne Lösung der deutschen Frage, erklärte Klein.

Richter, Staatsanwälte und Notare stellen sich den Fragen der Bürger

„Hamburger Justiztage“ sollen Mißtrauen der Bürger gegen die Rechtspflege abbauen

UWE BAHNSEN, Hamburg

In der alten Stadtrepublik Hamburg sind die Spitzen der Justiz, rings um den Sievekingplatz angesiedelt, traditionellerweise mit einem besonderen Selbstbewußtsein ausgestattet. Mancher Justizsenator hat das schon schmerzlich zu spüren bekommen; einer ist sogar daran – und an eigenen Fehlern – gescheitert und retirierte aus der Justizbehörde, dem damaligen SPD-FDP-Senat und aus der Hansestadt: *der linksliberale* Strafrechtsprofessor Ulrich Klug. Würden wiegen schwer am Sievekingplatz und erzeugen dort auch ihre eigenen Prioritäten: Als der Senat vor kurzem Hamburgs höchstem Richter Walter Stiebeler – er präsidiert dem Verfassungs-, dem Oberlandes- und dem Oberverwaltungsgericht – den Professorentitel verlieh, *wurde die entsprechende* Verlautbarung der Justizpressestelle trotz des Feiertages Christi Himmelfahrt sogar durch Sonderboten expediert. Der zuweilen gegen die Rechtspflege erhobene Vorwurf der Saumseligkeit – in diesem dringenden Fall war er wirklich unbegründet.

Nun hat diese selbstbewußte Justiz angekündigt, sie werde in der nächsten Woche „ein Faß aufmachen“. Das aber war nicht etwa mit drohendem Unterton, sondern ganz wörtlich gemeint: Im Ziviljustizgebäude wird tatsächlich ein Faß aufgemacht, und Bedienstete machen Musik – zum Abschluß der „Hamburger Justiztage“ vom 13. bis 15. Juni. Die Richter und Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte wollen dem Publikum so viel Einblick in die Tätigkeit der Dritten Gewalt geben, wie nur irgend möglich: „Justiz zum Anfassen“. Es ist ein in dieser Form in der Bundesrepublik einmaliger Versuch, dem Bürger Verständnis für die vielfach mit Mißtrauen betrachtete Rechtspflege zu vermitteln und Schwellenängste abzubauen. Der Hamburger Landgerichtspräsident Roland Makowka, als Vorsitzender des Richtervereins einer der profiliertesten Juristen der Hansestadt und zugleich ein robuster Top-Manager des riesigen Justizapparats mit rund 5500 Bediensteten und einem Jahresetat *von fast 230 Millionen Mark*: „Die Justiz muß den Mut haben, aus ihrem Paragraphenturm herauszutreten und sich dem Bürger öffentlich darzustellen. Das schließt auch die Bereitschaft der Dritten Gewalt ein, sich zu ihren Problemen und Schwächen zu bekennen, Fragen nach ihrer Vergangenheit nicht auszuweichen und mehr Kritik zu riskieren.“

Für die Justiz selbst wie für ihre Kritiker sind das neue, ungewohnte Töne. Roland Makowka, einer der maßgeblichen Organisatoren dieses Experiments, ist fest davon überzeugt, daß diese Öffnung hin zum Bürger und zur Öffentlichkeit dringend notwendig ist – gerade in einer Zeit, in der rigorose Sparzwänge in den öffentlichen Haushalten auch die Rechtsprechung nicht ungeschoren lassen.

Im Amtsgericht registriert Makowka in den vergangenen Monaten eine drastische Zunahme an Strafverfahren um rund die Hälfte, während das Landgericht vor allem durch umfangreiche Strafprozesse belastet wird. und dadurch immer wieder in gravierende Terminschwierigkeiten gerät – mit allen verfahrensrechtlichen Folgen. Hinzu kommt, daß in Hamburg die strafrechtliche Aufarbeitung der organisierten Kriminalität „vor der Tür steht“, wie Makowka nicht ohne Besorgnis konstatiert. Sein eigenes, das Landgericht, hat derzeit 27 große Strafkammern und soll zwei weitere bekommen.

Das Programm der Justiztage trägt unverkennbar Makowkas Handschrift: Podiumsdiskussionen zu Reizthemen wie „Funktioniert unsere Justiz noch?“ oder „Die Justiz als Instrument staatlicher Macht“, Vorträge, Rollenspiele, Informationsveranstaltungen, *in denen Richter, Staatsanwälte*, Rechtsanwälte über ihre und andere juristische Berufe Auskunft geben, eine Ausstellung der äußerst bissigen justizkritischen Graphiken A. Paul Webers, Filmvorführungen, die Besichtigung von Amtsstuben der Justiz „von gestern“, und last not least die Einladung, an Gerichtsverhandlungen teilzunehmen – das Angebot ist breit und vielfältig. Zwei Themen sind von ganz besonderer Brisanz: Der Weg der Justiz in den NS-Staat 1933, da gibt es bedrückende Beispiele früher Verbeugungen vor den neuen, braunen Machthabern. Und ein Rundgespräch von Kriminalbeamten mit dem Leitenden Oberstaatsanwalt Helmut Münzberg über die brisante Frage: „Ist die Polizei von der Justiz enttäuscht?“ Hintergrund sind die sich häufenden Meldungen über zum Teil schwerste Straftaten von Häftlingen, die Urlaub bekamen oder entweichen konnten. Einer von ihnen ist Uwe Ackermann, Schlagzeuger der Fuhlsbütteler Gefängnisband „Jailbirds“. Er entkam bei einem Konzert der Gruppe in einem Kommunikationszentrum in Altona und gilt als gefährlicher Gewaltverbrecher. Die Polizei sucht ihn seit einem halben Jahr. Es ist übrigens nicht das erste Mal.

Schwere Vorwürfe gegen die bayerische SPD

Die WELT sprach mit dem Nachrichtenhändler Heigl

P. SCHMALZ, München/Nizza

Der mit Spannung erwartete Auftritt des Nachrichtenhändlers Frank P. Heigl vor dem Untersuchungsausschuß des Bayerischen Landtags, der die Geheimdokumenten-Affäre um den SPD-Abgeordneten Karl-Heinz Hiersemann und dessen Assistenten Günter Plass klären soll, wird voraussichtlich ausfallen. „Ich würde gerne kommen“, sagte Heigl gestern in einem Telefongespräch mit der WELT. „Aber ich habe einen Hinweis bekommen, daß gegen mich in der Bundesrepublik auch Verfahren laufen, die von dem gewährten freien Geleit möglicherweise nicht gedeckt sind.“ Für seine Aussagen vor dem Untersuchungsausschuß und der Münchner Staatsanwaltschaft war ihm freies Geleit für vier Tage gewährt worden.

Heigls Anwalt versuchte gestern, seinen Mandanten doch noch zu bewegen, nach München zu kommen. Für die nun geplatzte Aussage vor dem Untersuchungsausschuß hatte sich Heigl mit einem 20 Seiten umfassenden Papier ausführlich präpariert. Mit Hilfe seines Terminkalenders und seinen Notizen ist Heigl überzeugt, in der Zeugenaussage des stellvertretenden bayerischen SPD-Landes- und Fraktionsvorsitzenden Hiersemann vor dem Untersuchungsausschuß einige gravierende Unkorrektheiten nachweisen zu können.

Mehrteiliges Geschäft

Kernpunkt der Heigl-Darstellung ist die Auffassung des Nachrichtenhändlers, die SPD habe mit ihm ein mehrteiliges Geschäft geplant. Heigl zur WELT: „Die SPD hat mich wie einen Geschäftspartner behandelt.“ Heigl war für die Sozialdemokraten interessant geworden, nachdem er durch die Veröffentlichungen von Geheimdokumenten zum Sturz des bayerischen Staatsschutzchefs Hans Langemann beigetragen hatte und die an Themen arme SPD sich wertvolles Material für den Landtagswahlkampf im vergangenen Jahr erhoffte.

Nach Heigls Angaben habe die SPD ihm Unterlagen aus den Geheimsitzungen des sogenannten „Langemann-Untersuchungsausschusses“ überlassen. Der Nachrichtenhändler: „Mit dieser neuen Munition sollte ich den Untersuchungsausschuß anheizen.“ Außerdem sei dies für die SPD ein willkommener Weg gewesen, der CSU unangenehme Themen aus den Geheimsitzungen auf den offenen Markt zu bringen. „Ich sollte aber auch geradestehen für alle anderen Dokumente, die aus den Geheimsitzungen an die Öffentlichkeit gelangt waren“, berichtete Heigl im WELT-Gespräch. Dies sei notwendig gewesen, nachdem mit dem Panorama-Redakteur Stefan Aust eine Panne passiert war: Aust, ebenfalls Empfänger geheimer Ausschuß-Dokumente, hatte dieses Material in zwei Sendungen publiziert.

„Zentraler Empfänger“

Um den Verdacht von sich zu weisen, so vermutet Heigl heute, habe die SPD ihn „zum zentralen Empfänger“ aller Unterlagen machen wollen. Diese Überlegung ist insoweit logisch, als zum damaligen Zeitpunkt nichts bekannt war von der engen Verbindung zwischen Heigl und SPD. Ihm seien deshalb schon einen Tag nach einem Treffen mit Aust auf dem Münchner Flugplatz die Dokumente des Fernsehjournalisten per Luftfracht zugeschickt worden. Auch habe ihm Hiersemann-Assistent Plass am 23. August angeboten, er könne sich aus einem schwarzen Koffer alle ihm interessanten Dokumente aussuchen. Wegen einer Schweden-Reise, so Heigl weiter, habe er einen Vertrauensmann geschickt, der aus dem Koffer sechs Themenbereiche auswählte, die später intern das „Leberkas-Paket“ genannt wurden.

Außerdem habe ihm die SPD eine *Wunschliste* von *Themen* vorgelegt, über die sie noch während der Wahlkampfzeit Material wünschte. Dabei soll es sich unter anderem um Material über Vera Brühne, über die Lockheed-Affäre und über „Sexgeschichten von Strauß“ gehandelt haben.

Sollte Hiersemann tatsächlich die Wahrheit nicht fürchten, so Heigl im WELT-Gespräch, dann solle er seine Einwilligung geben, daß der Wortlaut von Gesprächen, „die möglicherweise aufgezeichnet wurden“, veröffentlicht wird. Die Angabe Hiersemanns, er habe mit Heigl nur in Gegenwart von Zeugen telefoniert, erklärt Heigl für falsch: „Ich habe auch zu Hause und in der Kanzlei angerufen.“

Auch die Grünen predigen Wasser und trinken Wein

STEFAN HEYDECK, Bonn

Wenn das die Basis der Grünen wüßte! Da demonstrieren deren Bundestagsabgeordnete in der Öffentlichkeit gern und plakativ Bescheidenheit und Sparsamkeit und werfen den „etablierten“ Parlamentariern eine aufwendige Lebensführung und Verschwendung auf Kosten der Steuerzahler vor. Doch *hinter den Kulissen sind* sie auf dem besten Weg, selbst die einem Volksvertreter nun einmal zustehenden Vergünstigungen und Vorteile zu nutzen. Zum Beispiel:

Da blieben kürzlich Walter Sauermilch von den Grünen und der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP, Torsten Wolfgramm, auf der Fahrt mit einem Bundestags-*Dienstwagen von Bonn zum Köl*ner Flughafen in einem Stau stekken. Der Flug mit der Abendmaschine nach Hamburg wäre geplatzt, wenn nicht der Fahrer per Funk über die Fahrbereitschaft die Plätze hätte reservieren lassen. Die Lufthansa wollte es daraufhin per Rückfrage ganz genau wissen: um welche Abgeordneten es sich denn handele und ob schon Tickets vorhanden seien. Meinte man erst wie selbstverständlich, Wolfgramm habe die Erste und Sauermilch Economy-Klasse gebucht, so stellte sich nachher alles ganz anders heraus: Ausgerechnet der nämlich hatte sich vom Steuerzahler einen Luxussessel „spendieren“ lassen. Der FDP-Politiker dagegen flog wie ein „normaler“ Reisender.

Erst Ende letzter Woche hatten Abgeordnete der Grünen bei der Bundestags-Fahrbereitschaft die kostenlosen Dienstwagen angefordert, um an einer Demonstration vor der türkischen Botschaft teilzunehmen. Um jeglicher Kritik aus dem Weg zu gehen, stiegen sie rund 100 Meter vor dem Schauplatz aus. Hatten sich die Abgeordneten doch erst kurz vorher in einem Informationsheft stolz mit ihrem „ersten Dienstfahrrad“ ablichten lassen.

Und aus Gesundheitsgründen forderten sie lautstark die Einführung eines „fleischfreien Tags“ im Bundeshaus-Restaurant. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, Joschka Fischer, bezeichnete im „Stern“ das Parlament als „eine unglaubliche Alkoholiker-Versammlung, die teilweise ganz ordinär nach Schnaps stinkt“. Wenig später lehnte er bei einem Treffen mit Abgeordneten der anderen Fraktionen von seinem CSU-Kollegen Wolfgang Schäuble ein Glas Sekt ab. Der Abend zuvor sei „zu hart“ gewesen.

Kodex für Ausfuhr von Chemikalien

E. NITSCHKE, Bonn

Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann will mit einem von seinem Ministerium herausgegebenen „Verhaltenskodex“ die Ausfuhr gefährlicher Chemikalien regeln. Vor allem Länder der Dritten Welt haben in der jüngsten Zeit immer häufiger darauf hingewiesen, *daß sie nicht in der Lage* seien, die Gefährdung ihrer Bevölkerung und der Umwelt durch eingeführte Chemikalien richtig einzuschätzen. Zimmermann möchte mit dem „Verhaltenskodex“, der jetzt den Mitgliedsstaaten der OECD vorgelegt wird, erreichen, daß eigenverantwortliche Aktionsprogramme der chemischen Industrie die staatlichen Maßnahmen, wie Beschränkungen und Verbote, ergänzen.

Nach den deutschen Vorschlägen müßten gefährliche Chemikalien, die zur Ausfuhr hergestellt werden, den gleichen Qualitätsanforderungen und Standards genügen, wie sie der Hersteller für vergleichbare Inlandsprodukte anwendet. Diese Vereinbarung soll auch einschließen, daß Tochterunternehmen im Ausland den Standards des Mutterunternehmens genügen müssen. Ein „Informationspaket“ für den Endverbraucher des Produkts soll „allgemeinverständlich und in der Landessprache“ auf die Gefährlichkeit des Stoffes und seine Zubereitung aufmerksam *machen. Hersteller* und Handel sollen Stoffe, Zubereitungen oder Erzeugnisse sofort zurückrufen, wenn erkannt werden sollte, daß sie auch bei sachgerechter Anwendung eindeutig eine Gefahr für Mensch und Umwelt darstellen.

Abrassimow verabschiedet sich

hrk. Berlin

Der sowjetische Botschafter in der „DDR“, Pjotr Abrassimow, hat sich gestern im Rathaus Schöneberg vom Regierenden Bürgermeister Richard von Weizsäcker verabschiedet. Abrassimow übernimmt die Leitung des neuen Staatskomitees für Ausländertourismus in Moskau.

Abrassimow war erst Mitte Mai mit Weizsäcker in dessen Berliner Dienstvilla zusammengetroffen. Zu diesem Zeitpunkt war der sowjetische Politiker und einer der Väter des Viermächte-Abkommens jedoch offenkundig noch nicht über seine bevorstehende Abberufung unterrichtet.

Die „DDR“-Presse berichtete gestern zum erstenmal über die Ablösung des Doyens des Ostberliner Diplomatischen Korps. Im „Neuen Deutschland“ hieß es, *Abrassimow* habe sich vom Ministerrats-Vorsitzenden Willi Stoph verabschiedet und dabei ein „herzliches Gespräch“ geführt. Experten nehmen an, daß die Abberufung des Sowjetbotschafters zumindest in indirektem Zusammenhang auch mit der kürzlichen Reise Honeckers in die UdSSR steht. Es war seit langem bekannt, daß es zwischen beiden Politikern bisweilen Meinungsverschiedenheiten und Einschätzungsunterschiede gab, wobei Honecker die Rolle der „DDR“ als absolute Führungsmacht unter den Satelliten betonte.

Damaskus, nicht Bagdad

DW. Bonn

An einer Stelle des gestrigen Beitrags auf Seite 3 über die „letzten Reste des Orients“ wurde versehentlich die syrische Hauptstadt Damaskus mit der irakischen Hauptstadt Bagdad verwechselt.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365.00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Rechtzeitig entschärft Reagan die besten Wahlthemen seiner Gegner

Das subtile Spiel des Präsidenten mit der Kandidatur für eine zweite Amtszeit

Von TH. KIELINGER

Die Politik hat ihre eigene Zeichensprache. Manchmal erlaubt sie Rückschlüsse aus Dingen, die sich nicht ereignen.

So geschehen am Anfang dieser Woche, als das Weiße Haus Pläne für eine Reise Ronald Reagans nach New Hampshire fallenließ, wo er zu einer patriotischen Feier aus Anlaß des 4. Juli hatte erscheinen wollen. Interessant daran ist, daß dies in aller Öffentlichkeit geschah: erst die Bekanntgabe der New Hampshire-Reise Reagans, dann die Nachricht über ihre Preisgabe.

Das wäre alles nicht so bemerkenswert, wenn dies nicht das Jahr vor den nächsten Präsidentschaftswahlen wäre, und New Hampshire der US-Bundesstaat, in dem traditionellerweise die erste Vorwahlentscheidung – im Februar – fällt. Man nenne New Hampshire und ein Auftreten des Präsidenten dort im Jahr vor der Wahl in einem Atemzug – und der Rückschluß ist eindeutig: Dies wäre die Ankündigung der Präsidentschaftskandidatur Ronald Reagans für eine zweite Amtszeit im Weißen Haus.

Da nun Reagan nicht in den Staat mit der tieferen Wahlkampfbedeutung reist – heißt das, der Präsident wolle nicht kandidieren? Mitnichten. Eher gilt das Gegenteil. Das Weiße Haus macht sich geradezu ein Vergnügen daraus, die endgültige Entscheidung hinauszuschieben, aber mit jedem Aufschub wird die erneute Kandidatur Ronald Reagans zu einer noch unumstößlicheren Gewißheit.

Dafür sprechen mehrere Gründe.

1. Wenn Reagan nicht kandidieren wollte, wäre es geradezu tödlich für potentielle Ersatzfiguren im republikanischen Lager, davon erst so spät – vielleicht erst im Herbst – zu erfahren. Bis dahin haben die sechs gegnerischen Kandidaten der demokratischen Partei bereits fast ein Jahr lang Propaganda für sich machen können.

2. Mit Ronald Reagan besitzt die republikanische Partei ein einzigartiges Zugpferd in einem Wahlkampf, der mit Reagan wie ein sicheres Rennen, ohne ihn aber wie ein Wagnis mit möglicherweise bedenklichem Ausgang – Verlust der Macht – aussehen müßte. Nicht zu kandidieren wäre für den Präsidenten daher ein kaum zu verantwortendes Spiel mit dem hart gewonnenen Platz an der politischen Sonne. Seine Partei kann nicht sicher sein, diesen Platz aus eigener Kraft zu erhalten.

3. Die Entscheidung über die Kandidatur hinauszuschieben, ist für sich allein der beste Schachzug überhaupt im Vorfeld der Wahlen. Reagan behält damit die Flughöhe des amtierenden Präsidenten, statt sich mit jeder politischen Äußerung und jeder politischen Entscheidung dem Verdacht auszusetzen, es sei nichts als Wahlkampf im Spiel. Dieser Verdacht aber stünde im Vordergrund, wenn der Präsident schon jetzt offiziell seine Kandidatur bekanntgäbe. Was er als Wahlkämpfer gewänne, würde den Verlust an politischem Handlungsspielraum nicht wettmachen.

Es ist erstaunlich, zu sehen, wie Reagan diesen Handlungsspielraum in den letzten Monaten aus-



Geschickte Sympathiewerbung: Ronald Reagan

genutzt hat: Zur Arbeit an einem überparteilichen Konsens in vielen Fragen der Innen- und Außenpolitik. Begonnen hatte es mit dem Kompromiß zur Rettung der Rentenkassen („social security"), der Anfang Januar zustande kam. Eine vom Präsidenten einberufene Sonderkommission fand mit ihren Lösungsvorschlägen bei Republikanern und Demokraten Anklang, obwohl beide nicht ihre Ideallösungen verwirklicht sahen. Reagan sprang direkt auf das Angebot zu und lief quasi mit diesem Sieg einer „großen Koalition" davon. Damit war ein politischer Sprengkörper rechtzeitig vor dem Wahljahr entschärft worden.

Das gleiche Muster herrschte in der Frage der MX-Rakete vor. Wieder war es eine unabhängige Präsidenten-Kommission (Scowcroft genannt), deren Vorschläge zur strategischen Rüstung weder für den Kongreß noch für das Weiße Haus Ideallösungen darstellten. Aber beide ergriffen den Kompromiß. Reagan, weil er die MX-Rakete bekam, der Kongreß, weil er den Präsidenten in den Schwitzkasten neuer Abrüstungsversprechen nahm.

Das Weiße Haus ging freudig auf den Deal ein – gerade auch aus wahltaktischen Gründen. Und schon war wieder ein potentiell gefährliches Thema rechtzeitig entschärft worden. Denn als Feind des Friedens können nun die Demokraten Ronald Reagan nicht mehr hinstellen, nachdem sie in ihrer Mehrheit sein strategisches Aufrüstungsprogramm – wenn auch unter Bedingungen – gebilligt haben.

Mit der MX-Entscheidung vor zwei Wochen begann daher gewissermaßen die Wiederwahl Ronald Reagans. Es gibt wenige Amerikaner, die daran eigentlich noch zweifeln, aber viele, die dennoch nach guten Gründen suchen, warum sie diesem Mann mit seinem berühmt kurzen Geduldsfaden für politische Details erneut wählen sollen. Man mag ihn, allenthalben; aber noch lieber mag man es, wenn auch andere ihn mögen. Der Aufbau eines nationalen Konsens in Washington, in wichtigen nationalen Fragen, diese Andeutungen einer großen Koalition, signalisieren dem Mann auf der Straße stärker als alles andere, daß es kein Halten gibt für Reagan im Wahljahr 1984.

Natürlich steht ein Konsens in der alles überragenden Wirtschaftsfrage noch in weiter Ferne. Die beiden politischen Lager liefern sich, im Gegenteil, in der Steuer- und Ausgaben-Politik erhitzte Gefechte. Aber wenn die Eckdaten des Aufschwungs halten, was sie versprechen, wird die wirtschaftliche Lage insgesamt ein wichtiges Plus für den Wahlkämpfer Reagan sein. Damit fiele auch die langfristig beunruhigende Frage des riesigen Haushaltsdefizits als Argument gegen ihn flach. Freilich kann heute noch niemand sagen, ob sich der Aufschwung über den Winter 1983/84 hinweg bis ins nächste Jahr hinein mit den gleichen Steigerungsraten hält.

Was außer Frage steht, das ist der Mangel an Attraktivität der demokratischen sechs Herausforderer. Gewiß, jeder für sich hat seine Qualitäten und seine Anhänger. Aber keiner gebietet über eine so landesweite Präsenz, keiner stiehlt sich so geschickt in die Sympathie seiner Landsleute wie Ronald Reagan mit seinem offenen Lachen und seiner sichtlich unhastigen Art, Macht zu verwalten. Im übrigen ist Ronald Reagan 1983 nicht mehr der Kandidat von 1980. Erneut für ihn zu wählen, heißt, dem Kompromiß zuzustimmen.

Der Präsident hat seine Grundideen eingepflanzt: ein starkes Amerika und eine in ihren Befugnissen reduzierte Bürokratie. Jetzt stehen die Jahre der „mittleren Richtung" bevor.

„Bevölkerungsfaktor" in Rentenformel einbauen

Geißler-Kommission legt Zwischenbericht vor

HEINZ HECK, Bonn

Das zentrale Problem der Altersversorgung in der Bundesrepublik ist demographischer Natur. Oder anders ausgedrückt: In den kommenden Jahrzehnten stehen immer weniger Beitragszahler immer mehr Rentnern gegenüber. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hat vor Journalisten gleichsam mit Horrorzahlen verdeutlicht, was passierte, wenn politisch nichts passierte, wenn also politisch dieser absehbaren Entwicklung nicht Rechnung getragen würde: Im Jahre 2030 müßte entweder der Beitragssatz von heute 18 auf 35 Prozent erhöht oder das Bruttorentenniveau von derzeit 43 bis 44 auf etwa 25 Prozent abgesenkt werden. Geißler fügte hinzu, daß es allerdings noch nicht zu spät sei, um durch entsprechende politische Entscheidungen langfristig das Problem zu lösen.

Die CDU hat Anfang 1982 eine Parteikommission „Soziale Sicherung" eingesetzt, die am Montag in einer ganztägigen Sitzung Zwischenbilanz gezogen hat. Mitglieder der 31köpfigen Kommission sind unter anderen Kurt Biedenkopf, Norbert Blüm, Ulf Fink (Berliner Sozialsenator und zugleich Geißlers Stellvertreter), Hansjörg Häfele, Josef Stingl und Wolfgang Vogt. Die CDU ist bisher die einzige Partei, die sich mit dieser langfristigen demographischen Herausforderung auf Parteiebene auseinandersetzt.

Solidare Lastenteilung

In der Kommission von sachverständigen Politikern, Wissenschaftlern und Verbändevertretern war unstreitig, daß ein entsprechender „Bevölkerungsfaktor" in die Rentenformel eingebaut werden muß, wenn diese bis zur Jahrtausendwende Bestand haben soll. Wichtiges Kriterium hierbei ist die solidare Lastenteilung zwischen den Generationen. Theoretisch bieten sich, so Geißler, drei Modelle zur Problemlösung an:

● Die zusätzlichen Belastungen werden – global gesehen – gleichmäßig auf beide Gruppen verteilt; da es fast doppelt so viele Erwerbstätige wie Rentner gibt und außerdem das Einkommensniveau der ersten Gruppe wesentlich höher liegt, würden die Rentner bei diesem Verfahren unerträglich stark belastet. Es scheidet daher bei den weiteren Überlegungen aus.

Damit bleiben die beiden folgenden Modellansätze in der Diskussion:

● Die möglichen Belastungen werden in absoluten Beträgen im Durchschnitt gleich auf Erwerbstätige und Rentner verteilt (also zum Beispiel jeweils 100 Mark, wobei eine Differenzierung innerhalb jeder Gruppe je nach Höhe der Rente oder des aktiven Einkommens selbstverständlich möglich ist.

● Die zusätzliche Belastung wird relativ gleichmäßig verteilt, also wird zum Beispiel der Versicherungsbeitrag um zehn Prozent erhöht, die Rente um zehn Prozent belastet (was sich nicht in einem Rückgang der Rente niederschlagen würde, wie überhaupt nach den bisherigen Berechnungen der Kommission in keinem Falle mit einem absoluten Rückgang der Renten zu rechnen wäre; es geht lediglich um das Ausmaß der relativen Verschiebung zwischen den Rentner- und Aktiveneinkommen).

Dringlichkeit betont

Die Kommission hatte zwar bereits eine Vorentscheidung gefaßt, sich jedoch am Montag entschlossen, die Berechnungen für beide Modelle bis zum Herbst fortzusetzen. Gleichzeitig mit den Modellberechnungen wurde die Dringlichkeit des politischen Handlungsbedarfs unterstrichen mit der Folge, Familienpolitik zu stärken (in der WELT vom 3. Juni wurde in einem Vorbericht die Frage der Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung behandelt) und für die Jahre nach 1990 auch die flexible Altersgrenze nach oben zu berücksichtigen. Hierin sieht die Kommission die zentralen Voraussetzungen dafür, daß die Beitragssätze möglichst wenig nach oben korrigiert und/oder das Rentenniveau möglichst unverändert beibehalten werden können.

In der Frage der Besteuerung hat sich die Kommission noch nicht festgelegt. Hier gibt es schon deshalb Probleme, die sich einer allgemeinen Lösung weitgehend entziehen, weil die Rente je nach Höhe des früher bezogenen Einkommens aus versteuertem oder nicht versteuertem Einkommmen bezahlt wird.

Die Kommission hat nach Angaben Geißlers aus Zeitgründen die drängende Frage der vom Bundesverfassungsgericht auferlegten Rentenreform 1984 (Gleichstellung von Mann und Frau) nicht behandelt. Doch ist ihre Strategie klar (siehe Ausgabe vom 3. Juni). Aus Zeitgründen kommt lediglich eine Minimallösung in Betracht, die keine zusätzliche Belastung für die Röntenversicherung, keine Präjudizierung des langfristigen Konzepts darstellen und einen einfachen Vollzug mit einem Mehr an sozialer Gerechtigkeit bieten soll.

Diplomaten der EG sollen enger zusammenarbeiten

Ein Mitgliedsland soll künftig auch die anderen vertreten

BERNT CONRAD, Bonn

Die Botschaften der zehn EG-Partner in Asien, Afrika, Amerika und Osteuropa sollen künftig noch enger als bisher zusammenarbeiten. Sie haben dafür – von der deutschen EG-Präsidentschaft veranlaßt – konkrete Weisungen ihrer Außenministerien erhalten. „Dies läuft darauf hinaus, daß wir eines Tages zu diplomatischen Vertretungen kommen, bei denen einer auch die anderen vertritt", erklärte ein Bonner Experte.

Im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) hatte sich die Kooperation der diplomatischen Vertreter der EG-Mitgliedsstaaten in Drittländern und internationalen Organisationen schon in den vergangenen Jahren zunehmend verstärkt. Nach deutschen Angaben treffen sich die Botschafter aus der Europäischen Gemeinschaft regelmäßig, oft jede Woche, um Ansichten und Informationen auszutauschen. Häufig auch kommen sie dabei auch zu gleichen Schlußfolgerungen, wodurch parallele Entscheidungen der Heimatregierungen zum Nutzen der gemeinsamen EG-Politik erleichtert werden.

Wie im Bonner Auswärtigen Amt zufrieden registriert wird, fungieren in zahlreichen Ländern die Botschafterrunden der EG bereits als eine Art gemeinsames Konsultationsorgan. Dabei treffen sich die Teilnehmer regelmäßig mit den politischen Direktoren des Außenministeriums des Gastlandes; manchmal nehmen sogar Außenminister daran teil.

Schnelle Entscheidung

Die britische Regierung hatte sich wiederholt bemüht, diese Kooperation noch zu verstärken und zu institutionalisieren, war aber auf Widerstände anderer Partner gestoßen. Nun ist das Projekt unter der deutschen Präsidentschaft überraschend schnell „durchgezogen" worden. Auf Vorschlag des Politischen Komitees der EPZ haben die Außenministerien der zehn Mitgliedsstaaten ihre Botschaften durch Erlasse gleichen Inhalts angewiesen, die Zusammenarbeit mit den Botschaften der anderen EG-Partner zu intensivieren und dafür innerhalb von zwölf Monaten selbst weitere Anregungen zu geben.

Die diplomatische Kooperation soll sich an folgenden Zielen orientieren:

1. Geschlosseneres Auftreten und bessere Selbstdarstellung der EG-Partner.
2. Größerer Austausch von politischen und wirtschaftlichen Informationen.
3. Bessere Effizienz der Verwaltungen.
4. Haushaltseinsparungen bei den auswärtigen Diensten.
5. Verbesserung der Lebensbedingungen der Diplomaten unter schwierigen Umständen.

Konkret ist dabei an die Schaffung einer gemeinsamen organisatorischen Infrastruktur der Botschaften der EG-Partner zum Beispiel in Form gemeinsamer Wachdienste und Gesundheitsdienste sowie einer gemeinsamen Übersetzerorganisation gedacht. Auch gemeinsame Kurier-, Telex- und Rundfunkdienste und eine gemeinsame Krisenvorsorge schweben den Außenministern vor.

Neue Arbeitsgruppe

Als wünschbar gelten ferner eine verstärkte Zusammenarbeit in Konsular- und Informationsangelegenheiten sowie in der auswärtigen Kulturpolitik. Nach Bonner Angaben erwägen die EG-Partner derzeit schon in einem ostafrikanischen Land, in dem die Hauptstdadt verlegt werden soll, den Ankauf eines gemeinsamen Botschaftsgeländes für die Vertretungen aller zehn Mitgliedstaaten.

Ein deutscher Fachmann bemerkte dazu: „Die Europäische Politische Zusammenarbeit ist die eigentliche Erfolgsstory Europas." Allerdings werde sie von ausländischen Politikern überall in der Welt meist viel höher eingeschätzt als in den EG-Staaten selbst.

Tatsächlich gibt es innerhalb der EPZ schon 14 Arbeitsgruppen, die alle denkbaren Bereiche der Außenpolitik koordinieren. Dazu gehören die Sachthemen UNO, Abrüstung, atomare Nichtverbreitung, KSZE, Mittelmeerpolitik, Osteuropa, Nahost, Afrika, Lateinamerika, Asien, Protokoll, Euro-Arabischer Dialog und Fernmeldeverbindungen.

Auf deutschen Vorschlag werden Ende Juni auch Vertreter der Planungsstäbe der zehn Außenministerien eine Arbeitsgruppe bilden.

Um die seither sehr pragmatisch gepflegte politische Zusammenarbeit innerhalb der EG stärker institutionell zu verankern, hatte Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher im vergangenen Jahr gemeinsam mit seinem italienischen Amtskollegen Emilio Colombo eine „Europäische Akte" vorgeschlagen, die nach einigen Abschwächungen auf dem Stuttgarter Europa-Gipfel vom 17. bis 19. Juni in Form einer „Feierlichen Deklaration" verabschiedet werden soll.

Heute will und muß Mitterrand zeigen, daß er noch Herr der Situation ist

Die politische Basis des Präsidenten schwindet / Wann bricht die Regierungskoalition?

A. GRAF KAGENECK, Paris

Heute abend spielt Frankreichs Präsident François Mitterrand, gerade zwei Jahre im Amt, auf dem Fernsehschirm 20 Minuten lang va banque. Es geht für den Sozialisten in dieser knappen Spanne Zeit um seine politische Zukunft. Wie ernst er sich auf diese Prüfung vorbereitet, beweist, daß er sich seit dem Wochenende von einem Werbespezialisten trainieren läßt.

Mitterrand scheut den großen Auftritt. Seine Presse-Konferenzen sind rar. Er zeigt sich viel seltener in der Provinz als seine Vorgänger. Bäder in der Menge sind dem Mann, der sich ein Lächeln immer erst abringen muß, ein Greuel. Seine Fernsehauftritte müssen ihm von den Anstalten buchstäblich abgerungen werden. Sein letzter datiert vom 25. März dieses Jahres. Sein Versuch, die Franzosen durch Pathos und Appelle an patriotische Solidarität für den zweiten Austerity-Plan zu gewinnen, scheiterte. Diesmal muß es ihm gelingen, eine zutiefst skeptisch gewordene Nation von seiner Fähigkeit zu überzeugen, ein wirtschaftlich bankrottes und in seinem staatlichen Gefüge erschüttertes Frankreich wieder aufzurichten. Und so etwas entscheidet sich im Zeitalter der Massen-Kommunikation oft in wenigen Minuten am Fernsehen.

Der Präsident ist plötzlich sehr einsam geworden. Seine Popularität war nie sehr groß und erreichte nur in den wenigen Monaten nach seinem Wahltriumph im Mai 1981 die Höhenkurven eines de Gaulle. Bei der regelmäßigen Umfrage am letzten Wochenende kippte diese Kurve zum ersten Mal in die Negative. Heute übersteigt die Zahl derer, die ihm kein Vertrauen mehr schenken, die der Anhänger um sechs Punkte.

Schwerer wiegt, daß seine politische Basis schwindet. Mitterrand ist kein Volkstribun, wie es de Gaulle und in einem gewissen Sinne Giscard waren. Er ist der Mann der sozialistischen Partei, einer schwierigen, aufmüpfigen, in viele Flügel zerfallenden Partei, die er einst zusammenschmiedete, um mit ihr zur Macht zu kommen. In dieser Partei gärt es heute. Zweifel an Mitterrands Führungsfähigkeiten nagen an ihrer Solidarität. Der linke Flügel unter Jean-Pierre Chevenement macht schon gar keine Umstände mehr, die Politik der Regierung als „falsch, nicht mehr dem Ausgangsprogramm entsprechend und daher nicht mehr sozialistisch" hinzustellen. Chevenement ist nicht isoliert. Pierre Joxe, der Chef der Kammerfraktion und Führer des mehrheitlichen Mitterrand-Flügels in der Partei, hat sich seiner Kritik angeschlossen. Eindeutig hinter dem Staatschef steht nur noch der kleine Haufen um den Premierminister Mauroy und steht Michel Rocard mit seinen „Sozial-Demokraten".

Nicht verwunderlich unter solchen Umständen ist, daß auch die Kommunisten auf offene Distanz zu Mitterrand gegangen sind. Lange blieb ihre Kritik an „einer Politik, die nicht die Interessen der Arbeiterklasse berücksichtigt", in verhaltenem Moll. Jetzt hat KPI-Chef Georges Marchais auf Dur umgeschaltet. Er spürt, daß der Wind sich dreht und ihm wieder in die Segel bläst. Ergo sagt Marchais heute ohne Umschweife, daß „die Politik der Regierung nicht mehr die der kommunistischen Partei" ist. Die Frage scheint nur noch, wer das Bündnis als erster auflöst, Mitterrand oder Marchais.

Zur Abbröckelung der Regierungsbasis kommt die Krise des Staates hinzu, die sich jetzt im Aufruhr der Pariser Polizei zeigte. Die Härte der Reaktion deutet an, daß den Sozialisten der Schock gewaltig in die Glieder gefahren ist. Mauroy kündigte Montag abend weitere harte Sanktionen an. Angeblich sollen 100 hohe Beamte entlassen werden. Die Sozialisten malen jetzt das faschistische Gespenst an die Wand und prophezeien einen baldigen Putschversuch der extremen Rechten.

In dieser von Spannung, sozialer Gereiztheit und Klassenkampfatmosphäre gekennzeichneten Lage muß Mitterrand zeigen, daß er noch Herr der Situation ist. Chirac hat ihm die Tür einer Volksbefragung zur Wirtschaftspolitik der Regierung geöffnet, durch die der Staatschef aber nicht gehen will, obwohl sie für ihn der Ausweg wäre, die Regierung umzubilden, die Kommunisten loszuwerden und eine ganz andere Politik zu machen. Aber Mitterrand hält diesen Zeitpunkt offenbar noch nicht für gekommen.

Kanadas Konservative suchen einen Kopf

A. v. KRUSENSTIERN, Ottawa

Die Ergebnisse der letzten Gallup-Umfrage waren für den kanadischen Premierminister Pierre Elliott Trudeau niederschmetternd: Ganze 27 Prozent der Befragten bekannten sich zu Trudeaus Liberaler Partei, während 52 Prozent sich für die oppositionellen Konservativen erklärten.

Die Konservativen jubilierten. Der Sieg bei den im nächsten Jahr fälligen Parlamentswahlen erschien ihnen sicher. Nur eines trübte ihre Freude: Sie haben keinen Kandidaten für das Amt des Premierministers. Die Konservativen sind zur Zeit eine Partei ohne Kopf.

Dieser Mißlichkeit soll ein außerordentlicher Parteikongreß abhelfen, der am 11. Juni in Ottawa zusammentritt. Seine einzige Aufgabe ist es, einen neuen Parteichef zu küren, der die Konservativen als Kandidat für das Amt des Premierministers in den Wahlkampf führt.

Daß die Konservative Partei führerlos wurde, ist dem Stolz des ehemaligen Premierministers Joe Clark zuzuschreiben. Clark war 1979–80 Chef einer glücklosen konservativen Regierung, die das nunmehr fast 15 Jahre dauernde Regime von Trudeau und seinen Liberalen für einige Monate unterbrach.

Joe Clark blieb Parteichef, als die Konservativen Anfang 1980 in die Opposition zurückkehren mußten. Als der konservative Parteikongreß ihn im Januar dieses Jahres mit 66,9 Prozent der Stimmen in diesem Amt bestätigte, machte Clark einen überraschenden Schachzug: Er schlug die Wahl aus und erklärte, eine bloße Zweidrittelmehrheit könne er nicht als klares Mandat betrachten. Dies machte die Einberufung eines außerordentlichen Parteikongresses zur Wahl eines neuen Parteichefs notwendig.

Clark ist jetzt einer von acht Kandidaten, die Parteichef und damit offizieller Kandidat für das Amt des Premierministers werden wollen. Seine schärfsten Rivalen sind Brian Mulroney, Anwalt und Geschäftsmann aus Toronto, und der ehemalige Finanzminister John Crosbie. Den übrigen Bewerbern, darunter der ehemalige Bürgermeister von Toronto, David Crombie, und der Multimillionär Peter Pocklington aus der Ölmetropole Calgary, werden kaum Chancen gegeben.

Nicht nur die Konservativen, auch die Liberalen müssen demnächst einen neuen Parteichef wählen. Trudeau hat wiederholt erklärt, daß er sich vor der nächsten Wahl zurückziehen wolle. Die Konservativen werden dadurch in ihrer Siegeszuversicht bestärkt, denn Trudeau ist immer noch die Schlüsselfigur in der kanadischen Politik, auch wenn er viel von seiner Popularität verloren hat.

(SAD)

STELLENGESUCHE

Leiter Personal- und Sozialwesen

Volljurist, 50 J., 2 Jahrzehnte fundierte – konzeptionelle u. exekutive – Personalpraxis als Pers.-Ltr. mit Führungsverantwortung (Industrie-/Vertriebs-Konzern- u. Privatunternehmen) u. Beherrschung
- des gesamten Instrumentariums moderner unternehmensintegrierter Pers.-Politik (Personal-, Sozial-, Ausb.- u. Fortbild'arbeit)
- der Analyse- u. Kontrollverfahren von Personalbudgets
- der einschlägigen Rationalisierungssysteme (inkl. Ablauf- u. Strukturorganisation)
- des Arbeits- u. Sozialrechts

unternehmerisch denkend, dynamisch, kreativ, belastbar, durchsetzungsstark u. kooperativ, sucht adäquaten Verantwortungsbereich.

Zuschriften unter D 7268 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Diplom-Kaufmann

34 Jahre, verheiratet, erfolgreich tätig als Vertriebsleiter und stellvertretender Spartenleiter, sucht zum 1. 1. 84 oder später Position als Assistent des Vorstandes/Geschäftsführung mit guten Entwicklungsmöglichkeiten, Norddeutschland bevorzugt.
Ang. erb. u. C 72 67 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

VERTRIEBSLEITER

39, Dipl.-Betriebswirt, mit langjähriger Marketing- und Exporterfahrung (Westeuropa und USA), Ergebnis- und Führungsverantwortung, akquisitionsstark; verhandlungs- und abschlußsicher, fließend Englisch, Spanischkenntnisse, umfassende Erfahrung im Controlling von Auslandsgesellschaften, in ungekündigter Stellung (Ist-Gehalt: ca. 100 000 DM p. a.), sucht verantwortungsvolle neue Aufgabe im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. unter S 7169 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

EXPORT-MANAGER

Kompetenter, vorausblickender Kaufmann, 45 J., verh., technisch vielseitig versiert, mit großem Erfahrungsschatz im In- und Auslandsvertrieb, einschl. langjähriger Erfahrung Nordamerika und Fernost, zäh, konzeptionsstark und führungserfahren, z. Zt. Sparten-Vertriebsleiter in mittelst. Industrie-Unternehmen, möchte sich zum 1. 1. 1984 einer mehr exportorientierten, interessanten und anspruchsvollen Aufgabe stellen, vorzugsweise in Norddeutschland.
Kontaktaufnahme erbeten unter P 7255 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Auslandstätigkeit gesucht

15 Jahre in internationalem Marketing/Verkauf, Export/Import. Mehrjährige Tätigkeit in Vertriebs- und Handelshäusern (Lateinamerika). Bin 38 Jahre, ledig, Ing. (grad.), dreisprachig (Deutsch, Engl., Span.), und suche interessante Tätigkeit im engl./span. Sprachraum.
Angeb. erb. u. G 7249 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. (FH) Maschinenbau

Anfang Dreißig, verheiratet, z. Z. freiberuflich tätig, sucht verantwortungsvolle Tätigkeit im In-/Ausland

Ausbildung: Schlosserlehre, 2. Bildungsweg, FH Friedberg

Tätigkeiten: 3 Jahre Mitarbeit Projektleitung KKW, Windenergie, 3 Jahre Konstruktion, Berechnung Rohrleitung/Apparate (davon 1 Jahr Baustelleneinsatz).

Angebote u. H 7716 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Export (Fernost/Latein-Amerika)

Dipl.-Kaufmann, 35 J., verh., langj. Erfahrung in Investitionsgüter-/Anlagenexport, 1½ J. GF-Ass., leitende Tätigkeit im Handelshaus eines deutschen Großkonzerns, fließ. Engl., Span. (im Ausland aufgewachsen), sucht verantwortungsvolle, entwicklungsfähige Aufgabe im Export/Handel, auch Ausland. Angebote erbeten unter X 7262 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leiter Einkauf

kaufm. Vertragsabwicklung, intern. Anlagenbau, 39 J., verh., langj. Praxis, Eink.-Vol. bis 30 Mio. p. a., verhandlungserfahren, belastbar, technisch versiert, fundierte Kenntnisse in Vertragsrecht u. -gestaltung, Englisch verhandlungs- u. vertragssicher (Wirtsch.-Übersetz.), Kenntnisse in Export, Finanz- u. Rechnungswesen, sucht verantwortl. Stellung in gleicher o. ähnl. Funktion, Raum Essen u. weitere Umgebung. Angebote erbeten unter L 7164 an WELT -Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt (grad.)

32 J., mehrj. Erfahrung i. d. WP-Beratung, Passiv-Kundenbetreuung und Geldhandel, sucht ausbaufähige Position in Anlageberatung, Raum Norddeutschland. Ang. erb. u. R 7146 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Dipl.-Kaufmann

28 J., Prädikatsexamen, sucht Startposition als Prüfungsassistent bei Stb./WP in HH.
Angeb. erb. u. P 7145 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Straßenbau – Planung – Unterhaltung

Zur Zeit Project Engineer (Civil) als Beamter auf Zeit in Sambia (3rd Highway Project – ein Straßenrehabilitations- und Neubauprogramm der Weltbank), gleichzeitig Leiter einer Provinzstraßenverwaltungsbehörde, 42 J., Deutscher, fließ. engl. u. französ., 7 Jahre Afrika, sucht ab Anfang/Mitte 84 entsprechende Aufgabe.
H. M. G. NEBEL, P. O. Box 785, KASAMA/Sambia
Tel. Kasama 21 11 49 (Res.)

Job-Sharing

2 Dipl.-Kaufleute, 27 J., Präd.-Examen, flexibel u. vielseitig interessiert, suchen (zusammen) eine Stelle mit anspruchsvollem Aufgabenbereich. Haben Sie an dieser neuen Arbeitsform Interesse?
Zuschr. erb. u. PW 46552 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Schiffs-Ing., Patent CI, Alter 30 J., sucht Landstellung f. Mitte 84. Erfahrung m. Groß- u. Kleindieselmotoren, Kältetechnik, Pumpen, Frischwassererzeugung usw.
Zuschriften u. X 7284 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Junger, qualifizierter
Bürokaufmann
sucht entsprechende Anstellung. Angeb. erb. u. P 7167 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Verkaufsleiter

Ing. grad. Verfahrenstechnik
41, verh., Sales Manager, Erfahrung i. Konstruktion, Montage, Angebotswesen, Marketing, Verkauf, Verhandlungss. i. deutscher u. engl. Sprache. Gebiete: Deutschland, europ. Ausland, z. Z. US-Konzern, Investitionsgüter chemischer u. petroch. Industrie. Wunsch: adäquate ausbauf. Position o. techn. Einkauf.
Zuschr. u. X 7350 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Gelddisponent

m. Erfahrung im Dev.-Handel, Bkfm./Betriebsw. (grad.), Anfang 30, sucht neuen Wirkungskreis im Raum Hamburg. Ang. erb. u. V 7150 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. Elektrotechnik (TH)

44 J., langjährige Erfahrungen als technischer Leiter und im Verkauf elektrischer Produkte und Anlagen für Energieversorgung und Industrie, mit modernen Führungsaufgaben und kommerziellen Vertragsfragen vertraut, sucht leitende Position in Unternehmen der Elektro- oder Investitionsgüterindustrie.

Zuschriften erbeten unter T 7170 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Dr. Ing. Maschinenbau

in ungek. Position, 7 J. Berufserfahrung vor allem a. d. Gebieten Strömungsmechanik, Luft- u. Raumfahrttechnik, Industrie-Aero, Hydrodynamik und medizinische Technik, sucht neue verantwortl. Tätigkeit in leitender Position im Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PK 46582 WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36.

Feuerfest-Materia, Industrieofenbau, Anlagenbau für F. F. Industrie

Projekt-Ingenieur (40 J.), in namhafter Anlagenbaufirma tätig, früher selbständig, Führungspersönlichkeit, Erfahrungen in Praxis und Theorie bei Akquisition, Beratung, Konstruktion, Personalführung, Einkauf, sucht entsprechende Stellung.

Schriftliche Angebote unter R 7168 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Rationalisierung im ORG/DV-Bereich

Informations-Management, Datenadministration/Data Dictionary, Projektorganisation und Methoden und Werkzeuge zur professionellen Systementwicklung waren die Schwerpunkte meiner Spezialisierung und Leitungsfunktion in den letzten 7 Jahren.
Davor habe ich 15 Jahre als Projekt- und ORG/DV-Leiter in allen Sparten der Organisation von der Büroautomatisierung bis zur DB/DC-Systementwicklung in internationalen Konzernen Erfahrungen gesammelt.
Ich bin 45 Jahre alt, Dipomkaufmann, vielseitig, kreativ und dynamisch, Macher und nicht nur Berater, ungekündigt. Ich möchte mich nach Hamburg verändern und weniger reisen.
Ang. erb. u. G 6875 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener Export-Kaufmann

Europa/Übersee, Mitte 40, Engl./Franz., mit Bereitschaft zu intens. Reisetätigk., sucht neue, verantwortungsv. Position.

Angeb. u. U 7171 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Geschäftsführer

Sportverband

47 J., langj. Erf. in Verbandsarb. (10 Sportabt., 3000 Mitglieder). Leiter Personal u. Verwaltung, umfassende betriebswirtschaftliche Kenntnisse, sucht mittelfristig neue Aufgabe mit Gestaltungsmöglichkeiten. Raum Norddeutschland bevorzugt, nicht Bedingung. Zuschriften erbeten unter M 7165 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. (FH)

f. Wasserwirtschaft, 25 J., Abschluß 3/82, z. Z. in Architekturbüro tätig. Fachgebiet: Stadtentwässerung, sucht neue Stellung.
Angeb. erb. u. X 7174 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Außen- u. Großhandelskfm.

23 J., ortsungeb., m. gutem kaufm. Abschluß, Kenntn. i. Kreditoren, Debitoren, Lohnbuchhaltung sowie i. sämtl. anf. Aufgaben (wie Steuerabgaben usw.) vorhanden, selbst. Arbeiten gewöhnt, sucht neues Betätigungsfeld in der Buchhaltung.
Zuschr. u. X 6294 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Technischer Kaufmann

ungekündigt, 37 Jahre, verh., mit Ausbildereignungspr., 8 Jahre Verkaufsinnendienst von aktiven und passiven elektronischen Bauelementen sowie 5 Jahre im Vertrieb von technischen Investitionsgütern, sucht ab 1. 10. 1983 interessante, verantwortungsvolle Aufgabe in West- oder Süddeutschland.

Zuschr. erb. unter S 7147 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Solides Ehepaar, 20 J. verh., er Handwerker in ungek. Stellung, sucht
Hausmeisterposten
möglichst norddeutscher Raum. Zuschriften erbeten unter PW 46571 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Verkaufsleiter

Bürokopiersysteme etc., 39 J., verh., Raum Norddeutschland, sucht geeign. Tätigk., evtl. Beteiligung z. 15. 7. 83.
Zuschr. u. C 7113 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EDV-Vertriebsmann

37 J., PLZ 2, sucht neuen Wirkungskreis in der EDV. Nachweislich überdurchschn. Verkaufserfolge. Bisheriger Verdienst p. a. 120 000,– DM. Kurzfristiger Einsatz mögl.
Zuschr. erb. unt. Z 7286 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Dipl.-Ing. d. E.-Techn.

40 J., erfolgr. in Umsatzsteig. und Gewinnmaximierung, erfahren in der
- Führung von direkt unterstellten Mitarbeitern im Innen- und Außendienst und
- Leitung einer Verkaufsorg. mit Geschäftsstellen für Verkauf, Technik und kfm. Auftragsabwicklung mit über 100 Mitarbeitern

sucht neue verantwortungsvolle Aufgabe, eventuell Geschäftsführung einer Tochterfirma.
Angeb. erb. u. V 7172 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Architekt Dipl.-Ing. (TU)

33 J., Examen 1978 Uni Stuttgart, 5 J. Berufserfahrung in Entwurf, Ausführungsplanung, Ausschreibung, Bauleitung, beste Zeugnisse, sucht Anstellung im Planungs- bzw. Architektenbüro im Raum Hamburg.
Ang. erb. u. T 7148 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Normen-Ing./Maschinenbau

44 J., 15jährige Erfahrung im Erstellen von Werk- und Wiederholteilnormen, Auswahl von DIN, Sortenverringerung, Konstruktionsrichtlinien, Normprüfung von Zeichnungen und Stücklisten, EDV und Mikrofilm, sucht neuen Wirkungskreis.
Ang. erb. u. S 7257 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Betriebswirt – Baukaufmann

37 J., Arge- und Auslandserfahrung, möchte sich verändern und sucht Tätigkeit
a) auf einer Großbaustelle oder
b) im Einkauf oder
c) im Rechnungswesen oder
d) Auslandseinsatz
Näheres unter:
Tel. 0 21 51 / 82 33 35 (8–16 Uhr)

Zuverlässiger junger Mann

32 Jahre, sucht Dauerstellung bei wohlhabenden Herrschaften als Hausmeister und Chauffeur.
Tel.: 0 25 86 / 2 12

Werbeleiter

42 J., Agentur-, Industrie-, Messeerfahrung u. PR, sucht verantwortl. Position im Raum: Hamburg, Lübeck, Kiel etc. Zuschr. erb. u. WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Internat. Handel

Dipl.-Ökon., 26 J., sucht Anfangsstellung. Studiengebiet int. Wirtschaftsbeziehungen, Entwicklungsländer, Praktikum in London. Ich bin mobil (auch Ausland). Darf ich Ihnen meine Bewerbung zusenden?
Tel. 0 40 / 6 77 67 71

Controlling/Organisation

Dipl.-Kfm., 41 J., in leit. Position, dynam. u. belastbar, mehrj. Erf. in betriebswirtschaftl. Steuerung v. Industrieunternehmen (Unternehmensplanung, Kostenrechnung, Betriebsanalysen, Revision) sowie EDV-/Organisationserf. beim Hersteller u. Anwender sucht anspruchsv. Führungsaufgabe, vorzugsw. i. Raum Hamburg.
Zuschr. erb. u. PB 46574 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Als GESCHÄFTSFÜHRER suche ich
interessante, neue Aufgabe

41 J., verheiratet, kinderlos, in ungekündigter Stellung Geschäftsführer mittelständ. Textilind.-Unternehmens, Dipl.-Kfm., Textiltechniker, 3 Fremdsprachen fließend, Auslandserfahrung, unternehmerisch geprägt, belastbar, kreativ, kontaktfreudig, EDV-Erfahrung.

Angebote erbeten unter E 7137 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

50 J., Bau-Ing., langjährige erfolgreiche Tätigkeit in der Bau- und Wohnungswirtschaft / Industrie (Geschäftsführer, Vorstand und Untern.). Schwerpunkte meiner Erfahrung sind: Personal-, Finanz-, Steuer-, Vertriebs- und Vertragsangelegenheiten, Entwicklung neuer Projekte und Vertriebsmethoden sowie alle damit verbundenen Marktstrategien. Ich verfüge über gute betriebswirtschaftliche Kenntnisse, mit nachweisbaren Erfolgen in der Betriebsführung, sowie hohe Einsatzbereitschaft, Motivationsfähigkeit und Flexibilität.
Ich suche eine neue Tätigkeit, die vornehmlich mit einer unternehmerischen Herausforderung verbunden ist.
Bitte nehmen Sie Kontakt auf unter: R 7256 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Mann mittleren Alters (42) sucht Vertrauensstelle als
Privatsekretär/Reisebegleiter
- guter Leumund
- angenehme Erscheinung
- gute Umgangsformen

Angebote erb. u. W 7173 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Verlagskaufmann/Dipl.-Betriebswirt

34 J., verh., nicht ortsgeb., fundierte (Direkt-)Marketing-Kenntn., mehrj. erfolgr. Berufserfahrung, Engl.- u. Franz.-(Grund)Kenntn., kontaktfähig, teamorientiert, wünscht neuen interess. (leitenden) Aufgabenbereich in Verlag, Agentur, Werbeabtlg., Verband o. ä. Richten Sie Ihr Angebot bitte unter T 72 58 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

USA

Deutscher, Mitte 40, dyn., erfolgsorientiert, seit 6 Jahren Geschäftsführer der Niederlg. eines deutschen Unternehmens, ungek., möchte sich in USA in neue, leitende Position, vorzugsweise für deutsches Unternehmen, verändern.
Kontaktaufnahme erbeten unter N 7166 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Geschäftsführer

Dipl.-Ing. (Bau), TH, Jahrg. 27, kurzfristig verfügbar, mit nachweisbaren Erfolgen i. d. Unternehmensführung u. guten betriebswirtschaftl. Kenntnissen, sucht neue, verantwortungsvolle Aufgabe i. d. Unternehmensleitung, ggf. auch zeitlich begrenzt od. als freier Mitarbeiter i. d. Geschäftsführung – auch in branchenfremden Unternehmen bzw. als Krisenmanager od. Unterstützung beim Generationswechsel. Vital u. dynamisch, geplante Arbeitszeit noch mind. 10 Jahre.
Zuschr. erb. unter PG 46559 an WELT-Verlag, Postf., 2000 Hamburg 36

IMMOBILIEN / KAPITALIEN



Montreux – Schweiz „Aparthotel Bonivard“

In einer außergewöhnlichen Lage, am Genfer-See-Ufer und neben dem Schloß „Chillon“.

Das „Aparthotel Bonivard“ besteht aus eingerichteten und möblierten Wohnungen ab sfr 123 000,– mit dem Vorteil eines erstklassigen Hotel-Komplexes.

Restaurant, Bar, Konferenzsaal und Innenschwimmbad garantieren Ihnen erholsame Ferien und eine interessante Investierung.

C. Truan Agence Romande Immobilière SA
Galerie B. – Constant 1 · 1003 Lausanne/Schweiz
Tel. 00 41 / 21 / 20 70 11 · Telex: 2 5 373 aril Ch

BLOEMENDAAL (Holland)

zu verk. nahe Zandvoort aan Zee, im Dünengebiet gelegen, reizende Villa mit allem mod. Komfort, Sonnenterrassen Südlage. Grundstück 4700 m². Preis DM 780 000,–.
Ausk. Tel. 00 31 / 23 / 31 66 33 (tägl. v. 9–12 Uhr)

VSC

Ohne Aval SFR ab 500.000,– DM
ab 4,8–5,5%
vermittelt:
VSC Immobilien
Am alten Broich 42 · 4018 Langenfeld
Telefon 0 21 73 / 7 87 46 / 7 88 30

Baden-Baden

Erwerbermodell im schönsten Villenviertel, oberhalb Kurhaus und Theater:
Eigentumswohnungen in solider, handwerklicher Ausführung und eleganter Ausstattung.

Z. B.		
	Wohnfläche 85,45 m², Kaufpreis	DM 393 100,–
	erforderliches Eigenkapital 10%	DM 39 310,–
	günstige Finanzierung über örtliches Kreditinstitut: 5% Zinsen p. a., 8,5% Damnum, 3 Jahre fest.	
	Einkommensteuerersparnis für Kapitalanleger bei Vermietung in 8 Jahren möglich bis zu	DM 165 415,–

Bitte, informieren Sie sich vollständig, informieren Sie sich jetzt!

Apartbau Baden-Baden
Apartbau-GmbH
Bauträger- und Betreuungsunternehmen
7570 Baden-Baden
Maria-Viktoria-Straße 3
Telefon (0 72 21) 2 44 04

20 % staatl. Zuschuß / 40 % So.-Afa, Timmendorf/Strandallee Hot.-App., KK 7500,–/KP 45 000,–/WK üb. 350 %. Prospekte: BAF 46 DO 1, Postf. 11 25, T.: 02 31 / 57 10 39 / Tel.-Info.: 52 98 98

Suche KRUPP St-VZ

zahle bis DM 110,–.
Angebote u. K 7185 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

SCHWEDEN - ELCHJAGD

Zu verpachten: 7-Zimmer-Haus mit allem Komfort sowie 150 ha Jagdgebiet, sehr wildreich. Gebiet grenzt an Naturschutzgebiete. Die Jagd umfaßt Elch, Reh und Kleinwild.

Zu erreichen: Fähre Stena-Line, Kiel-Göteborg, Auto ca. 150 km auf E3 nach Stockholm, Abfahrt Skara.

Nur wirklich seriöse und erfahrene Jäger kommen in Frage. Pachtzeit mehrere Jahre. Preis DM 20 000,– pro Jahr.

Antwort erbittet: Dr. Ingvar Wiberger, Höryda Gaard, S-532 00 SKARA, Schweden, Tel.: int +46 511 720 84 (abends). Sprache: Englisch.

Côte d'Azur Herrschaftssitz

zu verkaufen in Beaulieu-sur-Mer (Cap Ferrat), mit prächtiger Aussicht auf die beiden Buchten von Beaulieu und Villefranche. Die Grundmauern stammen von einem Kloster aus dem 19. Jahrhundert, und die Gebäude befinden sich in der Mitte eines herrlichen Terrassengartens (3000 m²). Schwimmbad 16 m lang, 6 Schlafzimmer mit 4 Badezimmern im Hauptgebäude, eine separate Wohnung befindet sich oberhalb der Doppelgarage. Zusätzlicher freistehender Bungalow. Separates Wärterhaus. Lieblingsaufenthaltsort des verstorbenen Königs Gustav V. von Schweden und Gegenstand eines Artikels in einer französischen Zeitschrift. Dieser Herrschaftssitz wird von Privat an Privat verkauft.

Tel. 00 33 / 93 - 01 03 53 Nizza, Frankreich, oder London 00 44 1 493 9323

Cannes – Côte d'Azur

Einmalige Gelegenh., 2 traumh.-schöne Eigentumswohnungen m. je 125 m² Wfl., Salon, 2 Zi., 2 Bäder, einger. Kü. u. Balk., i. kl. Wohneinh. i. Strandnähe. Weitere Einzelheiten über:
KCI-Service, Düsseldorf
Tel. 02 11 / 41 08 64

Einmalige Gelegenheit

Freistehendes Ein- bis Zwei-Familien-Luxuslandhaus, Bj. 82, Wfl. 265 m², Parkgrundstück 1000 m², 3 Garagen, Biedenkopf/Lahn, KP 795 000 DM.
IVB · Tel. 02 02 / 31 03 17

Freist. Nordfrieslandhaus

mit Reetdach, unverbaub. Lage, 6 km zur Nordsee, Nähe Niebüll, Grdst. 3200 m², Wfl. 140 m², KP 170 000,– DM.
IVB, T. 02 02 / 31 03 17

Freist. Luxusflachdachbungalow

verklinkert, Pelheim bei Cloppenburg, Nähe Thülsfelder Talsperre, Grundstück 900 m², Wfl. 140 m², KP 238 000 DM.
IVB · Tel. 02 02 / 31 03 17

Nordfrieslandhaus

Esskebüll, 700 m² Grdst., Wfl. 80 m², KP 115 000,– DM.
IVB, Tel. 02 02 / 31 03 17

Nizza-Cimie

Zeiteigentum. 2 komf. einger. App.-Wohnungen v. 120 bzw. 140 m² Wfl., gr. Salon, 2 Zi., Kü., Bad (Marmor), m. Bl. i. einen großen alten Park u. nach Süden über Nizza z. Meer. Hier können Sie träumen oder Ihre Geschäfte erledigen.
Weitere Einzelheiten über:
KCI-Service, Düsseldorf
Tel. 02 11 / 41 08 64

Alt: Gelegenheitskauf

Ein- bis Zwei-Familien-Luxuslandhaus, freistehend, unverbaubar, i. bayerischen Stil, Wfl. 210 m², Grundstück 1148 m², Bj. 76, Wiesbaum/Eifel (Gerolstein-Hillesheim), KP 445 000 DM.
IVB · Tel. 02 02 / 31 03 17

MAKLER PORTFOLIO MANAGERS

Ausgezeichnete Gelegenheit, in US-Agrarland zu investieren. Ertrag von 50% im 5. Jahr garantiert durch eine führende internationale Bank. Projektierter Gewinn ab 6. Jahr, und dieser kann bis zu 50% jährlich steigen während Jahrzehnten. Erste Investitionsphase bereits termingerecht abgeschlossen. Ideale Kapitalanlage für mittel- und langfristige Renditen. Anfragen an:
GLOBE PLAN SA, 24, Mon Repos, 1005 Lausanne, Schweiz,
Tel. (21) 22 35 12, Telex: 2 5 185

Ab 12 350 DM

sind Sie als Miteigentümer an einer rasch expandierenden Schweizer AG dabei.

Jährliche Netto-Rendite von 12% und Kapital garantiert.

Ihre Anfrage an Postfach 75 26, CH-8023 Zürich wird absolut vertraulich behandelt.

★ Nähe Montreux und Skigebiete ★

Studios (28 m²)	ab SF 62 000
2-Zi.-Appts (34 m²)	ab SF 93 500
5-Zi.-Chalets (92m²)	ab SF 240 000
3½-Zi-Villen (100m²)	ab SF 285 000

Notwendiges Eigenkapital = 30 %
PC-IMMOBILIER-SA
Tour Grise 6, CH-1007 Lausanne
Telefon: (00 41 21) 25 26 11

Costa Blanca

Häuser und Wohnungen schon ab DM 29 500,–, direkt vom Bauherrn. Auch Bau nach eigenen Wünschen.
Beutel u. Partner Immobilien
Brink 7, 6430 Bad Hersfeld,
Tel. 0 66 21 / 7 52 10

Baufinanzierung und Hypothekenbeschaffung

nach Maß. Auch in schwierigen Fällen (Zwangsversteigerung oder negativer Auskunft) können wir helfen. Eine telefonische Anfrage lohnt sich.
Vermittlung: WSB EITORF
Tel. 0 22 43 / 8 00 66 / 7

ACHTUNG

Haben Sie ein innerstädtisches Abriß- oder Baugrundstück in guter Lage? Wollen Sie selbst am Gewinn einer Neubebauung mit Wohn- oder Gewerbeflächen teilhaben?
Suchen Sie dafür auch ein steuerlich optimales Konzept?
Dann schreiben Sie uns. Wir sind ein 20 Jahre erfahrenes, solventes Bauträgerunternehmen; wir engagieren uns selbst und bieten Ihnen 50% Gewinnbeteiligung. Vertraulichkeit wird zugesichert.

Anfragen u. U 6335 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Nähe Baden-Baden

Doppelhaushälfte, Neubau mit ELW. 130 m², OZH, Garage, Blick zur Adenauer-Kapelle, DM 345 000,–
1-Zi.-Eigentumswohnung
komplett eingerichtet, 33 m², Balkon, Pkw-Stellpl., DM 120 000,–
Hermann Ambs Immobilien-RDM
7591 Lauf, Tel. 0 78 41 / 2 19 87

Seltene Gelegenheit

Alteingesessene Firma in der Schweiz, fester Jahresumsatz 5 Mio. sfr, ist per sofort durch Mehrheitenübernahme des AG-Kapitals von 51% zu übernehmen. Kpl. jahrelang geschultes Personal bleibt, Branchenkenntnis und Erfahrung nicht erforderlich. Ganzübernahme des AG-Kapitals zu 100% frühestens nach zwei Jahren möglich. Erf. Bar-Kapital jetzt sfr 700 000,–
Kennwort „Mino AG Treuhand“
Anfragen unter H 03-91454 an Publicitas, CH-4010 Basel, Schweiz.

Aachen Stadtkern

Wohn- u. Geschäftshaus mit bekannter Unfallchirurgiepraxis (ab 1. 8. 83 frei). Ca. 520 m² u. 7 WE mit 360 m² Wfl. Etagenhzg. Gepflegtes Objekt von Privat KP: 1,4 Mio..
Tel. 0 24 08 / 38 20

Für Ihre Kurferien

verkaufen wir in
Saillon/Wallis
1- bis 4-Zimmer-Ferieneigentumswohnungen
ab DM 130 000,–.
Genießen auch Sie das herrlich milde Klima des Rhonetals mit seinen unzähligen Möglichkeiten.
Rasche Anfahrt ab Basel: 2½ Std. (Autobahn bis Martigny)
STIFAG Bau-Planungs AG
Kirchenfeldstr. 14, CH-3005 Bern
Tel. 00 41 / 31 43 00 43

Stadtrand Aachen

12 000 m² Baugelände für Eigenheimbeb. in bevorzugter Südstadtrandl. Verkehrsgünstig u. zentral. Neuerschließung. KP nur 2,4 Mio. VB.
Immobilien-Kohl, Aachen, Bahnhofstr. 31, T. 02 41 / 3 36 33

Bad Breisig

Einfam.-Reihen-Eckhaus mit Einliegerwohnung u. Garage, Bj. 1977, Grundst. ca. 300 m², Wohnfl. ca. 130 m². Dachausbau möglich, keine Maklergeb., Preis 295000,–.
Tel. 0 26 33 / 9 53 37 (Wochenende 9 57 21)

Eingeführtes
Baukonzeptions- und Betreuungs-Unternehmen
mit qualifiziertem Management, vorwiegend im gewerbl. Bau spezialisiert, Jahresumsatz 1983/84 ca. 150 Mio. DM, Jahresgewinnerwartung ca. 15 Mio. DM, zu verkaufen. Anfragen, welche vertraulich behandelt werden, unter P 6331 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Bad Breisig

ETW, 3 ZKDB, WC, Abstr., Balk., off. Kamin, Holzdecke, Wohnfl. 93,78 m², Erstbezug, Preis 185000,– DM + Garage (maklergeb. frei).
1 Maisonette-Wohnung, 4 ZKDB, WC, Abstr., Balk., Loggia, Erstbezug. Wohnfl. 105 m², Preis DM 240000,– + Garage (maklergebührenfrei). Beide Wohnungen in abs. ruhiger Lage auf Grundst. mit Bachlauf.
Tel. 0 26 33 / 9 53 37 (am Wochenende 9 57 21)

Düsseldorf (Benrath-Süd)

Flachdach-Luxus-Atrium-Bungalow, Toplage, 10 Min. zur Kö, Bj. 72, renov. 82, 358 m² Grdst., 220 m² Wfl., Fernhzg., kostb. Innenausbau, Garage, v. Priv. an seriösen Interessenten für DM 750 000,– zu verkaufen.
Zuschr. u. L 7296 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Wir suchen
Aktien-Mehrheit einer AG
börsennotiert oder im Freihandel, mit oder ohne Grundbesitz, gegen Barzahlung. Auch ein sanierungsbedürftiges Unternehmen kommt in Frage.
Eilangebote unter S 6333 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Gesicherte Kapitalanlage

600 000 DM, Ranch Salzburg/Braunau, Traumlage, rustikales Wohnhaus, mod. Pferdestall, Koppeln, Wald, Forellenbach, 26 000 m².
Angeb. u. W 7019 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wohnhaus-Hälfte

20 m lang, eig. Eingang, ZOV, kl. Garten.
Tel. 0 91 45 / 71 86

Inning/Ammersee

Exkl. Hangbungalow m. Einliegerwohnung, Bauj. 77, 1440 m² Grund, ca. 225 m² Wfl., herrl. ruhig am Rand des Landschaftsschutzgebietes gel., repräsentative Raumeinteilung, 7 Zimmer, Wohn- u. Arbeitszimmer je ca. 40 m² gr. Südterrasse m. off. Kamin, Quelle f. Fischteich, nur 5 Gehminuten z. See. Kaufpreis nur 835 000,– DM.
FRANK IMMOBILIEN
0 82 48 / 4 47

Zu jeder Anschrift gehört die Postleitzahl

Kapitalanlage

Stille Beteiligungen ab DM 5000,– für kleinere, expandierende GmbH ges. Abwicklung über not. Anderkonto.
Zuschr./Angeb. u. U 7303 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

SPANIEN

Costa del Sol
Sonderangebote
Eigt.-Whng., 52 m², möbl., in bester Lage von Torremolinos, ab DM 21 600,–, Preis pro m² DM 620,–
Sofortauskunft de Jong VDM
0431/32 20 55

HH-Othmarschen

Möbl. App. f. Geschäftsleute m. Telefon.
Wegner, Grottenstr. 17, 2 HH 52, Tel. 0 40 / 82 86 21

Wenn Sie es eilig haben, können Sie Ihre Anzeige über Fernschreiber 8–579 104 aufgeben.

Auf dem INDUSTRIEGEBIET AMSTERDAM-DIEMEN

Grundstück 4000 m², worauf 2 Bungalows (je 136 m²). Können beide als Büro benutzt werden. Zur Zeit ist einer als Wohnhaus in Gebrauch. Etwa die Hälfte des Grundstücks kann noch bebaut werden. Für kleinere Industrie sehr günstig. DM 700 000,– zzgl. Kosten.
Frau van Isselt, Visseringweg 2
NL-1112 AS Diemen (Holland), Tel. 00 31 / 20 / 90 23 55

GEWERBLICHE IMMOBILIEN

Zu verkaufen in einem erstklassigen Kurort im Walliser Alpen in der Schweiz

Hotel-Restaurant (60 Betten)

hohe Rentabilität.

Schreiben unt. Chiffre 36-115135 an Publicitas, CH-1951 Sitten.

Produktions- und Lagerhalle

sowie dreigeschossiges
Sechsfamilienhaus
mit angebautem eingeschossigen Bürohaus
in 4618 Kamen, Edisonstr. 1,
in der Zwangsversteigerung zu erwerben

Baujahr:		1972/1974
Grundstück:		5716 m²
Wohnfläche:		617 m²
Gewerbl. Nutzfläche:		2087 m²
Umbauter Raum:	Wohnhaus	rd. 2897 m³
	Bürohaus	rd. 1210 m³
	Produktions- und Lagerhalle	rd. 10 420 m³
Verkehrswert:	insgesamt	DM 2 325 000,–

Gute Verkehrsanbindung ist durch Bundesstraße und Bundesautobahn gegeben.
Versteigerungstermin beim Amtsgericht in Kamen, Poststr. 1,
am 27. Juni 1983, 11.00 Uhr
Zuschriften erbeten an Ersthypothekar unter PN 6263 Anzeigen-Expedition Heinrich Hess, Friesenstraße 35, 5000 Köln 1, oder telef. Anfrage ab 6. 6. 1983 von 9 bis 16 Uhr unter Köln 02 21 / 57 21 - 4 62

Gewerbe- und Lagerhalle

Köln, Braunsfeld, 3 km vom Stadtmitte, gute Verkehrsanbindung, 5280 m², 2geschossig, Baujahr 72, geeignet für Produktion oder Lager; Verladerampe 2 LKW mit Hänger (im Innenbereich), Abstellplatz für 10 LKW mit Hänger sowie Parkplatz für ca. 100 PKW, umfangreiche technische Ausstattung (Lastenaufzug, mehrere Krananlagen etc.), kurzfristig zu vermieten, eventuell auch teilweise. Auskünfte Tel. (02 21) 5 40 41 06 (Herr Puhl).

Brasilien ist weiter in Schwierigkeiten

H.-A. SIEBERT, Washington

Brasilien müsse „später in diesem Jahr" in neue Umschuldungsverhandlungen eintreten, erklärten führende Mitarbeiter der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) in Washington in einem Gespräch mit Journalisten. Sie bezeichneten die wirtschaftlichen Ziele des südamerikanischen Landes als „sehr ehrgeizig", das heißt schwer erreichbar. Brasilien ringt zur Zeit mit US- und europäischen Privatbanken um die versprochene Bereitstellung von 1,5 Milliarden Dollar.

Nach den Kalkulationen der IDB-Experten wird der Überschuß in der brasilianischen Handelsbilanz 1983 nicht, wie erhofft, sechs, sondern nur vier Milliarden Dollar betragen. Das Leistungsbilanzdefizit wird auf acht Milliarden Dollar veranschlagt. Brasiliens Bruttoinlandsprodukt sinkt real vermutlich um zwei bis drei Prozent, während die Inflationsrate die 100-Prozent-Marke übersteigen wird.

Es besteht jedoch einige Hoffnung, daß Brasilien seine Auslandsschulden, die inzwischen an 90 Milliarden Dollar heranreichen, vom kommenden Jahr an ohne größere Probleme bedienen kann. So rechnet die IDB für 1984 und 1985 mit einem moderaten Wirtschaftswachstum und einem kräftigen „Comeback" in der zweiten Hälfte dieser Dekade. Dann zahle sich aus, daß Brasilien in Lateinamerika über die stärkste industrielle Basis mit gutem Management verfüge, wurde betont.

Vogel gegen Vetorecht Bonns

DW. Hamburg

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat sich gegen ein Vetorecht der Bundesrepublik Deutschland beim Einsatz amerikanischer Atomraketen auf deutschem Boden ausgesprochen. In einem Interview für den „Stern" bezweifelte Vogel, ob ein solches Vetorecht in der Praxis realisiert werden könne.

Der SPD-Politiker wandte sich auch gegen die Auffassung, man könne sich beim Protest gegen die Nachrüstung auf das Widerstandsrecht im Grundgesetz berufen. „Es geht ja nicht darum, daß die verfassungsmäßige Ordnung beseitigt werden soll", sagte er. Die Ansicht, man könne einen Generalstreik in Betracht ziehen, sei in der ganzen Partei auf Ablehnung gestoßen.

Kritik aus Belgrad an Warschaus Pressepolitik

KP-Blatt „Borba" schildert Maßnahmen der Bruderpartei

CARL G. STRÖHM, Wien

„Warnungen und schwerste Strafen" – unter diesem Motto hat sich die jugoslawische KP-Zeitung „Borba" kritisch mit der Pressepolitik des polnischen Militärregimes auseinandergesetzt. Der Warschauer Korrespondent des Belgrader Blattes berichtet, daß der Stil und Ton der westlichen Informationsmedien in ihrer Berichterstattung über Polen das polnische Regime immer mehr irritiere. Daher komme es immer häufiger zu direkten Polemiken polnischer Zeitungen und des polnischen Fernsehens gegen einzelne ausländische Blätter.

Auch die offiziellen polnischen Proteste gegen Erklärungen westlicher Regierungsvertreter hätten zugenommen. Das „Odium" werde häufig auf ständig in Warschau akkreditierte Zeitungskorrespondenten abgewälzt, die manchmal zu Objekten direkter Beschuldigungen würden.

Am schärfsten sei der Warschauer Ton gegenüber einigen westlichen Rundfunkstationen, schreibt der Korrespondent der „Borba". Einen besonderen Platz nehme hier „Radio Freies Europa" ein, aber auch die Stimme Amerikas, BBC, und der französische Rundfunk. Interessant ist, daß die von der Bundesrepublik betriebenen Rundfunksendungen in polnischer Sprache von der „Borba" in diesem Zusammenhang nicht erwähnt werden – sie sind offenbar so positiv, daß sie von Warschau keine besonders schlechte Note bekommen.

Unterschiedliche Reaktionen

Vom Münchener Sender „Freies Europa" und anderen westlichen Stationen, so „Borba", werde in Warschau behauptet, sie betrieben direkte „antipolnische Diversion", und zwar finanziell unterstützt vom amerikanischen Geheimdienst. Die polnischen Behörden reagierten auf all das in mehrfacher Weise. Wenn es um westliche Journalisten gehe, würden diese ausgewiesen, oder sie erhielten im Außenministerium eine „letzte Verwarnung". Es gebe aber auch Warnungen in Form von „kursiv gesetzten" Kommentaren in der polnischen Presse. Wenn es sich um polnische Staatsbürger handele, so stelle man sie vor Gericht, und es drohe ihnen Gefängnis, falls sie sich weiter im Lande aufhielten. So hätten polnische Gerichte – „Borba" betont, daß es sich ausschließlich um Militärgerichte handelt – sogar drei Todesurteile in Abwesenheit gefällt: gegen die ehemaligen polnischen Botschafter in Washington und Tokio, Romuald Spasowski und Zdzislaw Ruraz, sowie gegen den Dozenten und Schriftsteller Zdzislaw Najder, der Polen kurz vor Verkündung des Kriegszustandes verließ und seit einigen Monaten Direktor des polnischen Programms von „Radio Freies Europa" in München ist. Seit Najder an der Spitze der polnischen Sendungen stehe, so werde in Warschau laut „Borba" behauptet, sei der Sender zu einem Organ des „Untergrundes" in Polen geworden.

Abschreckende Mahnung

Das Todesurteil gegen Najder ist nach Meinung des Blatts als abschreckende Mahnung an alle jene gedacht, die sich im Westen an der „antipolnischen Offensive" beteiligen. Doch sei es zugleich auch eine Warnung an die Bürger Polens im Lande, „die auf verschiedene Weise tief in die oppositionellen Gewässer eingetaucht sind" und die westliche Kampagne bewußt oder unbewußt unterstützen.

Neuerdings, schreibt die „Borba" auch, bringe die staatliche polnische Nachrichtenagentur PAP die „Aktionen der westlichen Diversionszentren" mit jenen Informationen in Verbindung, welche durch polnische Bürger auf verschiedenen Kanälen im Westen verbreitet würden. Solche „Dienste" leisteten sowohl „ständige Mitarbeiter" der westlichen Sender in Polen als auch Personen, die dienstlich oder privat in westliche Länder reisten. Diese Personen würden jetzt darauf hingewiesen, daß das polnische Strafrecht ein solches Verhalten als Verbrechen bewertet. Ein Informant könne bis zu fünf Jahren Gefängnis erhalten.

In letzter Zeit, so weiß das jugoslawische KP-Blatt zu berichten, bringe das polnische Regime gewisse im Westen erschienene Meldungen und Berichte über den Zustand innerhalb der polnischen Partei und Führung mit „verdächtigen inländischen Quellen" in Zusammenhang. Das beziehe sich auch auf „böswillige Interpretationen gewisser Vorgänge". Damit werde, so meint die „Borba", die Aufmerksamkeit auf jene Polen gerichtet, von denen man annimmt, daß sie ihre Gedanken gern mit ausländischen Korrespondenten austauschen. Zum Beispiel Lech Walesa, der immer häufiger wegen seiner Interviews mit westlichen Zeitungen attackiert werde.

Drei Mann schüren den Aufstand gegen Arafat

Die Troika der Rebellen will Radikalisierung der PLO

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Eine Troika steht an der Spitze des Aufstandes gegen Yassir Arafat: Abu Mussa, Abu Salech und Abu Ra'ad. Das sind jedoch, wie bei der PLO üblich, nur „noms de guerre". In Wirklichkeit heißt Abu Mussa – Said Mussa M'Ghar, Abu Salech heißt Nimer Salech und Abu Ra'ads Name lautet Wassef Ariqat. Alle drei sind in die fünfzig Jahre alt.

Obwohl Abu Mussa seit kurzem am häufigsten genannt wird, ist er nach Auffassung israelischer Quellen nicht der eigentliche Führer der Aufständischen. Dieser Titel gebührt eher Abu Salech, der kein militärisches Kommando besitzt, sondern an der politischen Front tätig ist.

Abu Salech war Mitglied der PLO-Führung, zerwarf sich aber mit Arafat gleich nach dessen unrühmlichem Abzug aus Beirut im September vorigen Jahres, weil er ihn der Feigheit und Weichheit bezichtigte. In den Reihen der PLO war er der erste, der Arafat kritisierte. Bis dahin war die Kritik nur aus denjenigen Organisationen gekommen, die schon damals außerhalb der PLO standen.

Abu Mussa ist eine viel schillerndere Persönlichkeit. Im Jerusalemer Vorort Silwan geboren, war er siebzehn, als Jordanien im Jahre 1948 seinen Heimatort annektierte. Er trat in die jordanische Armee ein und brachte es zum Oberst. Erst 1970 trat er der von Arafat in den fünfziger Jahren gegründeten Organisation „Assifa" bei. Sie ist der militärische Arm der Fatah. Im Laufe der Jahre stieg Abu Mussa zum Chef der Operationsabteilung der PLO auf. Das machte ihn zur zweithöchsten militärischen Figur innerhalb der PLO.

Überraschende Auflehnung

Abu Mussas Auflehnung gegen Arafat, der ihn jahrelang begünstigt hatte, kam als Überraschung, denn er hatte jahrelang als einer von Arafats treuesten Anhängern gegolten. Die schwelende Meuterei gegen Arafat drang schon Anfang Februar dieses Jahres an die Öffentlichkeit, als mehrere Offiziere der Fatah einen Brief an Arafat richteten, in dem sie unter anderem erklärten: „Unsere Bewunderung und Liebe für Sie ist der Enttäuschung gewichen ... Falls Sie nicht Ihren früheren politischen Kurs wieder einschlagen, fordern wir Ihre Absetzung und Auswechslung als Oberbefehlshaber der ‚Assifa' und als Vorsitzender der PLO ..."

Dieser Brief war damals für Abu Mussa noch zu extrem. Obwohl er an seiner Abfassung mitgearbeitet hatte, unterschrieb er ihn nicht. Doch drei Wochen später, nach Beendigung der PLO-Tagung in Algier, bei der sich Arafat als zu „gemäßigt" erwiesen hatte, schrieb Abu Mussa an seinen Chef: „Lange Jahre sind wir an Ihrer Seite geschritten, haben Ihre Ideen angenommen und Sie in jeder Debatte unterstützt. Aber jetzt zweifeln wir, zu unserem großen Bedauern, an Ihren Absichten und wir fürchten uns vor Ihren Handlungen ... Die jetzige Lage zwingt uns, zuzugeben, daß ein Vakuum in der Führung der palästinensischen Revolution entstanden ist und daß sich die Führung mehr und mehr von den wahren Zielen der Revolution entfernt ... Sie führt uns zu Zerfall und Untergang ..."

Noch eine Trumpfkarte

Israelische Beobachter sind überzeugt, daß Abu Mussa diesen Brief nie geschrieben hätte, wenn er nicht von der syrischen Regierung ideologischen Ansporn sowie Unterstützung mit Geld, Waffen, Ausrüstung und Asyl bekommen hätte.

Der dritte Rebellenführer ist Abu Ra'ad, aus Ost-Jerusalem gebürtig. Auch er war Offizier in der jordanischen Armee und trat 1970 gleichzeitig mit Abu Mussa der PLO bei, wo er Befehlshaber der Artillerie wurde.

Abu Mussa und Abu Ra'ad und mehrere andere „politisch unzuverlässige" Offiziere wurden vorigen Monat von Arafat abgesetzt. Vorige Woche bot Arafat den geschaßten Offizieren ihre Wiedereinstellung an. Dafür sollten sie den Aufstand abblasen. Doch damit wollten sie sich nicht mehr begnügen. Sie forderten auch politische Zugeständnisse, so die Streichung des Punktes 7 im Fahd-Plan, aus dem sich, wenngleich mit Mühe, eine Bereitschaft zur Anerkennung Israels herauslesen läßt; ferner die Ablehnung des Reagan-Plans und der Verhandlungen mit König Hussein.

Dies konnte Arafat nicht annehmen. Was er jetzt tun wird, ist keineswegs klar. Seine Trumpfkarte ist die saudische Unterstützung, mit der er bei Präsident Assad doch noch viel ausrichten kann. Aber seine unbestrittene Machtposition ist dahin. Wird einer aus der Troika neuer PLO-Chef? (SAD)

Seite 12: König Fahd

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Markt für alles

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf dem 20. Deutschen Evangelischen Kirchentag, der vom 8. bis 12. Juni 1983 in Hannover stattfindet, wird wie auch in den vergangenen Jahren, der für viele Christen zum Problem gewordene „Markt der Möglichkeiten" durchgeführt. Hier stellt sich die Evangelische Kirche mit einer Vielzahl von Gruppen und Organisationen vor und wirbt um die Mitarbeit der Christen. Unter anderem wird hier auch der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) in Halle 21, Marktbereich 4, Stand Nr. 428, ausreichend Raum zur Selbstdarstellung und Werbung zur Verfügung gestellt.

Daß eine verfassungsfeindliche Organisation, die als Nachwuchsorganisation der DKP unter der Jugend wirbt, als solche in den Verfassungsschutzberichten des Bundes und des Landes Niedersachsen eine entsprechende Erwähnung findet, vom Kirchentag als Möglichkeit zur Mitarbeit in der Evangelischen Kirche vorgestellt wird, geht meines Erachtens über das vertretbare Maß an Pluralität unserer Kirche hinaus. Wo, wie im Kommunismus der Satz gilt „Religion ist Opium für das Volk", oder ein kommunistisches Staatssystem wie in der „DDR", dem sich der SDAJ besonders verbunden fühlt, engagierte Christen in freier Meinungsäußerung oder Studien und Berufswahl behindert oder gar ausbürgert, wie in den vergangenen Tagen geschehen, sehe ich keinerlei Gemeinsamkeiten mehr.

Auch unter der Verpflichtung zum Frieden und zur Nächstenliebe kann ich mir eine Zusammenarbeit in einer gemeinsamen Sache nicht mehr vorstellen. Meines Erachtens trennen den Geist des Kommunismus und den heiligen Geist der christlichen Kirche Welten!

Herbert Hedderich, Oldenburg

Anderes Bild

Sehr geehrte Herren,

es hat mich sehr überrascht, daß unser Fernsehen das Problem der Heimatvertriebenen offensichtlich erkannt hat und es am letzten Dienstag sogar in den Tagesthemen behandelte: Eindrucksvoll wurde geschildert, wie Heimatvertriebene und ihre Nachfahren auch in der Fremde versuchen, Sprache und Kultur zu bewahren und wie sie nie die Hoffnung aufgeben, irgendwann einmal zurückzukehren. Vom Fernsehen wurde hier eindeutig das moralische Recht auf Rückkehr herausgestellt und gezeigt, daß dafür auch Verschlechterungen in Kauf genommen werden.

Sie haben den Bericht nicht gesehen? Entschuldigen Sie, ich vergaß zu erwähnen, daß es in dem Bericht natürlich nicht um Deutsche, sondern um griechische Kommunisten ging, die in den Jahren 46/47 vertrieben wurden.

Mit den besten Grüßen
Dr. R. Lühmann, Gifhorn

Eigenes Risiko

„Unterstützung für Ex-Abgeordnete?"; WELT vom 1. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie berichten von Überlegungen, die früheren Abgeordneten Lagershausen, Schmidt/Kempten und Hofmann wegen der ihnen durch ihre Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Neuwahlen am 6. März 1983 entstandenen Kosten aus öffentlichen Mitteln zu entschädigen, indem die von den Klägern in Auftrag gegebenen Gutachten aufgekauft werden sollen.

Die Bundestagsverwaltung – zur sparsamen Verwendung von Haushaltsmitteln verpflichtet – hat mit Recht Bedenken gegen diesen Ankauf geäußert. Es ist – besonders mit Blick auf die leeren Kassen der öffentlichen Hand und die Notwendigkeit, überflüssig Ausgaben zu unterlassen – nur zu wünschen, daß das Präsidium des Deutschen Bundestages, bei dem nunmehr die Entscheidung liegt, dem Begehren der früheren Abgeordneten nicht entspricht. Wenn die drei Herren meinen, einen Prozeß führen zu müssen, dessen Ausgang wohl kaum jemand überrascht haben dürfte, sollen sie gefälligst das finanzielle Risiko für dieses Unternehmen selbst tragen und nicht versuchen, die Kosten für diesen völlig unnötigen Prozeß dem ohnedies geplagten Steuerzahler aufzuerlegen.

Mit freundlichen Grüßen
A. von Kalm, Bonn 1

Wort des Tages

„Das Bedürfnis nach Freiheit und Unabhängigkeit ist nur bei einem Menschen denkbar, der noch von Hoffnung lebt."

Albert Camus, franz. Autor (1913–1960)

KRITIK

Zehnstündige Selbstfeier

Wer sich mit der Geschichte befaßt, gibt eine Selbstauskunft. Denn schon die Annäherung an den historischen Stoff wie die Auswahl desselben und erst recht seine Aufbereitung sind konditioniert. Der Interpret ist die Interpretation, könnte man sagen.

Verwundert das noch? Es verwundert. Seit die Vermittlung von Geschichte zum Knüppel verkommen ist, mit dem das Publikum eingebläut oder ausgetrieben erhält, was den Oberen ratsam erscheint, seitdem hat auch das Bewußtsein von der Bedingtheit unserer Sehweise an Kraft verloren; Ideologisierung nennt sich dieser Prozeß.

Muß man einen Zehnteiler über das **Abenteuer Bundesrepublik** machen – sechzig Minuten jeweils zur besten Sendezeit –, wo doch das Hauptthema hätte heißen können, um nicht zu sagen müssen „Anmerkungen zur Lage der deutschen Nation"? Gewiß, es ist mehr als nur legitim, die Geschichte unseres Staates einem breiteren Publikum vor Augen zu führen, die poveren Anfänge und den harterkämpften Aufstieg aus den Ruinen – zumal jeder Dritte dies nur noch schwach vom Hörensagen kennt. Aber hätte denn ein anderes als das schließlich vom WDR realisierte Konzept auch nur den Hauch einer Chance gehabt? Wäre es möglich gewesen, bei den Denkgewohnheiten, diesem Proporz, statt des Abenteuers Bundesrepublik einen Zehnteiler über das „Abenteuer Wiedervereinigung" zu drehen? Zweifel sind erlaubt.

Diese Bundesrepublik, sicher, ist für einen Teil der Nation Obdach und Gefäß des politischen Willens – selbst dort, wo die Parteien diesen Willen usurpiert und monopolisiert haben. Und wir sind froh, dieses Stückchen glücklich ertrotzter Freiheit zu besitzen. Haben wir jedoch das Recht, eine zehnstündige Selbstfeier zu veranstalten, wie dies Autor Harbecke und Regisseur Bartmann taten, wenn der ausgreifende Wille fehlt, auf das ganze Vaterland hinzufragen? Es hätte mehr daraus werden können als eine Serviceleistung für das westdeutsche Kurzzeitgedächtnis.

Der Verdacht freilich bestand von Anfang an, daß die Beschäftigung mit der jüngsten Vergangenheit kaum über eine bloße Daten- und Faktenofferte hinausgedeihen könne. Denn die Sinnvermittlung setzt Abstand wie den Blick für Entwicklungstendenzen voraus, der sich eben nicht im Quantitativen erschöpfen darf. Harbecke/Bartmann haben leider auf jene Höhe der Reflexion verzichtet, wie sie das Nachhinein, eben die historische Distanz, ermöglicht hätte. Woraus die Deutung des Historikers für gewöhnlich ihre Schlüssigkeit bezieht, nämlich aus dem Tohuwabohu der Zeitgenossenschaft Tendenzen zu destillieren, die Reduktion also auf den historischen Wirkungskern, hier blieb es ungenutzt.

Formal, das muß man zugestehen, ist den Autoren des Zehnteilers ein gutes Stück gelungen. Die Mischung der unterschiedlichsten Vermittlungsformen verrät eine souveräne Beherrschung aller Techniken des Mediums. Diese Montagen und Überblendungen, diese Studioszenen, Wochenschau-Schnipsel und Lesepassagen, Interviews und Live-Diskussionen – besser kann man dies heutzutage kaum irgendwo sehen. Aber alles in allem ist es halt mal wieder ein Fall, bei dem der Filmemacher gegen den Journalisten gewonnen hat. So reiht sich Ausschnitt an Ausschnitt, fügt sich Sequenz an Sequenz und kommt doch nicht zum Ziel. Die Schere klappert, und immer kehrt sie wieder.

HORST STEIN

Falscher Mann für Somtjai

Ein Deutscher holt sich seine Frau aus Thailand und setzt damit eine Konfrontation zweier Welten in Gang, das ist Thema des Fernsehspiels des Michael Günther: **Die Beine des Elefanten** (ZDF). Sie lieben sich, sie streiten sich, sie verstehen, sie mißverstehen einander – nur bekommt das alles den verschärfenden Grundton einer unüberbrückbaren Fremdheit.

Freilich, nimmt man es genauer, so wird offenbar, daß hier kein allgemeingültiger Modellfall durchexerziert wird, schon die Wahl des deutschen Hauptdarstellers nimmt dem Fall jeglichen Modellcharakter: Gerhard Olschewski, etwas schlicht, etwas feist, unsensibel wie eine Stehbierkneipe, ist genau der falsche Mann für die empfindsame Thaifrau. Gewiß, er entspricht dem Pro-Kopf-der-Bevölkerung-Mann, aber die Konfrontation ereignet sich trotzdem weniger zwischen zwei Kulturen oder zwei Lebensformen, als vielmehr zwischen einem simplen grobschlächtigen Mann und einer verletzlichen Frau. Hätte also, das ist zu vermuten, auch ohne die Thai-Exotik sich ereignen können.

Das Spiel ist sehr ausgeruht, sehr behutsam angelegt, die Darsteller folgen den weiten Gesten der Regie sehr einvernehmlich: Olschewski vor allem, und die Thaidame Viyada Umarin nicht minder.

VALENTIN POLCUCH

Skat beim Botschafter

Mit der Reportage **Unser Mann in Madagaskar** wollte die ARD ein tropisches Entwicklungsland vorstellen. Der Autor Hans-Josef Dreckmann versuchte offenbar erst gar nicht, mehr als eine Postkarten-Idylle auf der riesigen Insel im Indischen Ozean aufzuspüren. Er zeigte viel Folklore, einen agilen Bonner Botschafter und ein wenig von dem, was mit den Millionen deutscher Entwicklungshilfe auf Madagaskar geschieht, sonst nichts.

Dabei hätte es sich gerade im Falle Madagaskars angeboten, auf die Probleme dieses Entwicklungslandes einzugehen. Die seit zehn Jahren herrschende Militärregierung versucht, tatkräftig von Moskau und Ost-Berlin unterstützt, eine Art Sozialismus, die auch die Madagassen mit den Problemen des kommunistischen Alltags konfrontiert.

So gibt es Versorgungsengpässe, die früher undenkbar waren. Der Staat verordnet beispielsweise Niedrigstpreise für den Reis, was die fatale Folge hat, daß die Bauern nur noch für den Eigenbedarf produzieren und nichts mehr auf die Märkte kommt.

Immerhin erfuhr man in dem Bericht, daß mit Bonner Kapitalhilfe im Süden Madagaskars auf einer kargen, staubigen Hochebene eine Straße gebaut wird, sechs Meter breit, nach deutscher Norm, auf der täglich 20 bis 30 Autos verkehren sollen. Sonst sah man nur den Botschafter, so bei einem Skatabend in der Inselhauptstadt Anatananarivo inmitten von Landsleuten. Treuherzig versicherte Bonns Mann in Madagaskar: „Wir erdulden manches hier, dafür können wir zu Hause beitragen zu einer konstruktiven Entscheidung."

KLAUS BODEN



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.05 ARD-Sport extra
Fußball-Länderspiel
Deutschand – Jugoslawien
11.40 Bitte umblättern
12.25 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.10 Tagesschau
16.15 Eine Show in Las Vegas
Von der Idee bis zur Premiere
Film von Manfred R. Lating
17.00 Klamottenkiste
Fatty auf dem Rummelplatz
17.15 Da schau her!
Eine Sendung für Neugierige
17.45 König Rollo
5. Das Geschirr
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Zwei Einakter von Anton Tschechow
Der Heiratsantrag
Der Bär
21.40 Bilder aus der Wissenschaft
Was passiert, wenn eine H-Bombe explodiert?
Eine Sendung von Albrecht Fölsing
22.30 Tagesthemen
23.00 Heut' abend
Zu Gast: Luise Ullrich
23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Anderland
16.35 Kiwi – Abenteuer in Neuseeland
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
18.00 Aus Hannover
20. Deutscher Evangelischer Kirchentag
19.00 heute
19.30 Bilder aus Amerika
20.15 Bilanz
Wirtschaftsspionage: Ihre Täter, ihre Opfer / Urlauber: Knapp bei Kasse / Das Haushaltsrisiko Nr. 1 – *Bundesbahnpräsident Reiner* Gohlke im Interview
21.00 heute-journal
21.20 mittwochslotto – 7 aus 38
21.25 Der Denver-Clan
22.10 ... denn er hat große Dinge mir getan
22.40 Propaganda
2. Ein Kampf um Berlin
23.25 20. Deutscher Evangelischer Kirchentag
23.55 heute

III.

WEST

18.00 Telekolleg
Volkswirtschaftslehre (5)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Dülmen
Mit der Gruppe Dschingis Khan
21.45 Auslandsreporter
Cornelius Bormann aus den USA: Mississippi-Reise
Beobachtungen entlang des Stroms von Minneapolis bis nach New Orleans
22.15 Schnee
Franz. Spielfilm, 1981
Mit Juliet Berto, Jean-François Stevenin u. a.
Regie: Juliet Berto und Jean-Henri Roger
Original mit Untertiteln
23.40 Letzte Nachrichten.

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Kristallwasser
19.15 Seefahrt ist not! (4)
Seemännische Ausbildung
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Politik am Mittwoch
22.05 Die großen und die kleinen Fluchten (22)
Schnee
Franz. Spielfilm, 1981
Original mit Untertiteln
23.30 Letzte Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.30 Fauna Iberica
18.55 Peter ...
19.00 Altes Fachwerk – neues Haus (5)
19.30 Antiquitäten in Serie (9)
19.45 News of the Week
20.00 Tagesschau
20.15 Politik live
21.30 Drei aktuell
21.45 Autoreport
21.50 Halbzeit
22.10 Mary Pickford – America's Sweetheart

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Volkswirtschaftslehre (5)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau Blick ins Land
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gesamt Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Rockpalast
Heute mit: Dexy's Midnight Runners
21.00 Das Städtchen Anara
Sowjet. Spielfilm, 1978 Regie: Irakli Kwirikadse

BAYERN

18.45 Rundschau
19.00 Nach der Schicht
„Situation: Ich und die Familie"
19.45 Poldark (8)
20.40 Z. E. N.
20.45 Rundschau
21.00 Zeitspiegel
21.45 Chronik einer Liebe
Italien. Spielfilm, 1950 Mit Lucia Bosé, Massimo Girotti u. a. Regie: Michelangelo Antonioni
23.25 Rundschau
23.30 News of the Week

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Nestor der deutschen Algenforschung, Professor Dr. **Hans Adolf von Stosch**, hat in Marburg am 4. Juni seinen 75. Geburtstag gefeiert. Der auch heute noch tätige Forscher hatte bis zu seiner Emeritierung 1976 den an der Uni Marburg neugeschaffenen Lehrstuhl für Algenkunde inne. In seinem wissenschaftlichen Lebenswerk beschäftigt sich von Stosch vor allem auch mit der Analyse der Entwicklungsgeschichte und Ernährungsphysiologie von Algen. Daneben galten seine Forschungsarbeiten der Feinstrukturaufklärung der Algen mit Hilfe von Elektronenmikroskopen. Hans Adolf von Stosch ist gebürtiger Berliner.

*

Professor **Reimut Jochimsen**, Wirtschaftsminister in Nordrhein-Westfalen, feiert heute seinen 50. Geburtstag. Als designierter Rektor der Kieler Universität war seinerzeit der promovierte und habilitierte Wirtschaftswissenschaftler kurz nach Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn in die Politik gegangen. Sein Freiburger Studienkollege Professor **Horst Ehmke**, der gerade Chef der Bundeskanzleramtes geworden war, übergab Jochimsen seinerzeit die Leitung der Planungsabteilung im Kanzleramt. 1978 wurde Jochimsen als Nachfolger von **Johannes Rau** Wissenschaftsminister in Nordrhein-Westfalen. 1980 betraute ihn Ministerpräsident Rau bei der Neubildung des Kabinetts mit dem weitaus schwierigeren Ministerposten im Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr. Er wolle keine Geschenke, sondern Geldspenden zugunsten arbeitsloser Jugendlicher, hat Jochimsen inzwischen mitteilen lassen. Die Spenden sollen der Jugendberufshilfe Oberhausen zufließen.

*

Dr. **Hans Lamm**, ehrenamtlicher Präsident der Jüdischen Kultusgemeinde in München, feiert heute seinen 70. Geburtstag. Der gebürtige Münchner Kaufmannssohn war zunächst in Deutschland als freier Journalist tätig. 1938 emigrierte er in die USA. Es folgten dort Tätigkeiten in verschiedenen jüdischen Organisationen und ein Studium an den Universitäten von Kansas City und New York. 1946/47 war Hans Lamm als Dolmetscher unter anderem am Gerichtshof für Wiedergutmachungsklagen in Nürnberg tätig. Von 1947 bis 1949 war er Mitarbeiter des Chefverteidigers. Seinen Doktor in Philosophie holte er 1951 in Erlangen nach. Von 1955 bis 1961 versah er das Amt des Kulturdezernenten im Zentralrat der Juden in Deutschland. Seit 1961 ist er ehrenamtlicher Präsident der Jüdischen Kultusgemeinde in München. „Vergangene Tage – jüdische Kultur in München" erschien von Lamm als Buch 1982 im Langen Müller Verlag. Das Buch ist eine Kulturgeschichte des Judentums in der bayerischen Landeshauptstadt. Zu den Autoren gehören **Martin Buber, Lion Feuchtwanger, Nahum Goldmann, Theodor Heuss, Annette Kolb, Thomas Mann** und **Stefan Zweig**.

EHRUNGEN

Die Universität Saragossa hat anläßlich ihres 400jährigen Bestehens drei deutschen Professoren *Ehrendoktorwürden* verliehen. Bei einem Festakt in der Universität, in Anwesenheit des spanischen Königspaares, sind der Bonner Ordinarius für Strafrecht und Rechtsphilosophie **Armin Kaufmann**, der Heidelberger Strafprozeßrechtler Professor **Karl Engisch** und der Hannoveraner Veterinärmediziner Professor Dr. **Gerhard Trautwein** ausgezeichnet worden.

*

Horst Elfe, Präsident der Industrie- und Handelskammer in Berlin, ist von Königin **Elizabeth II.** mit dem britischen Empire-Orden ausgezeichnet worden. Sir **Jock Taylor**, britischer Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland, hat Horst Elfe den Orden in Berlin übergeben. Der Präsident hat sich in besonderer Weise um die deutsch-britischen Wirtschaftsbeziehungen verdient gemacht.

ERNENNUNGEN

Die Bischöfliche Studienförderung Cusanuswerk hat sich Professor Dr. **Hans Michael Baumgartner** zum neuen Vorsitzenden gewählt. Baumgartner, Ordinarius für Philosophie der Justus-Liebig-Universität Gießen, wurde Nachfolger von Professor Dr. **Reiner Kümmel**, Würzburg.

*

Der seit 1977 amtierende Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (Köln), **Otto Esser**, wird bei der Mitgliederversammlung des Verbandes im Dezember erneut für das Amt als Arbeitgeber-Präsident kandidieren. Das Bundespräsidium des Verbandes hat Esser einstimmig zu einer erneuten Kandidatur (Amtszeit zwei Jahre) gebeten.

NACHRICHTEN

Handball: Fünf Neulinge

Düsseldorf (sid) – Für die Spiele um die „Jugoslavia-Trophäe", das erste Turnier nach der B-Weltmeisterschaft, berief Handball-Bundestrainer Simon Schobel mit Rauin, Salewski (beide Gummersbach), Fraatz (Essen), Schwalb (Göppingen) und Müller (Hameln) fünf Neulinge in sein Aufgebot. Erhard Wunderlich fehlt in Belgrad aus beruflichen Gründen.

Aufschub für Noah

Paris (sid) – Der Pro Council, die höchste Instanz im Herren-Tennis, hat seine Entscheidung über eine Sperre für Yannick Noah vertagt. Der Gewinner der französischen Meisterschaften war beim Spiel gegen Deutschland während des World-Team-Cup in Düsseldorf nicht angetreten.

Csernai nach Saloniki

Athen (dpa) Der bei Bayern München entlassene Fußballtrainer Pal Csernai arbeitet in der nächsten Saison in Griechenland. Csernai unterschrieb bei Paok Saloniki einen Einjahresvertrag.

Lillehammer bewirbt sich

Oslo (dpa) – Die norwegische Stadt Lillehammer will sich um die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele 1992 bewerben. Diese Entscheidung traf die Stadtversammlung. Auch die deutschen Städte Berchtesgaden und Garmisch-Partenkirchen wollen die Spiele ausrichten.

Tennis: Losglück

Zürich (sid) – Beim Tennis-Federation-Cup in Zürich (17.–20. 7.) bekam die deutsche Damenmannschaft, die im Vorjahr erst im Finale gegen die USA unterlag, in der ersten Runde mit Spanien einen leichten Gegner zugelost. Bei planmäßigem Turnierverlauf wäre Großbritannien im Viertelfinale der erste große Prüfstein.

ZAHLEN

FUSSBALL

Junioren-Weltmeisterschaft (unter 20 Jahre) in Mexiko, Gruppe B: Uruguay – Polen 3:1, USA – Elfenbeinküste 1:0. – Gruppe D: Brasilien – Nigeria 3:0, Holland – UdSSR 3:2. – **Junioren-Turnier in Toulon**, Gruppe A: Frankreich – Irland 1:1, Argentinien – UdSSR 0:0. – Gruppe B: Brasilien – China 5:0, Deutschland – Algerien 0:0. – **Freundschaftsspiele:** FV Rottweil – VfB Stuttgart 1:9, TuS Koblenz – Hamburger SV 0:6.

TENNIS

Grand-Prix-Turnier im Londoner Queens Club, Herren, erste Runde: Connors – Bourne (beide USA) 6:3, 6:3, Gerulaitis (USA) – Ramas Krishnan (Indien) 7:5, 6:7, 7:5, McNamee (Australien) – Tanner (USA) 6:3, 6:3.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 1 384 820,20 Mark, 2: 115 401,60, 3: 9561,40, 4: 169,40, 5: 11,70. – **Toto, Elferwette:** 1: 4932,40, 2: 241,70, 3: 25,30. – 6 aus 45: 1: 195 805,50, 2: 27 546,30, 3: 900,90, 4: 30,30, 5: 4,20. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 495,20, 2: 130,50. – Rennen B: 1: 142,50, 2: 45,10. – Kombinationsgewinn: unbesetzt, Jackpot: 77 945,00 Mark.

(Ohne Gewähr)

LEICHTATHLETIK / Das Jahr der ersten Weltmeisterschaft begann mit Superleistungen – 6:47 Stunden, Bestzeit beim 100-km-Lauf von Biel

Athleten brechen schon jetzt Rekorde, die von Wissenschaftlern für 1988 errechnet wurden

KLAUS BLUME, Bonn

Rekordentwicklungen jenseits der wissenschaftlichen Prognosen – das gab es im Jahr der ersten Leichtathletik-Weltmeisterschaften (7. bis 14. August in Helsinki) gleich zum Auftakt der Saison. Zwei Leistungen ragen dabei heraus: Der Amerikaner Petranoff warf den Speer 99,72 m weit. Erwartet wurde eine solche Leistung erst im Jahre 1989. In Bukarest sprang die Rumänin Anisoara Cusmir 7,43 Meter weit. Erwartet wurde ein solcher Sprung erst 1988.

Entwickelt wurden die Weltrekord-Prognosen für 1984, für 1988 und ohne Jahresangabe (oberste Grenze) im Jahre 1979 von dem Leipziger Diplom-Mathematiker Günter Hernig. Der Leipziger Computer-Fachmann hat diese Prognosen nach mathematischen Modellen berechnet. In den USA und in der Sowjetunion ist man zu ähnlichen Schlüssen gekommen.

Nach diesen Voraussagen haben in den letzten zwei Jahren – von Petranoff und Cusmir abgesehen – fünf Athleten und Athletinnen die Ende der siebziger Jahre errechneten Prognosen bereits Jahre zuvor erreicht. Für den 800-m-Lauf der Männer wurde für 1988 eine Weltrekordzeit von 1:42,8 Minuten genannt. Der Engländer Sebastian Coe erzielte aber bereits 1981 die Zeit von 1:41,73 Minuten. Ähnliches gilt für die 5000-Meter-Strecke und den Hürdensprint über 110 Meter. Der Weltrekord des Engländers Dave Moorcroft über 5000 Meter, gelaufen 1982, steht bei 13:00,42 Minuten (Prognose für 1988: 13:03,0 Minuten). Der Hürdenrekord des zum Profi-Football abgewanderten Amerikaners Renaldo Nehemiah aus dem Jahre 1981 steht bei 12,93 Sekunden (Prognose für 1988: 13,08 Sekunden).

Weit ihrer Zeit voraus sind auch die Rostocker Sprinterin Marita Koch und die griechische Speerwerferin Sofia Sakorafa. Marita Koch rannte bereits 1979 über 200 Meter mit 21,71 Sekunden Weltrekord (Prognose für 1988: 21,70 Sekunden) und 1982 über 400 Meter mit 48,16 Sekunden (Prognose für 1988: 48,10). Einen Speerwurf von 74,60 Meter berechnete Hernig für 1988. Im vorigen Jahr warf die Griechin Sofia Sakorafa bereits 74,20 Meter weit.

Zurück zum aktuellsten Weltrekord, den Weitsprung von 7,43 Meter der Rumänin Anisoara Cusmir, erzielt am letzten Wochenende in Bukarest. Zum Vergleich: Die zweitbeste Weitspringerin der noch jungen Saison, die Jenaerin Heike Daute, kam bisher auf 7,14 Meter. Das ist zwar eine phantastische Leistung, doch das Mädchen aus Thüringen trennen Welten vom Rekordsprung der Anisoara Cusmir. Joachim Trienke (39), Bundestrainer der Weitspringerinnen, meint denn auch: „Die 7,43 Meter von Anisoara Cusmir sind fast genausoviel wert wie die 8,90 Meter des Amerikaners Bob Beamon 1968 in Mexico City." Beamons Weltrekord, als „Sprung ins nächste Jahrhundert" bezeichnet, hat trotz der weiten Flüge des Amerikaners Carl Lewis (Bestweite 8,76 m) noch immer Bestand.



Im Training tiefe Kniebeugen mit 140 Kilogramm schweren Gewichten auf der Schulter: Weitspringerin Anisoara Cusmir aus Rumänien FOTO: MÜLLER

Warum nun eine ähnliche Entwicklung bei den Frauen? Trienke konnte die Weltrekordlerin und deren Landsmännin Valeria Ionescu, die Europameisterin von Athen 1982, im letzten Winter eine Woche lang beim gemeinsamen Training in Sindelfingen beobachten. Was ihm dabei auffiel, war die ansonsten bei Weitspringerinnen in diesem Umfange nicht übliche Kraftarbeit. Trienke: „Ich sah die Cusmir mit Gewichten bis zu 140 Kilogramm tiefe Kniebeugen machen, etwa mit acht Wiederholungen und das in drei Serien."

Frage an den Bundestrainer: Ist so etwas ohne pharmazeutische Hilfe überhaupt möglich, denn Anisoara Cusmir, bei 1,73 Meter Körpergröße lediglich 58 Kilogramm wiegend, ist alles andere als eine Schwerathletin? Trienke: „An und für sich nicht, aber ich kann es nicht beweisen." Zwei Hinweise dazu: Seit dem 1. Januar 1982 dürfen nach Rumänien keinerlei Arzneimittel eingeführt werden, was – zumindest theoretisch – die Gefahr der medizinischen Manipulation verringert. Der zweite Hinweis kommt von der früheren Weltrekordlerin und Olympiasiegerin Heide Rosendahl. Sie meint, daß Frauen lediglich bis zu 7,20 Meter weit springen könnten – ohne pharmazeutische Hilfestellung. Trienke: „Da hat die Heide recht."

Zurück zum Training der beiden Rumäninnen Cusmir und Ionescu: Nach den Kniebeugen mit schweren Hanteln (Trienke: „Da würden unseren Athletinnen sämtliche Fasern und Bänder wegreißen") folgt eine Serie mit Sprüngen aus kurzem Anlauf. Was Trienke verblüffte: Beim Krafttraining arbeiten die Rumäninnen mit unsauberer Technik – die Verletzungsgefahr ist deshalb groß. Europameisterin Valeria Ionescu pausiert seit Februar mit einer Rückenverletzung, die frühere sowjetische Weltrekordlerin Wilma Bardauskiene („Ich kann 7,20 m bis 7,50 m weit springen") mußte wegen chronischer Rückenbeschwerden den Hochleistungssport sogar aufgeben.

Bei so hartem Training, das täglich allenfalls auf zwei Stunden ausgedehnt werden kann, bedarf es einer Regenerationsphase von etwa acht Stunden. Wer also, wie hierzulande, noch einem Beruf oder dem Studium nachgeht, kann sich diesen Aufwand nicht leisten.

Am letzten Samstag erzielte die Leverkusenerin Christina Sussiek in Bielefeld die Weite von 6,66 Meter, weiter sprang in diesem Jahr noch keine deutsche Athletin. Noch hat sie etwas Angst wegen ihrer ehemals schweren Verletzungen. Doch Trienke sagt: „Sie könnte als erste der besten deutschen Weitspringerinnen endlich sieben Meter erreichen." Zum Vergleich: Der deutsche Rekord von Heide Rosendahl, gesprungen vor dreizehn Jahren in Turin, steht noch immer bei 6,84 Meter.

Sieben Meter – das sind die Möglichkeiten der zur Zeit besten deutschen Weitspringerin. Es sei denn, man betreibt den Weitsprung so profihaft und risikoreich wie Anisoara Cusmir.

Zahlenspielerei um die Zeit eines Bankdirektors

DW. Bonn

Unterwegs hat er eine Banane gegessen, von irgend etwas muß der Mensch schließlich leben. Und er hat etwa zehn Liter Flüssigkeit nachgefüllt, die sein Körper ausgeschwitzt hat. Vor den letzten Kilometern genehmigte er sich ein Bier, aber alkoholfreies. Peter Rupp ist 37 Jahre alt und Bankdirektor in der Schweiz, genauer in Langnau am Albis. Ein hochgestellter Schreibtischstratege also, der seine Arbeitszeit im Lehn- oder Drehsessel aussitzt? Peter Rupp hat den 25. Bieler 100-Kilometer-Lauf gewonnen, in neuer Rekordzeit – sechs Stunden und 47 Minuten war er unterwegs.



Nach 100 Kilometern locker im Ziel: Peter Rupp aus der Schweiz FOTO: AP

Es gibt im Sport Zahlen, mit denen kann kaum jemand etwas anfangen. 100 Kilometer in 6:47 Stunden laufen – was bedeutet das einem, der mit seinem Auto in den Urlaub fährt und etwa 120 km/h auf der Autobahn als Durchschnittsgeschwindigkeit ansetzt, um seine Ankunftzeit abzuschätzen? Wahrscheinlich gar nichts, und mit einer Banane kommt er auch nicht aus.

Die Leistung des Bankdirektors Peter Rupp verleitet dazu, Vergleiche zu suchen. Nicht immer kann da gegeneinander abgewägt werden, was tatsächlich sinnvoll zu vergleichen ist. Aber es kreist wenigstens die Bedeutung dieser Zahl ein – 6:47 Stunden auf 100 Kilometer.

Peter Rupp hat 1000 Meter in durchschnittlich 4:04 Minuten zurückgelegt. Jürgen Hingsen lief, am Ende seines Weltrekord-Zehnkampfes, die 1500 m in 4:19,76 Minuten. Bei etwa 50 Kilometer fürchtete der Bankdirektor, er müsse aufgeben: „Ich überlegte, ob ich das Rennen nicht zu schnell angegangen war, schließlich war ich die ersten zehn Kilometer in 35 Minuten gelaufen. Aber ich erholte mich schnell." Zehn Kilometer in 35 Minuten und dann noch neunmal die gleiche Strecke ...

Der große finnische Läufer Paavo Nurmi, schon zu Lebzeiten eine Legende, erreichte im 10 000-m-Lauf nie eine bessere Zeit als 30:06,2 Minuten – sie galt damals als Fabel-Weltrekord und hatte von 1924 bis 1937 Bestand. Wobei denn ein kleiner Umweg auch nicht uninteressant ist. Die Weltbestzeit im Marathon-Lauf (42,195 km), gehalten vom Amerikaner Alberto Salazar, steht bei 2:08:13 Stunden. In einer Sekunde hat er also 5,853 Meter zurückgelegt. Umgerechnet auf 10 000 Meter ergibt das eine Zeit von 28:47,54 Minuten. Das ist schneller, als Emil Zatopek, des großen Nurmi ebenso großer Nachfolger, jemals lief (28:54,2 Weltrekord 1954). Der Weltrekord über 10 000 Meter von Henry Rono steht bei 27:22,5 Minuten – das sind auch nur 6,088 Meter pro Sekunde.

Bankdirektor Peter Rupp und seine Zeit über 100 Kilometer, also zehnmal zehn Kilometer am Stück: Er hat eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 14,74 km/h erreicht. Viel, verdammt viel.

GALOPP-KOLUMNE

Derby-Rede für Steffi Seiler eine „zu große Belastung"

KLAUS GÖNTZSCHE, Bonn

Das 114. Deutsche Galopp-Derby wird am 3. Juli in Hamburg-Horn erstmals wieder als Rennquintett gelaufen. Es können dann 24 Pferde als maximale Starterzahl ins Rennen gehen, für die Rennquintett-Wertungen kommen jedoch nur die Pferde mit den Startnummern 1 bis 15 in Frage. Die Verteilung der Startnummern erfolgt unter Berücksichtigung der bislang gezeigten Leistungen. Der Derby-Favorit wird also mit der Nummer 1 ins Rennen gehen. Zuletzt lief das Derby 1979 (Sieger: Königsstuhl) im Rahmen dieser Großwette, deren Spielformel erst kürzlich wieder geändert wurde.

Im Rahmen der Derbywoche geht es in einem besonderen Wettbewerb für die Jockeys wieder (wie 1982) um ein Auto. Im letzten Jahr teilten sich Lutz Mäder und Manfred Hofer punktgleich den Gewinn. Mäder behielt das Auto, Hofer wurde ausgezahlt. Nur eine Woche nach dem Derby ereignete sich in Köln ein Auffahrunfall: Manfred Hofer bremste zu spät, fuhr auf den VW-Derby auf, den Erika Mäder, die Ehefrau des Jockeys, steuerte.

Sieben Renntage vom 25. Juni bis 3. Juli gehören zum Programm der Derbywoche 1983, im Vorjahr waren es nur sechs Termine. Der Hamburger Renn-Club kämpft mit den Behörden um die Reduzierung der Rennwettsteuer. Hier steht ein Musterprozeß mit der Finanzverwaltung bevor.

Die traditionelle Derbyrede, die normalerweise dem Besitzer des Vorjahressiegers zusteht, hält in diesem Jahr Romedio Graf von Thun-Hohenstein (57), Vorstandsmitglied des Hamburger Renn-Clubs. Steffi Seiler (17) aus Rodalben bei Pirmasens, Besitzerin des Überraschungssiegers Ako, wird am Abend im Hotel Atlantic nur ein paar Worte an die geladenen Gäste des Dinners richten. Renn-Club-Präsident Joachim Willink: „Für das Mädchen wäre es eine unzumutbare Belastung, wenn sie eine komplette Derby-Rede halten müßte."

*

Die – wie immer – wichtigste Vorprüfung für Hamburg wird am Sonntag auf der Kölner Rennbahn gestartet: das 148. Union-Rennen (Europa-Gruppe II, 120 000 DM, 70 000 DM dem Sieger, 2200 Meter). Allerdings weichen einige der potentiellen Kandidaten dem schweren Kölner Rennen aus, sie bevorzugen gewissermaßen den zweiten Weg über das Consul-Bayeff-Rennen (Europa-Gruppe III, 70 000 DM, 40 000 dem Sieger, 2200 Meter) am 17. Juni in Bremen. Dort sollen der Henckel-Sieger Nandino und der Fährhofer Ocos, Sieger im Münchner Hertie-Preis, starten. Angeblich hat sich Stalljockey Georg Bocskai (24) auch schon für Ocos für das Derby entschieden. In Köln wird mit einem großen Starterfeld gerechnet. Die Favoriten: Solo (Peter Remmert), Abary (Georg Bocskai), Königsbacher (Lutz Mäder).

*

Mit einem Verlust von rund einer halben Million Mark mußte eine Immobilienagentur das geplante Objekt des Neubaus einer kombinierten Trab-, Galopp- und Windhundrennbahn in Neuwied bei Koblenz zu den Akten legen. Insgesamt 15 Millionen Mark sollte der Neubau kosten, doch der Plan scheiterte an der Finanzierung. Zu wenig Interessenten waren bereit, ihr Geld in das Abschreibungsobjekt zu stecken.

STAND●PUNKT / *Samaranch immer mächtiger*

Von WALTER LUTZ

Die Strukturen des Weltsports haben sich in den letzten Tagen bei Konferenzen in der Schweiz wesentlich verändert. Sowohl das Internationale Olympische Komitee (IOC) wie die ihm angeschlossenen nunmehr 152 Nationalen Olympischen Komitees (NOK), beide für die Olympischen Spiele zuständig, bleiben zwar unverändert. Juan Antonio Samaranch, seit 1980 Präsident des IOC, hat es aber geschickt verstanden, die Position seines Komitees zu verstärken und den Apparat mit Sitz in Lausanne durch die Fülle von Fernsehgeldern auszubauen.

Die bisherige dritte Kraft, die internationalen Fachverbände (AGFIS), ist aufgesplittert und abgehalftert worden und existiert in ihrer bisherigen Organisationsform und Verhandlungsstärke praktisch kaum mehr, wenigstens was ihre Einflußmöglichkeiten anbelangt.

Nachdem sich schon die olympischen Wintersportverbände vor einiger Zeit zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen hatten, um gewisse, die Winterspiele betreffende Fragen direkt mit dem IOC behandeln zu können, hat sich nun in Lausanne eine analoge Organisation der 23 olympischen Sommersportverbände gebildet. Damit ist die Dachorganisation der internationalen Fachverbände, die AGFIS, praktisch aus dem Rennen. Der Nachteil dieser Organisation, die seit ihrer Gründung unter der Führung des Schweizers Thomas Keller stand, bestand darin, daß sie olympische und nichtolympische Fachverbände zusammenschloß. Wenn mit dem IOC verhandelt wurde, waren selbstverständlich nur die olympischen Sportarten zugelassen.

Durch die raffiniert eingeleitete Gründung der Organisation für olympische Sommer- und Wintersportarten ist die AGFIS praktisch unterlaufen und als Einheit zerschlagen worden. Dieser Prozeß wurde durch den Austritt des Welt-Fußballverbandes beschleunigt. Die FIFA wollte es nicht weiter zulassen, daß sie von kleinen, unbedeutenden Verbänden majorisiert wurde.

Nun hat Thomas Keller, auf dem Papier zwar immer noch Präsident der AGFIS, aber beinahe ein General ohne Truppe, das Pferd gewechselt. Er ist in Magglingen zum neuen Präsidenten der erst seit zwei Jahren bestehenden Organisation der nationalen Dachverbände gewählt worden – eine Vereinigung, die noch weit davon entfernt ist, weltumspannend zu sein (nur 45 Mitgliedsländer).

In allen Fragen, die den Wettkampfsportbetrieb betreffen, wird es diese Vereinigung schwer haben, sich durchzusetzen, weil sie auf olympischer Ebene gegen IOC und NOKs kein Gewicht haben dürfte und sonst auf die Mitarbeit der nichtolympischen Fachverbände angewiesen sein wird.

Sicher ist, daß das IOC seine Position durch die Veränderung gefestigt hat, und der taktische Schachzug ist keineswegs auszuschließen, daß es in den nächsten Jahren, mit Wirksamkeit von den Olympischen Spielen 1992 an, durch Programmausdehnungen weitere verbreitete Sportarten in die olympische Familie aufnehmen wird, um sie anderen Weltvereinigungen zu entziehen.

Walter Lutz ist Chefredakteur der Schweizer Sport-Fachzeitung „Sport" (Zürich). Er gilt als ausgezeichneter Kenner der internationalen Verbandspolitik.



Fortbildung

Die Zusage der deutschen Wirtschaft, daß in diesem Jahr jeder Ausbildungswillige und Ausbildungsfähige eine Lehrstelle erhalten wird, steht im Raum. Vertreter der Spitzenverbände haben immer wieder betont, daß es ihnen ernst ist mit dem Versprechen und daß sie es auch einhalten werden. Selbst notorische Zweifler müßten eigentlich inzwischen von dem Erfolg der allgemeinen Bemühungen überzeugt sein, denn einen derartigen Gesichtsverlust wird sich die Wirtschaft mit Sicherheit nicht leisten wollen, daß am Ende dieses Jahres Tausende von Jugendlichen keinen Ausbildungsplatz gefunden hätten.

Allerdings kann nun im Gegenzug niemand verlangen, daß ohne Rücksicht auf die tatsächliche Nachfrage Lehrstellen in den sogenannten Modeberufen in so reichlicher Zahl angeboten werden, daß jeder seinen „Traumberuf" erlernen kann. Ausbildungswillig heißt eben auch, bei der Wahl des zukünftigen Arbeitsplatzes flexibel sein zu können. In den weniger überlaufenen Berufen ist auch die Chance größer, nach der Ausbildung eine sichere Anstellung zu erhalten.

Nach dem Berufsbildungsbericht des Bundesbildungsministeriums gab es im vergangenen Jahr 446 anerkannte Ausbildungsberufe. Aber allein auf die 25 „Modeberufe" konzentrierten sich 61,3 Prozent der Jugendlichen. Dazu gehören die Kraftfahrzeugmechaniker und Elektroinstallateure, die Verkäuferinnen und Friseusen. Dies ist auch kein böser Wille, keine Ignoranz der jungen Leute: Sie kennen einfach die Alternativen nicht.

An diesem Punkt beginnt die gemeinsame Verantwortung von Eltern und Lehrern, Arbeitsämtern und Betrieben: Nur durch gezielte und individuelle Beratung der Schüler, lange vor dem Abschluß, lassen sich die Ströme im allseitigen Interesse lenken.

Mit den Arbeitskreisen Schule/Wirtschaft wird seit genau 30 Jahren ein Weg zu dem Ziel erfolgreich beschritten. Aber wie die Erfahrung inzwischen zeigt, bedarf es weiterer Aktivitäten. Auch wenn heute das Hochschulexamen und der Gesellenbrief nicht mehr Garantie-Urkunden für dauerhafte Arbeitsplätze sind, so bleibt doch richtig, daß eine gute Ausbildung die Chancen für ein sicheres und erfülltes Leben um ein vielfaches steigert. p. p.

Freiwillige Nachhilfe für Lehrer

30 Jahre Arbeitskreis Schule / Wirtschaft: Erfolge durch Zusammenarbeit

Die Klagen der Wirtschaft darüber, daß Schulabsolventen den Qualitätsansprüchen der Lehrherren nicht genügen, daß ihnen in zu starkem Maße die „Kulturtechniken" Lesen, Schreiben, Rechnen fehlten, sind seit Jahren unüberhörbar. Sie sind so alt wie die *Schulen und schwellen immer* wieder an und ab. Und dennoch: Wenn es nicht seit 30 Jahren eine so enge Zusammenarbeit zwischen der Wirtschaft und den Schulen in der Bundesrepublik Deutschland gäbe, hätten die Klagen heute mit Sicherheit eine noch größere Berechtigung.

Das unternehmernahe „Institut der deutschen Wirtschaft" hat jetzt eine Dokumentation vorgelegt, in der die Entwicklung dieser Zusammenarbeit nachgezeigt und ihre Möglichkeiten für die Zukunft skizziert werden.

Neues Modell entwickelt

Bei der Gründung des ersten Arbeitskreises Schule/Wirtschaft er*klärte ein Pädagoge sein Dilemma*: „Wir empfinden als Lehrer, daß uns die Voraussetzung dazu fehlt, viele Fragen unserer Schüler zu beantworten. Unsere Ausbildung – teils vor, teils nach 1933 – behandelte zum Teil Bildungsinhalte, die dem Orientierungsbedürfnis der heutigen Jugend nicht mehr entsprechen."

Mit Unterstützung des Deutschen Industrieinstitus entwickelten sich die ersten Arbeitskreise Schule/Wirschaft. Als ersten Schritt vereinbarte man, die Unternehmen des engeren Heimatgebietes für „Betriebserkundungen" durch die Schulen zu öffnen. 1957 wurde in Berlin auf Anregung von Erziehungswissenschaftlern ein Modell für ein „Industriepraktikum für Studierende der Erziehungswissenschaft" entwickelt.

Bereits im Jahre 1960 bestanden *in sechs Bundesländern die ersten* 34 Arbeitskreise. Seit 1965 sind in der „Bundesarbeitsgemeinschaft Schule/Wirtschaft" die Studienkreise der Bundesländer mit je einem Pädagogen und einem Wirtschaftssprecher vertreten. 1970 wurden auf Bundesebene die Arbeitsgruppen „Lehrerbildung" und „Betriebspraktika" eingerichtet. Heute bestehen mehr als 300 Arbeitskreise.

Der örtliche Arbeitskreis wird in der Regel auf Initiative von Pädagogen gebildet, die ihre Informationen im Bereich der Wirtschaft vervollständigen bzw. vertiefen wollen. Die Arbeitskreise setzen sich zum Ziel, den Schulen Informationsmöglichkeiten zu vermitteln durch die Vorbereitung und Durchführung von Betriebserkun*dungen und Betriebspraktika für* Schüler und Lehrer. Außerdem sind Vortrags- und Diadiskussionsveranstaltungen vorgesehen.

Ergänzend dazu werden Lehrgänge und Seminare organisiert, auf denen die Lehrer auf dem Gebiet der Sozialökonomie weitergebildet werden. Die Zusammenstellung von Informationsmaterial soll dem Lehrer bei der Vorbereitung und Vertiefung des Stoffs im Unterricht helfen.

Die Leitung der Arbeitskreise liegt in der Hand von Pädagogen. Aufgrund örtlicher Gegebenheiten haben sch verschiedene Organisationsfornen herausgebildet:

- Getrennte Kreise für Lehrer von Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien.
- Zusammenschluß der Lehrer unterschiedlicher Schulformen zu einem Arbeitskreis.
- Verbindung beider Formen durch Unterteilung des Gesamtarbeitskreises in getrennte Gruppen.

Kontakt zum Ministerium

Auf Länderebene werden die Arbeitskreise zu Studienkreisen und Landesarbeitsgemeinschaften zusammengefaßt. Die Studienkreise versuchen auch, Kontakt mit den Kultusministerien und den Einrichtungen der Lehreraus- und -weiterbildung zu halten.

Die Hilfen für die praktische Arbeit der Lehrer reichen von der didaktischen Sizze für den sozialökonomischen Unterricht über ausführliche Informationsmaterialien bis zur Vermittlung von Praktikumsplätzen. Insgesamt arbeiten heute, so das Institut, rund 20 000 Lehrer in den Arbeitskreisen Schule/Wirtschaft mit. Mehr als 100 000 Pädagogen nehmen jährlich die verschiedenen Dienste, die von den Arbeitskreisen angeboten werden, in Anspruch.

Erstaunlich in einer Zeit, in der möglichst alles staatlich initiiert oder rechtlich organisiert sein muß, ist die Tatsache, daß Schule/Wirtschaft funktioniert, obwohl dies auf allen Ebenen nur auf freier Vereinbarung fußt.

PETER PHILIPPS

Bessere Leistung durch Solidarität der Gruppe

Erfahrungen und Grundsätze im Internat Fredeburg

GEORGE P. OGDEN, **Fredeburg**

Über die lautstarke Diskussion, welche Sozialisationserfolge denn nun die Gesamtschule für Kinder bringen mag, wird häufig vergessen, daß es erprobte Alternativen dazu gibt. Eine ist die Form eines Internates, in dem die Kinder zwar leben, lernen, spielen, schlafen und essen, dessen Bewohner aber in öffentliche Schulen gehen. Das Internat Fredeburg im Hochsauerland ist eine derartige Einrichtung.

Internate sind in der Regel mit einer privaten oder öffentlichen Schule fest verbunden. In Fredeburg ist man jedoch von Anfang an konsequent den Weg gegangen, die Privateinrichtung Internat mit „normalen" öffentlichen Schulen zu verbinden. Mehr als 15 Jahre praktische Erfahrung mit diesem Modell lassen erste Zwischenbilanzen zu.

Zur Zeit leben in Fredeburg Schüler und Schülerinnen, die das Gymnasium, die Real-, Haupt- und Grundschule besuchen. Naturgemäß steht an erster Stelle die schulische Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Durch tägliche Silentien und Übungen in den Hauptfächern werden sie, so Internatsleiter Kling, zu einer „konzentrierten, dauerhaften und ausdauernden Arbeitshaltung erzogen, deren unterentwickelte Form häufig die Ursache für Schulversagen und Leistungsunwillen ist." Die Fähigkeiten der Kinder zu entdecken und zu entwickeln, sei eine der Hauptaufgaben, die man sich gestellt habe.

Der zweite Schwerpunkt in Fredeburg ist die musische und körperliche Erziehung. Schließlich widmet man sich in starkem Maße der Förderung eines positiven Sozialverhaltens mit den Stichworten „Solidarität, Verantwortlichkeit und Selbstdisziplin".

Grundsatz bei aller Arbeit der Erzieher in dem Internat sei, so Kling, „daß junge Menschen, die keine Anforderungen erfahren, häufig leer ausgehen und sich nicht entwickeln können. Nur in der Auseinandersetzung mit einer stabilen Erwachsenenwelt ist es einem Kind möglich, sich zu entwickeln".

Seit dem Sommer 1981 sind die Internatsgruppen nicht mehr wie früher „horizontal", also weitgehend altersmäßig, sondern „vertikal", altersgemischt, strukturiert. Auch für diese Veränderung lag der Hauptgrund darin, die Kinder und Jugendlichen zu mehr Solidarität in der Gruppe zu erziehen, zu mehr Fürsorglichkeit der Älteren gegenüber den Jüngeren, zu mehr Vorbild-Orientierung der Jüngeren an den Älteren. Auch wenn sich nach Meinung des Internats nicht alle Erwartungen durch diese Änderung erfüllt haben, so sei doch ganz deutlich ein Abbau und Rückgang des sogenannten Gruppendrucks zu erkennen, der eine Anpassung des einzelnen auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner erzwinge. Der Spruch vom „Null Bock auf nichts" sei in Fredeburg ein Fremdwort geblieben, obwohl diese Mentalität „draußen" in der Gesellschaft so stark angewachsen sei.

Programmieren steht auf dem Ferien-Programm

p. p. **Bad Neustadt**

Interessierte Schüler vom siebten Schuljahr an können drei Wochen ihrer Ferien im „Computer-Wunderland" verbringen. Das Institut GISE (Gesellschaft für industrielle Schulung und Entwicklung) bietet in Neustadt an der Saale einen EDV-Ferienkurs an. Neben Spiel und Sport steht für die Schüler das Erlernen der Computer-Sprache „BASIC" auf dem Stundenplan. In vier Unterrichtsstunden pro Tag werden sie in praktischer Anwendung am Computer-Terminal geschult. Das Erfolgserlebnis, so die Schule, ist dabei noch wichtiger als das Erreichen von Lernzielen. (Anschrift: An der Wandelhalle 20, 8740 Bad Neustadt/Saale)

Baader-Preis für Arbeitsmedizin

J. M. **München**

Für „bedeutende wissenschaftliche *Arbeiten" auf dem Gebiet* der Arbeitsmedizin ist der mit 10 000 Mark dotierte E.-W.-Baader-Preis ausgelobt worden. Aufgerufen, ihre Arbeiten einzureichen, sind junge Mediziner bis 35 Jahren. Einsendeschluß ist der 1. März 1984. (Teilnahmebedingungen bei der E.-W.-Baader-Stiftung, Krauss-Maffei-Straße 2, 8000 München 50.)

Tennislehrer von der Akademie

E. S. **Wilderswil**

Die „Internationale Tennislehrer-Akademie" (ITA) in Wilderswil (Schweiz) will den Bedarf decken, der durch die Auslastung der Verbände bei der Tennislehrerausbildung entstanden ist. In einem Ganzjahresstudium soll den angehenden Tennislehrern alles vermittelt werden, was heute von einem guten Trainer verlangt wird. Tägliches mehrstündiges Lernen soll sicherstellen, daß – so die ITA – „nach Ablauf der Ausbildung jeder Teilnehmer alle im Tennis vorkommenden Schläge und Spielhandlungen beherrscht bzw. fehlerfrei demonstrieren kann". Ergänzend kommen theoretische, kaufmännische und sprachliche Ausbildung hinzu. (Internationale Tennislehrer-Akademie, Tennispark Jungfrau, CH-3812 Wilderswil/Interlaken)

Praxis-Seminar in Mannheim

–ips, **Mannheim**

Die Universität Mannheim wiederholt am kommenden Wochenende (10./11. Juni) wegen der großen Nachfrage ihr Management-Seminar für Praktiker der mittleren und oberen Führungsebene. Zielsetzung ist die Vermittlung von neueren, in der Praxis bereits erfolgreich eingesetzten Methoden des Organisierens. Es geht vor allem darum, das Repertoire des Praktikers an organisatorischen Problemlösungstechniken zu erweitern und Spielräume der organisatorischen Gestaltung aufzuzeigen. Präsentation und Diskussion der Methoden orientieren sich an den Phasen des Ablaufs eines Reorganisationsprojektes.

Von Managern nachgespielt

S. RING, **Bad Münster**

Obwohl die Notwendigkeit ressortübergreifender Planung und Entscheidungsfindung in den Kreditinstituten unbestritten ist, fehlt es doch weitgehend an geeigneten Trainingsmöglichkeiten. Die Vereinigung für Bankberufsausbildung in Frankfurt (Stresemannallee 41) hat deshalb für Mitglieder des oberen und mittleren Managements ein Bank-Planspiel entwickelt. Mehrere Teams, die jeweils die Geschäftsleitung einer Bank repräsentieren, können anhand praxisnaher aber – praxisferner – risikoloser Entscheidungssituationen Strategien zur Erreichung vorgegebener Ziele entwickeln und den Ernstfall simulieren.

Zu wenig für das Studium gelernt

G. P. O. **Bochum**

Die Abiturienten in der Bundesrepublik Deutschland sind offenbar nur unzureichend auf Fremdsprachenstudien vorbereitet. Dies ergab eine Untersuchung am Seminar für Sprachlehrforschung der Ruhr-Universität Bochum. Als „relativ gut" bezeichneten die 400 repräsentativen Studenten aus Bochum, Gießen, Duisburg und Augsburg noch die Vorbereitung in sprachpraktischen Fähigkeiten. Zwischen „mittel" und „mäßig" dagegen schwankten dann nur noch die Wertungen über die Vorbereitung auf die Arbeitstechniken beim Studium sowie über Vorkenntnisse in Landeskunde, Literatur- und Sprachwissenschaft.

Französisch für Grundschüler?

J. R. **Bremen**

Der Bevollmächtigte der Bundesrepublik Deutschland für die kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich, der Bremer Bürgermeister Hans Koschnick, hat in einem Gespräch mit seinem französischen Kollegen Alain Savary den Wunsch bekräftigt, daß bereits Kinder im Vor- und Grundschulalter die Sprache des Partnerlandes lernen sollten. Denn in diesem Alter seien sie besonders aufnahmefähig. Erfreut zeigten sich beide Gesprächspartner im übrigen darüber, daß zahlreiche Berufsabschlüsse inzwischen gegenseitig anerkannt sind und der Lehrlingsaustausch auf immer größeres Interesse in beiden Ländern stoße.

Vokabeln kommen wie im Schlaf

KARL FREUND, **Freiburg**

Die „Suggestopädie"-Methode des Bulgaren Losanow ist die Grundlage, auf der die „Gesellschaft für ganzheitliches Lernen" in Freiburg (Basler Straße 15) ihre Sprachcassetten-Programme aufbaut. Zur Vorbereitung auf den Urlaub sind jetzt Kurzlehrgänge in Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch hinzugekommen. Das Prinzip soll ähnlich funktionieren wie bei dem Schüler, der sich sein Vokabelheft nachts unter das Kopfkissen legt: Bei völliger Entspannung in Verbindung mit rhythmischem Atmen, Barockmusik und entsprechenden Suggestionen seien die Sprachen „mühelos" und mit Freude zu lernen.

Ein Ventil für die Universitäten

Auf dem Weg zu einem Volk von Akademikern / Alternativen zum heutigen Studium

Die Tendenz, ein Volk von Akademikern werden zu wollen, ist in der Bundesrepublik Deutschland ungebrochen: Lag der „Akademisierungsgrad" im Jahre 1961 noch bei 2,9 Prozent der Erwerbstätigen, so ist er nach einer Untersuchung des „Rings Christlich Demokratischer Studenten" (RCDS) inzwischen auf mehr als 6,1 Prozent angestiegen. Bis zum Jahr 2000 wird ein weiterer Zuwachs auf 10 bis 12 Prozent prognostiziert.

Da die Gesamtzahl der Erwerbstätigen im gleichen Zeitraum – mit konjunkturellen Schwankungen – etwa gleichbleibend bei rund 26 Millionen blieb, kann man heute bereits drei Ergebnisse dieser Entwicklung sich deutlich abzeichnen sehen: Zum einen hat ein „Verdrängungswettbewerb" stattgefunden, Praktiker wurden durch Höherqualifizierte ersetzt.

Zweitens wurden neue Berufsfelder für den Akademiker-Nachwuchs geschaffen. Und drittens hat in erschreckenden Größenordnungen das Problem Akademiker-Arbeitslosigkeit seinen politischen Stellenwert erhalten.

Die Daten lassen eine Verschärfung der Situation bis in die neunziger Jahre hinein erwarten: Die Altersstruktur der Bevölkerung, so die RCDS-Studie, ist durch einen „drastischen Rückgang" von Personen im Alter bis zu 20 Jahren gekennzeichnet. Lag deren Anteil im Jahre 1975 noch bei 28 Prozent, so wird er 1990 nur noch bei 20,5 Prozent liegen. Gleichzeitig erhöht sich der Anteil der 20- bis 45jährigen, zu dem auch der akademische Nachwuchs gehört, um rund vier auf 37,2 Prozent.

Katalog von Maßnahmen

Außerdem: In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Studenten in der Bundesrepublik Deutschland fast vervierfacht. Von 290 000 im Jahre 1960 stieg sie auf 1,1 Millionen im Jahre 1981. Am Ende der achtziger Jahre werden voraussichtlich mehr als 1,3 Millionen Studenten an unseren Hochschulen immatrikuliert sein. Während früher fast konstant der Anteil der Studienberechtigten eines Altersjahrganges bei sechs Prozent lag, ist er inzwischen auf 23 Prozent gestiegen und wird in den neunziger Jahren 34 bis 38 Prozent erreichen.

Der künftige Präsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz (ab August), Theodor Berchem, hat erst vor kurzem daran erinnert, daß bereits ein ganzer Katalog von Maßnahmen zum Abbau der Probleme auf dem akademischen Arbeitsmarkt ohne durchschlagenden Erfolg angewendet worden ist. Eine effiziente Lösung verlange, daß das Problem nicht verdeckt oder in andere Bereiche verschoben, sondern wirklich mit Blick auf die möglichen Rückwirkungen angegangen werde.

Man müsse sich Gedanken machen, fordert er, „das gesamte Bildungssystem von unten an möglichst variabel" zu gestalten in dem Sinne, „daß an möglichst vielen Stellen und auf möglichst vielen Niveaus ein Ausscheren bzw. der Erwerb einer Berufsqualifikation möglich ist".

Berchem schlägt als ersten Schritt vor, neben einer Reduzierung der Studiendauer auch die Schulzeit von derzeit 13 auf 12 Jahre zu kürzen. „Außer der Bundesrepublik Deutschland leisten sich meines Wissens nur noch Italien und wohl auch einige Schweizer Kantone den Luxus einer 13jährigen Schulzeit." Die durchschnittliche Studiendauer von fünf bis sechs Jahren dazu addiert, sind Hochschulabsolventen in der Bundesrepublik mit mindestens 25 Jahren dann deutlich älter als ihre Kollegen in den übrigen Ländern.

In den „Hochschulpolitischen Informationen" hat Berchem seine weiteren Vorschläge skizziert: Danach wäre – nach dem Abitur am Ende der 12. Klasse – ein einjähriges „Propädeutikum" anzuschließen, das „studienfeldorientiert, ggf. auch berufsfeldorientiert" wäre, den Wegfall der 13. Klasse kompensieren und gleichzeitig bereits als Vorbereitung auf das Studium gelten könnte – so wie es vergleichsweise einmal in Frankreich existierte. Nach bestandener Prüfung wäre der Weg an die Universität frei, die Ankoppelung der Hochschule an die Schule nahtloser zu bewerkstelligen als heute.

Die ersten zwei Studienjahre wären nach dem Modell Berchem mit einem ersten berufsqualifizierenden oder allgemeinbildenden Abschluß zu beenden, der den Eintritt in bestimmte Berufe ermöglichte oder Ausgangspunkt für eine weitere Berufsqualifikation sein könnte. Je nach Bestehen und in der Prüfung erbrachter Leistungen ergäben sich drei Möglichkeiten:

1. Die Prüfung wird, trotz gegebener Wiederholungsmöglichkeit, nicht bestanden.
2. Die Prüfung wird bestanden, freilich ohne die für ein Weiterstudium erforderliche Note. Dann erhält der Student sein Diplom und ggf. einen zusätzlich zu erwerbenden akademischen Grad und verläßt die Universität mit einem Berufsabschluß.
3. Die Prüfung wird mit einer guten Note bestanden, und der Student kann sein Studium in einem zweiten Teil bis zu dem mit heutigen Abschlüssen vergleichbaren Examen fortsetzen.

Notwendige Veränderungen

Ohne Wehrdienst einzurechnen wäre der Universitätsabsolvent nach der ersten Prüfung 21 Jahre alt und könnte im öffentlichen Dienst oder in der Wirtschaft sehr viel eher als heute in das Berufsleben eintreten – vor allem, ohne zeitlich und volkswirtschaftlich nutzlos viel in seine Ausbildung investiert zu haben.

Der weiterstudierende Jungakademiker wäre am Ende des zweiten Teils dieses dem französischen Concours-System vergleichbaren Modells etwa 23 Jahre alt.

Berchem räumt ein, daß auf den ersten Blick alle diejenigen hart behandelt zu sein scheinen, die nach dem ersten Examen nicht weiterstudieren können. Aber, „wenn man eine Selektion vornehmen will, die die Universitäten entlastet und den Betroffenen ggf. ersparen soll, zwei oder drei Jahre später vor Schwierigkeiten zu stehen, so scheint mir das vorgeschlagene Verfahren immer noch humaner als etwa die gegenwärtige Zwischenprüfung, die den nicht zum Weiterstudium Akzeptierten mit nichts aus der Universität entläßt".

Wenn Mitte der neunziger Jahre tatsächlich mehr als ein Drittel eines Altersjahrganges eine Hochschulzugangsberechtigung erwerben wird, dann – so folgert nicht nur Berchem – sind Veränderungen der Schule und der Hochschule notwendig, „die rechtzeitig eingeleitet werden müssen".

PETER PHILIPPS

Weiterbildung zum Technischen Betriebswirt

E. SCROOGE, Stuttgart

Die ersten 13 Erfolgreichen haben von der Industrie- und Handelskammer zu Mainz gerade ihre Zeugnisse erhalten: Sie haben sich über das IHK-Fortbildungsangebot als „Technische Betriebswirte" für Führungsaufgaben qualifiziert. Die Vorbereitungen lieferte über die „Akademikergesellschaft für Erwachsenenfortbildung" (AKAD) in Stuttgart.

Etwa 80 Prozent der AKAD-Absolventen bestanden die Prüfung an der IHK. Kammer-Geschäftsführer Ernst Thöne bezeichnete dies als ein „Traumergebnis für die nebenberufliche Weiterbildung" und malte den Technischen Betriebswirten eine rosige Zukunft: „Die Nachfrage ist in der Wirtschaft sehr groß."

Aufgearbeitet wird vor allem das Defizit vieler Techniker, nicht betriebswirtschaftlich rechnen und denken zu können. Fertigungs- und Materialwirtschaft, Organisationslehre, Vertrags- und Arbeitsrecht, Rechnungswesen und Vertrieb – das sind die Schwerpunkte der Weiterbildung. In drei Semestern versucht der Fernlehrgang auf die Prüfung vor der Mainzer IHK, die bisher als einzige Kammer Technische Betriebswirte examiniert, vorzubereiten. Mit dem Abschlußzeugnis werden vorrangig Stellen in der mittelständischen Wirtschaft als Betriebsleiter bzw. in Großbetrieben als Gruppen- oder Abteilungsleiter angestrebt.

Den Löwenanteil ihrer Fortbildung müssen die Lehrgangsteilnehmer – derzeit 150 im ganzen Bundesgebiet – zu Hause und nach Feierabend absolvieren. Dies bedeutet täglich ein bis eineinhalb Stunden Fleiß. In fünf Städten bietet die AKAD darüber hinaus in ihren Studienzentren regelmäßig begleitende Kurzseminare an Wochenenden an.

Weder bestimmte schulische noch berufliche Examina werden als Mindestvoraussetzung vorgeschrieben. Wer keine abgeschlossene technische Berufsausbildung hat, kann auch mit mindestens sechs Jahren nachgewiesener praktischer Tätigkeit zur Prüfung in Mainz antreten. Der Kreis der Weiterbildungswilligen reicht derzeit vom Facharbeiter bis zum Inhaber einer kleinen Firma.

Am Feierabend wird für den Aufstieg gelernt

Fernuniversität Hagen mit neuem Angebot

Die Zahl der Fernlehrangebote, die Weiterbildungsinteressierten zur Verfügung stehen, steigt weiter an. 1983 sind es rund zehn Prozent mehr als im Vorjahr. Nach einer Aufstellung des Bundesinstituts für Berufsbildung waren im April insgesamt 751 deutschsprachige Fernlehrgänge aus nahezu allen beruflichen und allgemeinbildenden Fachgebieten staatlich überprüft und zugelassen.

Aus dieser Statistik geht hervor, daß erstmals seit dem Jahre 1970 das Angebot an allgemeinbildenden, vor allem auf Schulabschlüsse vorbereitenden Lehrgängen größer ist als das Angebot an berufsbildenden Maßnahmen. Dabei stieg vor allem die Zahl der Sprachlehrgänge, da die Verbreitung und Verbesserung der Cassettenrecorder der Sprachausbildung im Fernunterricht neue Impulse gegeben hat.

Bei den berufsbildenden Fernlehrgängen bahnt sich im übrigen eine Umgruppierung der Schwerpunkte an. Neben den traditionellen Angeboten im kaufmännisch-verwaltenden und im technisch-gewerblichen Bereich finden Fortbildungslehrgänge im Gesundheits- und Sozialwesen immer größeres Interesse. Auf sie entfallen – zusammen mit berufsfeldübergreifenden Maßnahmen – heute bereits acht Prozent der angebotenen Lehrgänge.

Eine Spezialität in diesem Bereich hat die Fernuniversität Hagen in den vergangenen Jahren mit Unterstützung des Bundesbildungsministeriums und in Abstimmung mit den 15 Spitzenverbänden der Weiterbildung entwickelt: Das „Zusatzstudium Weiterbildung", das in Kombination mit einem vorausgegangenen Fachstudium eine Alternative zu der Ausbildung des Diplompädagogen darstellen soll. Wie der Leiter des Lehrgebiets Wissenschaftliche Weiterbildung/Erwachsenenbildung, Professor H. D. Schmitz, erklärt, soll dieses Zusatzstudium „in vielen Fällen eine praxisrelevante Ausbildung für eine hauptberufliche Tätigkeit darstellen".

Zielgruppe für das „erwachsenen-pädagogische" Zusatzstudium, das erstmals im kommenden Wintersemester angeboten wird, sind die künftigen Mitarbeiter in der Weiterbildung mit, so Schmitz, „überwiegend lehrenden, beratenden oder disponierenden Funktionen". Damit sei eine von der Erwachsenen- und Weiterbildungspraxis immer wieder erhobene Forderung erfüllt, eine fachliche Ausbildung durch eine erwachsenenpädagogische Zusatzqualifikation zu ergänzen.

Die Studieninhalte orientieren sich deshalb auch an den Erfordernissen der Praxis und haben einen Schwerpunkt im Bereich der didaktischen Fragestellungen. Das Zusatzstudium ist in sechs „Studienblöcke" gegliedert, die unabhängig voneinander studiert werden können.

Die Lehre von der Weiterbildung beginnt mit einer Orientierungsphase. In der anschließenden „Hauptphase" wird das verbindliche Grundwissen vermittelt. Die „Differenzierungsphasen" erlauben, individuelle Schwerpunkte zu setzen. Genutzt werden können Wahlmöglichkeiten zur Ergänzung des Studienangebots aus anderen, am eigentlichen Studiengang nicht beteiligten Lehrgebieten.

Sofern noch keine Berufserfahrung gegeben ist, wird das Zusatzstudium durch eine „Praxisphase" abgerundet. Die Meldung zur Abschlußprüfung, ein Teil dieser Prüfung sowie die Dauer des Studiums insgesamt werden, so Schmitz, durch ein „Credit-point-System" aus Studien- und Leistungspunkten gesteuert, das den überwiegend berufstätig Studierenden erlaube, eine stärkere „Individualisierung" ihres Studiums zu erreichen, als dies bislang an der Fernuniversität üblich sei. Dies bedeute zugleich auch eine größere zeitliche Flexibilität im Studiengang.

Das „Zusatzstudium Weiterbildung" umfaßt 40 Semesterwochenstunden und sieht eine Regelstudienzeit von etwa vier Semestern einschließlich Abschlußprüfung im Teilzeitstudium vor, wenn der Student pro Studienhalbjahr etwa 15 Stundeneinheiten durcharbeitet. Zu den sechs Studienblöcken werden in einzelnen Zentren Präsenzveranstaltungen durchgeführt.

G.P.O.

Budapest als Rettung für Medizinstudenten

JAMES ROVER, Budapest

Abiturienten, die in der Bundesrepublik Deutschland am Numerus clausus gescheitert sind, eröffnet sich jetzt eine weitere Möglichkeit, doch noch ihr Traumstudium Medizin zu absolvieren. Die „Ignaz-Semmelweis-Universität" in Budapest bietet 120 Bewerbern für das kommende Studienjahr (vom 5. September 1983 bis zum 30. Juni 1984) einen Platz für ein deutschsprachiges Medizinstudium an.

In deutscher Sprache soll das Studium allerdings nur in den ersten vier (von den in Ungarn vorgeschriebenen insgesamt zwölf) Semestern ablaufen. Parallel dazu wird Ungarisch gebüffelt.

Wie der Dekan der Budapester Universität, Zoltan Szabo, und der Leiter des deutschsprachigen Studiums, Attila Fonyo, jetzt erklärten, können sich Abiturienten bewerben, die das 30. Lebensjahr noch nicht beendet haben. Bewerbungsformulare sind bei allen ungarischen diplomatischen Vertretungen in der Bundesrepublik Deutschland (Botschaft und Konsulare) abzufordern.

Das Studiengeld – nur Gebühren für die Universität – beträgt monatlich rund 740 Mark (300 Dollar). Es muß für ein Semester im voraus und selbstverständlich in westlichen Devisen bezahlt werden. Hinzu kommen für jeden Studenten die Wohnungskosten, die nach Angaben der Universität bei rund 150 bis 200 Dollar pro Monat liegen, sowie die sonstigen Lebenshaltungskosten.

Die Studiensemester dauern jeweils von September bis Ende Januar und direkt daran anschließend von Februar bis Ende Juni.

Das Neue an der Budapester Ausweichmöglichkeit ist vor allem auch die Chance, ohne Kenntnisse der Landessprache erst einmal das Fachstudium beginnen zu können. Ansonsten gibt es vergleichbare, zum Teil allerdings sehr viel kostspieligere Möglichkeiten, den Numerus clausus zu umschiffen, auch im westeuropäischen Ausland und im rumänischen Bukarest. Verlangt wird dort allerdings im Gegensatz zu Budapest immer der Nachweis über erfolgreich absolvierte Sprachkurse.

Anzeigen: Hans H. Lange, Hamburg
ISSN 0722-1452





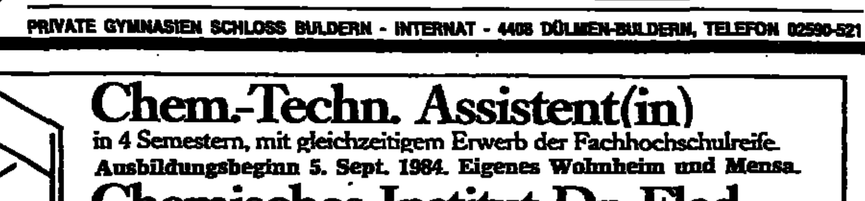




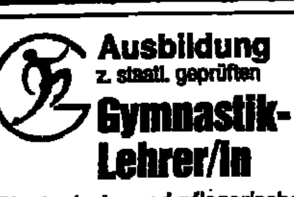






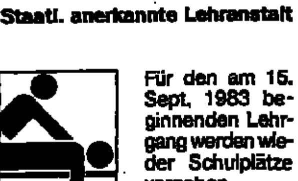
















Blüm unterstützt Forderung der Kassenärzte

pje. Düsseldorf

Die ambulante Behandlung durch niedergelassene Ärzte hat nach Darstellung von Bundesarbeitsminister Norbert Blüm (CDU) Vorrang vor der stationären Versorgung. Bei der Eröffnung des 12. Deutschen Krankenhaustages/Interhospital gestern in Düsseldorf sagte Blüm: „Die Ausgabenüberhänge der Krankenhäuser, 1982 immerhin eine Milliarde Mark, sind nur durch Konzentrierung der stationären Leistungen auf das medizinisch Zweckmäßige und Notwendige in den Griff zu bekommen, verbunden mit einer Rückführung der Verantwortung auf die dem Bürger jeweils zur Verfügung stehenden Einrichtungen oder Gruppen. Das bedeutet, wo immer nach ärztlichem Urteil möglich, ambulante Behandlung und häusliche Krankenpflege vor stationärer Behandlung im Krankenhaus." Blüm stellte sich damit hinter die von den Kassenärzten propagierte Forderung „soviel ambulant wie möglich, soviel stationär wie nötig". Zuvor hatte sich Bundespräsident Karl Carstens für mehr Menschlichkeit im Krankenhaus ausgesprochen. Der Krankenhaustag befaßt sich bis zum Freitag unter dem Thema „Leistungspflicht und Leistungsvermögen der Krankenhäuser" vornehmlich mit Fragen der Krankenhausfinanzierung.

Kirchentag ist mehr als eine Friedenskampagne

H. OHNESORGE, Hannover

Mit Grußworten von Ministerpräsident Ernst Albrecht, Erhard Eppler, Landesbischof Eduard Lohse, Weihbischof Heinrich Pachowiak und Oberbürgermeister Herbert Schmalstieg wird heute abend auf dem Opernplatz in Hannover der 20. Deutsche Evangelische Kirchentag offiziell eröffnet. Zuvor gibt es einen Gedenkgottesdienst am Mahnmal in Bergen-Belsen, ein zehnminütiges Einläuten des Kirchentages sowie Gottesdienste in vielen Kirchen der Stadt und in den Hallen des Messegeländes. Neben Geistlichen aus der „DDR" und aus der Ökumene werden sich daran auch katholische Priester als Liturgen beteiligen.

Bis zum letzten Augenblick hatten Angehörige der „Friedensbewegung" durch ihre geplante „Friedenskampagne" mit dem Motto „Umkehr zum Leben – die Zeit ist da für ein Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungsmitteln" für Spannungen gesorgt. Ministerpräsident Albrecht erklärte dazu, Christen verdienten diesen Namen nur, wenn sie allein Gott in den Mittelpunkt stellten und nicht den Frieden. Der württembergische Landesbischof Hans von Keler drückte in einem WELT-Gespräch (vgl. 6. 6. 1983) seine Hoffnung aus, daß die Kirchentagsleitung dafür sorgen werde, daß wenigstens „die ganze Bandbreite" der Diskussion „verdeutlicht" werde.

Erhard Eppler, der Präsident des Kirchentages, sagte mehrfach, von einer „Umfunktionierung" des Protestantentreffens könne keine Rede sein. Als Kirchentagspräsident sei er ein Anwalt derer, „die solche Tücher tragen, und derer, die es nicht tun". Eppler bezog sich dabei auf die von den Pazifisten auf dem Kirchentag getragenen violetten Tücher.

Über die Auseinandersetzung um die Friedensbewegung wird allerdings leicht übersehen, daß dieser vom 8. bis 12. Juni veranstaltete 20. Deutsche Evangelische Kirchentag unter seinen mehr als 1600 Veranstaltungen mehr Gottesdienste und mehr Bibelarbeiten anbietet *als je ein Kirchentag zuvor.* Stärker als je zuvor kommen ganze Gruppen aus den Gemeinden unter Führung ihrer Pfarrer, um eine Auswahl unter der schier unübersehbaren Zahl der Veranstaltungen zu besuchen und der Gemeinde daheim anschließend zu berichten. Auch diesmal wird der Anteil junger Menschen unter den zumindest 120 000 Teilnehmern bei etwa zwei Dritteln liegen.

Seite 2: Vom Text zu Textilien?

Vogel fordert Verbesserungen im Transitverkehr

hrk. Berlin

Zum ersten Mal hat eine Fraktion des Bundestages den Vorstoß unternommen, die Bestimmungen des zehn Jahre alten Transitabkommens – das unter dem Dach der alliierten Gesamtverantwortung für Deutschland geschlossen wurde – zu ändern und zu verbessern. Die SPD-Bundestagsfraktion verabschiedete gestern in ihrer ersten Berlin-Sitzung in der neuen Legislaturperiode einen Antrag an die Bundesregierung, „in Gesprächen mit der DDR weiterhin auf allen Ebenen unter Ausnutzung der bestehenden Vereinbarungen auf weitere Erleichterungen im Transitverkehr hinzuwirken". Das Transitabkommen sieht ausdrücklich vor, daß die jeweiligen Regierungen über Art und Zustand des Transitverkehrs sprechen, falls sich Probleme ergeben.

Der Antrag trägt die Handschrift von Hans-Jochen Vogel, der Ende Mai ausführlich mit dem „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker sprach und dabei ausdrücklich *die Beschwerden der Bundes*republik Deutschland über bestimmte Vorkommnisse in der „DDR"-Transitpraxis vortrug.

König Fahd unterstützt PLO-Chef Arafat

Algerischer Präsident will in Damaskus vermitteln

DW. Jerusalem/Damaskus

In einer Serie hochrangiger diplomatischer Gespräche bemühen sich arabische Politiker um eine Beilegung des Streits innerhalb der PLO und der Kampforganisation Al Fatah sowie um eine Lösung des Libanon-Problems.

Syrien, das das libanesisch-israelische Abkommen zum Rückzug fremder Truppen ablehnt und die extremistischen Kräfte in der *PLO* unterstützt, fällt dabei eine Schlüsselrolle zu. In die Diskussionen schaltete sich auch der rumänische Außenminister Stefan Andrei ein, der mit seinem syrischen Amtskollegen Abdel-Halim Khaddam in Damaskus zusammentraf. Andrei hatte zuvor in Bukarest mit Arafat konferiert.

Der algerische Präsident Chadli Benjedid, den Arafat nach seinem Rumänienbesuch aufgesucht hatte, sprach in Damaskus mit Fatah-Funktionären und dem Chef der „Volksfront für die Befreiung Palästinas", George Habasch, einem Gegner Arafats. Habasch, der zuvor mit dem Generalsekretär der Arabischen Liga, Chedli Klibi, konferierte, erklärte, er habe beiden ein Treffen der Fatah-Führung und anderer PLO-Kommandos vorgeschlagen. Ziel sei die Aufrechterhaltung des „demokratischen Dialogs und Verzicht auf militärische Aktionen, um innerhalb der Fatah oder der ganzen PLO innere Reformen sicherzustellen".

Benjedid, der auch mit dem syrischen Präsidenten Assad konferiert hatte, sagte in einem Fernsehinterview, er wolle zur Einheit der Palästinenser beitragen. Er hoffe auf arabische Zusammenarbeit, um diesen Streit beizulegen.

Der saudiarabische Kronprinz Abdullah schloß seine Gespräche mit Assad ab und traf inzwischen in Bagdad ein. Arafat nahm unterdessen an der Seite des saudiarabi*schen* Königs Fahd an der Eröffnung eines Militärflugplatzes in Dschidda teil. Dabei versicherte der Monarch den PLO-Chef öffentlich seines Rückhalts. „Wir schätzen uns glücklich, heute Yassir Arafat, den Vorsitzenden der Palästinensischen Befreiungsorganisation, auf den wir große Hoffnungen setzen, bei uns *zu wissen*", *erklärte* Fahd. Saudi-Arabien und die PLO bewegten sich im Rahmen einheitlicher Zielsetzungen.

Worms-Brief an Schnoor: Den Anfängen wehren

hy. Düsseldorf

Der CDU-Fraktionsvorsitzende im Düsseldorfer Landtag, Bernhard Worms, hat gestern Innenminister Herbert Schnoor (SPD) aufgefordert, „alles Erdenkliche zu tun", um die geplante Blockade einer NiXe-Raketenstellung bei Datteln zu verhindern. Die dreitägige Besetzung ist von der „Aktion gegen den Krieg" angekündigt worden. Worms sprach davon, daß man angesichts der Diskussion um den bevorstehenden „heißen Herbst" schon den Anfängen wehren müsse. Auch der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, Heinz Volland, äußerte sich in einem Schreiben an Schnoor besorgt über die Ankündigung. Er schrieb, die Bundeswehr dürfe auch nicht durch „gewaltfreie" Unrechtsaktionen an der Ausübung ihres verfassungsge*mäßen Auftrages gehindert* werden.

Worms kündigte gestern außerdem an, seine Fraktion werde gegen die Pläne der SPD-geführten Landesregierung stimmen, einen Doppel-Haushalt für 1984/85 vorzulegen: Dies sei nur „ein vordergründiges Manöver", um Ministerpräsident Johannes Rau vor einer Debatte über die desolate finanzpolitische Lage des Landes vor der Landtagswahl 1985 zu bewahren.

Kritik an Reagans Wirtschaftskurs

AP, San Fancisco

Der „American Jewish Congress", eine einflußreiche jüdische Organisation, hat in ihrem Bericht zur Jahresversammlung die Wirtschaftspolitik Ronald Reagans für die hohe Arbeitslosigkeit im Lande verantwortlich gemacht. Die Zahl der Arbeitslosen sei die höchste seit Ende des Zweiten Weltkrieges, und die Zahl derer, die unter der Armutsschwelle lebten, habe wieder die Marke von 1964 erreicht. *Damit seien nahezu zwei Jahrzehn*te wirtschaftlichen Fortschritts zunichte gemacht worden, bemerkt die überparteiliche Organisation. Die einzige gesellschaftliche Gruppe in den USA, die vom viel diskutierten sozialen Netz beschützt werde, sei die Minderheit der Superreichen, kritisiert der jüdische Kongreß.

In der Union regt sich Kritik am Stil der Biedenkopf-Debatte

MANFRED SCHELL, Bonn

Die Art und Weise, wie in dem CDU-Landesverband Westfalen-Lippe mit Kurt Biedenkopf umgegangen wird, hat auch in den Reihen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu kritischen Anmerkungen geführt. In einer Sitzung der CSU-Landesgruppe sagte deren Vorsitzender Theo Waigel: „Wie mit Biedenkopf umgegangen wird, ist unwürdig für die gesamte Union." Zuvor hatte der Abgeordnete Ernst Hinsken das „Thema Biedenkopf" aufgebracht und den Stil im Umgang mit dem westfälischen CDU-Vorsitzenden beanstandet.

Auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete der CDU vertraten gestern in Bonn den Standpunkt, die Auseinandersetzungen in Nordrhein-Westfalen seien abträglich für das Image der CDU insgesamt. Schließlich habe Kurt Biedenkopf als Generalsekretär einmal mit Helmut Kohl an der Spitze der Partei gestanden, wurde argumentiert. Nicht selten wurde zudem gefordert, der Parteivorsitzende Bundeskanzler Helmut Kohl solle in dieser Situation „ein Machtwort" sprechen. Aber damit ist, zumindest vorerst, nicht zu rechnen, da Kohl diesen Konflikt am liebsten als einen internen Vorgang in der CDU von Westfalen-Lippe behandelt wissen möchte. In der vergangenen Woche hatte der Kanzler Kurt Biedenkopf empfangen. Angebote für eine Tätigkeit im internationalen Bereich, zum Beispiel bei der Europäischen Gemeinschaft oder eine Spitzenposition in der Diplomatie, wurden bislang zumindest gegenüber Biedenkopf nicht gemacht.

Im Kanzleramt wird angesichts der Berichte, die Gewährsleute aus der westfälischen CDU liefern, nicht ausgeschlossen, daß Biedenkopf die Kampfkandidatur gegen den Bochumer Professor Wolfgang Brüggemann am 2. Juli auf dem Landesparteitag in Hagen gewinnen wird. Schließlich ist die Nominierung des Gegenkandidaten Wolfgang Brüggemann im Vorstand mit nur einer Stimme Mehrheit gefallen. Biedenkopf hat Rücktrittsaufforderungen mit dem Hinweis, das Vertrauensverhältnis sei gestört, abgelehnt. Statt dessen erklärte er den Mitgliedern des Vorstandes, der Parteitag solle über sein Mandat als Parteivorsitzender entscheiden. Diese Aussage deutet ebenfalls darauf hin, daß Biedenkopf die Auseinandersetzungen in der Führungsspitze der westfälischen CDU – unter anderem sollen Bundesminister Heinrich Windelen und Staatsminister Friedrich Vogel gegen ihn sein – „durchstehen" will.

Biedenkopf betrachtet, wie er in einem Rundfunkinterview dargelegt hat, die Gegenkandidatur als einen Beitrag zur Klärung der Fronten. Schon seit längerem, so sagte er, gebe es in der Landespartei von Westfalen-Lippe „unterschiedliche Auffassungen über die *Arbeitsweise und die Ziele der Par*tei, auch die Aufgaben des Landesvorsitzenden".

Er habe eine Konzeption von dem, was die politische Partei sei und tun solle. Biedenkopf stellte die Frage: „Ist es die Aufgabe einer politischen Partei, die Politik voranzutreiben, oder ist es in erster Linie Aufgabe einer politischen Partei, internes Diskussionsforum zu sein und auch Boden für persönliche Karrieren?" Damit meinte er offensichtlich auch den rheinischen CDU-Vorsitzenden Bernhard Worms, der sich in der Spitzenkandidatur für die nächste Landtagswahl gegen ihn durchgesetzt hat. Er, Biedenkopf, sei der Meinung, daß die politischen Parteien zuerst die Kraft sein sollten, in der sich Strömungen in der Bevölkerung sammeln und mehrheitsfähig werden. Zu der Vermutung, es handele sich bei den Vor*gängen* um „eine *späte* Rache des *Kanzlers*", antwortete Biedenkopf, er widerspreche solchen Gerüchten.

Oppositionsführer Bernhard Worms bezeichnete gestern „einzelne Vorgänge" in der Abwahldiskussion um Biedenkopf als „parteischädigend". Er werde alles tun, um die Union in Nordrhein-Westfalen vor weiterem Schaden zu bewahren. Welche internen Vorgänge nach seiner Meinung „die Grenzen des Erträglichen überschreiten", wollte Worms nicht erklären. Er machte aber deutlich, daß es die Tatsache einer Gegenkandidatur nicht sei.

Marine: Deutsche Gewässer sicher

dpa, Bonn

Das Eindringen sowjetischer U-Boote in die deutschen Küstengewässer erscheint nach Ansicht des Inspekteurs der Bundesmarine, Vizeadmiral Ansgar Bethge, unmöglich. In einem Interview der Deutschen Welle erklärte Bethge gestern, die Flachwassergebiete vor der deutschen Küste machten ein unbeobachtetes Operieren von Unterseebooten normaler Größe praktisch nicht möglich. Es wäre außerdem sehr schwierig, die Enge zwischen der Insel Fehmarn und der dänischen Küste zu passieren. *Denkbar allerdings* wäre, *so* Bethge, daß sogenannte Kleinst-U-Boote versuchen würden, auch in Flachwassergebieten zu operieren. Nach den der deutschen Marine vorliegenden Erkenntnissen verfügt die Sowjetunion jedoch nicht über solche Kleinst-U-Boote, die für operative Angriffsaufgaben tauglich wären.

Anfälliges Pfund

fu (London) – Völlig unerwartet wurde die jüngste Aufwärtsentwicklung des britischen Pfundes gegen Ende der vergangenen Woche unterbrochen. Trotz aller Euphorie in der Londoner City über einen scheinbar nicht mehr aufzuhaltenden Sieg der konservativen Regierungspartei bei den Unterhauswahlen am morgigen Donnerstag hatte ein Gerücht genügt, die britische Währung plötzlich wieder anfällig werden zu lassen.

Der Grund für den Wertverlust am vergangenen Freitag gegenüber dem amerikanischen Dollar um 1,85 Cents und gegenüber der D-Mark um mehr als vier Pfennige war die unbestätigte Nachricht, Nigeria habe aufgrund anhaltender Nachfrageschwäche nach seinem Rohöl den Ölpreis herabgesetzt. Prompt kam es zur Erschütterung am Londoner Devisenmarkt.

Das Nigeria-Gerücht wurde von der Opec inzwischen heftig dementiert, und dies – wie sollte es anders sein – verfehlte seine positive Wirkung auf das Pfund nicht, dessen Wert am Montag umgehend wieder auf alte Höhen stieg. Doch das kurze Zwischenspiel muß zu denken geben.

Ölexperten fragen bereits, wie lange Nigeria seine unterhalb der gesetzten Marke liegenden Ölverkäufe verkraften kann. Und nicht nur Ecuador soll bereits zu Diskontpreisen verkaufen. Die gegenwärtige Opec-Produktion wird auf durchschnittlich 17,5 Millionen Barrel pro Tag geschätzt, weniger als noch im März bei der Festsetzung der neuen Preise und Mengen in London erwartet worden war.

Auch ohne ein weiteres Absinken der Ölpreise wird die nächste britische Regierung mit erheblichen Budget-Problemen zu kämpfen haben. Eine Anlage in Pfund Sterling ist somit nicht unbedingt mehr zu empfehlen.

„Europameister"

Py. – In der eigenverantwortlichen Vorsorge durch Versicherungen sind die Deutschen „Europameister". Unter 18 europäischen Staaten steuerte die Bundesrepublik 28 Prozent des auf 305 Milliarden Mark addierten Prämienvolumens bei. Dieser hohe Anteil ist nicht so verwunderlich, wenn man berücksichtigt, daß in dieser Summe private wie gewerbliche Risiken enthalten sind. Und in einer hochtechnisierten Industrie in einem exportintensiven Land fallen hier schon beträchtliche Summen z. B. für Industrie-, Feuer- und Transportversicherungen an. Auf die Einwohnerzahl bezogen ist jedoch nicht die Bundesrepublik, sondern die Schweiz das versicherungsfreudigste Land. Die Eidgenossen geben jährlich 2260, die Deutschen 1400 DM für Versicherungen aus. Das liegt daran, daß die Schweizer in weit höherem Maß ihre Altersvorsorge auf private Lebensversicherungen aufbauen. Freilich hätten wir allen Grund, angesichts der angeknacksten Rentenfinanzen privat mehr an Vorsorge für das „zweite Leben" zu tun.

Opec verfehlte das Ziel

Von HANS BAUMANN

Vier Monate erst sind ins Land gegangen, daß sich die Vereinigung erdölexportierender Länder (Opec) in London traf und Produktionsquoten für die 13 Mitglieder dieses Preiskartells in Gesamthöhe von 17,5 Millionen Faß (159 Liter) pro Tag vereinbarte. Bis zum Sommer, so das anvisierte Ziel, sollte der Weltölmarkt mit dieser selbst verordneten Abstinenz wieder ins Gleichgewicht gebracht und der Ölpreis stabilisiert werden.

Das Ziel wurde verfehlt. Die Opec wird in Kürze einen neuen Termin vereinbaren und dann schon zum dritten Mal in diesem Jahr versuchen müssen, sich auf geringere Förderquoten zu einigen. Doch auf einem solchen, dritten Treffen wird eine Bombe ticken. Die Saudis, die sich selbst schon im Interesse des Kartells zum Swing-Lieferanten machten, haben ihre Förderung auf 3,5 Millionen Faß pro Tag heruntergefahren. Und damit sind sie an der technischen Untergrenze ihrer Förderung angelangt, sollen nicht Reserven gefährdet werden.

Die Saudis konnten sich den Luxus der freiwilligen Förderdrosselung leisten, um den Rohölpreis nicht weiter abgleiten zu lassen. Doch nun sind auch sie am Ende ihrer Stop-and-go-Politik. Jetzt kann es sich als Fehler erweisen, daß sich die Opec vor zwanzig Jahren den Status eines Preiskartells gab, daß sie im Glauben an nie endendes Wachstum vergaß, sich auch ein mengenmäßiges Korsett für böse Tage zuzulegen.

Denn nun werden jene Länder, die den Schwur vom März in London brachen, in die Pflicht genommen. Jetzt müssen sie den Gürtel enger schnallen – und das, obwohl sich der Anteil der Opec an der Deckung des Weltölbedarfs seit 1973 von 64 auf 33 Prozent verringert hat. Das geht bei manchem Opec-Mitglied an die Substanz, vor allem Nigeria, das praktisch zahlungsunfähig ist, und Irak und Iran, die – koste es was es wolle – mit dem Öl Devisen beschaffen müssen, wollen sie ihren Krieg fortführen oder einer von ihnen gar gewinnen.

Käme es gar zu einem Frieden zwischen beiden Ländern, so würde die Förderkapazität auf beiden Seiten schnell vergrößert und das weltweite Angebot an Rohöl noch weiter steigen. Der Absturz des Ölpreises wäre beinahe programmiert.

Da das in London anvisierte Ziel nicht erreicht wurde, da die Ölwelle ungebrochen rollt, die Spotmengen von „normal" fünf Prozent des Weltölhandels auf mindestens 30 Prozent gestiegen sind, da Opec-Länder auch indirekt mit Lohnverarbeitungsaufträgen in ausländischen Raffinerien die Quoten von London unterlaufen, bleiben Tatarennachrichten vom Ölmarkt nicht aus.

Die deutschen Rohölimporte sind in den ersten vier Monaten um weitere 8,7 Prozent gesunken, der Preis frei Grenze lag im April bei 540 Mark je Tonne gegenüber fast 600 vor einem Jahr. Die Ruhrkohle wehrt sich mit Ausverkaufspreisen gegen den Erstickungstod unter den eigenen Halden, mit Spotmengen unterbot sie sogar die Importkohle um zehn Mark je Tonne – 100 Mark unter den Listenpreisen.

Klaus Giesel von Raab Karcher berichtet davon, daß im Heizölvertrieb der Teufel los ist – mehr als hundertmal mußte sein Haus die Notierungen im letzten Jahr korrigieren, seit Anfang des neuen Jahres schwappten die Preise für leichtes Heizöl schon 38mal hin und her. Und vom Benzinmarkt weiß er zu berichten: „Am Tankstellenmarkt wird in der Tat mit harten Bandagen gekämpft, und häufig werden wir rasiert, noch bevor wir eingeseift wurden."

Ob die Opec nun untergeht – und mit ihr dann auch der Rohölpreis oder ob – mit Hilfe der Nicht-Opec-Ölländer (Großbritannien, Mexiko, Ägypten) – doch noch eine Stabilisierung auf etwas ermäßigtem Preisniveau gelingt, nie darf der Energiepolitik die Tatsache aus dem Blick geraten, daß jede heute und morgen verbrauchte Tonne Rohöl durch Öl ersetzt werden muß, dessen Förderung teurer sein wird als der heutige Marktpreis.

Denn nur Öl ist in der Lage, wesentliche Mengen des Mehrbedarfs an Energie in den kommendnen 50 Jahren zu decken. So kommen ernsthafte Langzeitstudien (Sweny im Summary Report, Stanford 1982) für das Jahr 2020 zu Ölpreisen zwischen 60 und 130 Dollar je Faß, was den Energiepolitiker Jürgen Schürmann vom Energiewirtschaftlichen Institut der Universität Köln zu der Konsequenz führt, daß zur Fortsetzung von Öl-Investitionen die staatliche Abgabenpolitik geändert werden müßte, daß die Ölsteuer am Gewinn und nicht am verlustbringenden Umsatz ausgerichtet werden müßte. Ein guter, aber wohl wenig realistischer Gedanke – für viele Jahre noch.

UNCTAD VI / Lambsdorff empfahl wechselseitigen Respekt

Handel als Schlüssel zu Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung

HEINZ HECK, Bonn

Vor dem Hintergrund der „ernstesten und umfassendsten Wirtschaftsrezession der Nachkriegszeit" hat Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff seine Zuversicht ausgedrückt, daß die Industrieländer der Dritten Welt durch Marktöffnung, Ausweitung des Handels und Stabilisierung der Exporterlöse „wirklich helfen können". Handel sei der Schlüssel zum wirtschaftlichen Wachstum und zur Entwicklung.

Die gestrige Botschaft des Ministers vor der am Montag eröffneten 6. UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (Unctad VI) in Belgrad fiel sehr versöhnlich aus und war von dem Versuch geprägt, die bei früheren Konferenzen übliche Konfrontation zu vermeiden. Dennoch machte Lambsdorff, der zunächst auch als Ratspräsident für die EG sprach, deutlich, daß an der derzeitigen Rollenverteilung der internationalen Organisationen festgehalten werden und der Unctad nicht die von einigen Entwicklungsländern geforderte herausgehobene Stellung gegenüber dem Gatt und dem Währungsfonds eingeräumt werden sollte.

Lambsdorff empfahl wechselseitigen Respekt vor der Unabhängigkeit jedes einzelnen Landes auf einer Konferenz, die in der Vergangenheit immer von Blockbildungen geprägt wurde. „Alle Regierungen müssen die Freiheit besitzen, die Politik zu verfolgen, die ihnen am besten erscheint, ohne durch irgendein politisches, soziales oder wirtschaftliches System unter Druck gesetzt zu werden."

Lambsdorff erinnerte nicht nur daran, daß die EG „der größte Handelspartner der Entwicklungsländer und die ergiebigste Quelle für Entwicklungshilfe ist", sondern nahm auch die in Belgrad anwesenden Vertreter osteuropäischer Staaten, deren materielle Beiträge seit jeher bescheiden ausfallen, in die Pflicht. Die derzeitige Situation sei allerdings auch „eine Herausforderung für die Entwicklungsländer" selbst.

Der Minister ergänzte seine Zustandsbeschreibung mit dem hoffnungsvollen Hinweis, daß das Schlimmste „hinter uns zu liegen scheint", und äußerte sich positiv zum Williamsburg-Gipfel, dessen Ergebnisse in dieser Woche auch den Bundestag beschäftigen. Den Forderungen der Entwicklungsländer, benannt nach dem Tagungsort als „Buenos-Aires-Botschaft für Dialog und Konsens", bescheinigte er, daß sie „ziemlich ambitiös" ausgefallen seien, aber in ihrem allgemeinen Kontext „einen wertvollen Beitrag zur Konferenz" darstellten.

Schwerpunkte in Belgrad sind für Lambsdorff die Rohstoff-, Handels- sowie Währungs- und Finanzprobleme. Für die EG sicherte er die Bereitschaft zu, „nach Mitteln zu suchen, um die Wirkungsweise der bestehenden Rohstoffübereinkommen zu verbessern" sowie „konstruktiv" auch über andere Erzeugnisse zu sprechen. In der Stabilisierung von Ausfuhrerlösen sieht der Minister einen Schwerpunkt gerade deutscher Bemühungen, vor allem zugunsten der am wenigsten entwickelten Länder.

Protektionistische Tendenzen müßten zum Stillstand gebracht und bei fortlaufender Wirtschaftsbelebung durch den Abbau von Handelshemmnissen umgekehrt werden. Andernfalls werde die Erholung der Weltwirtschaft verzögert. Dabei fiel auf, daß Lambsdorff sich hierzu im „deutschen Teil" seine Rede dezidierter äußerte als in seiner Eigenschaft als EG-Ratspräsident. Bis 1990 will die Gemeinschaft ihre Vorzugszölle für die Dritte Welt „beibehalten und weiter ausbauen".

Lambsdorff nannte zwar die Verschuldung der Dritten Welt „alarmierend", fügte jedoch hinzu, daß sich die derzeitigen Wirtschaftsschwierigkeiten „nicht allein auf finanzielle und Währungsaspekte reduzieren" ließen. Daher sei es auch falsch anzunehmen, daß man durch massive Transfers zusätzlicher Mittel in die Entwicklungsländer sämtliche Schwierigkeiten lösen könne. Die derzeitige Verschuldungssituation dürfe nicht zu einem Dauerproblem werden. Der Minister warnte jedoch vor Globalansätzen und vertrat die Meinung, „daß die vorhandenen Institutionen – insbesondere der Pariser Club – in der Lage sind, die sich im Einzelfall ergebenden Probleme flexibel zu bearbeiten". Die Gemeinschaft sei bereit, „von Fall zu Fall zu prüfen, ob für die Auslandsverschuldung der ärmsten Länder Sondermaßnahmen wünschenswert seien.

AUF EIN WORT

„Ich erinnere daran, daß die Pharmazeutische Industrie wegen der erforderlichen großen Forschungseinheiten überaus personalintensiv ist. Personalabbau wäre gleichbedeutend mit der Gefährdung der Zukunftsentwicklung."

Cyril van Lierde, Vorstandsvorsitzender der Kali-Chemie AG, Hannover

FOTO: DIE WELT

Stillegung von Zechen?

AP, Frankfurt/Bonn

Angesichts der großen Absatzprobleme des deutschen Bergbaus werden jetzt auch von der sozialdemokratischen Landesregierung in Düsseldorf Zechenstillegungen nicht mehr ausgeschlossen. Wirtschaftsminister Jochimsen deutete in einem am Dienstag veröffentlichten Interview mit der „Frankfurter Rundschau" an, daß das für 1990 angestrebte Förderziel von 90 Millionen Tonnen Steinkohle für seine Regierung kein Tabu sei. Auch die Bundesregierung setzt sich für Kapazitätsanpassungen im Kohlebergbau ein. Ein Sprecher des Bonner Wirtschaftsministeriums unterstrich, Stillegungen müßten „reversibel und flexibel" gehandhabt werden, also rückgängig gemacht werden können.

HANDWERKSTAG

Präsident Paul Schnitker sagt mehr Lehrstellen zu

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Als beschäftigungspolitisch untauglich bezeichnete Handwerkspräsident Paul Schnitker auf dem Deutschen Handwerkstag in Frankfurt das Instrument einer globalen Arbeitszeitverkürzung. Auf mittlere und längere Sicht führe es zu höheren Produktionskosten, zu geringerem Wirtschaftswachstum und vermindertem Volkseinkommen, zu unterdurchschnittlicher Entwicklung des Lebensstandards und zur Ausdehnung der Schwarzarbeit in all ihren Erscheinungsformen.

Speziell der Mittelstand, und damit das Handwerk, wäre von der Arbeitszeitverkürzung besonders hart betroffen. Schnitker rechnet vor: „Die Verringerung der wöchentlichen Arbeitszeit um jeweils eine Stunde würde einen Anstieg der Lohnkosten um mehr als 2,5 Prozent bedeuten." Zudem seien die Tätigkeiten und Qualifikationen in kleinen Unternehmen nicht beliebig teilbar. Auch die Verkürzung der Lebensarbeitszeit sei nicht zum „Nulltarif" zu realisieren. Alle vorliegenden Modelle seien mit der Einführung einer kostenwirksamen Tarifrente gekoppelt, die die Unternehmen jedoch nicht finanzieren könnten. Überdies seien die Mittelstandsbetriebe auf die Qualifikation und Erfahrung der älteren Mitarbeiter angewiesen, die gerade in der Berufsausbildung unentbehrlich seien.

Zum Ausbildungsplatzproblem will das Handwerk (670 000 Lehrstellen) wieder einen besonderen Beitrag leisten. Nachdem schon 1982 mit 232 000 neuen Lehrstellen das Kunststück einer Steigerung um gut sieben Prozent gelungen sei, rechnet man in diesem Jahr mit 243 000 neuen Plätzen, dem Volumen nämlich, das der jetzt abschließende, bisher stärkste Einstellungsjahrgang 1980 hatte.

HANDELSPOLITIK

Otto Wolff: Japan sollte Barrieren zügig abbauen

W. WESSENDORF, Bremen

Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Otto Wolff von Amerongen, hat den zügigen Abbau weiterer Handelsbarrieren am japanischen Markt gefordert. Bei der angekündigten Vereinfachung japanischer Sondernormen und Testverfahren dürfe Tokio nicht durch Verschleppen im Parlament auf Zeit spielen, warnte Wolff gestern zur Eröffnung der 9. deutsch-japanischen Wirtschaftsgespräche in Bremen.

Der DIHT-Präsident sicherte gleichzeitig zu, daß die deutsche Wirtschaft alle Anstrengungen unternehmen werde, die Europäische Gemeinschaft so weit wie möglich auf liberalem Wirtschaftskurs zu halten. Dabei könne Japan helfen.

Als „Exportpolitik mit Schönheitsfehlern" beurteilte Wolff die Selbstbeschränkungsabkommen Japans mit der EG. Sie seien ähnlich wie Erziehungszölle ein sehr problematisches Mittel zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit. Der DIHT-Präsident forderte, daß die zeitliche Begrenzung unbedingt eingehalten wird.

Den Bremer Wirtschaftsgesprächen maß Wolff unmittelbar nach dem Treffen in Williamsburg „besondere Bedeutung" zu. Die Forderung nach einfachen Lösungen bringe allerdings wenig, kritisierte Wolff den Weltwirtschaftsgipfel. Vielmehr trügen die Unternehmen zur Wiederbelebung der Weltwirtschaft die gleiche Verantwortung wie die Regierungen. Japan und die Bundesrepublik seien dabei besonders gefordert. „Diese beiden Länder sind durch Strukturverwerfungen in der Stahl- und Werftindustrie stark betroffen", sagte Wolff. Hier führe die Subventionspolitik in die Sackgasse. Deshalb müßten Protektionismus und Subventionismus weiter Themen bleiben.

US-HANDELSPOLITIK

Wirtschaft ist gegen die geplante Superbehörde

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA wächst der Widerstand gegen die Absicht der Reagan-Administration, das Handelsministerium mit dem Büro des Handelsbevollmächtigten des Weißen Hauses zusammenzulegen, um so eine schlagkräftigere Behörde zu schaffen, die den Export stärker fördert und zugleich die Industrie vor unfairen Einfuhren schützt. Führende Senatoren und Abgeordnete laufen gegen das Projekt Sturm; ein Beratergremium der amerikanischen Handelskammer lehnte es jetzt mit großer Mehrheit ab. Die Republikaner sind konsterniert. Sie waren sich der Zustimmung der Wirtschaft sicher.

Auf dem Papier, das Präsident Reagan vergangene Woche dem Kongreß vorlegte, sieht alles so schön aus. So sollen endlich nach mehreren fehlgeschlagenen Reformen – früher mischten auch das US-Schatzamt und das State Department mit – Gestaltung und Ausführung der Washingtoner Handelspolitik unter einem Dach vereinigt werden. Heute ist für die Formulierung der Handelsbevollmächtigte Botschafter William Brock, für die Exekution Handelsminister Malcolm Baldrige zuständig. Häufig weiß die eine Hand nicht, was die andere tut.

Die von Reagan vorgeschlagene Bezeichnung der neuen Behörde – Ministerium für Handel und Industrie – spricht dafür, daß bei der Planung das gleichnamige Ministerium in Tokio Pate gestanden hat. Hier setzt denn auch die Kritik ein. Befürchtet wird, daß die Administration Industriepolitik nach japanischem Vorbild betreiben möchte, das heißt, gezielte staatliche Unterstützung für neue Industriezweige auf der Produktions- und Absatzseite. Nach amerikanischer Auffassung sind Japans Computer- und Chipshersteller nur durch dieses „industrial targeting" zum Zuge gekommen. Diese Politik, so wird betont, widerspreche den Prinzipien der freien Marktwirtschaft.

Gegen den Reagan-Plan wird weiter angeführt, daß man auf das neutrale Amt des Handelsbevollmächtigten nicht verzichten könne. Nur so ließen sich in einem Land von der Größe der Vereinigten Staaten die unterschiedlichsten handelspolitischen Interessen auf einen Nenner bringen. Es sei zwar richtig, das Handelsministerium auszubauen; die Koordinierung müsse jedoch Sache des Weißen Hauses bleiben. Deutlich geht bei den Kritikern die Angst um, das Amt könnte sich als gewaltiger bürokratischer Apparat entpuppen, der die protektionistische Fahne schwingt.

Der Grund: Mit seinen 36 000 Beamten würde das Handelsministerium das Büro des Handelsbevollmächtigten (130 Angestellte) dominieren. Außerdem kümmert sich das Ministerium in erster Linie um inländische Belange. Es wird deshalb als „importfeindlich" eingestuft. Die US-Wirtschaft plädiert für die Schaffung eines „Rates für internationale Wirtschaftspolitik" im Weißen Haus – ähnlich dem „Nationalen Sicherheitsrat". Eine Fusion wird als „Rückschritt" bezeichnet. Vermutlich wird der Reagan-Vorschlag bald zu den Akten gelegt.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Krankenversicherung – rundum

Von je 1000 Bundesbürgern

Wie versichert?
- Pflichtversichert: 341
- Freiwillig versichert: 113
- Als Familienmitglied mitversichert: 365
- Als Rentner versichert: 159
- Anderweitig versichert: 20
- Nicht versichert: 2

Wo versichert?
- Ortskrankenkasse: 422
- Knappschaft: 26
- Ersatzkasse: 251
- Landwirtschaftl. Kasse: 30
- Betriebs-, Innungskrankenkasse: 173
- Private Krankenversicherung: 76
- Anderweitig versichert: 20

Rund 90 Prozent der deutschen Bevölkerung sind heute durch die gesetzliche Krankenversicherung geschützt – ob als Pflichtmitglied oder freiwilliges Mitglied, ob als Rentner oder als Familienangehöriger. Der Rest ist privat oder anderweitig versichert. Nur zwei von tausend Bundesbürgern haben keinen Versicherungsschutz im Krankheitsfall.

QUELLE: GLOBUS

In den ersten fünf Monaten weniger Rohstahl erzeugt

Düsseldorf (VWD) – Um gut 14 Prozent ging die Rohstahlerzeugung in den Hüttenwerken der Bundesrepublik während der ersten fünf Monate dieses Jahres gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum zurück. Die Außenstelle Düsseldorf des Statistischen Bundesamtes berichtete am Dienstag, insgesamt habe die Stahlproduktion 14,98 Millionen Tonnen betragen. An Roheisen wurden im gleichen Zeitraum mit 11,21 Millionen Tonnen 17,6 Prozent weniger erschmolzen. Im Mai lag die Rohstahlproduktion mit 3,09 Millionen Tonnen um 1,5 Prozent höher als im Vormonat. Die Leistung je Produktionstag stieg nach den Berechnungen der Statistiker von 111 800 auf 114 600 Tonnen. Die Roheisenerzeugung nahm im Mai ebenfalls zu, sie stieg gegenüber April um 2,9 Prozent auf 2,33 Millionen Tonnen.

Venezuela-Umschuldung

New York (dpa/VWD) – Venezuela hat bei seinen ausländischen Gläubigerbanken in New York um eine Umschuldungsaktion für seine Verpflichtungen in Höhe von 16,3 Milliarden Dollar (knapp 40 Milliarden Mark) nachgesucht. Das Opec-Mitglied fordert eine achtjährige Umschuldung von 13,7 Milliarden Dollar, die 1983 fällig werden. Weitere 2,6 Milliarden Dollar werden 1984 rückzahlbar und sollen auf sieben Jahre umgeschuldet werden. In beiden Fällen wünscht Venezuela eine Karenzzeit von vier Jahren, in der nur Zinszahlungen vorgenommen werden sollen. Venezuela wird außerdem beim Internationalen Währungsfonds (IWF) in Washington um einen Kredit von 1,3 Milliarden Dollar im Rahmen des Exporterlös-Programms nachsuchen.

Klöckner-Bußgeld

Bonn (dpa/VWD) – Die Bundesregierung wird zunächst davon absehen, im Rahmen des Amtshilfe-Ersuchens der EG-Kommission die sogenannte Vollstreckungsklausel zur Eintreibung der gegen den Klöckner-Konzern verhängten Bußgelder zu erteilen. Das bestätigte ein Sprecher des Bundesjustizministeriums. Im genannten Fall handelt es sich um eine Geldbuße von 24 Millionen Mark. Der Europäische Gerichtshof hatte der Klöckner-Werke AG, Duisburg, wegen Überschreitens der Produktionsquoten bisher Bußgelder von insgesamt rund 180 Millionen Mark auferlegt.

Gegen IWF-Gold-Verkauf

Washington (Sbt.) – Gegen den Verkauf des Goldes, das der Internationale Währungsfonds (IWF) besitzt, hat sich der Staatssekretär im US-Finanzministerium, Beryl Sprinkel, ausgesprochen. Vor einem Kongreßausschuß erklärte er, die Versteigerung der 103 Millionen Feinunzen über drei Jahre, könnten den Goldpreis auf 200 bis 250 Dollar je Feinunze drücken. Das würde sich verheerend auf die Goldbergwerke und die Aktionäre auswirken. Außerdem wären Forderungen gegen den IWF nicht mehr abgesichert. Zugunsten der USA würden sie 9,4 Milliarden Dollar betragen. Um die Haushalte der Mitgliedstaaten nicht zu belasten, waren Kongreßmitglieder für einen Verkauf des IWF-Goldes.

Polen informiert

Wien (dpa/VWD) – Vertreter der polnischen Außenhandelsbank „Handlowy" wollen Anfang nächster Woche in Wien die westlichen Gläubiger-Banken über die polnische Wirtschaftsentwicklung seit Jahresbeginn informieren. Wie aus Wiener Bankkreisen verlautete, handelt es sich um einen „rein informellen Meinungsaustausch", bei dem keine Entscheidungen über Umschuldungsfragen getroffen würden. Die in diesem Jahr fällig werdenden polnischen Verbindlichkeiten gegenüber westlichen Gläubigerbanken werden auf etwa 2,6 Milliarden Dollar (nach derzeitigem Kurs rund 6,5 Milliarden DM) geschätzt.

Weniger Mineralölprodukte

Eschborn (AP) – Der Absatz der vier wichtigsten Mineralölprodukte, Motorenbenzin, Dieselkraftstoff sowie schweres und leichtes Heizöl, ist im März gegenüber dem Vergleichsmonat 1982 im Durchschnitt um 11,6 Prozent zurückgegangen, teilte das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn mit. Der Verbrauch von Motorenbenzin sank um 3,4 Prozent, während der Absatz von Dieselkraftstoff um 2,6 Prozent zunahm. Bei leichtem Heizöl sind 14,8 Prozent Rückgang zu verzeichnen. Das „recht große Absatzminus" von 27,8 Prozent bei schwerem Heizöl sei saisonüblich.

Wochenausweis

	31.5.	23.5.	30.4.
Netto-Währungsreserve (Mrd. DM)	69,3	70,9	70,9
Kredite an Banken	59,7	58,0	63,7
Wertpapiere	6,8	6,3	6,1
Bargeldumlauf	98,8	97,6	98,2
Einl. v. Banken	48,1	38,5	47,6
Einl. v. öffentl. Haushalten	0,7	5,2	1,6

VEREINIGTE STAATEN

Feldstein übt scharfe Kritik am Budget-Defizit

H.-A. SIEBERT, Washington

Das Defizitproblem der USA, das zwei Jahre lang verharmlost wurde, rückt mehr und mehr in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen. Dazu beigetragen haben besonders die Attacken gegen die gewaltigen roten Zahlen im US-Haushalt auf dem Williamsburg-Gipfel. Mit bisher nicht gekannter Schärfe hat der Chefökonom des Weißen Hauses, Martin Feldstein, jetzt vor der Illusion gewarnt, ein Land könne auf Dauer mit einem Budgetfehlbetrag von jährlich 200 Milliarden Dollar oder mehr leben. Er distanzierte sich damit von der Administration.

„Eine noch so robuste wirtschaftliche Wachstumsrate kann das Defizitproblem nicht lösen", erklärte Feldstein auf einer Veranstaltung der American Stock Exchange. Unvorstellbar sei auch eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um vier Prozent per annum über mehrere Jahre, wenn das Haushaltsdefizit fünf Prozent der Wertschöpfung ausmache. Wenn nichts geschieht, droht laut Feldstein ein Zusammenbruch des Konjunkturaufschwungs mit langjähriger hoher Arbeitslosigkeit und unvermeidlichen Steuererhöhungen.

Für Feldstein gibt es nur eine Lösung: Anhebung der Bundeseinnahmen von 1985 an. Diesem Vorschlag würde auch Präsident Reagan zustimmen, der höhere Steuern jetzt für konjunkturpolitisch gefährlich halte. Zurückgewiesen hat das Weiße Haus den Vorschlag des demokratischen Sprechers des Repräsentantenhauses, O'Neill, die am 1. Juli fällige Einkommensteuersenkung um zehn Prozent auf 700 Dollar zu beschränken. Dadurch könnten rund 18 Milliarden Dollar eingespart werden. Reagan kündigte sein Veto an.

WIRTSCHAFTSPOLITIK / Otto Schlecht plädiert für mehr Wachstum

„Keine Extrawurst für Mittelstand"

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Die Bundesregierung mißt der Politik für kleinere und mittlere Unternehmen – kurz Mittelstandspolitik – zwar eine erhebliche Bedeutung bei. Aber dies heißt nicht, wie jetzt der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Otto Schlecht in Berlin betonte, „diesen Unternehmen überall eine Extrawurst zu braten". Vielmehr: „Die beste Politik für kleine und mittlere Unternehmen ist eine gute allgemeine Wirtschaftspolitik." Sie müsse in erster Linie auf Wachstum und Beschäftigung ausgerichtet sein, indem sie eine Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der 1,8 Millionen Klein- und Mittelunternehmen anstrebt.

Immerhin habe die Bundesbank in ihrem jüngsten Geschäftsbericht festgestellt, „daß Kapitalbildung und Kapitalverwendung in der Bundesrepublik seit längerem nicht mehr den Erfordernissen eines anhaltenden, arbeitsplatzsichernden Wachstums entsprechen". „Wir müssen wieder auf einen mittelfristigen Wachstumspfad von mindestens drei Prozent kommen. Dafür müssen die Unternehmensinvestitionen real etwa doppelt so stark steigen."

Entscheidend für eine kräftige Belebung der Investitionstätigkeit sei, die Realkapitalrendite wieder genügend über die Finanzkapitalrendite zu heben und gleichzeitig die Investitionsrisiken zu senken. „Allerdings dürften wir vorläufig mit dem Zinsniveau wohl am Ende der Fahnenstange angekommen sein", betonte Schlecht mit Blick auf die Entwicklung in den USA.

Daher komme es auf Fortschritte bei der Kapitalrendite an. „Ohne eine dauerhafte Korrektur der Einkommensverteilung zugunsten von mehr Markteinkommen, insbesondere der Unternehmenserträge, ist eine höhere Investitionsrendite und damit eine höhere Investitionsneigung nicht zu haben." Die Lohnzurückhaltung der bisherigen Tarifrunde dürfe kein kurzes Intermezzo bleiben. Eine falsch verstandene soziale Symmetrie der künftigen Einkommensverteilung, die von gleichen Zuwachsraten der einzelnen Einkommensarten ausgeht, wäre schädlich.

Daneben komme es auf zunehmende Inanspruchnahme der privaten Ersparnisbildung durch die Unternehmen an. Daher müsse der Bedarf der öffentlichen Haushalte gesenkt werden, die 1982 die Hälfte der privaten Ersparnis an sich zogen. Weiter müßten die Haushalte durch ein geringeres Ausgabenwachstum konsolidiert werden. Unverzichtbar seien weitere Einschränkungen bei den Sozialleistungen. Überdies müsse die eingeleitete Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen fortgesetzt werden. Die beschlossenen Entlastungen müßten auch vor dem Hintergrund der Opfer gesehen werden, die von anderen Gruppen verlangt werden. Daher sollte der Mittelstand die Beschlüsse der Bundesregierung mit mehr Investitionen und nicht mit Hinweisen auf unerfüllt gebliebene Wünsche quittieren.

WELTBANK / Die Dritte Welt soll in Zukunft stärker unterstützt werden

Private Entwicklungshilfe fördern

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Weltbank fühlt sich durch den Verlauf des Wirtschaftsgipfels von Williamsburg ermutigt, ihre Bemühungen zur Überwindung der Wirtschaftskrise in den Entwicklungsländern zu verstärken. Zu diesem Zweck will sie enger mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zusammenarbeiten. Das betonte Rainer B. Steckhan, deutscher Direktor des europäischen Weltbankbüros, auf einem Presse-Informationstag in Paris anläßlich der in Belgrad stattfindenden 6. Welt-Handels-und-Entwicklungs-Konferenz.

Die Parole, die Weltbank-Präsident A. W. Clausen dort in seiner morgigen Rede ausgeben wird, lautet: Verstärkung der internationalen Finanz- und Handelsstrukturen. Zur Lösung der Liquiditätsprobleme – speziell Mexikos und Brasiliens – müßten außerdem die internationalen Finanzströme „reaktiviert" werden. Der diesen Ländern inzwischen gewährte Zahlungsaufschub gewähre nicht mehr als eine Atempause. Wenn sie nicht genutzt wird, droht eine endgültige Zahlungsunfähigkeit, heißt es in Paris.

Bereits Anfang dieses Jahres hatte die Weltbank ein spezielles Aktionsprogramm zur Wiederaufrichtung der notleidend gewordenen Entwicklungsländer aufgestellt, das jetzt in erweiterter Form zur Anwendung gebracht werden soll. Es sieht außer finanziellen Hilfen einen umfassenden Beratungsbeistand vor, der die Entwicklungsländer in die Lage versetzen soll, sich den veränderten wirtschaftlichen Gegebenheiten besser anzupassen.

Das Programm läuft zunächst über zwei Jahre. Es sieht insbesondere vor, die den Entwicklungsländern zur strukturellen und sektoralen Anpassung von der Weltbank bereitgestellten Darlehen zu verstärken. Auch kann der Welbank-Anteil an der Finanzierung von Projektinvestitionen erhöht werden. Der Netto-Transfer würde sich dadurch gegenüber dem bisherigen Programm um 25 Prozent erhöhen.

Außerdem werden neue Instrumente der Kofinanzierung von Entwicklungsprojekten geschaffen, die den Handelsbanken erlauben sollen, ihre Beteiligung an solchen Vorhaben zu erhöhen. Danach kann die Weltbank insbesondere die letzten Fälligkeiten aus den Bankdarlehen übernehmen und deren Rückzahlung garantieren. Vor allem von dieser Neuregelung verspricht sich die Weltbank eine Reaktivierung der privaten Entwicklungshilfe. Nach dem Schock der Mexiko-Krise hatten die Handelsbanken im Hinblick auf Ausleihungen an die Entwicklungsländer starke Zurückhaltung geübt.

Bis die Entwicklungsländer wieder zu einem normalen Wirtschaftswachstum zurückgefunden haben, dürften nach Angaben des Pariser Weltbankbüros mindestens drei bis vier Jahre vergehen. Das Tempo ihrer Wiederaufrichtung hängt nicht nur von der relativ optimistisch eingeschätzten Entwicklung der Weltkonjunktur ab. Für die stark verschuldeten Länder ist vor allem die Zinsentwicklung entscheidend. Gehen in den USA die Zinsen um ein Prozent zurück, dann bedeutet das für alle Entwicklungsländer – außer den Opec-Ländern – eine Entlastung um vier Milliarden Dollar im Jahr.

OECD / Bericht Belgien/Luxemburg vorgelegt

Erste Erfolge wurden erzielt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Unter großen Opfern hat sich Belgien die Voraussetzungen für die Überwindung seiner schweren Wirtschaftskrise geschaffen, stellt die OECD fest. Durch eine rigorose Einkommens- und Budgetpolitik wurde 1982 der Anteil der Unternehmensgewinne an dem um 0,3 Prozent geschrumpften Bruttosozialprodukt wieder auf das Niveau von 1974 (erster Ölpreisschock) angehoben. Die Reallöhne gingen dagegen um 2 Prozent zurück.

Wenn die Belgier den Gürtel derart eng geschnallt lassen, sagen ihnen die OECD-Experten voraus, daß die Inflation von 8,7 Prozent 1982 auf 7 Prozent 1983 und 4 Prozent 1984 sinken wird. Entsprechend müßte sich die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern, was bei einem so stark vom Export abhängigen Land in diesem Jahr ein Viertel und im nächsten Jahr eineinhalb Prozent Wachstum bringen würde.

Gleichwohl würde die schon heute weit über dem OECD-Durchschnitt liegende Arbeitslosenquote Belgiens von 13,1 Prozent 1982 weiter auf 14,3 Prozent 1983 und 15 Prozent 1984 zunehmen, heißt es in dem Bericht. Hier liegt nach Ansicht der OECD die sozial zumutbare Grenze der belgischen Austerity-Politik. Der einzige Spielraum bestünde in einer Arbeitsplatz-Teilung ohne Lohnausgleich. Außerdem wird vor der vollen Wiederherstellung der zur Zeit außer Kraft gesetzten Preis-Lohn-Indexierung gewarnt.

Darüber hinaus bestehen nach Auffassung der OECD-Experten weiter Möglichkeiten für eine Sanierung des belgischen Staatshaushalts. Dessen Defizit ist 1982 zum ersten Mal seit den siebziger Jahren leicht zurückgegangen, beträgt aber immer noch 12½ Prozent des Sozialprodukts – eine der höchsten Raten in der OECD. Da die direkten Steuern aber inzwischen an die Obergrenze stoßen, wird Brüssel die Verschärfung der indirekten Steuern (und größere Steuergerechtigkeit) empfohlen.

Luxemburg muß mit einem weiter schrumpfenden Sozialprodukt rechnen – eine Folge vor allem der anhaltenden Stahlkrise, unter der das Land wegen seiner einseitigen Ausrichtung auf die Stahlproduktion besonders stark zu leiden hat. Andererseits sagen die OECD-Fachleute dem Finanzplatz Luxemburg eine weitere Expansion voraus.

China: Kritik an Investitionspolitik

rtr, Peking

Harte Kritik an der Ausrichtung der Investitionen der chinesischen Unternehmen hat der stellvertretende Ministerpräsident Yao Yilin geübt. Vor dem am Montag eröffneten Volkskongreß (Parlament) kritisierte Yao, daß am falschen Platze und entgegen den Richtlinien der Pekinger Führung investiert werde.

Die örtlichen Betriebe ignorierten die Aufforderung der zentralen Führung, ihre Anlage-Investitionen scharf zu begrenzen. Dieses Verhalten führe zu einer wesentlich höheren Erzeugung der Schwerindustrie, als im Plan vorgesehen war.

Die chinesische Führung strebt eine Expansion der Leichtindustrie einschließlich der Konsumgüterbranchen an. Die Wirtschaft soll nach ihren Vorstellungen von den stalinistischen Vorstellungen, die in den ersten 30 Jahren das Denken der Volksrepublik bestimmten, abrücken. Dies bedeutet eine Abwendung von der Schwerindustrie hin zur Leichtindustrie.

Die tatsächliche Entwicklung weicht jedoch deutlich von der offiziellen Planung ab. Nach amtlichen Zahlen wuchs die Schwerindustrie um 9,9 Prozent, während im Plan nur ein Prozent vorgesehen war. Die Erzeugung der Leichtindustrie nahm dagegen nur um 5,7 Prozent zu.

ISRAEL / Pflichtabgabe für Girokonten-Inhaber

Shekel-Abwertung gefordert

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Eine neuartige Steuer hat sich Israels einfallsreicher Finanzminister Joram Aridor ausgedacht. Bei jeder Überweisung von einem Girokonto wird der Kontoinhaber eine Pflichtabgabe von 0,3 Prozent entrichten müssen. Da in Israel heute fast alle Löhne und Gehälter über Bankkonten ausgezahlt werden, ist die neue Maßnahme eigentlich eine Umsatzsteuer auf die Währung im Umlauf. Flinke Fachleute haben schon ausgerechnet, daß der Satz von 0,3 Prozent keineswegs so unbedeutend ist, wie er aussieht. Infolge des raschen Geldumlaufes wird die Steuer im Jahr rund zehn Milliarden Shekel (570 Millionen Mark) in die Staatskasse bringen.

Die Kapitalumsatzsteuer ist zur Abschöpfung überschüssiger Kaufkraft gedacht. Die Hauptsorge der Regierung Begin gilt jetzt jedoch dem wachsenden Außenhandelsdefizit infolge der zunehmenden Importe, die dabei auch israelische Erzeugnisse vom Markt verdrängen. Schutzzölle sind aufgrund von Israels Verträgen mit der EG unzulässig. Industrie- und Handelsminister Gideon Patt erhielt daher von der EG die Bewilligung zu einer Sonderabgabe, die zwar kein diskriminierender Einfuhrzoll ist, aber den gleichen Effekt hat.

Importeure werden bei der Bestellung von Waren aus dem Ausland 15 Prozent des Wertes der Ware hinterlegen. Sie bekommen die hinterlegten Beträge erst nach einem halben Jahr ohne Zinsen zurück. Infolge der hohen Inflationsrate (1982: 131,5 Prozent) wird das deponierte Geld zum Zeitpunkt der Rückerstattung nur mehr 40 Prozent seines ursprünglichen Wertes haben. Es ist daher gleichbedeutend mit einer Verteuerung der Importe um neun Prozent.

Der Präsident des israelischen Unternehmerverbandes, Eli Hurwitz, begrüßte diese Maßnahme, meinte aber sie sei nicht ausreichend. Sie würde nur Importe drosseln, aber nicht die Exporte fördern. Dazu sei eine beschleunigte Abwertung des israelischen Shekels notwendig. Nach dem jetzigen Wechselkurs sei der Shekel überbewertet und mache die israelischen Exporterzeugnisse konkurrenzunfähig.

Finanzminister Aridor behauptet, eine Abwertung, die über die jetzigen fünf Prozent im Monat hinausginge, würde die Inflationsrate noch mehr anheizen, weil in Israel alles indexgebunden ist. Es sind daher Stimmen laut geworden, sowohl in der Nationalbank wie auch an den volkswirtschaftlichen Lehrstühlen der Universitäten, die die Abschaffung der automatischen Indexierungen aller Löhne und Gehälter fordern. Dies jedoch würde die Histadrut, der allgemeine Gewerkschaftsverband, nicht zulassen. Zwischen diesen Klippen muß sich nun die israelische Wirtschaft hindurchschlängeln. (SAD)

Protest der kleinen Stahlerzeuger

WILHELM HADLER, Brüssel

Ungerecht behandelt fühlen sich die unabhängigen Stahlerzeuger in der EG. In einem an die Brüsseler Kommission gerichteten Protest beklagt sich ihr europäischer Verband EISA über eine „skandalöse Diskriminierung" gegenüber den in der Vereinigung Eurofer zusammengeschlossenen großen Stahlwerken. Die siebzig, vor allem italienischen Produzenten kritisieren nicht die geplante Verlängerung des Stahlkrisenmechanismus, sondern die Tatsache, daß ihnen nach den Plänen der Kommission keine höheren Quoten zugeteilt werden sollen als bisher. Die unabhängigen Unternehmen hätten anders als die meisten integrierten Stahlwerke keine staatlichen Beihilfen erhalten.

EISA gibt zu bedenken, daß der Ausnahmezustand auf dem europäischen Stahlmarkt durch die geplante Verlängerung um weitere zweieinhalb Jahre kaum noch als eine Übergangsregelung einzustufen sei. Artikel 58 des Montan-Vertrages verweise jedoch ausdrücklich auf die Notwendigkeit, die rationellste Verteilung der Produktion auf höchstem Leistungsstand zu sichern und eine „geordnete Ausweitung und Modernisierung der Erzeugung" zu gewährleisten. Bei der Verteilung der künftigen Quoten trage die Kommission diesen Gesichtspunkten nicht Rechnung. Die Produktionsmengen müßten auf der Grundlage der Wettbewerbsfähigkeit und realen Kosten der Unternehmen festgelegt werden.

GRIECHENLAND / Devisenreserven um die Hälfte geschrumpft

Sozialisten geben Kapitalflucht zu

E. ANTONAROS, Athen

Allen zweckoptimistischen Prognosen der in Athen regierenden Sozialisten zum Trotz steckt die griechische Wirtschaft in einem Tief. Das geht aus statistischen Angaben hervor, die der Minister für Nationalökonomie Gerassimos Arsenis nach langem Zögern jetzt bekanntgegeben hat. Neben der Arbeitslosigkeit und der weiterhin hohen Inflationsrate scheint die Schrumpfung der Devisenreserven der Regierung Papandreou große Sorgen zu bereiten.

Ende März 1983 waren die Devisenreserven gegenüber dem Vorjahresmonat fast um die Hälfte auf 857 Millionen Dollar zurückgegangen. Im ersten Quartal 1983 hatte sich das Leistungsbilanzdefizit hingegen auf 812 Millionen Dollar (1982: 636 Millionen Dollar) erhöht. Die schlechte Devisenlage und die ungünstige Gestaltung der Leistungsbilanz – für 1983 wird ein Defizit von 2,1 Milliarden Dollar vorausgesagt – sind weitgehend auf den Rückgang der Einnahmen aus der Schiffahrt und dem Fremdenverkehr zurückzuführen.

Zum ersten Mal gab Arsenis jetzt allerdings öffentlich die Existenz einer „umfangreichen" Kapitalflucht zu. Er beschuldigte „politische und Wirtschaftskreise, die griechische Wirtschaft absichtlich unterminiert" zu haben. Durch gezielte Gerüchte über eine angeblich bevorstehende neue Abwertung der Drachme hätten sie den illegalen Exodus von Millionenbeträgen ins Ausland regelrecht gefördert. Der schlechten Devisenlage wollen die Sozialisten mit einer in Griechenland einmaligen Maßnahme begegnen: Auch Inländern soll jetzt die Unterhaltung von Devisenkonten erlaubt werden.

Ob diese Maßnahme erfolgreich sein wird, bezweifeln die meisten Experten in Athen. Denn nicht etwa die von Arsenis angeführten Gerüchte, sondern die unbeständige, von sozialistischen Klimmzügen gekennzeichnete Politik der Regierung Papandreou hat zahlreiche Anleger veranlaßt, ihr Geld ins sichere Ausland, mit Vorliebe in die Schweiz, zu bringen.

Arsenis kündigte jetzt mit Deutlichkeit an, daß die Sozialisten fest entschlossen seien, ihre Politik, notfalls mit Hilfe von zusätzlichen Maßnahmen, durchzusetzen. Gleichzeitig mußte er allerdings kleinlaut zugeben, daß die Inflationsrate in den ersten fünf Monaten 1983 auf 11,4 Prozent (1982: 8,6 Prozent) gestiegen ist. Hingegen ist die Industrieproduktion im ersten Quartal 1983 um 2,9 Prozent zurückgegangen. Außerdem gibt es in Griechenland knapp 350 000 registrierte und offiziell nicht erfaßte Arbeitslose. Mit Hilfe eines staatlichen Sonderinvestitionsprogramms in der Höhe von knapp 300 Millionen Mark, hoffen die Sozialisten in den drei wichtigsten Städten Griechenlands 25 000 neue Arbeitsplätze schaffen zu können.

Für 1983 sagen die Sozialisten eine Zunahme des Bruttosozialproduktes um knapp 1,5 Prozent voraus. Aber die meisten unabhängigen Wirtschaftsexperten in Athen behandeln solche Prognosen mit größter Skepsis. Nach fast zwei Jahren an der Macht haben Papandreou und seine Mannschaft den Eindruck hinterlassen, daß sie nicht so ganz genau rechnen können. (SAD)

CREDITREFORM / 2,3 Millionen säumige Schuldner

Noch keine Insolvenz-Wende

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft zur Jahresmitte 1983 könne zwar als „zögernd optimistisch" bezeichnet werden. Aber auch bei weiterer Konjunkturbelebung sei noch nicht mit einem deutlichen Rückgang der Insolvenzwelle zu rechnen. Dieses Urteil stützt die größte deutsche Kreditschutzorganisation, der Verband der Vereine Creditreform e. V., Neuss, auf seine Schätzzahlen des ersten Halbjahres. Danach wird die Zahl der Unternehmenszusammenbrüche mit 6210 noch um 9,4 Prozent und die Zahl aller Insolvenzen mit 8360 um 12 Prozent höher als im Vorjahr liegen. Die 1982er Rekordmarke von 15 800 Gesamtinsolvenzen dürfte mithin 1983 zumindest noch leicht übertroffen werden.

Mit 54 Prozent aller Unternehmenszusammenbrüche bleiben die GmbHs auch 1983 an der Spitze der Insolvenzstatistik – und weiterhin traf das Fallbeil der Zahlungsunfähigkeit da vor allem junge Unternehmen mit bis zu vier Lebensjahren. Doch außerhalb der GmbHs registriert Creditreform ein „tendenzielles Abnehmen" der allgemeinen Gefährdung junger Unternehmen. Das habe wohl auch mit der erhöhten Bereitschaft von Existenzgründern zu tun, sich vor und im Gründungsstadium beraten zu lassen.

Um 9,9 Prozent auf 23 997 Fälle dürfte nach Schätzungen der Organisation die Zahl von Firmen-Neugründungen im ersten Halbjahr 1983 sinken, desgleichen aber auch um 5,9 Prozent auf 13 815 Fälle die Zahl der Löschungen im Handelsregister. Bedenklich bleibe die mit 79 Prozent sehr hohe Quote von GmbH-Neugründungen mit nicht mehr als dem Mindestsatz von 50 000 DM Stammkapital.

Im Zahlungsverhalten der Wirtschaft sieht Creditreform bisher nur „leichte Besserung in Teilbereichen". Die Scheckproteste waren im ersten Quartal 1983 mit 1,34 Mrd. DM um 4,3 Prozent höher als vor Jahresfrist, die Wechselproteste mit 330 Mill. DM um 41,6 Prozent höher. Ein weiteres Schlaglicht auf das „negative Zahlungsverhalten" biete die schon abenteuerlich hohe Zahl von 2,31 Mill. Eintragungen in die Schuldnerlisten der deutschen Amtsgerichte.

PHILIPS KOMMUNIKATIONS INDUSTRIE / Höchste Priorität für neue Produkte

Guter Start in eine vielversprechende Zukunft

DANKWARD SEITZ, München

Die nächsten Jahre sind so vielversprechend, daß die Philips Kommunikations Industrie AG (PKI), Nürnberg, der Klage über die schwierige Konjunktur in ihrem Geschäftsbericht 1982 nur ganze 34 Zeilen widmet. Der Blick ist in die Zukunft gerichtet, denn bis 1990 wird für die Informations- und Kommunikationsindustrie mit weltweit jährlichen Wachstumsraten von durchschnittlich 9 Prozent auf ein Marktvolumen von dann 407 (1980: 174) Mrd. DM gerechnet. Genauso stürmisch soll die Entwicklung in der Bundesrepublik verlaufen: Lag das Volumen 1980 noch bei 17,8 Mrd. DM, sollen es 1990 über 46 Mrd. DM sein.

Von diesem Kuchen will sich die PKI, Anfang 1982 mit völlig neuer Struktur als Nachfolgegesellschaft aus der Kölner Felten & Guilleaume Carlswerk AG hervorgegangen, ein gutes Stück abschneiden. Ziel des Vorstandsvorsitzenden Gert Lorenz ist es, „zumindest in der Größenordnung des Marktes" zu wachsen, wobei aber „immer dem Ertrag Priorität gegeben werden soll". Die Voraussetzungen dafür seien mit der Konzentration und ersten neuen Produkten in den Bereichen Übermittlungs- und Kabeltechnik, Text-/Datenverarbeitung und -kommunikation, optische Nachrichtentechnik sowie automatische Telefonsysteme geschaffen.

Ein Schritt in diese Richtung ist auch der geplante Neubau einer Glasfaserfabrik in Berlin mit vier anderen Kooperationspartnern (Investitionsvolumen rund 100 Mill. DM). Zwar sind die Verträge noch nicht unterschrieben, und auch das Kartellamt hat seine Zustimmung noch nicht gegeben, doch hofft man, bereits 1985 die Produktion von anfänglich 100 000 Faser-Kilometern pro Jahr starten zu können.

Um den Herausforderungen des Marktes gewachsen zu sein, räumt man bei PKI neuen Produkten höchste Priorität ein. Wie 1982 sollen, so Lorenz, auch künftig rund 125 Mill. DM für Forschung und Entwicklung aufgewendet werden – und dies bei freiem Zugang zu den Forschungslabors des niederländischen Philips-Konzerns. So wird verständlich, wenn Lorenz meint, daß „in fünf Jahren die Hälfte des Umsatzes bei PKI mit Produkten erzielt wird, die heute erst entwickelt werden".

In den ersten vier Monaten 1983 haben Umsatz und Auftragseingänge den Erwartungen voll entsprochen. Der Auftragsbestand erhöhte sich per Ende April gegenüber dem Vorjahr um 8,5 Prozent auf rund 730 Mill. DM und reicht über das Jahr 1983 hinaus.

Für das gesamte Jahr 1983 erwartet Lorenz eine Umsatzsteigerung von 10 Prozent auf rund 1,2 Mrd. DM. Das Auslandsgeschäft soll dabei um etwa 20 Prozent wachsen, womit sich der Exportanteil auf rund 25 Prozent erhöhen würde. Eine weitere Verbesserung des Ergebnisses soll dann auch die Zahlung einer wieder „anständigen" Dividende und eine erneute Stärkung der Rücklagen ermöglichen.

Schon in ihrem ersten Geschäftsjahr hat die PKI recht erfolgreich gearbeitet; ein Zahlenvergleich ist aufgrund der Neuordnung mit 1981 allerdings nicht möglich. Bei einem AG-Umsatz von 1,1 Mrd. DM – im Teilkonzern waren es 1,9 Mrd. DM – ist ein Ergebnis vor Steuern von 47 Mill. DM erzielt worden. Der Brutto-Cash-flow wird mit 141,1 Mill. DM und das Ergebnis je Aktie (nach DVFA) mit 12 DM angegeben.

Aus dem Jahresüberschuß von 22,1 Mill. DM wurden den Rücklagen 9 Mill. DM zugeführt. Die Eigenkapitalquote erreicht damit unter Berücksichtigung der Mitte 1982 durchgeführten Kapitalerhöhung von 112 auf 150 Mill. DM (Kurs 120 DM) nun 28 Prozent und stellt, so Lorenz, eine „solide Grundlage für die Zukunft" dar, zumal die verzinsliche Nettoverschuldung von 29 Prozent auf 13 Prozent zurückgeführt werden konnte. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, eine Dividende von 5 DM je 50-DM-Aktie auszuschütten; die jungen Aktien sind zur Hälfte gewinnberechtigt. Am Grundkapital ist die Allgemeine Deutsche Philips Industrie AG, Hamburg, mit 70 Prozent beteiligt; der Rest liegt in Streubesitz.

TEERBAU

Keine Impulse beim Straßenbau

dpa/VWD, Essen

Vom Straßenbau werden in diesem Jahr keine Impulse für die Wirtschaft kommen, meint Heinz Holberndt, Geschäftsführer der Teerbau Gesellschaft für Straßenbau mbH, Essen. Da Städte und Gemeinden größte Auftraggeber der Branche seien, werde die immer wieder beschworene Wende sich im Straßenbau erst dann einstellen, wenn die Kommunen ihre Haushalte so konsolidiert hätten, daß sie wieder mehr investieren könnten.

Der Schrumpfungsprozeß als Folge eines Verdrängungswettbewerbs in der Straßenbauindustrie werde sich daher 1983 „und wohl auch noch 1984" fortsetzen. Nach Meinung Holberndts werden die Straßenbauausgaben in diesem und dem nächsten Jahr wie schon 1982 nicht ausreichen, um den Ausbaubedarf und die notwendige Unterhaltung des Straßennetzes zu finanzieren. Für die Instandhaltung fehlten jährlich drei Mrd. DM. Den Wert des gesamten Straßennetzes in der Bundesrepublik bezifferte er auf rund 463 Mrd. DM (in Preisen von 1981).

Für sein eigenes Unternehmen – eine 100prozentige Tochter der Frankfurter Rütgerswerke AG – sieht Holberndt angesichts geringer Auftragsbestände in einem hartumkämpften Markt für 1983 „beim besten Willen noch keinen Silberstreifen am Horizont". Die Teerbau, die bereits 1982 mit einem Verlust von 0,8 Mill. DM abschloß, werde wohl auch 1983 rote Zahlen schreiben. Man hoffe jedoch, die Verluste in Grenzen zu halten. Trotz der schwachen Konjunktur hatte Teerbau 1982 seine Gesamtleistung noch um 1 Prozent auf 337 Mill. DM – in der Gruppe um 1,4 Prozent auf 551 Mill. DM – gesteigert. Das Unternehmen beschäftigte am Jahresende 2380 Mitarbeiter.

Arbed Saarstahl: Keine Besserung

dpa/VWD, Völklingen

Die Arbed Saarstahl GmbH, Völklingen, sieht trotz Anzeichen für eine Wirtschaftsbelebung noch keine nachhaltige Besserung ihrer Absatzsituation. Die wichtigsten Kunden Bauwirtschaft und Autoindustrie müßten erst ihren Weg aus der Rezession finden, bevor das Unternehmen mit einer Absatzbelebung rechnen könne.

Als Folge einer drastischen Verschlechterung der Marktsituation mit einem Mengen- und Erlöseinbruch im 3. Quartal hat sich 1982 die Rohstahlerzeugung von Arbed Saarstahl um 18,7 Prozent auf knapp 2,39 Mill. t verringert. Der Rückgang bei Walzstahlfertigungserzeugnissen lag mit 18,5 Prozent auf 1,94 Mill. t in gleicher Größenordnung.

Der Umsatz des Unternehmens ging 1982 gegenüber dem Vorjahr um 9,9 Prozent auf 2,18 Mrd. DM zurück. Die stark rückläufigen Erlöse, Kostensteigerungen und die unzureichende Auslastung der Kapazität führten, wie es heißt, zu einem erheblichen Betriebsverlust, der allerdings geringer als im Vorjahr (373 Mill. DM) ausgefallen sei.

Die Gesamtbelegschaft von Arbed Saarstahl wurde 1982 um 3246 auf 18 015 Mitarbeiter und im 1. Quartal 1983 um weitere 204 abgebaut.

Überschuß bei Veba leicht gestiegen

VWD, Düsseldorf

Der Überschuß des Veba-Konzerns im ersten Quartal 1983 ist dank eines „stabilen Ergebnisbeitrages" der Elektrizitätswirtschaft sowie eines insgesamt besseren Ergebnisses der Handels-, Verkehrs- und Dienstleistungsunternehmen leicht gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal auf 63 (61) Mill. DM gestiegen. Wie die Veba AG, Düsseldorf, in ihrem Aktionärsbrief mitteilt, haben auch die eingeleiteten Strukturmaßnahmen und Entlastungen bei den Rohstoffkosten im Chemiebereich zu einer Ertragsverbesserung geführt.

Der Außenumsatz des Veba-Konzerns nahm im ersten Quartal um 4,2 Prozent auf 12,14 (12,67) Mrd. DM ab, wobei sich die Dienstleistungsumsätze um 7,4 Prozent auf 4,6 (5,0) Mrd. DM und die Produktionsumsätze um 2,1 Prozent auf 7,5 (7,6) Mrd. DM verringerten. Allein die Elektrizitätswirtschaft des Konzerns weist einen Umsatzzuwachs von 7,9 Prozent auf 2,7 (2,5) Mrd. DM auf.

Die übrigen Produktionsumsätze fielen wie folgt aus (in Mill. DM): Mineralöl inkl. Petrochemie 3303 (3542), Chemie 1224 (1322), Hohlglas 128 (139), sonstige Produktion 154 (166). Diese Umsatzrückgänge waren den Angaben zufolge im wesentlichen mengenbedingt.

DEPFA / Zinssenkung im Laufe des Jahres erwartet

Hypothekengeschäft belebt

CLAUS DERTINGER, Wiesbaden

Die Zinsen am deutschen Kapitalmarkt und damit auch für Hypotheken werden im Laufe dieses Jahres noch weiter sinken, vermutet Ludwig Schork, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt, bei der Hypotheken mit fünf- und zehnjähriger Zinsbindung derzeit effektiv 9,20 Prozent kosten, was für die am meisten gefragte fünfjährige gegenüber Anfang April eine Verteuerung um einen vollen Prozentpunkt bedeutet. Positiv beurteilt Schork die Baupreisentwicklung. Nach einem Anstieg um nur 1,3 Prozent im ersten Quartal hält er für das gesamte Jahr einen Baupreisanstieg von weniger als zwei Prozent für realistisch.

Der Wiederanstieg der Zinsen im zweiten Quartal gab dem ohnehin lebhaften Hypothekengeschäft der Pfandbriefanstalt (Depfa) zusätzlichen Auftrieb. So haben sich die Hypothekenzusagen von Jahresbeginn bis Ende Mai gegenüber der gleichen Vorjahreszeit auf 1,9 Mrd. DM fast verdoppelt und damit bereits zwei Drittel des gesamten Vorjahresergebnisses erreicht. Gleichzeitig schrumpfte allerdings das Kommunalneugeschäft von 4,6 auf 2,6 Mrd. DM. Weiter zugenommen hat die Zahl der anhängigen Zwangsmaßnahmen. Per Ende 1982 waren es 579 Verfahren, Ende April bereits 657. Der Vorstand empfindet das zwar nicht als besorgniserregend; doch spiegeln sich die Schwierigkeiten mancher Kunden immerhin in einem Anstieg der Abschreibungen und Wertberichtigungen von 4,8 auf 16,3 Mill. DM wider.

Die Ertragsrechnung der Depfa wird davon freilich bei einem um 33 Prozent auf 104 Mill. DM verbesserten Betriebsergebnis nur unwesentlich tangiert. Besonders kräftig hat 1982 der Fiskus am Ertrag der überwiegend bundeseigenen Hypothekenbank partizipiert: mit 54,7 nach 36,9 Mill. DM. Aus dem Jahresüberschuß von 45,7 (40,2) Mill. DM werden 13 Mill. DM als sechsprozentige Verzinsung an die Eigner gezahlt und rund 33 Mill. DM in die offenen Rücklagen gesteckt. Danach und nach der Kapitalerhöhung um 114 auf 243,9 Mill. DM zur Bezahlung des Kaufpreises der Deutschen Bau- und Bodenbank (Bauboden) verfügt die Depfa über 756 Mill. DM Eigenmittel. Diese vor Jahren in Schwierigkeiten geratene Frankfurter Tochter hat sich 1982 übrigens sehr gut entwickelt, wie am Konzern-Jahresüberschuß von 83,8 Mill. DM zu erkennen ist.

EXPERT-GRUPPE / Kräftiges Umsatzplus

Mehr Video-Geräte verkauft

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Ein Umsatzplus von 12,2 Prozent auf 550 (im Vorjahr 490) Mill. DM hat die deutsche Expert-Gruppe, Hannover, im Geschäftsjahr 1982/83 (31. März) realisiert. Nach den Worten von Wolfgang Ruschemeier, Geschäftsführer der Bild + Ton Handelsgesellschaft mbH & Co. KG, die als Zentrale für die Expert-Handelsgruppe fungiert, waren bis auf Tonträger alle Produktgruppen an dem Wachstum beteiligt.

Gleichermaßen gut, so Ruschemeier, verlief das Geschäft mit Farbfernsehern und Video-Recordern. Allerdings führte der Preisverfall bei Video-Recordern um über 20 Prozent nominal nur zu einem Umsatz in Höhe des Vorjahres (105 Mill. DM), obwohl die Zahl der verkauften Geräte kräftig gestiegen ist. Nach dem Umsatzeinbruch im Vorjahr (minus 16 Prozent) hat die Gruppe im Hifi-Bereich wieder eine leichte Zunahme um 4 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wuchs der Umsatz der braunen Ware um 13 Prozent auf 375 (333) Mill. DM. Im Gegensatz zum Branchentrend erhöhte sich auch der Weiße-Ware-Umsatz um 12 Prozent auf 94 (84) Mill. DM. Der Bereich Installation und Leuchten wuchs um 6 Prozent auf 43 (40) Mill. DM, während das Schallplattengeschäft einen Rückgang um 4 Prozent auf 27 (28) Mill. DM hinnehmen mußte.

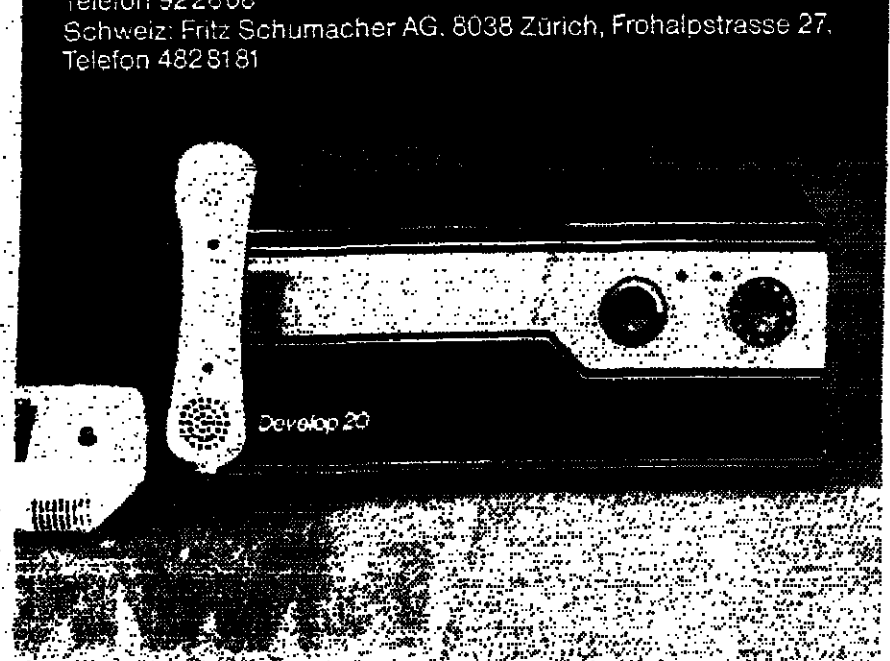
Die Entwicklung im laufenden Jahr wird erneut positiv eingeschätzt. In den Monaten April und Mai seien zum Teil hervorragende Ergebnisse erzielt worden. Impulse verspricht sich die Gruppe von der Funkausstellung in Berlin sowie neuen Produkten wie Bildschirmtext, Familien-Computer und der Compact Disc-Platte. An der Preisfront rechnet Ruschemeier mit Stabilität. Dies gelte auch im Vorfeld der Funkausstellung. Bei Video-Recordern – dort sind die Preise seit Weihnachten im Steigen begriffen – dürfte das Niveau Ende 1983 um rund 15 Prozent über dem des Vorjahres liegen.

Erneut verbessert hat sich in der Gruppe die Ertragslage. Die 257 (253) Gesellschafter, die 393 (377) Geschäfte repräsentieren, werden höhere Bonuszahlungen als im Vorjahr (17 Mill. DM) erhalten. Auch die Delkredere-Rückstellungen seien weiter aufgestockt worden. Die im Vorjahr eingeführte Eigenmarke „Kendo" will die Expert-Gruppe vor allem für neue Produkte stärker nutzen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Aschaffenburg: Anny Schuster, Inh. e. Fuhrunternehmens, Kleinostheim; **Betzdorf:** Klaus Josef Almoneit, Inh. e. Betriebes f. Werkzeugbau, Niederfischbach-Oberasdorf; **Dieburg:** Nachl. d. Rolf Fischer, Eppertshausen; **Essen:** ECOTRON Ges. f. elektronische Anlagen mbH; **Kleve:** Industrieanlagen Splinter GmbH Handel u. Montage, Goch; **Siegen:** Alfred Ziliox GmbH u. Co., Siegen-Weidenau; Ziliox Verwaltungs GmbH, Siegen-Weidenau; **Stuttgart:** Nachl. d. Günter Evers, Kaufmann; Gerhard Stähle, Rudersberg, Inh. d. Einzelfirma Gerhard Stähle, Vertrieb feiner Lederwaren, Rudersberg.

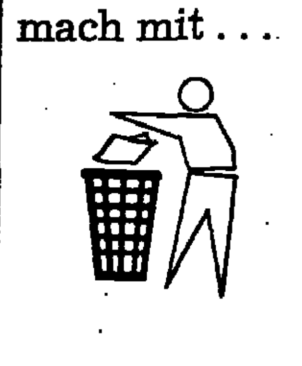
Vergleich beantragt: Wittlich: Marlene Schönenberg, Walsdorf.

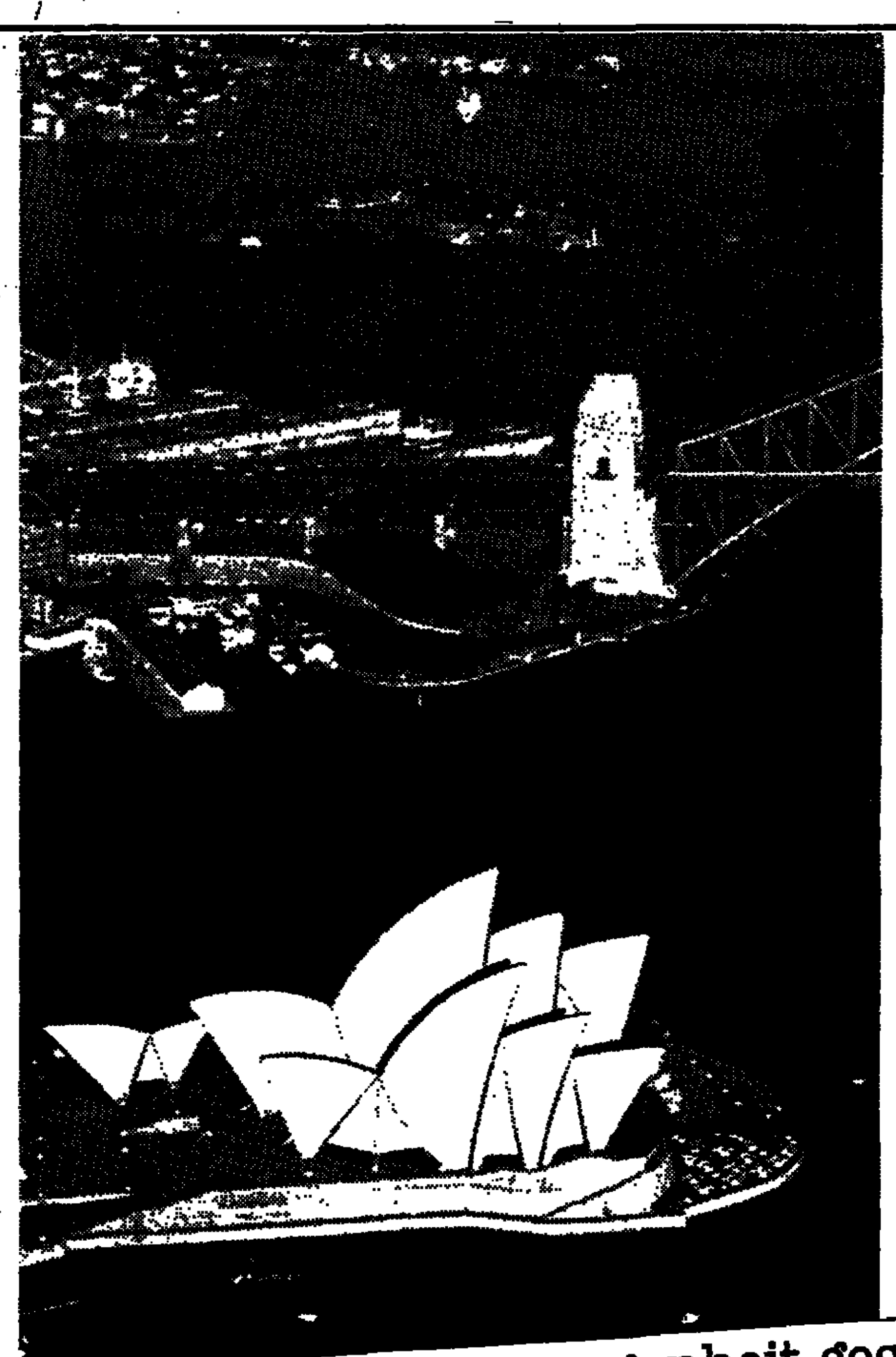














Rentenwerte etwas freundlicher

Am Rentenmarkt war die Stimmung durchweg positiver. Die neue achteinviertelprozentige Bundesanleihe war zum Ausgabekurs von 99,50 DM gesucht. Ältere öffentliche Anleihen zeigten nur vereinzelt geringfügige Minuskorrekturen. Überwiegend gewannen sie bis 0,5 Punkte. Auch DM-Auslandsanleihen tendierten freundlicher. Der Pfandbriefmarkt verkehrte ebenfalls mit höheren Kursen (plus 0,25 DM bis plus 0,50 DM) zuversichtlich.

Bundesanleihen

	Fälligkeit	7. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6bG
5 Bund 75 II	7/83	100,15G	100,2
5½ dgl. 78 I	1/84	99,7	99,7
6 dgl. 84 I	1/84	100G	100
8 dgl. 76 I	2/84	100,7	100,7
7 dgl. 77	3/84	100,25G	100,25
7½ dgl. 76 II	4/84	100,75	100,75
5 dgl. 78	5/84	99,05	99,1
6 dgl. 78 III	9/84	99,35	99,15
8¼ dgl. 76	9/84	101,9	101,9G
6 dgl. 78 IV	12/84	99	99
6¾ dgl. 79	1/85	99,3	99,2
8½ dgl. 73 I	3/85	102,3	102,25
7 dgl. 79	4/85	99,7	99,6
7¼ dgl. 79 II	6/85	100,3	100,15
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	101
8 dgl. 76 IV	10/85	101,3	101,2
5½ dgl. 78 II	3/86	95,6	95,5
5¾ dgl. 78	5/86	95,5	95,6
7¼ dgl. 78 I	12/86	98,7bG	98,4
6¾ dgl. 79	1/87	96,3	96,3G
7¼ dgl. 78 II	1/87	98,1	97,9
6¾ dgl. 77	4/87	96,75	96,75
6½ dgl. 77	7/87	95,95	95,95
6 dgl. 77	10/87	93,95	93,95
6 dgl. 78 I	1/88	93,95	93,6
6½ dgl. 78 I	9/88	95,3	95,4
6½ dgl. 78 II	12/88	95,05	95,1
6¾ dgl. 79	1/89	96,1	96,1G
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,55	96,3
10 dgl. 81	4/89	108	107,85
7½ dgl. 79 I	6/89	97,35	97,25
8 dgl. 79 I	7/89	99,4	99,3
8 dgl. 79 II	8/89	99,25	98,9
7½ dgl. 79 II	9/89	96,9	96,7
7¾ dgl. 79 II	11/89	97,85	97,55
7¾ dgl. 80 I	1/90	98bG	97,8
10 dgl. 80	4/90	109,1	109,1
5¾ dgl. 78	5/90	92,6	92,4
8¾ dgl. 80 I	7/90	100,2	99,9
8½ dgl. 80 II	11/90	100,2	99,9
7¾ dgl. 82	11/90	97	97,6
9 dgl. 81	2/91	104,25	104,1
10½ dgl. 81	7/91	111,2	111
10¾ dgl. 81	9/91	114,3	114,15
10 dgl. 81 II	12/91	110	109,75
9¾ dgl. 82 I	1/92	108,25bG	108,1
9¾ dgl. 82 II	3/92	108,6	108,45
6 dgl. 78 II	3/93	92,25	92
9,5 dgl. 82	4/92	107,35	107,25
9 dgl. 82	5/92	104,45G	104,25
8½ dgl. 82	6/92	101,7	101,25
9 dgl. 82	8/92	104,85bG	104,35
8¾ dgl. 82	9/92	102,9bG	102,75
7¾ dgl. 82	12/92	97	96,8
7½ dgl. 83	1/93	95,35	95,35
7½ dgl. 83 II	3/93	95,8	95,75
7½ dgl. 83 III	5/93	97	97
F 7¾ B.Obl.79 S.1	12/84	101,3	101,35
8 dgl. 80 S.2	2/85	101,5	101,5
8¼ dgl. 80 S.3	2/85	101,9	101,9
9¾ dgl. 80 S.4	3/85	103	103
8¾ dgl. 80 S.5	4/85	102,4	102,4
8½ dgl. 80 S.6	5/85	102,1	101,7
8 dgl. 80 S.7	6/85	103G	101,3
7½ dgl. 80 S.8	8/85	100,5	100,5
8¼ dgl. 80 S.9	10/85	102,1	102
9¾ dgl. 80 S.10	1/86	103G	103
9 dgl. 81 S.11	1/86	102,95	102,95
9¾ dgl. 81 S.12	3/86	104,8	104,8G
10 dgl. 81 S.13	3/86	105,05	105,05
9½ dgl. 81 S.14	4/86	104,2	104,2
10 dgl. 81 S.15	4/86	105,45	105,45
10½ dgl. 81 S.16	6/86	107	107
11 dgl. 81 S.17	8/86	108,45	108,45
10½ dgl. 81 S.18	10/86	107,5	107,5
10 dgl. 81 S.19	10/86	105,95G	105,95
9½ dgl. 81 S.20	11/86	104,75G	104,75
10¼ dgl. 81 S.21	11/86	106,9	106,9
10 dgl. 81 S.22	11/86	106,1G	106,1G
9½ dgl. 81 S.23	12/86	104,85	104,75
9¾ dgl. 82 S.24	1/87	105,2	105,15
9½ dgl. 82 S.25	3/87	104,35	104,25
9¼ dgl. 82 S.26	4/87	103,8	103,7
9 dgl. 82 S.27	4/87	103,1	103
8½ dgl. 82 S.28	5/87	101,55	101,45
9½ dgl. 82 S.29	7/87	104,55	104,45
9 dgl. 82 S.30	8/87	103,05	102,85
8¾ dgl. 82 S.31	9/87	102,2	102
8¼ dgl. 82 S.32	10/87	100,5	100,15
8 dgl. 82 S.33	11/87	99,6	99,45
7¾ dgl. 82 S.34	12/87	98,95	98,5
7½ dgl. 82 S.35	12/87	98,05	97,75
7¼ dgl. 83 S.36	3/88	96,95	96,5
6¾ dgl. 83 S.37	5/88	95,15	94,95
7 dgl. 83 S.38	5/88	95,95	95,6

Bundesbahn

	Fälligkeit	7. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdbahn 58	10/83	100,1G	100,1G
10 dgl. 73 II	11/83	101,7	101,7
7½ dgl. 72	2/84	100,55	100,6
8 dgl. 72	9/84	101,7	101,7
8¼ dgl. 76	9/84	101,95	101,95
6 dgl. 78 III	11/84	99	99
6½ dgl. 79	2/85	96,9	96,9
8½ dgl. 73	2/85	101,95	101,95
7 dgl. 77	2/87	97,1	96,9
F 6 dgl. 77	9/87	94,25	94,1
6 dgl. 78 II	7/88	93,05	92,8
6½ dgl. 77	5/89	94,25	94
8 dgl. 79 I	7/89	100	100,1
6 dgl. 78 I	2/90	91,35	91,2
8 dgl. 80 II	7/90	99,4	99G
9 dgl. 81	3/91	104,6	104,4
10½ dgl. 81	8/91	112,2G	113,35
10¾ dgl. 81	11/1	112,2G	112,1
8 dgl. 80 I	2/92	99,4	99,2
10 dgl. 82	2/92	111,15	111,15G
9¼ dgl. 82	7/92	108,2	108
8 dgl. 82	11/92	98,9	98,5
7¾ dgl. 83	1/93	98,35	98,05

Bundespost

	Fälligkeit	7. 6.	8. 6.
F 4 Abl. 57-	4/84	100,6G	100,6G
5½ Bdpost 58	10/83	100,1G	100,05G
6 dgl. 63 II	7/83	100G	100,1G
8 dgl. 72 II	12/83	101,15	101,15
8½ dgl. 68	6/88	98,5	98,5G
8 dgl. 72 I	9/87	101,6	101,5
10 dgl. 81	3/89	108,85	108,85
10¼ dgl. 81	6/89	109,35	109,15
8 dgl. 80	3/90	99,45bG	99,2
7¾ dgl. 80	9/90	97,9	97,6
8¾ dgl. 80	12/90	103,2	103,15
10½ dgl. 81	10/91	112,8	112,7
9¾ dgl. 82	2/92	108,95	108,75
8¾ dgl. 82	8/92	103,15	102,9
8½ dgl. 82	10/92	101,6	101
7¾ dgl. 83	2/93	98,4	98,25

Länder – Städte

	Fälligkeit	7. 6.	8. 6.
S 5½ Bd.-Wttbg. 58	83	100G	100G
6 dgl. 71	83	100,5G	100,5G
6¾ dgl. 78	86	96,25	98,25
8¾ dgl. 82	92	100	99,8G
M 7 Bayern 66	86	100,25G	100,25
6½ dgl. 67	87	100G	100G
6 dgl. 68	85	98,25	97,75G
7 dgl. 72	84	100,2G	100,2G
7½ dgl. 76	84	100,6	100,6
6 dgl. 78	88	91,5	91,5
8¾ dgl. 80	90	103G	103G
8¾ dgl. 82	90	102,3G	102G
7½ dgl. 83	93	96,25G	96,25
B 8½ Berlin 70	85	102,5G	102,5
8 dgl. 72	85	101,5	101,5G
7½ dgl. 76	84	100,75	101,1
7 dgl. 77	85	99,8G	99,8G
6½ dgl. 78	88	97,25G	97,25G
8¾ dgl. 80	88	105G	105
Br 7¾ Bremen 71	87	100,25G	100,25
8 dgl. 72	87	101	101G
7½ dgl. 83	93	95,75G	95,75G
H 8½ Hamburg 70	85	101,6	101,6
6¾ dgl. 77	92	94,2G	94,1G
8 dgl. 80	92	98,7	98,7
9¾ dgl. 82	92	107,5	107,5
7½ dgl. 83	92	95,6	95,8
F 8 Hessen 71	86	100,75	100,75
6¼ dgl. 78	88	92,75	92,5
Ha 6 Nieders. 69	84	99,6G	99,6G
8½ dgl. 70	85	101,8G	101,8G
7½ dgl. 72	87	99,3G	99,3G
8 dgl. 72	87	99,5	99,3
7½ dgl. 79	87	98G	97,8bG
7¾ dgl. 82	92	96	95,5
D 7½ NRW 71	83	100,35	100,2bG
8 dgl. 75	83	100,05bG	100,05bG
7½ dgl. 83	93	94,5	95bG
F 8 Rhld.-Pf. 64 II	84	99,2	99,5G
8 dgl. 71	86	100	100
F 8½ Saar 70	85	101,25	101,25
7 dgl. 72	87	97,9G	97,9
6 dgl. 78	88	92	91,25
H 5½ Schl.-H. 59	84	99,4G	99,4G
6 dgl. 64 II	84	99,7G	99,7G
7¼ dgl. 72	87	99,25	99,25G
8½ dgl. 73	85	102	102
D 7 Essen 72	85	100,2bG	100,2bG
M 6 München 64	84	99,5G	99,5G
S 6 Stuttgart 63	83	100G	100G
7½ dgl. 71	86	100,25G	100,25G
7¾ dgl. 72	87	100	100

Bankschuldverschreib.

	7. 6.	8. 6.
F 6 Allg. Hypo. Pf 1	82	82
6½ dgl. Pf 5	86G	86
7 dgl. Pf 2	99	100
F 7½ Bahnk Pf 104	92G	92G
9 dgl. Pf 106	105,4G	105,4G
10 dgl. Pf 108	109	110,5G
7 dgl. KS 132	96,6G	96,6G
8 dgl. KS 155	100,75T	100,75T
9 dgl. KS 189	104,2G	104,2G
M 5½ Bayer.Habz Pf 14	89,25G	89,25G
6 dgl. Pf 20	81G	81G
6½ dgl. Pf. 2	83G	83G
7 dgl. Pf 3	93G	93bG
7 dgl. Pf 27	100,5G	100,5G
6½ dgl. KS 14	94,75bG	94,75bG
7½ dgl. KS 27	100,9G	100,9G
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	120G	120G
5½ dgl. Pf 11	127,5G	127,5G
6 dgl. Pf 34	77G	77G
8 dgl. KO Pf 50	100G	100G
6½ dgl. Pf 10	84G	84bG
6 dgl. KS 1	98,25G	98,25G
M 6 Ldz. Aufb. IS 15	94,75G	94,75G
6 dgl. IS 16	93,25G	93,25G
6 dgl. IS 17	92,5G	92,5G
8½ dgl. KO 40	101,5G	101,5G
8½ dgl. KO 48	101,5G	101,5G
M 7½ Bay.Lbkoz. Pf 103	99G	99G
9½ dgl. Pf 105	103G	103G
10 dgl. KS 307	103,25G	103,25G
9½ dgl. IS 728	103G	103G
M 5 Bayer. Verbk. Pf 11	115G	115G
5½ dgl. Pf 26	79bG	79bG
6 dgl. Pf 4	89bG	89G
6½ dgl. Pf 3	86G	86G
6½ dgl. Pf 12	86G	86G
7 dgl. Pf 20	97G	97G
B 5 Berl. Pfandb. Pf 7	–	–
7 dgl. Pf 31	99G	99G
6 dgl. Pf 34	95,5G	95,5G
6½ dgl. Pf 37	98,5G	98,5G
8 dgl. Pf 51	101G	101G
Ha5 BrHann. Hypo. Pf 1	116G	116G
7 dgl. Pf 80	84G	84G
7½ dgl. Pf 87	89,25G	89,25G
6 dgl. KS 29	77G	77G
7 dgl. KS 30	96,75G	96,75G
D 5 Dt.Centbod. Pf 44	118G	118G
5 dgl. Pf 54	112,5G	112,5G
6 dgl. Pf 109	82G	82G
6½ dgl. Pf 123	89G	89G
8½ dgl. Pf 141	88G	88G
7 dgl. Pf 143	93G	93G
8½ dgl. Pf 191	101,25G	101,25G
7 dgl. KO 113	100G	100G
9 dgl. KO 217	102,5G	102,5G
9 dgl. KO 215	103G	103G
9½ dgl. KO 218	103,9G	103,9G
H 5½ DG-Hypobk. Pf 21	115G	115G
5½ dgl. Pf 50	78G	78G
6 dgl. Pf 84	100,1G	100,1G
9 dgl. KS 139	102,9G	102,9G
F 8 Dt.Gen.bk. Pf 216	100,5G	100,5G
9 dgl. Pf 239	102,4G	102,4G
H 5½ DG-Hypobk. KS 9	108,5G	108,5G
7 dgl. KS 35	97,8G	97,8G
F 5¾ Dt.Gen.bk. IS 70	90,5G	90,5G
6 dgl. IS 71	99,25	99,25G
6¾ dgl. IS 79	95,3	95,3
6¾ dgl. IS 80	99,75	100
F 6 Dgz.Dt.Komm.KO55-4	82G	82G
6 dgl. KO 46	79G	79G
7 dgl. KO 97	100,1	100,2G
7½ dgl. KO 185	94,9G	94,9G
9 dgl. KO 129	102,8G	102,8G
10 dgl. KO 125	102,75G	102,75G
Ha5 Dt. Hyp. Hann. 46	81G	81G
6 dgl. Pf 91	82,6G	82,6G
7 dgl. KS 101	99,5G	99,5G
10 dgl. KS 134	104,45G	104,45G
8¾ dgl. KS 140	102,55G	102,55G
Br 5 Dt.Hyp.F-BR Pf 41	107G	107G
4 dgl. Pf 57	99G	99G
5 dgl. Pf 87	70	70
7 dgl. Pf 123	97,15G	97,15G
Br 5½ Dt.Hyp.F-BF KS 74	81G	81G
6 dgl. KS 86	81G	91G
6¾ dgl. KS 259	96,55G	96,55G
F 5 Dt. Pfandbr. Pf 82	73G	73G
5½ dgl. Pf 59	80G	80G
6 dgl. Pf 182	80G	80G
B 9 Dt.Pf.Wf. Bd. 482	103G	103G
Br 7½ Dt. Schiffsbk. Pf 33	100G	100G
8 dgl. Pf 48	100,5G	100,5G
5½ dgl. Pf 62	88,9G	88,9G
6½ dgl. Pf 65	97,75G	97,75G
8½ dgl. Pf 60	93,5G	93,5G
6¾ dgl. Pf 74	97,5G	97,5G
6¾ dgl. Pf 76	94,4G	94,4G
Br 6½ dgl. Pf 77	91,75G	91,75G
6 dgl. Pf 42	91,75G	99,5G
8½ dgl. Pf 47	99,55G	101,25G
F 5 Ffr. Hypobk. Pf 66	101,75G	101,75G
5½ dgl. Pf 53	89,5G	89,5G
6 dgl. Pf 79	78G	78G
6 dgl. Pf 130	90G	89,55G
8½ dgl. Pf 133	88,5G	88,5G
10 dgl. Pf 168	100,9G	100,9
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	114G	114G
6 dgl. 14	89,25G	89,25G
6 dgl. 47	79G	79
9 dgl. IS 44	100,15G	100,15G
10 dgl. IS 46	100,2G	100,2G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	91,05G	91,05G
8 dgl. Pf 73	99G	99G
4 dgl. KO 5	97G	97G
H 6 Hyp.f.Hbg. Pf 45	79	79
5½ dgl. Pf 80	87,75G	87,75
8 dgl. Pf. 248	100,65	100,65
9 dgl. KO 125	100,7G	100,7G
8 dgl. KO 175	99,7G	99,7G
9 dgl. KO 259	101,5G	101,5G
9¾ dgl. KO 282	103,3G	103,3G
F 5 Lbk. Rhpfalz Pf 4	112G	112G
5 dgl. Pf 12	70G	71,5G
7 dgl. Pf 25	91,75G	92,5G
10 dgl. Pf 40	102,75G	104G
6 dgl. KO 30	99,25G	99,75G
9¾ dgl. K 84	103,75	103,75
F 4½ Lbk. Saar Pf 5	101G	101G
5½ dgl. Pf 11	86,5G	86,5G
7 dgl. Pf 12	90,5G	90,5G
4½ dgl. KO 6	100,5G	100,5G
5½ dgl. KO 4	101G	101G
7½ dgl. KO 80	101G	101G
8½ dgl. KO 81	98G	98G
S 8½ LKbK Badw. Pf 8	100,5G	100,5G
6 dgl. Pf 28	87G	87G
6 dgl. Pf 49	85G	85G
8 dgl. KS 1	100G	100G
8¾ dgl. KS 8	100G	100G
H 6 Lbk.S-Holst.Pf 88	84,5G	84,5G
7 dgl. Pf 97	88,75G	88,75G
10 dgl. Pf 32	102G	102G
10 dgl. Pf 33	103,75G	103,75G
6½ dgl. KS 78	98,5G	98,5G
10 dgl. IS 95	106,75G	106,75G
11½ dgl. IS 96	110,75G	110,75G
M 5½ Mnch.Hypo.Pf 100	84,5bG	85,5G
6 dgl. Pf 118	100G	100G
H 4½ Nordhyp.WBK Pf 24	101G	101G
6½ dgl. Pf 42	98G	98G
Hn7 Nord. Lbk. Pf 1	94G	94G
7½ dgl. Pf 4	91,5G	91,5G
8 dgl. Pf 10	101,15G	101,15G
9 dgl. KO 53	102,6G	102,6G
7½ dgl. IS 6	98,7G	98,7G
10 dgl. IS 37	103,8G	103,8G
F 5 Pfalz Hypo. Pf 48	108G	108G
6 dgl. Pf 58	82,15G	82,15G
6 dgl. Pf 95	80G	82G
7 dgl. Pf 114	101G	101G
D 5 RW Bodencr. Pf C	120bG	120bG
5½ dgl. K	109G	109G
4 dgl. Pf 18	100G	100G
6 dgl. Pf 28	91G	91G
6½ dgl. Pf 67	86,5G	86,5G
5½ dgl. KO J+E	– Zhg	– Zhg
8½ dgl. KO 58	103,75G	103,75G
7½ dgl. KO 77	100G	100G
S 5 RhHyp. Mannh. Pf 59	110G	110G
5½ dgl. Pf 109	70G	70G
7 dgl. Pf 125	95G	95G
7 dgl. Pf 128	89G	89G
8 dgl. Pf 177	105G	105G
9 dgl. Pf 187	101,8G	101,8G
6 dgl. KS 77	80G	80G
6½ dgl. KS 80/1	100G	100G
8½ dgl. KS 110	100,5G	100,5G
Br 5 St. Kr. Ol-Br Pf 17	110G	110G
5½ dgl. Pf 24	104G	104G
5 dgl. Pf 36	82G	82G
5½ dgl. Pf 43	82,75G	82,75G
6 dgl. Pf 58	77,25G	77,25G
7 dgl. Pf 61	88,5G	88,5G
8 dgl. Pf 70	99,5G	99,5G
9 dgl. Pf 68	102,4G	102,4G
H 6 Schiffshyp. Pf 23	97G	97G
7½ dgl. Pf 45	100,2G	100,2
M 6 Südboden Pf 41	87G	87bG
5½ dgl. Pf 57	76G	76G
6½ dgl. Pf 143	94,75G	94,75
7 dgl. Pf 87	92bG	92G
7½ dgl. Pf 104	95G	95G
7 dgl. KS 49	92G	92G
7½ dgl. KS 81	98,5G	98,5G
8 dgl. KS 133	98,5G	98,6G
8½ dgl. KS 132	101,25G	101,2
9 dgl. KS 185	100,25G	100,2
9½ dgl. KS 171	103,5G	103,5
M 5 Verbank Nbg. Pf 55	105G	105G
6 dgl. Pf 98	77G	77G
7 dgl. Pf 100	98,5G	98,5G
D 8 WestLB Pf 350	102,05G	102,0
6¾ dgl. Pf 403	97,5G	97,5G
9¼ dgl. Pf 1007	107,9G	107,9
8 dgl. Pf 1015	99,95G	99,95
7 dgl. KO 556	102bG	102bG
5¾ dgl. KS 420	95,75G	95,7
9¼ dgl. KO 1301	106,85G	106,8
8½ dgl. RS 1278	103,2G	103,2
8 dgl. IS 1512	98,25T	99,4G
8 dgl. IS 1520	99,65G	99,85
6½ dgl. IS 679	94,8G	94,6G
7½ dgl. IS 1503	101,5G	101,5
D 4 Westf. Land. Pf 4	98,5G	98,5G
6 dgl. Pf 16	94,5G	94,5G
8½ dgl. Pf 19	88,5G	88,5G
7 dgl. Pf 20	91G	91G
D 8¼ Westf.Hypo. Pf 550	101,3G	101,3
9 dgl. Pf 564	102,65G	102,6
9¼ dgl. KS 294	103,8G	103,8
S 6 Wür. Hypo. Pf 84	78G	78G
7 dgl. KS 58	99G	99G
S 6¾ Wür. KoLa Pf 1	88,35G	88,35G
7 dgl. Pf 5	100,15G	100,15

Sonderinstitute

	7. 6.	8. 6.
D 6 DSLB Pf 28	83,5G	83,5G
6 dgl. Pf 47	79G	79G
7 dgl. Pf 83	88,5G	88,5G
5½ dgl. PF 90	93G	93G
8 dgl. Pf 104	97,5G	97,5G
8 dgl. Pf 165	98G	98G
5½ dgl. RS 45	97,5G	97,5G
6 dgl. RS 73	95G	95G
8 dgl. RS 120	99,5G	99,5G
8½ dgl. RS 153	101G	101G
7 dgl. RS 162	93,75G	93,75
9½ dgl. RS 172	103,5G	103,5
9 dgl. RS 188	103G	103G
10 dgl. RS 193	105G	106G
11¼ dgl. RS 195	106G	106G
D 6 IKB Abl. 69	100G	100G
6½ dgl. 69	100G	100G
F 7½ KfW 70	101,1G	101,1
8 dgl. 70	102G	102
8 dgl. 76	100,75	100,75G
7¼ dgl. 79	98,1	98,1
10 Kredit 81	109,5	109,5
F 8½ Krd.Wied.aufb. 82	100,8	100,5
F 6 Lwd.Rentbk. RS 13	100,15G	100,15G
6 dgl. RS 14	99,8G	99,8
6 dgl. RS 15	95G	95G
6 dgl. RS 16	94,75G	94,7
6 dgl. RS 18	100G	100
6 dgl. RS 19	95,5	95,5
6 dgl. RS 20	99G	99G
6 dgl. RS 21	98G	98G
5 dgl. RS 26	98,5G	98,5
8 dgl. RS 29	100G	100G
6½ dgl. RS 60	95,5G	95,5
7 dgl. 94	94T	94T
7 dgl. 99	99,25	99,25G
8 dgl. 101	98,25	98,25G
7½ dgl. 102	96	97,5G
9½ dgl. 126	104,25G	104,25G
D 7¾ LAG TS 76	100,7G	100,7G
8 dgl. TS 76	101,9G	102G
6½ dgl. TS 77	95,9G	95,9G
5½ dgl. 78	92,2	92,4
7 dgl. 79	97,6	97,6

Industrieanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 6 Badenwerk 64	99,25G	99,25G
6 dgl. 78	94,25	94,25
5 BASF 59	97,75T	97,75T
5 Bayernw. 59	97,75G	97,75G
F 8 Chem. Hüls 71	100,75	100,25
7¾ Cont. Gum. 71	99,5	99,5T
6 Dt. Texaco 64	99,25G	99,25G
6 Gelsenb. 64	99,5T	99,5T
5 HEW 58	99,8G	99,8G
5¾ dgl. 62	96,25G	96,25G
6 dgl. 63	99,8G	99,8G
7½ dgl. 71	99,8G	99,8G
7¾ dgl. 71	100G	100G
4½ Harpen 59	1850G	1845G
6 Hoechst 64	99,7	99,5
6 Hoesch 64	99G	99G
7½ dgl. 71	99,5T	99
7½ Karstadt 71	99,5G	99,5
7½ Kaufhof 71	99,5G	99,5G
7¾ dgl. 71	99,5G	99,5G
7½ dgl. 76	98,5G	98,5G
6 Klöckner W. 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	98,25G	98,25G
8 dgl. 72	99,9	100,25
6 Krupp 64	99,5bG	99,5G
6 Linde 64	99,5G	99,5
5 Mannesmann 59	97,75G	97,5G
6 Mosellkraft 63	99,25bG	99,25T
6 NWK 58	99,8G	99,8G
6 dgl. 61	98,3G	98,3G
6 dgl. 62	97	96,5T
6 DbDon. Krwk. 64	95T	95T
5½ Ost.BayK. 58	99,5G	99,5G
D 6 Rat.Vdb. Stk. 68	98,5T	98,25G
F 5½ Rh.Briw. 58	98,25G	98,25G
6 dgl. 63	95,5T	95,25T
6 dgl. 65	95,5G	95,5
5½ RWE 58	98,5G	98,5G
6 dgl. 63	96T	95,6T
6 dgl. 65	95,5G	95,5G
7¾ dgl. 71	99,85G	99,85
7 dgl. 72	98,5T	98,5T
6 Rh.-M.-Don. 62	95,75G	95,75
6½ dgl. 66	98,5G	98,5G
6 Schleswag 71	100,1G	100,1G
5 STEAG 58	99G	99G
6 Thyssen 63	99,5T	99,5T
7½ dgl. 71	99,25	99,25T
8 dgl. 72	100,5bG	100,7T
7¼ dgl. 77	98,25G	98,25G
5 Veba 59	98,5T	98,75T
8 VEW 71	100,1G	100,1
6¾ dgl. 77	96T	95,75T
7 VW 72	98G	98G
5½ Wintersh. 58	99,5G	99,5G

Wandelanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 4¾ AKZO 69	86bGT	86,5T
3½ All Nippon 78	91,75	91,75
3½ Asahi Opt. 78	110	112,5
4¾ Canon Inc. 77	363G	373
3½ Cas. Comp. 78	240T	245G
5 D Bk. Lux. 77	99,7	99,7
5¾ Daiei Inc. 80	113,5	112,75
4½ Fujitsu Lim. 78	432G	440G
5 dgl. 79	291	295G
5½ Hoogovens 68	83G	83G
3½ Izumiya Co 78	93G	93G
3½ Jusco Co. 78	95,7G	95,75G
4 Kansai El. 79	100,25G	100,25
6 Konishiroku Pho. 81	120,5	120G
6¾ dgl. 82	117	117
6 Komatsu 76	151	151G
3½ Komaken 78	94G	94,5G
7½ Kraft Inc. 70	111	111G
3½ Marudai F 78	93	93,25G
6 Michelin Int. 70	91G	94G
5½ Minolta 77	164G	164G
4 dgl. 79	128G	127,5G
6½ Mitsub. Ch. 75	178G	178,5G
6,75 Mitsub. H 81	123G	123G
6 dgl. 81	104T	103G
6 Nichii Co Ltd 80	114G	114G
7 Nippon Sh. Gt. 82	115G	115G
3¾ Nippon Sh. 78	145G	145G
3½ Nissan Mot. 78	93	93,1G
4 Nisshin Steel 78	134G	134G
6½ Océ v. d. Gr. 69	100G	100G
3½ Olympus 78	223	–
3¾ Omron Tat 78	272G	272G
4¾ Orient Fin 79	230G	227G
3½ Ricoh Comp. 78	151T	151T
6¼ Rothm. Int. 72	94	93,5
3¾ SankyoElec. 78	103,5G	103,5
3½ Sanyo Elec. 78	180	183T
3¾ Seiyu Stores 78	95,25G	95,25G
6¼ Sekisui 78	155G	155G
3½ Stanley 78	101	103,25
6 Taiyo Yuden Co. 82	120T	124G
5 Texaco Int. 66	96,8	96,8
3½ Tok. Elec. 78	363T	365G
4¾ Tok. Sanyo 77	272T	282T
4 Tokyu Land 79	100G	100G
3½ Trio Kenw. 78	99,75G	101,5
6½ Uny Ltd. 79	123G	123G

Optionsscheine

	7. 6.	8. 6.
F 11 BASF 82	38,1	35,5
7¼ Bayer Fin. 78	35	34,8
10½ Bayer Fin 82	41	39
6¾ Ciba-Geigy 75	750	750
3½ Commerzbk. 78	45,6	45
4½ Dr. Bk. Comp. 77	131	125,8
10 Hoechst 75	179,8	175,2
6¾ dgl. 79	40,7	38,2
8 Hoechst 83	51	51
7½ Jap Syn.Rubber 82	1080	1078
Mitsui 82	313	310
7¾ Siemens 83	137,5	131,5
5½ Wella F. 73	297	290

Optionsanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 6½ BASF 74 m O	138,5	138
6½ BASF 74 oO	102,8	102,5
M 3½ Stumpf 88 mO	142TB	143TB
M 3½ Stumpf oO	75G	75G

Währungsanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 8 Brasilien 72	99,45	98,75G
6¼ Kopenhagen 72	97	95,5
7,875 Norwegen 78	–	–
9½ dgl. 78	100,25	100,25

Optionsanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 3½ ComBk. Int. 78 mO DM	107G	106,5G
F 3½ dgl. 78 oO DM	87,5	87,25
4½ C F DT. Bk. 77 mO $	125,5G	125G
4½ dgl. 77 oO $	82,5	81,75
7½ Jap. Synth. 82	139,5G	139,5G
7½ dgl. 82 oO	99,35	99,25
F 6½ Wella F. 73 mO DM	123T	123T
6½ dgl. 73 oO DM	97	96,5

Optionsscheine

	7. 6.	8. 6.
F 6½ BASF 74	52,1	51,3
Stumpf 78	62bG	60bG

Wandelanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 5 Bayer 69	100,9	100,9
5 Bay Wa 75	125	125
H 8 Beiersdorf 82	162G	161G
F 4½ Commerzbk. 78	99,1bG	98,9
D 9 Sinzes 74	317	317

Privatplazierungen

DM-Auslandsanleihen

	7. 6.	8. 6.
F 6 AKZO 84	98	98
6½ dgl. 86	98,75	98,75
7¾ Arbed 83	98,25T	98,25T
7½ dgl. 86	86,75	86,75
9 dgl. 87	93,25T	93,25T
F 6¾ Ardal 89	96G	96G
10 dgl. 88	104,75T	104,75T
8 Austr. 87	103	103
8¼ dgl. 87	103,25	103,25
F 7½ BEC 83	100G	100G
5 CFDB 84	99,6	99,6
6½ Estel 84	95,25G	95,25G
6¾ dgl. 85	95G	95G
8¾ dgl. 87	94,25G	94,25G
6½ Eurafom 91	93G	93G
F 8¾ Eurofima 87	99,5G	99,5G
10 dgl. 89	107G	107G
6 EIB 88	93,5T	93,5T
6½ Lufthansa 86	99,5G	99,5G
6 Montanunion 90	94,75G	94,75G
6½ Ö. Ko. Bk. 84	99,5G	99,5G
7½ Parker-H. 87	98G	98G
8 S. A. R. 83 I	100G	100G
8 dgl. 83 II	99,9G	99,9G
7½ Schweden 89	98,75G	98,75G
F 6¾ Weltbank 83	100G	100G
6½ dgl. 85	99,5G	99,5G
7½ dgl. 87	99,75	99,75
7¾ dgl. 90	100	100
9 dgl. 88	105G	105G
8½ dgl. 88	102,75G	101,5G
7¾ dgl. 89	102G	102G
9½ dgl. 89	105G	105G
8 dgl. 90	100,5	100,5
11 dgl. 91	113,75	113,75

Anmerkungen:
- Zinsen steuerfrei
Pf = Pfandbriefe
KO = Kommunalobligationen
KS = Kommunalschatzanweisungen
IS = Inhaberschuldverschreibungen
RS = Rentenschuldverschreibungen
S = Schuldverschreibungen
(Kurse ohne Gewähr)
B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Hn = Hannover, M = München, S = Stuttgart

Ausländische Aktien

	7. 6.	8. 6.
F L'Air Liquide	150	155G
D Akzo	51,9	51
F Alcan	84	85
F Alcoa	98	100
F Alg. Bk. Nedld.	306	305
F All Nippon Air	3,5T	3,5T
F Amax	73	73,5
F Am. Cyanamid	117G	122
D American Expr	175G	177
D Am Motors	24,8	24,9
F Am T & T	166G	168
F Amro Bank	49,9	49,5
M Anglo Am. Gold	304	304
F Anglo Am.m.O.	54,3	53,8
F dgl. o.O.	53,7	54
F Arbed	55G	55G
F Asahi Chem.	3,25	3,3T
M Atl. Richfield	113,5G	114,5
H Atlas Copco	38T	40G
M Avon	83,9	82,4
F Bell Canada	22,4	22,2
F Banco Central	25,8	26
F Banco de Bilbao	20,5bG	20,5bG
F Banco de Santander	18,05bG	18,1
F Banco de Vizcaya	32	32,3
F Banco Hisp. Americ.	19,6	19,6
D Beatrice Foods	70G	72G
D Bell Canada	56	55G
F Black & Decker	55bB	54,5
F Boeing	110	111,1
F Bowater	8,85	8,9
D BP	15,8	15,85
M Broken Hill	16	18,45
F Bull	13,2G	13,2G
F Cdn Pacific	92	92,7
F Canon	15,4T	15,9
F Casio Comp.	14,75	14,95
F Caterpillar	118	118,5
D Ch Manhattan	144	145G
F Chrysler	72	79,5
M Citicorp.	105,3	106,4
F City Investing	90G	88,5
F Coca-Cola	140	143
D Colgate	60	58bG
F Cons. Gold F.	21,4	21,8
D Com. Group	110,5G	112G
F Control Data	147	147
M CRA	11,6G	11,95
M CSR	8,25	8,5
F Dart & Kraft	179	179G
M De Beers Cons.	21,4	22
F Deere Comp.	93	92,8
F Diam Shamr	57	57,5
M Digital Equipm.	302,5	295,5
M Disney Prod.	183,4	188,9
M Dome Petroleum	12,35	12,65
D Dow Chemical	86	86,5
D Dresser	52,5	52
D DuPont	122	122,5
M East Drief. Gold	83,8	85B
D East Air Lines	21,5	21,1
F Eastman Kodak	188,7	191,5
F Elf Aquitaine	56	58
F Emhart	138G	138G
D Ericsson	154T	152T
D Esmark	172G	170exD
D Exxon	86,9	86,9
D Fiat St.	4,65T	4,65B
D dgl. Vz.	3,5G	3,55
F Finsider	0,09G	0,10B
D Fisons	25,5T	24G
M Fluor	55,5G	58B
D Ford	134	130
F Foseco Minsep	6T	5,9T
F Fujitsu	10,4	10,45
F General Electric	142	–exB
F General Mining	83,5	85
D General Motors	177	175
D Gen. Shopping	665G	665G
M Getty Oil	165,7	169,4
D Gevaert	104G	104T
F Goodyear	82,5	84
H Grace	123,5	124
D GKN	6,6	6,55
F Gulf	92	90
F Highveld m. St.	14,3	14G
F dgl. o. St.	13,2	13,8
F Hitachi	825	835
M Holiday Inns	129,5	125
F Homestake	84	86
M Hongk. & Shanghai Bank.	2,78	2,75
D Hoogovens	30	28,9
F IBM	294	290
F ICI	19,5	19,4
M Impala Plat. Hold.	31,2	32
M Imperial Oil	71,7	72,2
F Inco	38	37,7
F Int. T & T	98	98
D Istituto Fin.	7,8G	7,8G
F Italcementi	70G	71G
F Izumiya	6,8G	6,8G
F Japan Line	26	26
D Jusco	6,5G	6,5G
F Kawasaki Kisen	1,6G	1,6G
F Kawasaki Steel	1,6T	1,65
M Kloof Gold Min.	120	125,1
F Komatsu	5,2G	5,3bB
D KLM	125,5	125G
F Kubota	3,4G	3,5
D Lafarge	–	86G
D Litton Ind.	174	175
F Lone Star	80	80G
D LTV	42,3	42,5
M M.J.M. Hold.	19,5	20,1
F Magneti Marelli	–	–
D Marubeni	–	–

	7. 6.	8. 6.
F Marudai Food	6,1G	6,3
D Matsushita El.	15,95	16,45
M McDonald's	161	160
M Merrill Lynch	247,5	242,5
F McDonnell D	151	144
D Minnesota M.	224G	223,5
D Minolta Camera	5,5G	5,4G
F Mitsubishi Chem	2,55bG	2,65T
F Mitsubishi El	4	3,55
F Mitsui St.	4,3G	4,3G
F Mitsui & Co.	3,8T	4G
F Mitsui Engin.	1,9	1,8T
F Mitsui O. S. K.	2,1G	2,1G
F Mitsumi El.	9	9
H Mobil Oil	76	–
F Monsanto	217G	215G
F Montedison	0,23	0,22
F Murata	23G	23G
M Nat. Semicond.	109,5	103,3
D Nat. Westminster	26TG	26TG
F Nestlé	4828	4867
D Nikko Sec.	4,3G	4,35G
F Nippon El.	11,3	11
F Nippon Kokan	1,5G	1,5bG
F Nippon Shinpan	7,8G	8,15
F Nippon Yusen	2,8G	2,8G
F Nissan Motor	7,8	7,5G
F Nisshin Steel	1,55bG	1,6G
F Nissho - Iwai	2,9G	3T
F Norsk Hydro	139	139
F Norton Simon	75	67T
H Occ. Petroleum	58	60exD
D Océ v. d. Grinten	157G	157G
F Olivetti Vz.	4,8	4,55
F Olympus Optical	12,2	12,1
H v. Ommeren	23	22,5
F Omron Tateisi	14,8G	15,2
F Pakhoed	44,9	44
M PanAm	15,3	15,3
M Pepsi	94G	94,6
F Pernod-Ricard	198G	195
F Peugeot	58,6	57,35
F Philip Morris	150,5	150
H Philips	41,2	41,1
D Phoenix Ass.	13,5bB	13G
F Pirelli	2,6	2,6
M Polaroid	76	76
M Prime Computer	77,5B	77,9
F Procter & G.	141	140
D Ramada Inns	25,5G	25
F Rank Org	6,7	6,7
F Ricoh	8,3	8,5G
F Rio Tinto NA-St.	23,7	23,5
H Robeco	259	259,5
F Rockwell	148	147,5
H Rolinco	259	256,8
F Rorento	167	167G
F Rothmans Int.	4,8	4,40B
H Royal Dutch	105,6	107
M Rustenburg Plat. Hold	23,5	24,9
F Sanko Steamship	3G	3,1
F Sankyo Electric	6,4G	6,4G
M Santos	14,5B	15
F Sanyo Elec.	4,9	5
F Sanwa Bk.	5,1G	5,1G
M SASOL	–	9,6
F Schlumberger	123	122
F Schw. Alum	890	895
F Schw. Bankverein	310	314,9
M Sears, Roebuck	100,6	101,4
F Seiyu Stores	–	–
F Sekisui Prefab.	7,3G	7,3G
F Selected Risk	35G	35T
H Shell T & T	20,5	21
D Singer	80,5	81G
F Snia Viscosa	1,65	1,63
D Solvay	132,5G	131
D Sony Corp.	38,1	39,4
D Sperry Corp.	96	98
F Squibb	115G	115G
F Stanley Elec.	6,6G	6,6G
F Steyr-Daimler-P.	23,1	23,8
F Sumitomo Heavy	1,65G	1,65G
D Sumitomo Metal	1,65G	1,65G
F Sumitomo Shoji	4,8	4,7G
D Sun	105bB	105bG
M Sunshine Mining	42,6	43,8
F Swissair	939	940G
F Taisei Kens.	2,65T	2,6G
M Tandy	155,9	154,5
F Tenneco	96	96
D Texaco	86,5	86,2
D Thomson-CSF	64	67
D Thorn Emi	21,5T	21T
D Tokyo Pac	229G	229G
F Tokyo Sanyo El.	6G	6G
F Trio Kenwood	6,7G	7G
F TRW Inc.	187G	187
D Tomy	4,15G	4,2G
D Toshiba	3,9G	3,9G
D UAL	–	86G
H Unilever	178	177
F Union Carbide	176,5	178
D Uniroyal	36	36,1
F United Techn.	182	181,5
F US Steel	65,9	65,4
M Vaal Reefs Expl.	295	301,5
D VmF-Stork	55G	54bG
D Volvo A	149G	149G
D dgl. Nam B	149G	149G
F Warner Commun.	76,4	76,4
F Warner Lambert	75	73
F Wells Fargo	96	95
M Western Deep L.	145G	152
M Western Mining	10,1	10,6
F West.-Utrecht H.	98	99
D Xerox Corp.	120	122

Mit ausgewählten Aktien nach oben

Ausländische Käufer bestimmten wieder das Geschäft

DW. – An der Dienstagbörse gaben wieder ausländische Käufer den Ton an. Der Berufshandel kaufte vorsichtig mit und sammelte Bestände an, die schon wieder den Keim zu einer technischen Reaktion nach unten in sich tragen könnten. Am Dienstag stiegen vor allem die von Ausländern bevorzugten Werte. Auf die ganze Börse ausgestrahlt hat die Aufkaufphantasie in Commerzbank-Aktien, die nun schon seit langem mit die größten Umsätze auf sich vereinen, und in denen auch außerbörslich viel Material umgeht. Als möglicher Aufkäufer ist nach wie vor die Hongkong and Shanghai Banking Corporation im Gespräch.

Trotz dieser Führungsrolle der Commerzbank-Aktie stieg ihr Kurs nur mäßig um 1,50 DM auf 180,50 DM. Immerhin aber hat er die Dresdner-Bank-Notierung von 181,50 DM (plus 3 DM) damit fast eingeholt. Kleiner waren die Umsätze am Farbenmarkt, der Tagesgewinne bis 2 DM brachte. Am Elektromarkt stiegen die Siemens-Notierungen nach oben bis auf etwa 336,50 DM (plus 8 DM). Hier konzentrierten sich auch ausländische Käufe.

Düsseldorf: Dahlbusch und Keramag erhöhten je um 5 DM und Pegulan St. um 4 DM auf 218 DM. Rhenag stiegen. Alexander verloren 4 DM auf 81 DM und Deutsche Texaco 6 DM auf 270 DM. Küppersbusch gaben um 10 DM auf 240 DM nach und Leffers um 4 DM auf 336 DM.

Frankfurt: Die meisten Standardwerte blieben bis zu 3 DM höher, darüber hinaus stiegen Siemens um 7,50 DM und Daimler um 8 DM. Von Nebenwerten notierten Kupferberg 615 DM plus 9 DM, Die bl. Quellen 250 DM plus 10 DM, Deutsche Steinzeug 200 DM plus 9 DM, Rütgers 390 DM plus 10 DM und Riebeck Montan 246 DM plus 16 DM je 100 RM bei 8000 RM Umsatz.

Hamburg: Die Kursentwicklung war nach oben gerichtet. Mit einem Kursgewinn von 4,50 DM wurde Phoenix Gummi gehandelt. Conti Gummi verbesserten sich auf 91,50 DM (plus 1,50 DM). Von den Versorgungswerten wurde HEW bei 112 DM (plus 0,50 DM), NWK Vorzüge 157,50 DM (plus 1 DM) gehandelt. Hapag Lloyd lagen um 48,50 DM (plus 1,50 DM).

München: Agrob St. verminderten um 5 DM auf 315 DM und Gehe AG um 8 DM auf 212 DM. Deckel AG stockten um 4,50 DM auf 98 DM auf und Flachglas um 0,50 DM auf 299,50 DM. Heilit u. Wörner verbesserten sich um 4 DM auf 280 DM und Leonische Draht um 2 DM auf 327 DM. Zahnräder Renk erhöhten um 10 DM auf 300 DM.

Berlin: DeTeWe festigten sich um 5 DM. Herlitz Vorzüge konnten sich um 2,50 DM, Herlitz Stämme um 2 DM und Orenstein um 1 DM verbessern. Scheidemandel schwächten sich um 10 DM ab. Berthold gaben um 2 DM und Berliner Kindl um 1,50 DM nach.

Nachbörse: freundlich

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

DM-Anleihen

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Inlandszertifikate

Freme Währungen

Junge Aktien

Ausland

New York

	6. 6.	3. 6.
Alcan Aluminium	33,25	33,625
Allied Chemical	50	48,875
Alcoa	38,875	39,25
AMR Corp.	30	29,25
Am. Cyanamid	46,875	46,75
Amax.	28,875	29
Am. Express	68,125	68,75
Am. Motors	9,50	9,375
Am. Tel. & Telegr.	64,625	64,875
Asarco	39,875	40,75
Atlantic Richfield	44,125	44,25
Avon Products	33	32,50
Bally	26,625	25,875
Bk. of America	24,75	24,615
Bethlehem Steel	24,625	24,75
Black & Decker	21,50	20,875
Boeing	43,375	43,75
Brunswick	39,25	39
Burroughs	55,50	55,875
Caterpillar	46,875	47
Celanese	64	62,375
City Investing	36	34,625
Chase Manhattan	56,625	57,375
Chrysler	28,50	27
Citicorp	41,375	42
Clorox	32,375	32,625
Coca Cola	54,625	55
Colgate	23,50	23
Comm. Edison	27,375	27,50
Comm. Satellite	83,625	84,375
Continental Group	43,875	43,875
Control Data	57,875	57,75
CPC Int.	39	39,50
Curtiss Wright	46,75	47,50
Deere	37	37
Delta Airlines	43,875	43,25
Digital Equipm.	118,75	115,625
Dow Chemical	34	34
Du Pont	48,50	48,25
Eastern Gas-Fuel	21,75	21,625
Eastman Kodak	73,125	74,125
Exxon	33,875	33,875
Fabergé	22,25	21,75
Firestone	20,25	20,25
Fluor	21,75	21,75
Ford	53,125	51,375
Foster Wheeler	14,875	14,25
Fruehauf	37,50	36,75
GAF Corp.	17,375	17,50
General Dynamics	55	54,625
General Electric	54,875	54,75
General Foods	43,75	43,75
General Motors	69,75	68,875
Gen. T. & E.	43,50	42,875
Getty Oil	65	65,625
Goodyeartire	32,625	33
Goodrich	41,125	41,25
Grace	48,375	48,25
Gulf Oil	35,625	35,625
Halliburton	35,125	35,75
Hewlett Packard	89,625	87,125
Homestake	32,25	34,125
Honeywell	116,75	118
IBM	115,625	114
Int. Harvester	9,75	9,625
Int. Paper	58	57,50
Int. Tel. & Tel.	38,625	38,75
Int. North. Inc.	34	33,875
Jim Walter	45,25	44,875
J. P. Morgan	76,25	76,125
TV Corp	16,375	16,50
Litton Industries	68,375	68,75
Lockheed Corp.	120,75	117,25
Loew's Corp.	–	169
Lone Star	32,25	32,25
Louisiana Land	28,875	29
Mc Dermott	21	21
Mc Donnell Doug.	59	56,50
Merck & Co.	84,625	84,75
Merrill Lynch	96	95,125
Mesa Petroleum	13,75	14,125
MGM (Film)	20,50	21,75
Minnesota M.	87,50	87,25
Mobil Oil	29,875	29,625
Monsanto	86,25	84,75
National Gypsum	34	34,375
Nat. Semiconductor	42,375	40,50
National Steel	27,375	27,875
NCR	121,50	120,625
Newmont	56,50	57,50
PanAm World	6,125	6,125
Pfizer	77,125	76,75
Phibro	72,125	72,625
Philips Petroleum	33,25	33,75
Philip Morris	58	57
Pittston	16,875	16,625
Polaroid	29,25	29,875
Prime Computer	30,25	30
Procter & Gamble	54,375	54,25
RCA	29,25	29,25
Revlon	36,375	34,625
Reynolds Ind.	50,25	50,50
Rockwell Int.	57,375	57,125
Rorer Group	29,375	29,125
Schlumberger	47,875	47,75
Sears, Roebuck	39,625	39,875
Shell Oil	42	42,50
Singer	32	31,75
Sperry Corp.	38,125	38,375
Stand. Oil Calif.	35,875	36,25
Stand. Oil Indiana	46	45,75
Storage Techn.	21,50	21,625
Superior Oil	37	36
Tandy	61,125	60,25
Teledyne	155,50	153,875
Telex Corp.	22,875	22,75
Tesoro	14,50	16,625
Texaco	34,25	34,125
Texas Instrum.	168	162,50
Tosco	11,75	11,25
Transamerica	31	30,625
Travellers	29,75	30,25
Trans World Corp.	29	28,875
UAL	35,375	34
Union Carbide	69,875	69,50
Union Oil of Calif.	33,375	35,75
United Technologies	70,625	70,875
US Steel	25,125	25,25
Westinghouse El.	50,125	50,25
Weyerhaeuser	40,125	39,875
Whittaker	31,125	31
Wyly	16,125	15,75
Woolworth	32	32
Xerox	47,125	47,375
Zenith Radio	24,875	24
Dow Jones Index	1214,25	1213,04
Stand. & Poors	164,85	164,42

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Toronto

	6. 6.	3. 6.
Abitibi Paper	23,375	23,50
Alcan Alu.	41	41,625
Bk. of Montreal	31,625	31,50
Bk. of Nova Scotia	43,875	43,875
Bell Canada	27,25	27
Bluesky Oil	3,85	3,85
Bow Valley	24,375	24,875
Brenda Mines	18	18,50
Brunswick M. & Sm.	18	18
Cdn. Imperial Bk.	35,625	35,50
Cdn. Pacific Ltd.	45,875	45,125
Cdn. Pacif. Enterpr.	23,75	23,25
Cominco	54,75	53,50
Coseca Res.	4	4,05
Denison Mines	40,50	40,50
Dome Petroleum	5,75	6
Domtar	26,625	27
Falconbridge Nickel	75	75
Great Lakes Paper	87	87
Gulf Canada	16,125	16
Gulfstream Res.	1,46	1,45
Hiram Walker Res.	26,125	26,25
Hudson Bay Mining	18,50	19
Husky Oil	12	12,125
Imperial Oil	34,875	35,125
Inland Nat. Gas	15,125	15
Inco	18,50	18,50
Inter City Gas Ltd.	12,75	12,375
Interprov. Pipeline	28	27,875
Kerr Addison	19,375	19,25
Massey Ferguson	6	6,125
Moore Corp.	61	60,125
Noranda Mines	27	27,125
Norcen Energy Res.	33,625	33,25
Northgate Expl.	7,75	8
Northern Telecom.	41,375	41,25
Nova	8,25	8,25
Oakwood Petrol	9,75	9,875
Revenue Prop.	1,95	2
Rio Algom Mines	48,25	48
Royal Bk. of Can.	34,125	34,50
Seagram	39,125	39,125
Shell Canada	23,125	23,25
Sherritt Gordon	9,875	10,125
Steel of Canada	28,75	29,125
Transcdn. Pipelines	29,50	29,125
Westcoast Transm.	14,25	14
Index: TSE 300	2424,4	2428,30

Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

London

	6. 6.	3. 6.
All. Breweries	148	148
Anglo Am. Corp. $	21,13	21,5
Anglo Am. Gold $	119	120
Babcock Int.	163	163
Barclays Bank	490	478
Beecham	370	370
Bowater	215	214
B. A. T. Industries	550	535
Br. Leyland	34	–
British Petroleum	386	386
Burmah Oil	157	156
Cadbury Schweppes	189	–
Charter Cons.	295	286
Cons. Gold Fields	549	549
Cons. Murchison	–	–
Courtaulds	88	88
De Beers $	862	870
Distillers	239	233
Driefontein $	32,75	34
Dunlop	71	74
Free St. Geduld $	49,50	50
General Electric	246	242
Guinness	103	103
Hawker Siddeley	368	–
ICI	464	458
ICL Ltd.	66	65
Imperial Tobacco	119	116
Lloyds Bank	558	548
Lonrho	96	96
Marks & Spencer	205	200
Midland Bank	406	395
Nat. Westminster	613	608
Plessey	727	691
Reckitt & Colman	451	455
Rio Tinto-Zinc	571	561
Rustenburg Plat. $	9,38	9,65
Shell Transp.	528	532
Thorn Emi	529	529
Tube Investm.	148	146
Unilever	710	705
Vickers	108	107
Woolworth	244	245
Financial Times	705,4	698,4

Mailand

	7. 6.	6. 6.
Bastogi	182,5	185
Breda	5000	5200
Carlo Erba	9289	9247
Centrale	1727	1775
Fiat	2760	2787
Fiat Vz.	2045	2061
Finsider A	48,25	50
Generali	129025	130875
IFI Vz.	4610	4661
Italcementi	42650	42200
Italgas	897	981
Lepetit St.	25250	25100
Magneti Marelli	820	822
Mediobanca	56000	56050
Mondadori	3049	3070
Montedison	139,5	138
Olivetti Vz.	2760	2680
dgl. St.	2740	2769
Pirelli SpA	1520	1521
Rinascente	329,75	332
RAS	144900	146300
S. A. I.	12510	12415
SIP	1850	1901
Snia Viscosa	946	954
STET	1587	1600
Index	–	188,48

Amsterdam

	7. 6.	6. 6.
ACF Holding	144	143,5
Akzo	58,3	58
Alg. Bk. Nederl.	350	349
Amev	117	115,1
Amro Bank	56,3	56,7
Berkel's Patent	26	26
Bijenkorf	20	19,8
Lucas Bols	87	82,2
Bredero	162,5	160,5
Bührmann	45,5	45
Desseaux	48,6	48,6
Fokker	29,9	28,5
Gist Brocades	142	139
Océ-v. d. Grinten	175,7	174,5
Hogemeijer	40,2	38,5
Heineken Bierbr.	104,5	101
KLM	141,5	139,3
Kon. Hoogoven	33,6	32,7
Nationale Ned.	141,5	142,9
Ned. Lloyd Groep	86,5	85,7
van Ommeren	26,3	25,5
Pakhoed	50,2	48,7
Philips	46,7	46,5
Rijn-Schelde	3,9	3,9
Robeco	293	293
Rolinco	290,2	290
Royal Dutch	118,7	119,6
Slavenburgs Bk.	61	59,5
Unilever	200,8	198,8
Ver. Masch.	64,5	62,5
Volker Stevin	35,1	35,1
Westland Utr. Hyp.	112	112
Index: ANP/CBS	102,3	100,8

Wien

	7. 6.	6. 6.
Creditanstalt-Bkv.Vz.	215	216
Gösser-Brauerei	340	335
Länderbank Vz.	211	211
Österr. Brau AG	290	290
Perlmooser	374	374
Reininghaus	–	340
Schwechater Br.	176	175
Semperit	–	115
Steyr-Daimler-P.	170	169
Universale Hoch Tief	242	–
Veitscher Magnesit	241	241
Index	57,62	57,73

Tokio

	7. 6.	6. 6.
Alps	2500	2540
Bank of Tokyo	291	291
Banyu Pharma	667	670
Bridgestone Tire	483	486
Canon	1460	1500
Daikin Kogyo	313	319
Daiwa Sec.	496	500
Daiwa House	508	509
Eisai	1300	1320
Fuji Bank	500	500
Fuji Photo	1990	2000
Hitachi	779	793
Honda	819	816
Ikegai Iron	180	178
Kansai El. P.	920	926
Kao Soap	559	558
Kirin Brewery	425	427
Komatsu	504	507
Kubota Iron	318	320
Matsushita El. Ind.	1480	1520
Matsushita El. Wks.	598	590
Mitsubishi El.	382	392
Mitsubishi H. I.	208	209
Nicco Sec.	425	423
Nippon El.	1050	1060
Nippon St.	151	153
Nomura Sec.	699	697
Pioneer	2720	2720
Ricoh	805	816
Sankyo	679	685
Sanyo Electric	453	461
Sharp El.	1310	1350
Sony	3610	3690
Sumitomo Bank	500	500
Sumitomo Marine	216	216
Takeda	785	789
Teijin	299	298
Tokyo Marine	472	478
Tokyo El. Power	1010	1040
Toray	397	405
Toyota Motor	1110	1130
Index	629,5	653,23

Kopenhagen

	7. 6.	6. 6.
Den Danske Bank	242	245,5
Jyske Bank	425	425
Kopenh. Handelsbk.	220	227,75
Nova Industri	2643	2665
Privatbanken	223,5	224,75
Ostasiat. Komp.	118,5	121
Dan. Sukkerfabr.	499	498,5
For. Bryggerier St.	840	840
Kgl. Porc. Fabr.	335	335

Zürich

	7. 6.	6. 6.
Alusuisse	735	745
dgl. NA	255	255
Bank Leu	4075	4075
Brown Boveri	1290	1285
Ciba Geigy Inh.	1950	1915
Ciba Geigy Part.	1525	1520
Elektr. Watt	2590	2575
Fischer Inh.	635	635
Frisco A	–	–
Globus Part.	484	484
H. La Roche 1/10	8075	8100
Holderbank	740	740
Interfood Inh.	5650	5650
Italo-Suisse	167	165
Jelmoli	1585	1580
Landis Gyr	1340	1335
Mövenpick Inh.	3125	3100
Motor Columbus	577	580
Nestlé Inh.	3960	3990
Oerlikon-Bührle	1495	1470
Sandoz NA	1940	1920
Sandoz Inh.	4925	5000
Sandoz Part.	785	785
Saurer	155	151
Schw. Bankges.	3145	3160
Schw. Bankverein	310	311
Schw. Kredit	2000	2000
Schw. Rückv. Inh.	6780	6800
Schw. Volksb. Inh.	1360	1335
Sulzer Partizip	271	278
Swissair	775	775
dgl. NA	651	648
Winterthur Inh.	2970	2980
Winterthur Part.	2710	2700
Zür. Vers. Inh.	16600	16600
Ind.: Schw. Kred.	274,9	276

Brüssel

	7. 6.	6. 6.
Arbed	1140	1072
Brux. Lambert	2005	2009
Cockerill Ougrée	115	117
Ebes	2380	2290
Gevaert	2075	2800
Kredietbank	6000	5890
Petrofina	5300	5260
Soc. Gén. d. Belg.	1655	1645
Sofina	4620	4640
Solvay	2720	2700
UCB	4280	4050
Index	120,24	120,46

Madrid

	7. 6.	6. 6.
Banco de Bilbao	326	
Banco Central	295	
Banco Hisp. Am.	220	
Banco Popular	225	
Banco de Santander	257	
Banco de Urquijo	–	
Banco de Vizcaya	352	
Cros	19,75	
Dragados	125	
El Aguila	–	
Fenix*	428	
Fecsa	52	
Galerias Prec.	–	
Hidroelectr. Esp.	54,75	
Iberduero	45	
S. E. A. T.	–	
Sevillana de El.	48,5	
Telefonica	84,5	
Union Electrica	49,5	
Urbis	11	
Vallehermoso	72	
Index	114,2	

Hongkong

	7. 6.	6. 6.
China Light + P.	13,80	13,90
Hongkong Land	3,48	3,60
Hongk. + Sh. Bk.	7,65	7,75
Hongk. Teleph.	30,75	31,00
Hutch. Whampoa	11,00	11,20
Jard. Matheson	12,20	12,30
Swire Pac. + A +	–	–
Wheelock + A +	5,10	5,25

Singapur

	7. 6.	6. 6.
Cycle + Car.	5,85	5,90
Cold Storage	5,35	5,25
Dev. Bk. of Sing.	10,00	10,10
Fraser + Neave	9,25	9,25
Kl. Kepong	2,48	2,49
Mal. Banking	9,90	10,00
Nat. Iron	7,35	7,15
OCBC	11,20	11,20
Sime Darby	2,65	2,66
Singapur Land	7,90	7,80
Un. Overs. Bank	5,00	–

Paris

	7. 6.	6. 6.
Air Liquide	470	468
Alsthom Atlant.	152	152,1
Beghin-Say	310	323
BSN-Gerv.-Danone	1785	1797
Carrefour	1305	1308
Club Méditerranée	786	794
C. F. P.	185	186,5
Elf-Aquitaine	170,1	171
Gal. Lafayette	149,5	149
Hachette	1049	1045
Imetal	53	53,1
Lafarge	295,5	301
Locafrance	250	253
Machines Bull	38,75	38,9
Michelin	718	725
Moët-Hennessy	1200	1190
Moulinex	91,5	91
L'Oréal	1642	–
Penarroya	42	–
Pernod-Ricard	634	619
Perrier (Source)	300	302,5
Peugeot-Citroën	174	176
Printemps	112,1	111
Radio Techn.	378	371
Redoute à Roubaix	955	953
Schneider	–	102
Sommer Allibert	321	318
Thomson C. S. F	192,1	195
Usinor	–	1,13
Index: INSEE	–	127,4

Sydney

	7. 6.	6. 6.
ACI	1,38	–
Ampol. Explor	2,22	2,22
Bk. New S. Wales	2,72	2,85
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. Prop.	8,20	–
Coles	2,72	2,80
CRA	5,28	5,50
CSR (Thelss)	3,78	3,88
Metals Expl.	0,67	0,67
MIM-Holdings	4,38	4,53
Myer Emporium	1,50	1,50
North Broken Hill	2,90	–
Oakbridge	1,45	1,45
Peko Wallsend	6,84	6,98
Poseidon	4,90	5,18
Thomas Nat. Tr.	1,72	1,78
Waltons	–	0,75
Western Mining	4,56	4,75
Woodside Petr.	1,09	–
Index	605,6	614,9

Optionshandel

Frankfurt: 7. 6.: 570 Optionen, 29 550 (32 500) Aktien, davon 112 Verkaufsoptionen = 6200 Aktien. **Kaufoptionen:** AEG 10-70/8,50, 10-80/6,60, 1-75/8, 1-80/7,90, 1-90/4,40, Siemens 10-330/17, 1-340/10, 10-350/5, 1-320/34, 1-330/24,80, 1-540/20,60, 1-360/9, Veba 10-170/6, BASF 10-150/5, 1-150/8,85, Bayer 10-140/4,40, 1-130/15, 1-140/8, Hoechst 10-140/12,50, BMW 10-360/1, 1-340/12, VW 7-170/10, 7-190/1, 10-160/1, 10-180/20, 10-170/10,40, 10-180/8, 1-160/30, 1-170/20, 1-180/14,90, 1-190/9, Conti 10-95/5, 1-90/12,40, Commerzbank 7-160/10, 7-170/10,50, 10-170/14, 10-180/10,50, 10-190/5, 1-160/36,50, 1-170/23,50, 1-180/18, 1-190/10, Deutsche Bank 10-330/12, 1-330/15,10, Dresdner Bank, 10-190/8,40, 1-180/18, 1-190/12, 1-220/2,50, Hoesch 7-50/5,7, 7-55/2, 10-50/8, 10-55/5,50, 1-45/18,60, 1-65/4,85, Mannesmann 10-150/9,85, 1-150/16,60, 1-170/7,70, Thyssen 10-80/7, 10-85/5,40, 1-80/12,50, 1-85/6,50, 1-100/3, Daimler 7-510/24, Deutsche Babcock 10-160/9,40, 10-170/7, 1-160/19,85, Degussa 10-320/20, 1-320/25, Kali + Salz 10-180/20, 1-200/12, Karstadt 1-260/8, Kloeckner 7-45/2, 10-40/7, 10-45/4, Varta 1-200/13, VEW 1-140/9. Sperry Rand 1-95/11, Xerox 10-120/11, 1-120/13,60, Philips 10-40/4,30, Royal Dutch 1-100/18, 1-110/9, Elf Aquitaine 10-60/3. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-70/4, 7-75/6,50, 10-70/25,60, 1-65/3,90, 1-70/6,90, 1-75/10,70, Siemens 10-320/6, 10-330/13,30, 1-320/15, Veba 7-160/4, BASF 7-150/10, Hoechst 10-150/11, VW 10-160/3,50, 10-170/7, 10-180/15, 1-170/7,90, 1-180/15,50, Conti 10-90/3,30, Lufthansa 7-120/8, 10-120/9, 1-120/11, Lufthansa Vorzüge 1-120/11, Deutsche Bank 7-330/15, Hoesch 7-55/2,40, 10-55/4, 1-50/5, Mannesmann 7-150/5, 10-150/6,90, Thyssen 1-80/4, BHF-Bank 10-280/4, BBC 7-190/2,50, 10-200/11, Daimler 7-520/5,80, 10-520/9,40, Degussa 7-330/15,50, Kloeckner 1-40/3,40, 1-45/6,50, Chrysler 10-60/3,40, 10-65/6,20, General Motors 1-180/15, IBM 10-280/15,50, Litton, 10-170/6,90, Sperry Rand 10-95/8, Philips 10-40/2,50, 1-40/3.

1. Zahl Verfallsmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 7. 6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅛– 9⅜	5⅛–5⅜	4⅛–5⅛
3 Monate	9⅜– 9⅞	5⅜–5⅝	4⅞–5¼
6 Monate	9¾–10⅛	5½–5¾	5 –5¼
12 Monate	10 –10⅜	6⅛–6⅜	5 –5¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 7. Juni folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

	Ankauf	Verkauf
Gesetzliche Zahlungsmittel*)		
20 US-Dollar	1290,00	1570,70
10 US-Dollar (Indian)**)	1060,00	1256,70
5 US-Dollar (Liberty)	435,00	587,60
1 £ Sovereign alt	238,00	291,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	236,00	289,28
20 belgische Franken	179,00	236,17
10 Rubel Tscherwonez	250,00	310,75
2 südafrikanische Rand	234,00	287,02
Krüger Rand, neu	1047,00	1228,31
Maple Leaf	1046,00	1227,18
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	246,00	311,88
20 schweiz. Franken „Vreneli"	210,00	265,55
20 franz. Franken „Napoléon"	205,00	259,90
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1162,77
20 österr. Kronen (Neuprägung)	195,00	242,95
10 österr. Kronen (Neuprägung)	102,00	132,21
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	449,00	546,92
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	106,00	142,38

*) Verkauf inkl. 13 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 6,5 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

7. 6. 83	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Ankfs.-Kurs⁴)	Sorten*) Ankauf	Sorten*) Verkauf
New York³)	2,5595	2,5675	2,5382	2,52	2,61
London¹)	4,018	4,032	3,976	3,98	4,11
Dublin¹)	3,153	3,167	3,091	3,10	3,25
Montreal³)	2,0720	2,0800	2,0536	2,04	2,13
Amsterd.	89,080	89,300	88,94	88,25	90,25
Zürich	120,670	120,870	120,77	119,75	122,50
Brüssel	4,998	5,018	4,952	4,90	5,12
Paris	33,175	33,335	32,505	32,25	34,25
Kopenh.	27,915	28,035	27,705	27,25	29,25
Oslo	35,355	35,475	34,725	34,75	36,50
Stockh.**)	33,510	33,670	33,13	33,00	34,75
Mailand²) **)	1,682	1,692	1,639	1,66	1,75
Wien	14,175	14,215	14,105	14,10	14,38
Madrid**)	1,795	1,805	1,718	1,79	1,91
Lissabon**)	2,495	2,515	2,275	2,10	3,00
Tokio	1,0670	1,0700	—	1,03	1,09
Helsinki	46,180	46,300	45,27	45,75	47,50
Buen. Air.	–	—	—	—	32,50
Rio	–	—	—	0,25	1,10
Athen*) **)	3,008	3,067	—	2,25	3,25
Frankf.	–	—	—	—	—
Sydney*)	2,247	2,266	—	2,17	2,30
Johannesbg.*)	2,351	2,370	—	1,90	2,15

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte vom 7. 6. 1983

Nach schwächerem Beginn zog der Kurs des US-Dollars am 7. 6. wieder an und erreichte in der Spitze 2,5675. Die Argumente der letzten Tage wie Budgetdefizit und Zinssätze für US-Dollar waren weiterhin dominierende Faktoren. Die Bundesbank verkaufte zur amtlichen Notierung von 2,5635 31,45 Mill. Dollar. Die Favoriten der letzten Tage, das Englische Pfund und der Schweizer Franken fielen etwas zurück auf 4,025 und 120,77. Stabil lag der Japanische Yen mit 1,0685 und besser der Holländische Gulden mit 89,19, der damit seinen Stand von Ende März wieder erreichte. US-Dollar in: Amsterdam 2,8750; Brüssel 51,21; Paris 7,7075; Mailand 1520,20; Wien 18,0640; Zürich 2,1226; Ir. Pfd/DM 3,160; Pfund/Dollar 1,5701.

Ostmarkkurs am 7. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 21,00; Verkauf 24,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 21,00 Verkauf 25,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Erneut höher notierten am 7. Juni die Dollar-Abschläge, da die Dollar-Zinssätze nochmals etwas höher quotiert wurden.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,00/0,90	2,79/2,69	5,50/5,30
Pfund/Dollar	0,08/0,05	0,16/0,12	0,18/0,13
Pfund/DM	2,40/1,00	5,40/4,00	9,80/8,40
FF/DM	29/13	82/66	181/165

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 7. 6.: Tagesgeld 5,00–5,05 Prozent; Monatsgeld 5,15–5,30 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 7. 6.: 10 bis 29 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G / 3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 7. 6.: 4 Prozent; Lombardsatz: 5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juni 1983 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1983/7 (Typ A) 4,00 (4,00) – 6,00 (4,98) – 7,00 (5,61) – 7,50 (6,04) – 8,00 (6,38) – 9,00 (6,47). Ausgabe 1983/8 (Typ B) 4,00 (4,00) – 6,00 (5,00) – 7,00 (5,66) – 7,50 (6,19) – 8,00 (6,49) – 9,00 (6,90) – 9,00 (7,20) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,72. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 99,00, Rendite 7,75.

WELT-Aktienindex vom 7. 6.: 135,6 (135,0)
WELT-Umsatzindex vom 7. 6.: 2535 (2010)

FINANZANZEIGE



THE BRITISH PETROLEUM COMPANY p.l.c.

Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe

	Januar—März 1983	Januar—März 1982
	– in Mio £ –	
Erfolgsrechnung zu historischen Kosten (verkürzt; vom Wirtschaftsprüfer nicht geprüft)		
Umsatz (siehe Anmerkung 1)	7.803	7.101
Materialaufwand ohne Förderabgaben	5.917	5.236
Förderabgaben (siehe Anmerkung 2)	613	715
Rohertrag	1.273	1.150
Vertriebs- und Verwaltungsaufwand	732	631
Explorationsaufwand	103	90
	438	429
Sonstige Erträge	156	169
Betriebsergebnis	594	598
Zinsaufwand	161	168
Gewinn vor Steuern	433	430
Steuern (siehe Anmerkung 3)	258	241
Gewinn nach Steuern	175	189
Anteile Dritter am Ergebnis	101	98
Gewinn vor außerordentlichen Posten	74	91
Gewinn je Stammaktie (vor außerordentlichen Posten)	4.1 p	5.0 p

Anmerkungen:

	1983	1982
1. Nach Abzug von Zollabgaben und Verbrauchsteuern in Höhe von	1.281	1.221
2. Förderabgaben enthalten:		
Petroleum Revenue Tax im Vereinigten Königreich (und für 1982 zusätzliche Ölabgabe)	521	526
Ausländische Förderabgaben	92	189
	613	715
3. Die Steuern enthalten:		
Vereinigtes Königreich – Körperschaftsteuer	100	67
– anrechenbare ausländische Steuern	(46)	(49)
	54	18
Ausland – Gezahlte Steuern	163	215
Steuerrückstellungen	26	(5)
Verbundene Unternehmen	15	13
	204	223
	258	241

4. Aufgrund der Ungewißheit bei der Feststellung der Steuern für einen Zeitraum von weniger als einem Jahr stellen die aufgeführten Beträge bestmögliche Schätzwerte für den Zeitraum Januar bis März dar.
5. Während des Quartals veräußerte die Gruppe ihre Verkaufsorganisation in Kanada, und Sohio gab die Entscheidung bekannt, ihre als ein Teil von Kennecott erworbenen Schleifmittelherstellungskapazitäten zu schließen oder zu verkaufen. Aus diesen beiden Punkten resultiert ein Gewinn nach Steuern, der als außerordentlicher Ertrag behandelt und in die Jahresbilanz einfließen wird.

	1983	1982
Ergänzende Erfolgsrechnung zu gegenwärtigen Kosten (verkürzt; vom Wirtschaftsprüfer nicht geprüft)		
Umsatz	7.803	7.101
Materialaufwand ohne Förderabgaben	5.938	5.316
Förderabgaben	613	715
Rohertrag	1.252	1.070
Vertriebs- und Verwaltungsaufwand	768	661
Explorationsaufwand	116	100
	368	309
Sonstige Erträge	113	113
Betriebsergebnis auf Basis gegenwärtiger Kosten	481	422
Zinsaufwand	133	121
Gewinn vor Steuern	348	301
Steuern	258	241
Gewinn nach Steuern	90	60
Inflationsgewinn aus Finanzschulden	24	38
	114	98
Anteile Dritter am Ergebnis	84	92
Gewinn auf Basis gegenwärtiger Kosten vor außerordentlichen Posten	30	6
Gewinn je Stammaktie auf Basis gegenwärtiger Kosten (vor außerordentlichen Posten)	1.6 p	0.3 p
Anmerkung: Obige Inflationsbereinigung enthält:		
Bestandseffekte	(149)	(34)
Sonderabschreibungen auf das restliche Netto-Umlaufvermögen	28	(10)
Sonderabschreibungen auf das Anlagevermögen	191	164
	70	120
Analyse des Betriebsergebnisses		
Nach Aktivitäten:		
Exploration und Förderung	303	252
Ölhandel	(15)	(114)
Chemische Erzeugnisse	(15)	(41)
Mineralien	(6)	(8)
Kohle	4	–
Futtermittel	6	4
Sonstige Aktivitäten und verbundene Unternehmen	7	25
BP-Gruppe excl. Sohio	284	118
Sohio (100%)	459	514
Betriebsergebnis auf Basis von Wiederbeschaffungskosten	743	632
Bereinigte Bestandseffekte	(149)	(34)
Betriebsergebnis auf Basis historischer Kosten	594	598

	Januar—März 1983	Januar—März 1982
	– in Mio £ –	
Nach geographischen Gebieten:		
Vereinigtes Königreich	103	69
Europa (ohne Vereinigtes Königreich)	61	(109)
Naher Osten und Afrika	47	56
Nord- und Südamerika – ohne Sohio	61	84
– Sohio (100%)	459	514
Australasien und Ferner Osten	12	18
Betriebsergebnis auf Basis von Wiederbeschaffungskosten	743	632
Anmerkung: Die bereinigten Bestandseffekte betreffen folgende Geschäftsaktivitäten:		
Ölhandel	(113)	28
Chemische Erzeugnisse	(7)	(5)
Sonstige	4	3
Sohio (100%)	(33)	(60)
	(149)	(34)
Investitionen und Akquisitionen		
Nach Aktivitäten:		
Exploration	76	79
Förderung	137	170
Ölhandel	50	45
Chemische Erzeugnisse	7	14
Mineralien	16	16
Kohle	20	8
Futtermittel	4	1
Sonstige Aktivitäten und verbundene Unternehmen	12	13
BP-Gruppe excl. Sohio	322	346
Sohio (100%)	301	339
	623	685
Nach geographischen Gebieten:		
Vereinigtes Königreich	137	190
Europa (ohne Vereinigtes Königreich)	39	40
Naher Osten und Afrika	49	39
Nord- und Südamerika – ohne Sohio	45	30
– Sohio (100%)	301	339
Australasien und Ferner Osten	52	47
	623	685
Akquisitionen	20	–
Finanzmittelbedarf und Verwendung		
Gewinn nach Steuern	175	189
Finanzmittel unabhängige Faktoren	388	284
Bewegungen im Umlaufvermögen	(122)	127
Sonstige Bewegungen	481	245
Verfügbare Finanzierungsmittel	922	845
Investitionen	623	685
Akquisitionen	20	–
Gezahlte Dividenden	49	40
Verfügbare (benötigte) Finanzierungsmittel	230	120
Finanzierung:		
Aktienausgabe	17	–
Fremdmittel – BP	124	115
– Sohio (100%)	(570)	(33)
Liquide Mittel – BP	(78)	(87)
– Sohio (100%)	277	(115)
	(230)	(120)
Verkäufe der Gruppe (inkl. 100% Sohio)		
Öl (tausend Barrels pro Tag)		
Raffinerie-Produkte		
Vereinigtes Königreich	371	379
Frankreich	190	204
Bundesrepublik Deutschland	321	365
Sonstiges Europa	410	436
Naher Osten und Afrika	101	105
Nord- und Südamerika – USA	487	473
– Sonstige	70	110
Australasien und Ferner Osten	139	146
	2.089	2.218
Rohöl	910	955
	2.999	3.173
Erdgas (Mio Kubikmeter pro Tag)	15.5	14.5
Chemische Erzeugnisse (Mio Tonnen)	1.1	1.0
Mineralien (Mio £)	292	325
Kohle (Mio Tonnen)	5.1	5.4
Rohölförderung der Gruppe (inkl. 100% Sohio) (tausend Barrels pro Tag)		
Förderung aus eigenen Quellen		
Vereinigtes Königreich	500	496
Nordamerika	641	747
Sonstige	61	110
	1.202	1.353
Zukäufe		
Nordamerika	175	194
Sonstige	911	696
	1.086	890
	2.288	2.243
Gewinn (vor außerordentlichen Posten)		
– auf Basis historischer Kosten	74	91
– auf Basis von Wiederbeschaffungskosten der Bestände (d. h. nach Bestandswertänderung abzüglich der Anteile Dritter)	201	102
– auf Basis gegenwärtiger Kosten	30	6

Ergebnisse des I. Quartals 1983

Der Gewinn der Gruppe vor außerordentlichen Posten belief sich im I. Quartal 1983 auf £ 74 Mio auf Basis historischer Kosten, verglichen mit £ 91 Mio im I. Quartal 1982. Auf Basis von Wiederbeschaffungskosten betrug der Gewinn £ 201 Mio. Der auf dieser Basis kalkulierte Gewinn ergibt sich bei Anwendung der durchschnittlichen Einstandskosten für die Gruppe während des I. Quartals. Dadurch wird der Rückgang des Rohölpreises unmittelbar wiedergegeben und beinhaltet eine bessere Schätzung des abwärtsgerichteten Trends im Bereich des Handels.

Verglichen mit dem IV. Quartal 1982 war die Nachfrage nach Ölprodukten schwach. Es gab Unsicherheiten hinsichtlich der Preise. Jedoch stabilisierte sich die Lage im Hinblick auf die OPEC-Beschlüsse vom 14. März, die eine neue Preis-Basis brachten. Die geförderten Ölmengen aus der Nordsee stiegen und ihr Ergebnisbeitrag wuchs und wirkte dem Fall der Ölpreise, begleitet von dem schwachen £-Sterling gegenüber dem US-Dollar, entgegen. Sohios Beitrag zum Gewinn der Gruppe sank ebenfalls, da Rohöl- und Produktpreise dem allgemeinen Trend folgten. Die Verluste im Chemiebereich waren in diesem Quartal deutlich niedriger.

Die Investitionen während dieser 3 Monate betrugen insgesamt £ 623 Mio, wovon £ 301 Mio von Sohio getätigt wurden. Der größte Teil dieser Investitionen betraf die Produktions-Interessen der Gruppe in der Nordsee und in Alaska. Die Ausgaben für Exploration hatten weltweit weiterhin eine hohes Niveau. Während des Quartals überstiegen die zugeflossenen Beträge den Finanzbedarf, so daß einige Kredite zurückgezahlt werden konnten.

In der obenstehenden Gewinn- und Verlustrechnung der Gruppe werden die Betriebsergebnisse auf Basis der Wiederbeschaffungskosten ausgewiesen. Die folgenden Anmerkungen beziehen sich im allgemeinen auf Ergebnisse, die auf dieser Basis ermittelt wurden.

BP Exploration und BP Gas

Der Anteil der Gruppe an der Rohölförderung im britischen Teil der Nordsee belief sich während des Quartals auf durchschnittlich 496.000 Barrels pro Tag, verglichen mit 440.000 Barrels pro Tag während des IV. Quartals 1982.

Das Betriebsergebnis des Quartals aus der Öl- und Gas-Exploration und -Förderung betrug £ 303 Mio gegenüber £ 252 Mio während der entsprechenden Vorjahresperiode. Die Abschreibungen auf Explorations-Investitionen betrugen £ 41 Mio (im I. Quartal 1982 £ 32 Mio).

Die Erschließung der Fördereinrichtungen für das Magnus Field wurde entsprechend den Planungen fortgeführt; die Förderaufnahme ist unverändert für Mitte dieses Jahres vorgesehen. Die Genehmigung zur Erschließung des Ula-Field wurde im I. Quartal durch die norwegische Regierung erteilt. Die Gruppe hat infolgedessen ihre Absicht bekanntgegeben, die Fortsetzung der Erschließung der Süd-Ost-Forties frühzeitig zu beginnen. In Anbetracht der kürzlich veröffentlichten Budgetvorschläge zur Änderung der Besteuerung der Rohölförderung in der Nordsee gab die Gruppe bekannt, die Erschließung des Andrew Field und des Einzelbohrloch-Systems für die Rohöl-Förderung aus kleinen Feldern im britischen Teil der Nordsee aufzunehmen. Einem Konsortium, an dem die Gruppe einen Anteil von 45% hält, wurde Ende des Quartals eine Lizenz zur Exploration im Offshore-Gebiet der Volksrepublik China erteilt.

BP Oil International

Die Nachfrage nach Ölprodukten verharrte auf niedrigem Niveau. Der Handel war überschattet von dem Preisdruck bei Rohöl und den Erwartungen von Preissenkungen, die in der OPEC-Vereinbarung vom März dieses Jahres gipfelten. In diesem Umfeld waren die Wiederbeschaffungsmargen bedeutend besser als im I. Quartal 1982, jedoch leicht unter dem im IV. Quartal erzielten Niveau. Seit März präsentieren sich die Märkte in fester Verfassung, was Anlaß zu der Hoffnung gibt, daß sie sich auf dem neuen Niveau stabilisieren.

Der Verkauf der Raffinerie- und Vertriebsbeteiligungen in Kanada wurde im März abgeschlossen. Der mit £ 65 Mio geschätzte Ertrag aus dieser Veräußerung wird im Jahresabschluß als außerordentlicher Posten behandelt werden.

BP Chemicals International

Der Betriebsverlust des Quartals belief sich auf der Basis von Wiederbeschaffungskosten auf £ 15 Mio, verglichen mit einem Verlust von £ 41 Mio im I. Quartal 1982. Das Verkaufsvolumen stieg kräftig. Auch die Margen verbesserten sich von sehr niedrigem Niveau, was auf ermäßigte Produktionskosten und die relative Schwäche des £-Sterling gegen die Deutsche Mark zurückzuführen ist.

Andere Geschäftsbereiche

Aufgrund gewisser Erholung der Metallpreise verzeichneten die Interessen der BP Minerals einen kleinen Handelsgewinn, der jedoch mehr als übertroffen wurde durch Explorationsaufwendungen in Höhe von £ 7 Mio. Der Effekt aus schwächeren Kohlepreisen wurde während des Quartals ausgeglichen durch die Vorteile aus der Abwertung des australischen Dollar, was zu einem erhöhten Betriebsergebnis führte. Das Nahrungsmittelgeschäft war unverändert ertragreich.

Sohio

Der Beitrag von Sohio zum Reingewinn der Gruppe auf Basis historischer Kosten belief sich auf £ 113 Mio, verglichen mit £ 110 Mio im I. Quartal 1982. Die Stärke des Dollar zusammen mit der Umrechnung ihrer Gewinne auf die Rechnungslegungsmethode der BP-Gruppe verdeckt eine Ermäßigung der zugrundeliegenden und von Sohio veröffentlichten Gewinne. Die für diese Ermäßigung verantwortlichen Hauptfaktoren waren das niedrigere Niveau der Rohölpreise, niedrigere Preise im Raffinerie- und Marketingsektor und die Auswirkung der Neubewertung der Beteiligung am Prudhoe-Bay-Feld. Im März begannen die Mineralölproduktenpreise in den Vereinigten Staaten zu steigen.

Der mit £ 26 Mio geschätzte Anteil der Gruppe am Verlust von Sohio aus der Aufgabe der Schleifmittelaktivitäten wird im Jahresabschluß als außerordentlicher Posten behandelt werden.

Hamburg, den 2. Juni 1983

Im Auftrag der
THE BRITISH PETROLEUM COMPANY p.l.c.
Dresdner Bank AG

Warenpreise – Termine

Zu einem Kurseinbruch bei den Gold- und Silbernotierungen kam es zu Wochenbeginn an der New Yorker Comex. Dabei schloß Silber um das Limit niedriger. Der verfügbare Juli sackte gar um 88,7 auf 11,06 Dollar je Feinunze ab. Deutliche Abschläge verzeichnete auch Kupfer. Während Kaffee höher bewertet wurde, mußte Kakao Abschläge hinnehmen.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	6. 6.	3. 6.
Juli	348,25	345,25
Sept.	359,25	336,75
Dez.	372,50	370,75

Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	6. 6.	3. 6.
St. Lawrence 1 CW	215,58	232,06
Amber Durum	234,76	220,46

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	121,80	122,00
Okt.	126,50	126,80
Dez.	128,80	129,00

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	95,50	95,90
Okt.	95,20	99,30
Dez.	–	–

Hafer Chicago (c/bush)	6. 6.	3. 6.
Juli	151,25	152,75
Sept.	154,75	155,75
Dez.	166,00	166,50

Mais Chicago (c/bush)		
Juli	306,50	307,00
Sept.	288,25	290,50
Dez.	280,25	281,25

Gerste Winnipeg (can. $/t)	6. 6.	3. 6.
Juli	102,30	101,90
Okt.	104,80	104,80
Dez.	106,00	106,30

Reis, roh, New Orleans ($/cwt)	6. 6.	3. 6.
Juli	10,60	10,49
Sept.	10,88	10,81
Nov.	11,20	11,12
Jan.	11,49	11,39

Reis, geschält, New Orleans ($/cwt)		
Sept.	19,55	19,30

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Terminkontr. Juli	127,75	126,65
Sept.	127,40	126,35
Dez.	126,28	125,55

Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. Juli	1990	2015
Sept.	2040	2060
Dez.	2065	2085
Umsatz	5475	3425

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	10,30	11,62
Sept.	10,80	11,95
Okt.	11,12	12,10
Jan.	11,80	12,70
März	11,93	12,90
Umsatz	21 586	20 752

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6. 6.	3. 6.
	11,41	10,73

Kaffee London (£/t) Robusta-	3. 6.	2. 6.
Kontrakt Juli	1613–1615	1602–1604
Sept.	1574–1575	1565–1567
Nov.	1562–1564	1555–1557
Umsatz	1603	3455

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1395–1397	1413–1414
Sept.	1412–1413	1428–1429
Dez.	1432–1433	1445–1446
Umsatz	1402	2074

Zucker London (£/t)		
Rohzucker Aug.	175,75–176,00	186,50–186,75
Okt.	185,25–185,40	196,80–197,00
Dez.	187,00–187,20	198,75–199,00
März	195,30–195,50	208,25–209,00
Mai	197,50–198,10	210,50–212,50
Aug.	–	–
Umsatz	6602	9425

Pfeffer Singapur (Straits-Sgp.-$/100 kg)	6. 6.	3. 6.
schw. Sarawak spez.	280,00	280,00
weißer Sarawak	360,00	360,00
weißer Muntok	360,00	360,00

Orangensaft New York (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Juli	117,00	116,50
Sept.	115,60	114,60
Nov.	112,65	112,40
Jan.	106,60	105,85
März	104,30	103,90
Umsatz	250	200

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Südstaaten fob Werk	25,75	25,75

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	22,00	21,50

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Juli	19,55	19,20
Aug.	19,70	19,35
Sept.	19,80	19,50
Okt.	19,90	19,55
Dez.	20,08	19,80
Jan.	20,25	19,95
März	20,45	20,20

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	22,50	23,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,75	16,75
Choise white hog 4% fr. F.	15,00	15,00

Talg New York (c/lb)		
top white	15,50	15,50
fancy	15,00	15,00
bleichfähig	14,75	14,75
yellow max. 10% fr. F.	12,75	12,75

Schweine Chicago (c/lb)		
Juni	47,30	46,90
Juli	46,95	46,95
Aug.	44,65	44,70

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Juli	60,10	59,70
Aug.	57,55	57,50
Febr.	59,15	59,55

Häute Chicago (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Ochsen euh. schwere River Northern	11,00	unerhältl.
Kühe euh. schwere River Northern	8,00	unerhältl.

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Juli	622,00	617,75
Aug.	627,50	623,25
Sept.	632,00	627,00
Nov.	641,75	636,50
Jan.	654,50	648,00
März	666,50	660,50
Mai	675,75	670,00

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Juli	180,40	180,00
Aug.	181,50	181,40
Sept.	183,50	183,00
Okt.	185,00	184,00
Dez.	189,50	188,40
Jan.	192,00	190,50
März	196,20	194,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	6. 6.	3. 6.
Juli	294,00	293,90
Okt.	303,50	303,70
Dez.	310,00	309,60

Kokosöl New York (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Westküste fob Werk	33,00	31,50

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	7. 6.	6. 6.
jegl. Herk. cif	600,00	585,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	450,00	450,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	410,00	415,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	120,00	118,50

Kopra Rotterdam ($/t)		
Phil./Indon. cif	–	–

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	755,00	750,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	249,00	249,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2	6. 6.	3. 6.
Juli	77,00	77,30
Okt.	78,70	78,40
Dez.	79,40	79,25
März	80,90	80,30
Mai	81,05	80,80
Juli	81,50	80,95

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1	55,00	55,00

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz. Nr. 2	6. 6.	3. 6.
Aug.	444–451	450–451
Okt.	441–446	446–448
Dez.	441–448	443–447
Umsatz	10	103

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	6. 6.	3. 6.
Juli	44,10	44,10
Okt.	44,40	44,30
Dez.	44,80	44,70
März	45,40	–
Umsatz	0	9000
Tendenz: nominell		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	6. 6.	3. 6.
Juli	567,0–570,0	565,0–567,0
Okt.	572,0–575,0	569,5–573,0
Dez.	584,0–585,0	581,5–582,0
Umsatz	68	47

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	6. 6.	3. 6.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Brazilian Type 2	–	–
Brazilian Type 3	–	–

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	6. 6.	3. 6.
Juni	13 906	13 914
Juli	13 899	13 895

Kautschuk London (p/kg)	6. 6.	3. 6.
Nr. 1 RSS loco	73,25–74,75	73,50–75,00
Juli	73,20–74,00	73,40–74,00
Aug.	72,60–73,20	73,30
Juli/Sept.	72,50–73,10	73,10–73,20
Tendenz: sehr ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	6. 6.	3. 6.
Nr. 1 RSS loco	243,50–244,50	243,00–244,00
Mai	243,50–244,50	243,00–244,00
Juni	247,00–248,00	247,00–248,00
Nr. 2 RSS Mai	240,50–241,50	241,00–242,00
Nr. 3 RSS Mai	237,00–238,00	237,50–238,50
Nr. 4 RSS Mai	230,50–231,50	231,00–232,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	6. 6.	3. 6.
BWC	414,00	414,00
BWD	350,00	350,00
BTC	390,00	390,00
BTD	350,00	350,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g. 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	7. 6.	6. 6.
Blei: Basis London laufend. Monat	105,84–106,04	105,26–105,46
drittfolg. Monat	109,87–110,07	109,33–109,54
Zink: Basis London laufend. Monat	184,67–185,07	185,68–186,09
drittfolg. Monat	190,31–190,51	191,59–191,79
Produz.-Preis	200,27	200,41
Reinzinn 99,9%	3749–3786	3657–3693

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	7. 6.	6. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	436,57–439,09	443,85–446,29
Blei in Kabeln	113,50–114,50	113,00–114,00
Aluminium für Leitzwecke (VAW) Rundbarren	370–372	370–372
Vorziehdraht	387	387

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeschaffer.

Messingnotierungen

	7. 6.	6. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	358–372	362–377
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	396–401	399–409
MS 63	404–408	409–413

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	6. 6.	3. 6.
(Ring. kg)	30,53	30,51

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	7. 6.	6. 6.
Leg. 225	335–341	335–341
Leg. 226	337–344	337–344
Leg. 231	363–381	363–381
Leg. 233	383–392	383–392

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	7. 6.	6. 6.
Platin (DM je g)	39,95	39,05
Gold (DM je kg Feingold) Banken-Vkfpr.	33 700	34 300
Rücknahmepr.	32 900	33 500
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	33 630	34 110
Rücknahmepr.	32 620	33 090
verarbeitet	35 300	35 800
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 400	33 855
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing) Degussa-Vkfpr.	929,20	983,10
Rücknahmepr.	896,70	948,70
Verarbeiter	970,40	1026,70

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	7. 6.	6. 6.
10.30	403,15	408,75
15.00	400,25	407,75
Zürich mittags	401,50–402,25	406,00–408,75
Paris (Fr/1-kg-Barren) mittags	100 400	102 000
Silber (p/Feinunze) London Kasse	1109,00	739,75
3 Monate	1135,70	758,35
6 Monate	1164,10	777,10
12 Monate	1218,70	814,25

Platin (£-Feinunze) London	6. 6.	3. 6.
fr. Markt	260,85	266,45
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	78,40	79,85

New Yorker Preise	6. 6.	3. 6.
Gold H & H Ankauf	407,75	411,50
Silber H & H Ankauf	1182,00	1204,00
Platin fr. Händlerpr.	423,00–427,50	423,00–427,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	122,00–124,00	125,00–127,00
Produz.-Preis	140,00	140,00
Silber (c/Feinunze) Juni	1102,00	1194,00
Juli	1152,00	1196,00
Aug.	1162,00	1212,00
Sept.	1171,00	1215,00
Dez.	1201,30	1246,00
Jan.	1211,60	1251,00
März	1232,30	1286,00
Umsatz	35 000	28 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	6. 6.	3. 6.
Juni	73,80	[illegible]
Juli	74,30	[illegible]
Aug.	75,10	[illegible]
Sept.	75,65	[illegible]
Dez.	77,85	[illegible]
Jan.	78,35	[illegible]
März	79,70	[illegible]
Umsatz	11 000	[illegible]

Londoner Metallbörse

	7. 6.	6. 6.
Aluminium (£/t) Kasse	928,00–929,00	934,00–935,00
3 Monate	956,00–956,50	962,00–962,50
Blei (£/t) Kasse	262,50–263,00	258,50–259,00
3 Monate	272,50–273,00	268,50–269,00
Kupfer Highergrade (£/t) mittags Kasse	1070,0–1071,0	1077,0–1078,0
3 Monate	1087,0–1087,5	1094,5–1095,5
abends Kasse	–	1074,5–1075,5
3 Monate	–	1093,0–1093,5
(Kupfer-Standard) Kasse	1020,5–1021,0	1023,0–1025,0
3 Monate	1048,0–1049,0	1053,0–1054,5
Zink (£/t) Kasse	458,00–459,00	457,50–458,50
3 Monate	472,00–472,50	472,00–472,50
Zinn (£/t) Kasse	8465–8467	8435–8440
3 Monate	8475–8480	8452–8455
Quecksilber $/Fl.)	–	285–295
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	84–87

VERSTEIGERUNG

VERSTEIGERUNG

Im Auftrag und für Rechnung des Inhabers versteigere ich auf Grund Geschäftsaufgabe den umfangreichen und sehr gepflegten Maschinen und Gerätepark der Firma

OPP & Co. Werkzeugmaschinen
4010 HILDEN bei DÜSSELDORF, Hans-Sachs-Str. 5

Dienstag, 21. Juni '83

Beginn 10.00 Uhr

Versteigerungsort: in den Räumen
Herderstraße 39, 4010 Hilden

Zur Versteigerung gelangen ca. 600 Positionen Werkzeugmaschinen u.a.: Säulenbohrmasch., L+Z Drehbänke, versch. Fabrikate, teilw. mit Kopiereinricht. u. NC-Steuerung, bis 6000 mm Drehlänge, Flachschleifmasch. Blohm, HFS 6 u. 15, Jung, G60, F50, Werkzeugschleifmasch., Schütte, Werkzeugfräsmasch., Deckel, FP1, 2, 3 u. 3LB, sowie Koordinaten-Bohrmasch. LKS, Platten- u. Tischbohrwerke, Scharmann, FB 315, Collet & Engelhardt, BFF 100, Union, BFT 125 u. BFT 160, UMA, BF 56, Alzmetall, Oerlikon R3, Universal-Vertikal- u. Horizontalfräsmasch., versch. Fabrikate, Ein- u. Doppelständer Karusselldrehbänke, Schiess u. andere Fabrikate, Rundschleifmaschinen, MSO, Schmaltz, Fortuna, Schaudt u.a., Abkantpressen, Blechbiegemaschinen, Tafelscheren, Exzenterpressen, hydr. Richtpressen, Wieger, WMW, Richter, MAE, von 25 – 150 t Druckleistung, Spritzgußmasch., Anker u. Battenfeld, Ein- u. Doppelständerhobelmasch., Waldrich, Billeter, WMW, Tos, Klopp, Drehautomaten, Index u.a., Kaltkreissägen u.v.a.m.

Besichtigung: Samstag, 18. Juni '83 9-16 Uhr, Montag, 20. Juni 83, 10-17 Uhr, sowie am Versteigerungstag 8-9.30 Uhr.
Vorbesichtigung ist nach telefonischer Anmeldung möglich.
Ausführlicher Katalog auf Anforderung.

HORST F.G. ANGERMANN
HAMBURG VEREIDIGTER U. ÖFFENTLICH BESTELLTER VERSTEIGERER
SCHÄTZER FÜR
IMMOBILIEN, MASCHINEN UND INDUSTRIEANLAGEN
D-2000 Hamburg 11 · Mattentwiete 5
Telefon (040) 36 76 91-93 · Telex 02-13 303 · 02-15 272

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn: Friedr. W. Heering, Essen: Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Peter Philipps (stellv.); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.), Dr. Hellmut Jaesrich (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: i. V. Klaus Bruns; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Beck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; Johannesburg: Dr. Hans Germani; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lommon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Rom: Anne Tietjen; Tokio: Dr. Fred de la Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 11, Telex 1 84 611, Anzeigen: Deutschland-Ausgabe Tel. (0 30) 25 91 29 31, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

2300 Kiel, Schloßstraße 16–18, Tel. (04 31) 9 34 30

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 6,5 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 61 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 47.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg, Gesamtleitung: Reinhard Hoyer, Hamburg/Essen

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

Spanische Stahl- und Sphäroguß-Gießerei mit eigener Bearbeitungswerkstatt, welche bereits führende deutsche Firmen zu ihren Kunden zählt, möchte ihren Verkaufsanteil in der BRD erhöhen.
Hierzu sucht sie
VERTRETER
welche mit dem Verkauf von Gußteilen Erfahrung und gute Kontakte zu folgenden Industriezweigen haben: Lkw, Sattelschlepper, Baumaschinen, Hebezeuge, Aufhängungen u. Achsenhersteller, Strebausbau-Industrie, Bergbau- u. Tiefbohrungsindustrie, Eisenbahn-Industrie, Armaturen etc. Interessenten sollten ihre Verkaufserfahrung sowie das zu bearbeitende Gebiet als auch die erworbenen Sektor-Kenntnisse angeben.
Englische, französische od. spanische Sprachkenntnisse werden positiv bewertet.
Bewerbungen sind an folgendes Postfach zu richten:
Apartado 168 – Vitoria – Spanien



Der Tägliche Submissions-Compaß aus Köln bringt täglich die neuesten Ausschreibungen der Baubehörden des Bundes, der Länder und der Kommunen. Probenummern kostenlos vom Verlag Ewald Schawe, Beobachter vom Bau seit 1918, Postf. 800 166, 5000 Köln 80, Tel. 02 21/61 31 81

SELBSTÄNDIG
– statt ständig in Angst um den Arbeitsplatz. Wir vergeben 15 Verkaufsgeb. für Klein- und Mitteltresore. Privat- und Firmensektor. Ab DM 7500,– Eigenkapital können Sie Ihre Zukunft in die Hände nehmen.
Zuschriften bitte u. B 7266 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Erfahrener amerik. Geschäftsmann, Besitzer einer Verkaufsagentur für technische Produkte in den mittelantlantischen Staaten, befindet sich in Europa vom 22. 6.–11. 7. Sucht Kontakt für diverse Geschäftsverbindungen. Mitglied: Deutsch-Amerikanische Handelskammer. Jack Kennedy, INTERPLAS, INC., 130 Coulter Avenue, Ardmore, Pa. 19003, U. S. A. Telex: 8 04 294, Tel.: 2 15 / 6 49–63 32

Unternehmer!
Wir fertigen für Ihre Produktionsvorbereitung Einzelteile in Serie, bei Ihnen vor Ort oder bei uns in eigener Halle. Branche: egal. Bedingungen weitaus günstiger als Ihre eigenen.
EVS WARNSING, Postf. 12 61 D-4282 Velen

Physiker
bietet neben- oder hauptberuflich Mitarbeit bei der Konstruktion und Automatisierung (Mikros, Minis) von Maschinen und Meßgeräten.
Angeb. erb. u. M 7275 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Firmenübernahme
Suchen Sie einen seriösen Nachfolger auf Rentenbasis? Engagieren Sie mich auf Probe (6–12 Monate). Bin bereit, Ihr Lebenswerk weiterzuführen auf reiner Erfolgsbasis. Bin 44 J. alt, verh., kreativ, gute Menschenführung. Erf. im Metallbau, Maschinenbau u. Kunststoffverarbeitung. Firmen nicht unter 30–50 Mitarbeiter. Bitte nur ernstgem. Zuschr. erb. u. PD 46556 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

SAUDIARABIEN
Es werden Kontakte mit Firmen gesucht, die sich für Exporte, insbesondere von Bau- und Einrichtungsmaterialien, nach Saudi-Arabien interessieren. Das anfragende Partnerunternehmen in Al Riyadh verfügt über einen beachtlichen Einfluß.
Angeb., Anfr. u. K 7273 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Werden Sie
Versicherungs-/Finanzmakler
Nettoverdienst ca. DM 130 000,- p. a. Großes überreg. tätiges Maklerunternehmen sucht zur Ausweitung seiner Geschäftstätigk. fähige, seriöse Mitarb., die selbständig ein Maklerbüro leiten können. Erf. Kapital für Werbung, Erstausstg. u. Einarb. DM 10 000,–.
Zuschr. erb. u. PE 46557 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Werbeflächen
zu vermieten auf Formelrennwagen, ganze Saison oder pro Veranstaltung.
Angeb. erb. u. H 7272 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Leistungsfähiger Kunststoffensterhersteller
(und/oder Holzfenster) von langjährig bewährter Organisation gesucht. Grundlage einer Zusammenarbeit wäre ein Top-Fenster sowie zuverlässige und solide Partnerschaft.
Ang. u. E 7269 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sicher in d. Zukunft m.
– survival news –
exklusive Informationen zum Überleben in Krisen, Kriegen, Steuerlast, Berufskampf und Wirtschaftstief.
Kostenl. Leseprobe!
MM.-werbung, Postfach 38 10 20, 1000 Berlin 38

Architekt u. Bau-Ingenieur
20 Jahre Berufserfahrung, übernehmen in fr. Mitarbeit Leistungsermittlg., Bauleitg., Abrechnung im Raum Hamburg–Kiel–Husum.
Ang. erb. u. F 7270 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Paket-Transport-Ges.
bietet soliden Herren u. Damen selbst. u. ertragr. Existenz in div. Regionen der BRD. Erforderl.: 1 Pkw-Kombi und DM 5000,– Eigenkapital. Näheres durch:
PTG, Kelsterbacher Str. 64
6096 Raunheim/M., T. 0 61 42 / 4 40 74

Außenstände?
Zugelassenes Inkasso-Unternehmen zieht Forderungen jeglicher Art erfolgr. ein. Auch Ankauf von Forderungen.
Anfr. erb. u. G 7271 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Maklerbüro in Kiel sucht
Gebietsvertretung
für eine Bauträgergesellschaft. Großz. Ausstellungsraum vorh.
Zuschr. erb. u. PB 46555 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

Kartonagen-Fabrik
gesucht, zur Lieferung von Briefkassetten + Kartons f. Visitenkarten. Angeb. an:
SXD Schütte GmbH
Postf. 12 01 48, 4 Düsseldorf 12

Looking for
Diversification?
High quality synth. chamois leather to be distributed throughout existing contacts of yours, to supermarkets, druggists etc.
Please only reply when sufficient opportunities to realise a reasonable turnover at once.
Write to Alpex, 't Serclaeslei 7
2130 Brasschaat, Belgium

Gesucht wird:
Konzernfreie Zigarettenfabrik
im In- od. Ausland zur Zusammenarbeit.
Ang. u. T 7214 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Welcher Geschäftsmann
möchte sein klein- o. mittelständisches Handels- o. Fertigungsunternehmen aus Altersgründen veräußern u. sucht einen Nachfolger?
Angeb. u. Y 7351 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

GmbH-Gründung? Engl. Gesellschaft (Ltd.) od. deutsche GmbH?
Wir beantworten Ihre Fragen in diesem Zusammenhang. Selbstverst. liefern wir auch Ihre Ltd. zur Lösung Ihrer priv. u. geschäftl. Probleme.
Lynnwood Properties Ltd.
Postf. 37 23, D-3300 Braunschweig

Hoher Nebenverdienst
Interviewer(innen) ges. für Marktforschungsprojekte. Bewerbungen mit Personaldaten und, wenn vorhanden, Telefonnummer an:
IFG–Institut für Grundlagenforschung
Gessenhart 14, 8229 Ainring

Wir bieten Geschäftsverbindungen Mittlerer Osten
bevorzugt Saudi-Arabien. Schriftl. Anfragen mit Produktangaben an:
Firma Uniplan Lesen GmbH
Geroldstr. 32, 4790 Paderborn

Abschreibung 150–200%
Bei Kontaktaufnahme bitte angeben: Geschäft-/Priv.-Tel. u. Höhe der Abschreibung.
Zuschr. erb. u. L 7274 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

2 Direktionen
zu vergeben. Expandierendes Unternehmen, seit 1977 in Süddeutschland mit großem Erfolg vertreten, sucht je einen zuverl. Partner für die Übernahme der Repräsentanz in Köln und in Düsseldorf. Erf. Kapital DM 100 000,–.
Ang. erb. u. F 7248 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Flachdach – Werkhalle – Garage – Keller undicht?
AQUEX-Flüssigfolie ® DBP, hochelastisch, wetterbeständig, wasserdicht, einfach aufstreichen oder spritzen = dicht mit Werksgarantie!
Informationen durch:
HYDREX-CHEMIE GMBH, Friedhofstr. 26, D 7980 Ravensburg
Telefon: 07 51 – 2 22 19, Telex: 732 892
(Örtl. noch Vertreter u. Verlegefirmen gesucht)

Industriemontagen
suchen Geschäftsverbindungen als Subunternehmer im In- u. Ausland. Stahlbau – Maschinenbau – Rohrleitungen. Beste Referenzen – solide Geschäftsbedingungen.
Zuschr. unter V 7260 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

EXISTENZ
– ein Geschäft haben, ein Geschäft machen. Mit der Exklusivlizenz für unsere Klein- und Mitteltresore erhalten Sie beide Möglichkeiten. Schließen Sie die Marktlücke bei Firmen und Privatkunden. Ab DM 7500,– EK.
Zuschriften bitte u. U 7259 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

– Eine Lösung gibt es immer –
Haben Sie Probleme im Absatz- oder Personalbereich?
Langjährig erfahrener Unternehmer berät Sie qualifiziert und zielsicher durch direkte Tätigkeit in Ihrem Betrieb.
Zuschriften unter F 7292 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

STELLENANGEBOTE

Metallverarbeitende Industrie (600 Beschäftigte) – Südwestdeutschland

Durch Leistung und Qualität hat sich unser Unternehmen weltweit einen anerkannten Namen geschaffen.

Wir suchen zum baldigen Eintritt eine qualifizierte Persönlichkeit als

Personalchef

dem wir die Verantwortung für das gesamte Personal-, Sozial- und Ausbildungswesen übertragen wollen. Die Position ist mit Prokura ausgestattet und untersteht unmittelbar der Geschäftsführung. Gegenüber dem Betriebsrat fungiert er als Sprecher des Unternehmens.

Die Realisierung unserer – auch in Richtung Diversifikation gehenden – Unternehmensziele erfordert ein zeitgemäßes Personalmanagement und somit einen Personalfachmann mit fundiertem Fachwissen und breiter Erfahrung, die er sich in ähnlicher Verantwortung auf erster oder zweiter Ebene im Personalwesen eines metallverarbeitenden Industrieunternehmens erworben haben sollte.

Weiterhin sind juristische Kenntnisse und die Bereitschaft zur Detailarbeit vorauszusetzen.

Wenn Sie diese Position in einem namhaften, modern geführten und international orientierten Unternehmen von der Aufgabenstellung, vom Einkommen her oder aus einem anderen Grunde reizt, richten Sie bitte Ihre mit „PLW" gekennzeichnete Bewerbung (Handschreiben mit Angaben über Eintrittsmöglichkeit und Gehaltsvorstellung, Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien) an den von uns beauftragten

Personalberater Dipl.-Psych. Hermann Fischer
6900 Heidelberg 1, Zum Steinberg 47
der für Diskretion und Beachtung etwaiger Sperrvermerke bürgt.

Baubetreuer **Niedersachsen**

Wir sind eine erfolgreiche, solide finanzierte Baubetreuungsgesellschaft mit Firmensitz in einer Großstadt. Nach Änderung unserer Unternehmensstruktur suchen wir zum nächstmöglichen Termin einen in der Bauwirtschaft erfahrenen, vertriebsorientierten

Geschäftsführer

mit umfassenden Kenntnissen im Baurecht, mit Erfahrung in der Konzeption und Akquisition, mit Projekterfahrung in der kaufmännischen und technischen Planung und Ablaufsteuerung von Bauvorhaben (Neubau, Modernisierung, Sanierung in Form von Bauherrenmodellen).

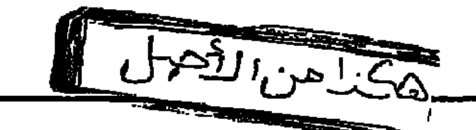
Wir stellen eine unternehmerische Aufgabe und bieten die Möglichkeit, später eine Beteiligung an unserer Gesellschaft zu erwerben. Der ideale Bewerber ist heute Bau-Ingenieur/Architekt oder Kaufmann in einem Unternehmen der Bauwirtschaft oder in freiberuflicher Praxis. Altersstufe: 33–40 Jahre.

Wenn Sie die reizvolle Aufgabe anspricht, dann senden Sie bitte Ihre Unterlagen (Lebenslauf, Lichtbild, Zeugniskopien, Angabe der Gehaltsvorstellung und des Eintrittstermins) an die von uns beauftragte Beratungsgesellschaft z. H. Herrn H. Büsing oder Herrn P. Hennings. Beide Herren geben Ihnen auch gern telefonisch Vorabinformationen (04 41 / 7 70 30) und bürgen für die Vertraulichkeit Ihrer Bewerbung.

TU Treuhand-Union Unternehmensberatung GmbH
Kastanienallee 43 · 2900 Oldenburg

Junger energischer Volks- o. Betriebswirt mit einigen Jahren praktischer Erfahrung in Industrie oder W.P.-Gesellschaft, techn. Verständnis und Englisch-Kenntnissen als
Direktionsassistent
sowie junger tatkräftiger D. I. TH Maschinenbau – mit prakt. Erfahrung, umfassende techn., evtl. elektronische u. Engl.-Kenntn. als
Assistent der Geschäftsleitung
gesucht.
Mittelständischer Betrieb – Raum Darmstadt.
Antworten bitte direkt an Postfach 75 02 04, 6000 Ffm-75, Flughafen

Selbständige Existenz
Moderne Ehe-/Bekanntschaftsanbahnung sucht geeignete Damen und Herren für die Einrichtung einer Filiale. Kapital DM 3000 bis 15 000 erforderlich. Nebenberuflicher Start möglich.
CPA, Postfach 11 04 41, Ffm. 11



Möglichst vier Kinder

Nea. – Man pflegt die vielen Mißhandlungen der Sprache in den letzten Jahren meist als Produkt von Schludrigkeit, bürokratischer oder technokratischer Gedankenlosigkeit aufzufassen. Viele der Wortneuschöpfungen der gräßlichen Art fallen sicherlich unter diese Rubrik. Einen Wald zu „beförstern", andächtige Zuhörer zu „beschallen" oder arglose Zehnjährige zu „beschulen" – das fällt wohl nur jemandem ein, dem sich der Sinn der Worte in unmenschlicher Routine allmählich entleert hat.

Aber seit einiger Zeit tauchen Neuwörter auf, bei denen man an Schludrigkeit und Trägheit ihrer Erfinder nicht mehr denken mag, sondern eher an eine Art Sprachsadismus, an ein beinahe mit Wollust betriebenes Spiel, voller Absicht, Wort und Bedeutung gewissermaßen in die Mangel zu nehmen.

Da gibt es zum Beispiel seit einigen Jahren die Einrichtung des staatlichen Familiendarlehens. Junge Ehepaare erhalten es zinslos oder zinsgünstig, um es mit der Zeit wieder abzuzahlen – es sei denn, sie kriegen mehr als drei Kinder, was sie von der Rückzahlungspflicht befreit. Welches Wort haben die Sprachsadisten in den Amtsstuben für diesen Fall aus dem Hut gezogen? Das Darlehen wird „abgekindert".

Ein anderes Beispiel kommt aus der Schweiz. Dort sagt man von einem behördlichen Vorhaben, dessen Verwirklichung zunächst an Bürgerprotest oder politischem Widerstand scheitert, es werde „schubladisiert". Das ist ein sprachsadistisches, in seiner Absurdität fast schon wieder witzig zu nennendes Schlüsselwort für eine modisch flexible Staatstaktik gegenüber modischem „basisdemokratischen" Protestverhalten. Die Pläne sind nicht etwa ad acta gelegt. Man kann und wird sie sofort wieder hervorholen, sobald die Protestplakate vergilbt und die Demonstranten müde (oder vergeßlich) geworden sind, der politische Wind sich gedreht, die öffentliche Meinung das Lieblingsthema gewechselt hat.

Da wäre dann der Sprachsadismus nichts weiter als der verzweifelte Versuch, das Absurde heutigen Verhaltens und Reagierens möglichst ironisch und damit sachgerecht zu beschreiben. Den Sprachforschern künftiger Tage bieten sich ungeahnte Interpretationschancen.

Der Maler mit den tausend Gesichtern: Zürich dokumentiert das Werk des Belgiers James Ensor

Hinter jeder Maske lauert der Tod

Ensor ist gewiß kein unbekannter Maler. Und doch ist er jetzt in Zürich ganz neu zu entdecken. Die Retrospektive im Kunsthaus breitet nicht nur eine Fülle von Gemälden, Zeichnungen und Graphiken aus, sie läßt auch, wie kaum eine Ensor-Ausstellung oder ein Ensor-Buch zuvor, die tiefe Widersprüchlichkeit dieses Werkes, das schreiende Nebeneinander des scheinbar Unvereinbaren unvergeßlich deutlich werden.

James Ensor, 1860 in Ostende geboren, erhält schon als Dreizehnjähriger Unterricht bei zwei Aquarellisten. Von 1877 bis 1880 studiert er dann an der Brüsseler Akademie. Als Zwanzigjähriger kehrt er in seine Heimatstadt zurück, um sie nur noch selten zu verlassen. Seine Anfänge sind „akademisch". In seinen frühen Bildern verbindet er die niederländische Genre-Malerei mit dem Realismus des 19. Jahrhunderts. „Der Lampenjunge" von 1880 ist ein typisches Bild dieser Zeit, gut gemalt, aber konventionell.

Zur selben Zeit entstand jedoch auch schon „Die Droschke", ein für seine Zeit außerordentlich kühnes Werk, diagonal den Bildraum füllend, schräg von oben gesehen, die Formen nur angedeutet. Zwei rote Kreise bilden die Räder, eine Linie die Deichsel, vor dem schwarzen Kutschkasten heben sich andeutungsweise das Gesicht des Kutschers, seine weiße Hemdbrust und die Hände ab.

Diese impressionistische Malweise ist bei Ensor nicht nur Durchgangsstadium. Der Künstler greift später immer wieder auf sie zurück, in den Stilleben genauso wie bei den Landschaften. „Der Strand von Ostende" (1920) bedient sich derselben Ausdrucksmittel wie vierzig Jahre zuvor das „Ruhige Meer". Es ist ein Gestalten ganz aus der Farbe. Und dieselbe malerische Technik benutzt Ensor auch bei den Porträts, die zuerst völlig den zeitgenössischen Vorstellungen eines repräsentativen Bildnisses zu entsprechen scheinen. Wenn man in diese Bilder einzudringen, dem Charakter der Personen nachzuspüren versucht, spürt man Widerstand. Sie sind verschlossen, schauen – falls sie überhaupt den Blick erheben – am Betrachter vorbei.

Die Selbstbildnisse stehen dazu in einem erstaunlichen Gegensatz, seien es das in Rubens-Pose gemalte „Selbstbildnis mit Blumenhut" (1883), das „Selbstporträt mit Staffelei" (1890) oder das „mit Masken" (1936). Immer tritt Ensor dem Beschauer offen und selbstbewußt entgegen, wie auch in den Zeichnungen und Radierungen, obwohl sie von den Ängsten und Alpträumen des Künstlers künden, z. B. „Mein Porträt in Trauer und Prunk" (1886), das „Selbstporträt als Skelett" (1889) oder die drei Fassungen „Dämonen, die mich quälen" (1880/1895/1898). Ein Höhepunkt ist „Mein Porträt im Jahre 1960" (1888), auf dem Ensor sich als Skelett radierte, oder im selben Jahr das Blatt „Seltsame Insekten", wo er sich – im Vorgriff auf Kafkas „Verwandlung" – als riesiges wanzenartiges Kerbtier darstellt.



Zu viel Gift im Haus: „Die melancholischen Fischweiber" (1892) von James Ensor, aus der Züricher Ausstellung FOTO: KATALOG

In eigenartigem Widerspruch wiederum zu diesen makabren Selbstbefragungen stehen Autoporträts der Verklärung: die Identifikation mit „Jesus vor den Schriftgelehrten" etwa, in denen er seine Kritiker verspottet, die „Trostreiche Jungfrau", wo der Künstler, der gerade einen Marientondo malt, ehrfurchtsvoll vor der Gottesmutter kniet, die ihm erschienen ist, oder schließlich die Groteske „Der Ruf der Sirene", auf dem eine sehr reale Frau in der Brandung ihre Arme nach dem Maler ausstreckt, der im rot-weiß quergestreiften Badetrikot schamhaft die Stufen eines Badekarrens herabsteigt.

Es ist der Kontrast zwischen malerischer Souveränität einerseits und den typischen Stilformen naiver Malerei andererseits, die in dieser Ausstellung immer wieder ins Auge fallen. In seinen Maskenbildern und Totentänzen beherrscht Ensor die Komposition genauso sicher wie die Farbe. „Die verärgerten Masken" (1883), „Die Verwunderung der Maske Wouse" (1889), „Skelette, die sich wärmen wollen" (1889) oder „Masken im Streit um einen Gehenkten" (1891) sind großartige Gemälde (und auch als Radierungen noch überzeugende Bilderzählungen). Die nicht minder berühmten „Guten Richter" (1891) oder die riesige Tafel des „Einzugs Christi in Brüssel" (1888) scheinen demgegenüber von einem ganz anderen Künstler zu stammen. Sie zeigen die typischen Eigenheiten naiver Malerei, den Horror vacui, dem der Künstler begegnet, indem er die Leinwand über und über mit Figuren vollstopft und jegliche Bildtiefe mißachtet. Auch die Farben lassen in diesen Bildern jede Subtilität vermissen, sind kontrastreich mit harten Konturen nebeneinandergestellt.

Die Vielfalt der Stile, die in Zürich dokumentiert wird, bietet die Möglichkeit, tief in das seelische Geflecht einzudringen, in dem die Kunst Ensors wurzelt. Immer wieder stößt man auf Varianten ein und desselben Motivs in Gemälde, Zeichnung und Graphik, auch auf Selbstzitate („Die Alte mit den Masken" von 1889 taucht u. a. im „Lieblingszimmer" oder im „Interieur mit drei Selbstbildnissen" wieder auf) und verschlüsselte Anspielungen (so wenn sich bei den „Drolligen Rauchern" die Grafitti von der Radierung „Der Pisser" lösen und auf der Zimmerwand Eigenleben gewinnen). Stilwelten anderer Künstler werden herbeigemalt, die gespenstische Welt E. A. Poes, die Welt der Präraffaeliten in der „Beweinung Christi durch die Engel" (1886) oder den „Szenen aus dem Leben Christi" (1912–1920) oder die Welt Kubins in der vorwegnehmenden und übertrumpfenden Ironie des Makabren in den „Billardspielenden Skeletten" von 1903 und ähnlichen Szenen.

„Ich glaube, als Maler bin ich eine Ausnahmeerscheinung", hat Ensor einmal notiert. Die Ausstellung bestätigt ihm das wahrhaftig und auf die faszinierendste Weise. (Bis 31. Juli; Antwerpen: 20. Aug. bis 30. Okt.; Katalog: 40 sfr.)

PETER DITTMAR

Düsseldorf: Drei neue Einakter von H. Pinter

Tiefschlaf in Alaska

Eine Frau erwacht nach 29jährigem Tiefschlaf. Nach biologischen Maßstäben zählt sie 45 Jahre, aber sie denkt und fühlt wie eine 16jährige. Sie erkennt die Schwester nicht mehr, muß erfahren, daß die Mutter inzwischen gestorben ist. Ein alter literarischer Topos, dramaturgisch neu aufbereitet: die Suche nach der eigenen Identität, dem eigenen Standpunkt eines aus den Zeitläuften Exilierten.

Mit zitternden Beinen versucht das Mädchen/die Frau noch einmal die ersten Schritte; die unbeholfenen Bewegungen werden zur existentiellen Erfahrung. Eine unbegreifliche, und das heißt hier bedrohliche Erfahrung: Wo gehört ein Mensch hin, der seit gestern fast 30 Jahre lang geschlafen hat? Sie erfährt die „Unbehaustheit" des „modernen" Menschen. Denn Heimat ist nicht nur ein vertrauter *Ort*, sondern auch eine bekannte, vertraute *Zeit*.

Die Isolation als Grunderfahrung menschlicher Existenz: Dies ist das Grundthema, das die drei Einakter des britischen Dramatikers Harold Pinter eint, die unter dem Titel „An anderen Orten" im Düsseldorfer Schauspielhaus erstmals in deutscher Sprache aufgeführt wurden. Peter Palitzsch hat diese Versuche über die Unmöglichkeit menschlicher Kommunikation inszeniert; er hat die Trauer, die Hoffnungslosigkeit, aber auch das Bedrohliche und Groteske, das in ihnen steckt, sorgfältig herausgearbeitet, den fremden und doch so alltäglichen Horror greifbar und begreifbar gemacht.

Deborah, das Mädchen, das 29 Jahre lang nicht mitgelebt hat, war in „einer Art Alaska", so der Titel dieses Einakters, der den Abend beschließt. Alaska steht dabei nicht nur für die (Gefühls-) Kälte, die Herbert Kapplmüllers Bühnenbild exakt widerspiegelt, es ist auch eine Metapher der Erstarrung des Lebens im ewigen Eis. Tanja von Oertzen spielt die vom Leben vorübergehend Ausgeschlossene mit Wut und Trauer, mit genauem, schmerzlichem Erstaunen über das, was mit ihr geschehen ist.

Am Beginn der Aufführung steht das Stück „Familienstimmen", ein – ebenfalls vergeblicher – Kommunikationsversuch zwischen Mutter und Sohn. Sie schreiben einander Briefe, die den anderen nicht erreichen, die sie vielleicht auch gar nicht abschicken. An einem großen Tisch, getrennt durch einen dünnnen roten Vorhang, der auch den gesamten Zuschauerraum teilt, sitzen sie sich gegenüber, lesen ihre Sätze vor. Während die Mutter (Jenny Lattermann) den Sohn (Beat Knoll) beschwört, zurückzukommen und ihn, da sie nichts von ihm hört, schließlich verflucht, erzählt dieser voller Verwunderung von den merkwürdigen und doch so banalen Vorgängen in dem Haus, in dem er ein Zimmer gemietet hat. Es herrscht eine seltsame, irreale Atmosphäre, vor deren Bedrohlichkeit ihm nur sein Zimmer Schutz bieten kann – Pinters ständiges Symbol der Geborgenheit, vor dessen Türen das Unbekannte, Unheimliche wartet.

Der dritte Einakter heißt „Victoria Station". Der Funksprecher einer Londoner Taxi-Leitstelle (Andreas Weißert) will den Fahrer des Wagens 274 (Wolfgang Haubner) zur Victoria Station schicken, wo ein Fahrgast auf ihn wartet. Aber der Taxifahrer hat noch nie etwas von einem solchen Bahnhof gehört. Ein grotesk-komischer Dialog entspinnt sich, dessen „comic relief" die Zuschauer nach den bedrückenden „Familienstimmen" dankbar zu schätzen wissen. Dennoch: Hinter dem vordergründigen Gelächter wächst schnell das Grauen auf. Der seltsame Fahrgast, der an der Victoria Station wartet, ist ein düsterer, hinkender Mann mit einer Feder am Hut, die Gegend, durch die der Taxifahrer umher kreuzt (auch bei ihm die Ziellosigkeit, die Vergeblichkeit des Tuns), ist mehr als ungemütlich: ein dunkler Park mit der Silhouette des Crystal Palace, die sich schemenhaft über den Büschen erhebt, obwohl dieser Crystal Palace doch längst nicht mehr existiert.

Grell-kaltes Neonlicht „in der Funkzentrale" im oberen Bühnenteil kontrastiert effektvoll mit dem kaum beleuchteten Taxi, hinter dessen Windschutzscheibe das geisterhaft beleuchtete Gesicht des Fahrers flackert. Die Dialogpausen werden durch das monotone Geräusch der Scheibenwischer kontrapunktiert. Ein Kriminalroman mit surrealistischem Inhalt.

„An anderen Orten" ist die vielleicht beklemmendste Studie über die Isolation der Menschen. Das Unbehagen, das sie hinterläßt, hängt einem noch an, wenn man mit einem Gefühl der Erleichterung dem hellen Foyer wieder entgegenstrebt. RAINER NOLDEN

Zum 80. Geburtstag von Marguerite Yourcenar

Mitglied trotz Ypsilon

Vielen Menschen in Frankreich und anderswo wäre die Schriftstellerin, die heute ihren 80. Geburtstag feiern kann, wohl unbekannt geblieben, hätte sich an ihr nicht vor drei Jahren der Streit entzündet, ob eine Frau würdig ist, in die Schar der vierzig „Unsterblichen" von der Académie Française aufgenommen zu werden. Schon ihr Name, Marguerite Yourcenar, ist angetan, Befremden zu erregen. Ist sie vielleicht, so rätselt man, Albanerin oder Perserin, eine Exotin, die sich Frankreich zur Wahlheimat auserkoren hat? Doch nein, es handelt sich um ein Anagramm ihres adligen Namens Crayencourt (sie behauptet, eine unwiderstehliche Zuneigung zu dem Anfangsbuchstaben Ypsilon zu haben), und ihre Herkunft ist ganz unbestritten die flandrische Ebene Nordfrankreichs und von mütterlicher Seite der benachbarte belgische Hennegau. Ihr Wohnsitz – den sie freilich häufig im Stiche läßt – ist eine kleine Insel vor der Küste des US-Bundesstaates Maine.

Der Zweite Weltkrieg hat die bis dahin in Paris lebende, mit André Gide und anderen Literaten befreundete Autorin nach Amerika verschlagen, wo sie am Sarah-Lawrence-College Vorlesungen über französische Literatur hielt. Zehn Jahre lang arbeitete sie in aller Stille an einem historischen Roman, der die Form einer Autobiographie oder, noch genauer, eines Beichte und letztwillige Verfügung in sich vereinigenden langen Briefes an einen Erben annehmen sollte. Er hieß, als er 1951 herauskam, „Mémoires d'Hadrien" und wurde unter dem etwas reißerischen Titel „Ich zähmte die Wölfin" gleich darauf auch ins Deutsche übersetzt; er war auf der ganzen Welt ein großer Erfolg (wenn auch auf ein gebildetes Publikum beschränkt), der von keinem ihrer früheren und späteren Bücher übertroffen wurde. Ihr Roman „Coup de grâce" („Der Fangschuß") von 1939 übrigens wurde von Volker Schlöndorff 1969 verfilmt.

Die Aufnahme von Marguerite Yourcenar in die Akademie, eifrig betrieben von deren Mitglied Jean d'Ormesson, dem Verfasser der herrlichen Familiensaga „Au plaisir de Dieu" war ein Sieg der jungen und fortschrittlichen Elemente unter der ehrwürdigen Kuppel des „Institut" am Ufer der Seine. Sie mußten dafür die ärgsten Beschimpfungen aus dem eigenen Kreis einstecken. Aber obwohl sie sich als Kandidatin nicht in der üblichen und ziemlich demütigenden Form bewarb, vereinigte die in Brüssel geborene, als Amerikanerin naturalisierte und zur Französin zurückverwandelte Marguerite Yourcenar 20 von 36 Stimmen auf sich und zog als erste Frau in die Académie Française ein.

Ein Besuch der Villa Adriana in Tivoli bei Rom war für die junge Marguerite, die gelehrige Schülerin ihres kultivierten und kunstsinnigen Vaters, der erste Anstoß zu der fingierten Selbstbiographie des römischen Kaisers. Viele Jahre später erst und nachdem sie sich auf das gründlichste mit dem historischen Hintergrund beschäftigt hatte, schrieb sie auf einer langen Eisenbahnfahrt durch Amerika die hauptsächlichsten Partien des Buches rasch hintereinander nieder. Sie war an allen Stätten, an denen Kaiser Hadrian sich je aufgehalten hat. Weite Reisen gehören auch heute noch für die alte Dame zu den Selbstverständlichkeiten, und so brauchen die übrigen „Unsterblichen" auch nicht zu befürchten, daß sie sich ein „pied à terre" in Paris nimmt, um regelmäßig an den wöchentlichen Sitzungen der Akademie teilzunehmen.

Hoffentlich aber wird sie die eigene Autobiographie beenden, die sie im letzten Jahrzehnt mit den weit ausholenden Bänden „Souvenirs pieux" und „Archives du Nord" über ihre väterliche wie mütterliche Familie begonnen hat. Unterdessen überhäuft man sie weiter mit Preisen und Ehrungen, deren lange Reihe in diesem Jahr noch die hochdotierte Auszeichnung der Erasmus-Stiftung krönen soll.

HELLMUT JAESRICH

Neuer Film: „Brandmale" von George Moorse

Liebe geht durchs Cello

Vier Personen, vier Liebesgeschichten, vier Versuche, die Isolation zu durchbrechen, viermal die Aufgabe, mit dem Scheitern weiterzuleben: das ist George Moorses Film „Brandmale".

Angela ist 19. Sie ist Verkäuferin in einem Kräuterladen. Sie sammelt Pflanzen. Ihre Kleidung wirkt improvisiert wie die Wohnung unterm Dach, die sie mit einer älteren Freundin teilt. Angela handelt sprunghaft, intuitiv. Ihr Versuch, Pflanzen zu verstehen, ist ein Versuch, Ordnung herzustellen. Angela liebt Robert.

Robert ist gut zehn Jahre älter, als Musikkritiker etabliert, konservativ gekleidet, eingerichtet in Chrom und Leder. Er bemüht sich um Toleranz, er bemüht sich um Verständnis. Aber er kann nicht kompromißlos sein wie Angela, und der Intensität ihrer Gefühle ist er nicht gewachsen. Als er eine Beziehung zu der etwas älteren Cellistin Bettina anknüpft, spürt er, daß er nur vor Angela flieht.

Bettina ist vorsichtig. Sie lebt allein. Sie will sich auf andere nicht einstellen müssen. Bachs Cellosuite, die sie für ein Solokonzert übt, muß man spielen wie eine Liebeserklärung, soll Pablo Casals gesagt haben. Je öfter Robert Bettina besucht, desto besser spielt sie. Das Konzert wird eine Liebeserklärung. Ihr Freund Walter verläßt den Saal.

Walter spielt Violine. Er ist blind. Er ertastet sich seine Umgebung, hört Zwischentöne, spürt Ungesagtes. Die Isolation, die sich an ihm körperlich manifestiert, zugleich das vage Gefühl dafür, wie sie zu überwinden wäre, aber auch der Mangel an Kraft und Mut zur Überwindung ergeben ein Grundmotiv der handelnden Personen, des Films, der Welt, die er beschreibt.

Der 47jährige Amerikaner George Moorse, seit 1957 in der Bundesrepublik, bewundert Robert Bresson und Carl Theodor Dreyer. Ersterem mag er die strenge geradlinige Erzählweise verdanken. Von Dreyer bezieht er das Motiv der Jeanne d'Arc, jene Stummfilmfigur, mit der Angela sich identifiziert. Und wie Dreyer arbeitet Moorse virtuos mit langen Einstellungen und Großaufnahmen.

Was die Schauspieler dabei einbringen, ist faszinierend. Hub Martin ist Robert; hier scheint es keine Diskrepanz zwischen Rolle und Darsteller zu geben. Anne Bennent hat mit gelegentlichen Temperamentsausbrüchen der Angela Schwierigkeiten; mimisch jedoch ist sie enorm ausdrucksfähig. Gila von Weitershausen glaubt man die sensible Musikerin nicht ganz, wohl aber die aus Angst vor Verletzung vorsichtig gewordene Frau. Dieter Schidor spielt den Blinden sehr zurückhaltend, doch überzeugend.

Der Film ist ernst, aber nie larmoyant. Er wertet nicht. Keine der handelnden Personen verhält sich richtig. Die Voraussetzungen für richtiges – also nicht verletzendes – Verhalten wären von jedem selbst zu erarbeiten. Möglich, daß sie erlernbar sind. Das ist der behutsame Optimismus dieses Films, der 1981 gedreht, 1982 in Paris mit dem „Prix Mabuse" ausgezeichnet wurde und jetzt in deutschen Programmkinos zu sehen ist.

DIETMAR BITTRICH



Im Wechselbad der Gefühle: Anne Bennent als Angela in George Moorses Film „Brandmale" FOTO: HANNE GARTHE

Rockplatten von Robert Palmer und Rupert Hine

Elektronische Obsession

Die englischen „Farmyard"-Studios, 80 Kilometer östlich von London, entwickeln sich immer mehr zur Brutstätte moderner englischer Rockmusik: Nach Produktionen von „Saga", „Brand X", „The Fixx", Phil Collins und Chris de Burgh entstanden hier jetzt zwei Solo-Alben voll phantasiereicher Musikalität, instrumentaler Dichte und komplexer Rhythmik: die LP „Pride" (Island 205 240) von Robert Palmer und „The Wildest Wish to Fly" (A&M 68 556) des Rock-Avantgardisten Rupert Hine, die musikalisch erstaunliche Parallelen aufweisen: Hine, Besitzer der „Farmyard"-Studios, spielte auf Palmers Platte Keyboards, während dieser Hine als Sänger unterstützte.

Mit „Pride" hat sich nun auch Robert Palmer von seiner einseitigen Disco- und Reggae-Stilistik entfernt. Im Titelsong erklingen zwar noch gelegentlich Steel-Drums, doch schaffen nun Synthesizer und Rhythmus-Computer neue elektronische Klangfarben.

Fast alle Titel sind tanzbar. Die geschickt programmierten Rhythmus-Maschinen unterstreichen das perkussive Element vieler Songs. Sie ergänzen sich hervorragend mit den soliden, geradezu spartanischen Schlagzeug-Figuren. Viele Feinheiten dieser LP werden freilich erst nach häufigerem Abspielen hörbar, kleine, weit nach hinten gemischte Sitar-Passagen, durch Harmonizer verfremdete Chorgesänge beim Titel „Dance For Me" und feindosierte Elemente des afrikanischen Ju-Ju-Sounds.

Mit noch komplexerer Rhythmik, noch größerem Sound-Spektrum und ebenso geschmackvoller Melodik hat der Engländer Rupert Hine „The Wildest Wish to Fly" eingespielt. Bis auf wenige Schlagzeug- und Vokalpassagen nahm er sämtliche Instrumente selbst im Playback-Verfahren auf. Hine, ein wahrer Elektronik-Fanatiker, setzte während der Produktion Ringmodulatoren, Harmonizer, Noise-Gates und selbstverständlich polyphone Synthesizer ein – aber niemals wirken die Titel steril. Kaum beschneiden einmal Equalizer im Höhen- und Tiefenbereich Frequenzen. Der Sound klingt somit offen und warm.

Hall- und Echo-Effekte setzte Hine ganz gezielt ein, um surrealistische, gleichwohl mystische Stimmungen zu erzeugen. Die Keyboard-Arrangements umrauschen seine mit angenehmen Brechungen versehene Stimme gelegentlich wie trockenes Laub. Die Einleitung in „Firefly in the Night" erinnert zwar an den amerikanischen Avantgarde-Komponisten Steve Reich, aber Hines morbide Stimme, mal Rezitativisches, mal Melodisches aushauchend, läßt den Gedanken an ein Plagiat kaum aufkommen.

THOMAS OLIVIER

KULTURNOTIZEN

Die „Jedermann"-Inszenierung der diesjährigen Salzburger Festspiele mit Klaus Maria Brandauer in der Hauptrolle wird Anfang September auch in Rom aufgeführt.

Der Schweizer Pädagoge Max Bollinger erhält den katholischen Kinderbuchpreis (10 000 Mark) für sein Werk „Euer Bruder Franz".

Rund 30 Theatergruppen aus zwölf Ländern nehmen bis zum 10. Juni am größten Avantgarde-Festival Österreichs, „Spectrum 83", teil.

Steffen Wolf ist neuer Leiter der Filmbewertungsstelle Wiesbaden und damit Nachfolger von Hans Hebeisen.

„Verona-Verbindungen zwischen der Lombardei und dem Rheinland" - diese Ausstellung zeigt das Römisch-Germanische Zentralmuseum in Mainz ab 11. Juni auf der Burg Klopp in Bingen.

„China Daily", englischsprachige chinesische Tageszeitung, wird nunmehr auch in Nordamerika gedruckt und ausgeliefert.

Marcelle Auclair, französische Journalistin und Schriftstellerin, ist im Alter von 83 Jahren in Paris gestorben.

Der Musikhistoriker und Kunstwissenschaftler Gerhard Walter Nestler verstarb in Baden-Baden im Alter von 82 Jahren.

JOURNAL

Bonn gibt mehr Geld für Ostdeutsche Kulturarbeit

dpa, Bonn

Um knapp zwei Millionen auf 6,2 Millionen Mark will das zuständige Bundesinnenministerium von 1984 an die Mittel für die Förderung der ostdeutschen Kulturarbeit aufstocken. Dies teilte dessen Parlamentarischer Staatssekretär Horst Waffenschmidt (CDU) auf einer Tagung der Politischen Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung mit. Nach jahrelanger Stagnation werde damit ein erster Schritt zum weiteren Ausbau dieses Bereichs geleistet. Als Konzeptschwerpunkte für die künftige ostdeutsche Kulturarbeit nannte der Staatssekretär die Errichtung von Landesmuseen und Instituten für Ostdeutsche Landeskunde an den Universitäten sowie die Herausgabe systematisch übergreifender Gesamtdarstellungen.

Europäische Kulturtage in Karlsruhe geplant

Reg. Karlsruhe

Die Stadt Karlsruhe und das Badische Staatstheater planen für die Zeit vom 29. Oktober bis 16. November europäische Kulturtage. Das Festival verzichtet bewußt auf eine Themenstellung. Vorgestellt werden sollen Höhepunkte des europäischen Theaters. Als Eigenbeiträge des Staatstheaters werden die Oper „Adriana Lecouvreur" von Franceso Ciléo und ein Gala-Abend des Balletts angekündigt. Ein Kolloquium wird sich mit den „Strukturen des europäischen Theaters" beschäftigen. Als Auftragsarbeit ist ein Stück des Schweizer Autors Jürg Amann vorgesehen.

Ein Kontrabaß als Don Giovanni

dpa, Kloster-Eberbach

Mit großem Erfolg hat die Wiesbadener Mozartgesellschaft bei einer Serenade in Kloster-Eberbach eine neue Komposition des französischen Komponisten Jean Françaix (71) uraufgeführt. Das Publikum erzwang eine Wiederholung. Françaix hat das Stück mit dem Titel „Mozart New Look" für den japanischen Kontrabassisten Ichiro Noda und das Mainzer Bläserensemble geschrieben. Es ist eine Fantasie über das Ständchen aus „Don Giovanni".

Kongreß über „Die Juden in Venedig"

M. v. Z. Venedig

Ein internationaler Kongreß über „Die Juden in Venedig" findet noch bis zum 10. Juni in der Stiftung Cini in Venedig statt. Bei der Eröffnung nannte es Simone Veil, ehemalige Präsidentin des Europa-Parlaments, bezeichnend, daß der Kongreß in einer Stadt tage, die im Gegensatz zum übrigen Europa immer Toleranz gegenüber den Juden gezeigt habe. Zugleich sprach sie die Hoffnung aus, daß von dieser Tagung ein Beitrag gegen den wieder aufflackernden Antisemitismus geleistet werde.

Fernsehfilm über Zadeks erste Opern-Regie

DW. Stuttgart

Unter dem Arbeitstitel „Figaros Hochzeit" dreht der Dokumentarfilmer Dietmar N. Schmidt einen einstündigen Fernsehfilm während der jetzt beginnenden Proben zu Peter Zadeks erster Opern-Regiearbeit. Zadeks Inszenierung von Mozarts „Hochzeit des Figaro" hat am 12. Juli unter der musikalischen Leitung von Dennis Russell Davies und in der Ausstattung des Berliner Malers Johannes Grützke Premiere in der Stuttgarter Staatsoper.

Richard-Wagner-Stiftung vergibt 200 Stipendien

dpa, Bayreuth

200 Musikstudenten, Schülern, Musikern und Komponisten ermöglicht die Richard-Wagner-Stipendienstiftung 1983 den kostenlosen Besuch der Bayreuther Festspiele. Mit einem Betrag von 107 000 Mark fördert die Stiftung den Besuch von drei Aufführungen, die Fahrt nach Bayreuth und die Verpflegung. Die 40 Richard-Wagner-Ortsverbände in der Bundesrepublik beteiligen sich an den Stipendien mit knapp 70 000 Mark.

Neapolitanische Malerei im Grand Palais

AFP, Paris

„Neapolitanische Malerei von Caravaggio bis Giordano" heißt eine neue Ausstellung im Pariser Grand Palais (Vgl. WELT v. 15. 10. 82). 80 Werke illustrieren die Entwicklung der Malerei im Neapel des 17. Jahrhunderts. Religiöse Werke überwiegen in der Sammlung, die Beweis für die Vielfalt und Lebendigkeit der neapolitanischen Künstler bei diesen Sujets ist. Ergänzt werden sie von Zeichnungen aus dem 17. und 18. Jahrhundert aus der neapolitanischen Kunstakademie (Bis 29. Aug.)

Peter Schneider neuer Opernchef in Mannheim

dpa, Mannheim

Das Nationaltheater Mannheim hat den zur Zeit noch in Bremen tätigen Peter Schneider als Generalmusikdirektor und Operndirektor von September 1985 bis 1990 verpflichtet. Der gebürtige Wiener, der vor seiner Verpflichtung in Bremen als Erster Kapellmeister in Salzburg, Düsseldorf und in den 60er Jahren auch an der Städtischen Bühne Heidelberg dirigierte, tritt in Mannheim die Nachfolge von Wolfgang Rennert an.

Drei Tage für ein riesiges Loch

Gestern begann Prozeß um Fossilienparadies „Grube Messel"

H. H. KANNENBERG, Darmstadt
Eine der berühmtesten Fundstätten der Welt für Fossilien aus der Frühzeit irdischen Lebens, die Tonschiefergrube Messel bei Darmstadt, steht in dieser Woche im Mittelpunkt eines Prozesses vor der III. Kammer des Verwaltungsgerichtes Darmstadt. Nach einem Ortstermin am gestrigen Dienstag an der Grube und mündlicher Verhandlung am Donnerstag und Freitag soll das Gericht über eine Frage entscheiden, die seit einem Jahrzehnt die Wissenschaft zwischen Frankfurt, New York und Tokio in Atem hält: Darf die Grube mit ihren einmaligen paläontologischen Schätzen bis 1986 in eine gigantische Müllkippe verwandelt werden?

Auf der Landkarte ein unbedeutender Fleck zehn Kilometer nordöstlich von Darmstadt, für die Fossilienforscher der Welt ein Mekka: die „Grube Messel", ein stillgelegtes Ölschieferbergwerk, gigantisches, 700 000 Quadratmeter großes und 60 Meter tiefes Loch in der Sandebene zwischen Main und Odenwald. Aus diesem Loch holen Paläontologen seit 1875 Spuren der Frühgeschichte irdischen Lebens, wie sie in diesem Erhaltungsgrad (Ernährungsrest im Magen!) kaum irgendwo sonst ans Tageslicht kommen: Das „Messeler Urpferdchen" etwa, hundegroßer Urahn unseres Pferdes, oder der 1978 entdeckte „Urzeit-Halbaffe", der in Fachkreisen weltweit Aufsehen erregte. Dazu fossile Vögel, Fische und Tertitär-Krokodile.

35 Klagen gegen Deponie

Der umstrittene Plan, das einmalige Fossilienparadies bis 1986 in eine riesige Mülldeponie zu verwandeln, die bis 2020 mindestens 25 Millionen Tonnen Verbrennungsschlacke, ungefährlichen Industrie- und Gewerbemüll und Klärschlamm aufnehmen soll, ist nun mit 35 Einzelklagen (darunter die Gemeinde Messel) ins Stadium der Rechtsprechung getreten. Das Verwaltungsgericht Darmstadt unter Richter Rainer Eckert wird versuchen, in drei Tagen über mehrere Haupteinspruchspunkte Klarheit zu gewinnen:

- Ist der nach Klägermeinung unter Zeitdruck „durchgepeitschte" Planfeststellungsbeschluß mit verhängnisvollen Mängeln behaftet? (Keine Garantie dafür, daß wirksame Kontrollen die illegale Einlagerung von Giftmüll verhindern, besonders dann, wenn Müll mit der Bundesbahn angeliefert wird.)
- Ist die Riesenmüllkippe über der Ölschiefersohle gefährlich? (Warnung der Deponiegegner vor der Gefahr, einen Müllberg mit einem voraussichtlichen Fäulnisgaspotential von drei Milliarden Kubikmetern ausgerechnet über einen latenten „Feuerofen" aufzuhäufen; die Ölschieferschicht neigt zu Selbstentzündungen.)
- Setzt ein „zentraler Mülleimer für das gesamte Rhein-Main-Gebiet" die Bewohner der Umgegend einer unzumutbaren Lärm- und Geruchsbelästigung aus?

Seine Meinungsbildung läßt sich das Gericht durch einen der profiliertesten Experten für Grundwassergefährdungen und andere Ökoauswirkungen durch Mülldeponien erleichtern: Professor O. Tabasaran vom Institut für Siedlungsbau, Wasserbau und Wassergütewirtschaft an der Universität Stuttgart.

Paläontologen schweigen

In der Klägerphalanx, die sich vor Gericht stark macht gegen die Deponie, vermißt man allerdings die Paläontologen, um deren Domäne es ja eigentlich geht. Dazu Rechtsanwalt Wilhelm Wenzel (Butzbach), Klägervertreter der Gemeinde Messel: „Wir befürchten, daß die Herren von der Zunft einem finanziellen Druck aus Wiesbaden nachgegeben haben!" Regierungsmittel für andere Forschungsvorhaben allein waren es jedoch sicher nicht, die bei den Frühgeschichtlern um Professor Jens Franzen vom Frankfurter Senckenberg-Institut den Meinungsumschwung (aus „Kulturbarbarei" wurde ein „Kompromiß, mit dem man leben kann") bewirkt haben. Mülldeponisten und Wissenschaftler haben wohl unter dem Druck der Notwendigkeiten (Umweltministerium Hessen: „Wenn Messel bis 1986 nicht funktioniert, dann stehen wir im Rhein-Main-Gebiet vor der Müllkatastrophe") zusammengefunden.

Nach Zusicherung des hessischen Oberbergamtes „Glückauf", das als zuständiges Fachreferat vor Gericht als Beklagter auftritt, darf die paläontologisch besonders ergiebige Nordwestböschung der Grube (90 Prozent der Funde) mindestens 20 Jahre lang weiter ausgeforscht werden. Leitender Bergdirektor Hartmut Schade: „Sollte sich danach herausstellen, daß neue wissenschaftliche Erkenntnisse aus dem Grabungsgebiet zu erwarten sind, werden wir die Frage einer längeren Offenhaltung neu prüfen."

Zur Zeit steht die Grubensohle unter Wasser. In den 100 Meter dicken Ölschieferschichten unter dem Wasserspiegel werden noch zahlreiche Fossilien zur Stammesgeschichte der Eozänfauna vermutet. Mit dem Beginn der Bauarbeiten wird das Wasser abgepumpt. Dann sollen die Paläontologen zwei Jahre lang auf der Grubensohle graben dürfen.

Für Wilhelm Wenzel, den Vertreter der Gemeinde Messel als Klägerin, sind die zwei Jahre „Augenwischerei". Er meint: „Um alle wertvollen Spuren freizulegen, hätten die Wissenschaftler bei normalem Tempo noch 100 Jahre graben müssen." Die Bauarbeiten an der Deponie werden auf jeden Fall fristgerecht beginnen, denn das Verfahren hat keine aufschiebende Wirkung.

WETTER: Schwül-warm

Wetterlage: An der Westflanke des Hochs über Südosteuropa wird zunehmend feuchte Suptropikluft nach Deutschland geführt. Zum Abend greift der Ausläufer eines Tiefs bei Island mit Gewitterschauern auf den Westen des Bundesgebiets über.

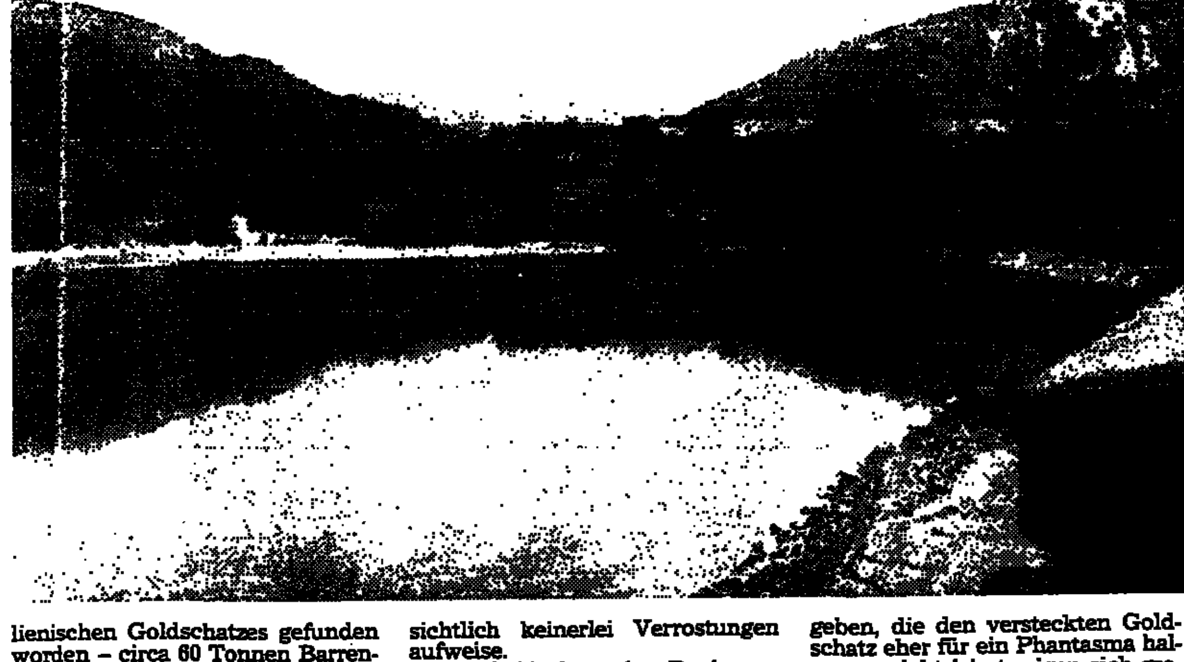
Vorhersage für Mittwoch:
Bundesgebiet und Berlin: Zunächst sonnig und rascher Temperaturanstieg auf 27 Grad bis 32 Grad. Gegen Abend von Westen her aufkommende hochreichende Quellbewölkung und nachfolgend verbreitet zum Teil kräftige Gewitter, nachts Temperaturrückgang auf Werte um 15 Grad.

Weitere Aussichten:
Wechselhalft mit einzelnen Schauern.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	17°	Kairo	31°
Bonn	19°	Kopenh.	17°
Dresden	16°	Las Palmas	21°
Essen	20°	London	21°
Frankfurt	18°	Madrid	26°
Hamburg	16°	Mailand	22°
List/Sylt	13°	Mallorca	34°
München	16°	Moskau	12°
Stuttgart	17°	Nizza	24°
Algier	22°	Oslo	16°
Amsterdam	19°	Paris	24°
Athen	23°	Prag	15°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	19°	Stockholm	17°
Budapest	17°	Tel Aviv	28°
Bukarest	16°	Tunis	28°
Helsinki	13°	Wien	15°
Istanbul	24°	Zürich	18°

Sonnenaufgang* am Donnerstag: 5.07 Uhr, Untergang: 21.36 Uhr; **Mondaufgang:** 4.12 Uhr, Untergang: 19.32 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel.



Historiker bleiben zwar skeptisch, aber die Regierung in Rom will den Goldgerüchten nun offensichtlich auf den Grund gehen: Auf der Franzensveste bei Brixen in Südtirol soll Gold im Werte von zwei Milliarden Mark vergraben sein – die Hälfte der von den Deutschen im Krieg beschlagnahmten italienischen Goldreserve. FOTO: ULLSTEIN

60 Tonnen Gold lassen Italien fiebern

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom
Für die historischen Goldgräber scheint eine Zeit der Hochkonjunktur angebrochen zu sein. Wenn auch – wie die „Stern"-Affäre zeigte – nicht alles Gold ist, was glänzend zutage gefördert wird, treibt die Hoffnung auf den großen Fund das Goldfieber in die Höhe. Im Augenblick fiebert Italien. Dies um so mehr, als es sich hier angeblich nicht um „vergoldete" Dokumente, sondern um das pure Edelmetall selbst handelt. In der Südtiroler Franzensveste bei Brixen wird nach dem Goldschatz der Bank von Italien aus der Kriegszeit gegraben. Darauf läßt zumindest ein Kommuniqué des italienischen Militärkommandos Nordost schließen, das in dieser alten, unter Kaiser Franz Joseph gebauten österreichischen Festung ein Munitionsdepot unterhält.

Es begann mit einer Zeitungsmeldung: In Franzensveste, so hieß es, sei in einem dreieinhalb Meter tiefen Brunnen die Hälfte des seinerzeit von den deutschen Besatzungstruppen entführten italienischen Goldschatzes gefunden worden – circa 60 Tonnen Barrengold im Werte von heute zwei Milliarden Mark.

Das Militärkommando, dem die Festung untersteht, gab erst nach vierundzwanzigstündigem Schweigen eine sibyllinische Erklärung: „Es existiert keine sichere Nachricht über den Fund von Metallmassen unter einer militärischen Einrichtung. Eine auf Nachforschungen dieser Art spezialisierte Firma hat auf Antrag schon 1978 die ministerielle Erlaubnis zu entsprechenden Erkundungsgrabungen in Südtirol erhalten. Die Erkundungsgrabungen sind noch im Gange. Wirkliche Ausgrabungen sind bisher nicht vorgenommen worden."

Zusätzlich wurde dazu „aus sicherer Quelle" mitgeteilt, bei den Sondierungsgrabungen habe man mit einem Metalldetektor in einigen Metern Tiefe unter der Festung einen großen Metallblock ausgemacht, der sich in perfektem Zustand befinden müsse und offensichtlich keinerlei Verrostungen aufweise.

Der Goldschatz der Bank von Italien – 120 Tonnen Barrengold – war 1943 in Rom von den deutschen Behörden beschlagnahmt und zunächst nach Mailand geschafft worden. Von dort aus wurde er gegen Kriegsende weiter nach Norden entführt und, nach der offiziellen Version des ersten italienischen Notenbankpräsidenten der Nachkriegszeit, von den Amerikanern noch auf italienischem Boden erbeutet und an Italien zurückgegeben.

Nach einer anderen, inoffiziellen, Version sollen die Amerikaner aber nur die Hälfte des Schatzes sichergestellt haben. Die andere Hälfte sei von den Deutschen versteckt worden. Das angebliche Versteck wurde seit der ersten Nachkriegszeit immer wieder in Südtirol gesucht, aber nie entdeckt. Zum ersten Mal erfährt die Öffentlichkeit jetzt, daß diese Suche schon seit fünf Jahren im Auftrage offizieller Stellen betrieben wurde.

So skeptisch sich die Historiker geben, die den versteckten Goldschatz eher für ein Phantasma halten, so elektrisiert zeigen sich große Teile der Öffentlichkeit von diesem „Goldkrimi", der, wenn er sich als wahr erweisen sollte, eine unerwartete Aufstockung des unter Inflation und Außenhandelsdefizit dahinschmelzenden Staatsschatzes zu bringen verspricht. Unverständlich bleibt freilich vielen, warum man, wenn man schon mit einem Metalldetektor eine goldverdächtige Masse unter einer Militärbefestigung geortet hat, nicht sofort die drei bis vier Meter Erde beiseite schafft, um seines Fundes sicher zu werden.

Oder hat man etwa Angst, statt der glänzenden Goldbarren doch eine nicht explodierte Bombe, einen Satz von Granaten oder anderen historischen Müll ans Tageslicht zu fördern? Der Mailänder „Corriere della Sera" schloß gestern seinen „Goldbericht" mit der Bemerkung: „Wie in jedem richtigen Krimi liegt die Wahrheit unter der Oberfläche vergraben. Man braucht nur zu buddeln."

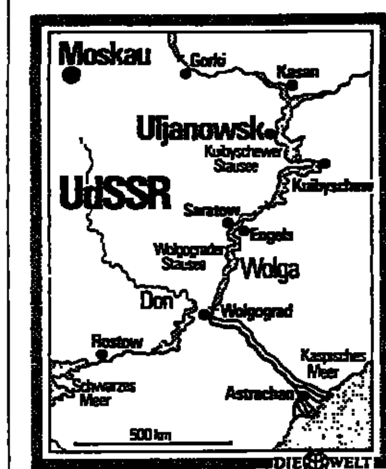
170 Menschen starben bei Unglück auf der Wolga

Sowjetisches Passagierschiff rammte Eisenbahnbrücke

AFP/rtr/dpa, Moskau
Mindestens 170 Menschen sind am Sonntagabend bei einer Vergnügungsfahrt auf der Wolga ums Leben gekommen. Die staatliche sowjetische Reisegesellschaft „Intourist" teilte, wie bei solchen Katastrophen im Ostblock üblich, gestern lediglich in dürren Worten mit, das Passagierschiff „Alexander Soworow" habe bei Uljansk eine Eisenbahnbrücke gerammt. Dabei sei das gesamte Oberdeck weggerissen worden. An Bord des Schiffes hätten sich an die 350 Menschen befunden.

Auf dem Oberdeck befand sich, nach weitergehenden Informationen westlicher Nachrichtenagenturen, der Kinosaal, der zur Zeit des Unglücks vollbesetzt war. Über die Zahl der Opfer gibt es unterschiedliche Angaben, wobei offizielle Stellen in Moskau zunächst von 100 Todesopfern sprachen. Über die Anzahl der Verletzten gab es gar keine Angaben.

In Uljansk – damals noch Simbirsk – wurde 1870 der sowjetische Staatsgründer Wladimir Lenin-Uljanow geboren. Die Wolga weitet sich nördlich der Stadt zu einem Stausee von 25 Kilometer Breite aus, verengt sich aber bei der Eisenbahnbrücke. Als mögliche Unfallursache gilt, daß das Schiff wegen starker Strömung durch Hochwasser außer Ruder gelaufen ist.



Die sowjetische Regierung hatte das Schiffsunglück am Montagabend bekanntgegeben und zuerst von lediglich einigen Toten gesprochen. Zur Untersuchung des Unglücks wurde eine 16köpfige Kommission unter Leitung des Politbüromitgliedes und Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Geidar Alijew eingesetzt. Aus der Spärlichkeit dieser Angaben und des ranghohen Kommissionsleiters hatten westliche Korrespondenten bereits Montag abend auf eine schwere Katastrophe geschlossen. Alijew gilt als Mann Andropows und ist für den Kampf gegen Korruption und Schlamperei in der Bürokratie mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet.

Die „Prawda" allerdings hatte das Unglück gestern noch mit ganzen sieben Zeilen in der Art einer Traueranzeige bedacht, während die örtlichen Behörden von Uljansk jegliche Auskunft verweigerten.

Mitteilungen über Unglücke sind in der Sowjetunion äußerst selten. Sie werden in aller Regel überhaupt nur dann erwähnt, wenn die Ausmaße so verheerend sind, daß sie sich kaum verschweigen lassen.

So räumte das Organ der sowjetischen Eisenbahn „Goudok" im April vergangenen Jahres ein, es hätte bei einem Unglück in der Metro, der Moskauer U-Bahn, einige Verletzte gegeben. In Wahrheit, so wollen britische und deutsche Journalisten erfahren haben, sind dabei mindestens 20 Menschen ums Leben gekommen. Das Unglück '82, als eine Rolltreppe der Metro einstürzte, wurde überhaupt erst 14 Tage später zugegeben. Auch hier sprach die „Wtschernaja Moskwa" lediglich von „einigen Verletzten". Wahrscheinlich hatte es damals aber wenigstens 30 Tote gegeben.

Absolut tabu sind in der sowjetischen Presse die beiden Reaktorunfälle aus den Jahren 57/58 und 1973. Die erste der beiden Katastrophen, die im Ural einige hundert Strahlentote gekostet und einen Landstrich von rund 1000 Quadratkilometern verseucht haben soll, wurde erst 20 Jahre später im Westen bekannt.

Ein „Musterstück" empört die Franzosen

Organisierte begnadigter Verbrecher den Millionenraub?

JOCHEN LEIBEL, Paris
Französischen Regierungskreisen könnte es kaum peinlicher sein. Ein Schwerverbrecher, der vor knapp zwei Jahren von französischen Linksintellektuellen zum unschuldigen Opfer der „bürgerlichen Gesellschaftspolitik" erklärt und von Staatspräsident Mitterrand begnadigt wurde, ist jetzt als Organisator eines spektakulären Geldraubes verhaftet worden. Die Kriminalpolizei ist überzeugt, daß der verhaftete Roger Knobelspiess am 24. Mai, zusammen mit drei Komplizen, ein gepanzertes Geldtransportauto überfiel und mit einer Beute von mehr als zwanzig Millionen Franc entkam.

Der Raubüberfall war von den Kriminalisten als „Meisterstück" bezeichnet worden. Ein Panzerauto wurde im Pariser Vorort Palaiseau von einem Polizeifahrzeug angehalten. Da Blaulicht zuckte und die Sirene heulte, öffneten die bewaffneten Angestellten des Geldtransporters ohne Arg die Türen. Sekunden später waren die drei Männer überwältigt.

Der Raubüberfall blieb eine reine Kriminal-Affäre – bis zum vergangenen Wochenende. Bei ihren Untersuchungen stießen die Kriminalisten auf einen verdächtigen Angestellten der Transportfirma. Als sie ihn und seine „Freunde" schließlich verhafteten, platzte die „Bombe": Zu den Festgenommenen zählte Roger Knobelspiess.

Knobelspiess, Sohn eines fahrenden Schornsteinfegers mit sieben Kindern, war schon mit 18 Jahren zur ersten Gefängnisstrafe verurteilt worden. Seitdem war er mehr hinter Gittern als in Freiheit. In der Zelle schrieb er zwei Bücher, beschimpfte darin die Gesellschaft und verlangte die Abschaffung der Sicherheitsverwahrung.

Im Oktober 1981 stand Knobelspiess einmal mehr vor Gericht. Während eines „Urlaub auf Ehrenwort" war er geflüchtet, hatte mindestens neun Raubüberfälle begangen und war schließlich gefaßt worden. Während seines Prozesses bildete sich ein „Unterstützungs-Komitee" dem sich so bekannte Namen wie Simone Signoret, Claude Mauriac und der Mitterrand-Berater Claude Manceron anschlossen. Manceron schrieb einen offenen Brief zugunsten von Knobelspiess: „Dieser Mann hat das Gemüt eines Kindes. Ich bin von seiner Unschuld überzeugt." Knobelspiess wurde zu fünf Jahren verurteilt, seine Richter befürworteten aber seine Begnadigung. Mitterrand zögerte keinen Augenblick, sechs Tage nach dem Urteil war der Schwerverbrecher ein freier Mann. Er gab Autogramme, Pressekonferenzen und trank sogar mit Premierminister Pierre Mauroy Champagner.

Doch Roger Knobelspiess wurde nicht – wie die Sozialisten hofften – zum Symbol einer gelungenen Resozialisierung. Vor einem Jahr kam es im Norden Frankreichs zu einer Schießerei zwischen Polizisten und unbekannten Verbrechern. Einige Beamte glaubten, erneut Knobelspiess erkannt zu haben. Der stellte sich dem Fernsehen und behauptete: „Das muß mein Bruder gewesen sein."

Jetzt nun kann der Mann „mit dem Gemüt eines Kindes" sich nicht mehr herausreden. Nach seiner Festnahme wurde Knobelspiess gestern von den überfallenen Geldtransport-Angestellten eindeutig indentifiziert. Der Berater des französischen Staatspräsidenten wollte sich bisher zur neuen Tat seines „Schützlings" nicht äußern. (SAD)



Von den Begleitern des Geldtransports identifiziert: Roger Knobelspiess FOTO: AFP

Falscher Dollarschatz im Flußbett

AP, Starnberg
Einen sensationellen Fund machten Beamte des bayerischen Landeskriminalamts in einem Flußbett bei der Ortsverbindungsstraße Feldafing–Garatshausen in der Nähe des Starnberger Sees in Oberbayern. Sie entdeckten dort falsche 100-US-Dollarnoten im Nennwert von 2,5 Millionen Dollar. Das bayerische Landeskriminalamt in München berichtete erst gestern über diesen Falschgeldfund, der zu den größten der letzten Jahre in der Bundesrepublik Deutschland gehört.

Wie sich inzwischen herausstellte, geht der Fund auf eine Falschgeldaffäre aus dem Jahre 1980 zurück. Damals waren gleiche falsche US-Dollarnoten im Nennwert von einer Million Dollar sichergestellt und zwei Tatverdächtige festgenommen worden. Das Verfahren gegen die beiden Männer ist inzwischen rechtskräftig abgeschlossen worden, die Täter wurden zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Einer der beiden, ein Drucker, wurde jetzt zu dem Falschgeldfund vom Starnberger See vernommen. Er gab zu, daß er die „Blüten" dort schon vor seiner Festnahme im Jahre 1980 aus Furcht vor Entdeckung vergraben habe. Nach seiner Darstellung wollte er das Falschgeld „auf diese Weise vernichten". Die Druckplatten und Numerierwerke, die zur Herstellung der falschen 100-US-Dollarnoten verwendet wurden, konnten bisher nicht gefunden werden.

Gugenheim gestorben

AFP, Palma de Mallorca
Der italienische Couturier und Maler Baron Carlo Gugenheim ist am Montag im Alter von 70 Jahren auf Mallorca gestorben. Gugenheim war in den fünfziger und sechziger Jahren einer der bekanntesten Modeschöpfer und fertigte die Kleider für die damalige amerikanische „First Lady" Jacqueline Kennedy und die ehemalige Frau des Schahs von Persien, Prinzessin Soraya, an.

„Gefälliger" Beamter

dpa, Krefeld
Ein Beamter des Krefelder Straßenverkehrsamtes soll seit Jahren Führerscheine ausgestellt haben, ohne daß die Voraussetzungen dafür vorlagen. Die Staatsanwaltschaft hat gestern gegen den „gefälligen" Beamten Haftbefehl wegen Verdunkelungsgefahr beantragt. Insgesamt sollen auf diese Weise einige Dutzend Führerscheine unter das Autofahrer-Volk gebracht worden sein.

Wasserschaden: 60 Millionen

AP, Stuttgart
Schäden in Höhe von rund 60 Millionen Mark hat das Hochwasser Ende Mai in Baden-Württemberg angerichet. Nach einer Übersicht des Stuttgarter Innenministeriums entfallen davon rund 40 Millionen auf den privaten Bereich. Die Landesregierung beschloß ein Hilfsprogramm, das Zuwendungen für die Hochwasserschäden im privaten Bereich gewährt.

Zugunglück bei Paris

dpa, Paris
Beim Zusammenstoß von zwei Vorortzügen in Saint-Cloud bei Paris sind Montag abend 135 Menschen verletzt worden. Im Feierabendverkehr stiegen die Fahrgäste gerade aus, als ein anderer Nahverkehrszug auf den stehenden auffuhr. Die Ursache ist bisher nicht geklärt.

ZU GUTER LETZT

„Zur Beantwortung der Frage warum bei uns jährlich etwa 100 000 Bürger Straftaten begehen gewinnen wir bei Marx, Engels und Lenin wertvolle Hilfe." Aus der Ostberliner Zeitschrift *„Neue Justiz"*.